

Verfassungsschutz in Hessen

Bericht 2004

Verfassungs- schutz in Hessen

Bericht 2004

**AUFGABEN UND ORGANISATION DES
LANDESAMTES FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ HESSEN .. 8 – 10**

AUSLÄNDEREXTREMISMUS 11 – 50

RECHTSEXTREMISMUS 51 – 85

LINKSEXTREMISMUS 86 – 114

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT 115 – 116

SPIONAGEABWEHR 117 – 118

GEHEIM- UND WIRTSCHAFTSSCHUTZ 119 – 120

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT 121 – 122

**GESETZ ÜBER DAS
LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ 123 – 142**

VORWORT – Zu dieser Broschüre	6
AUFGABEN UND ORGANISATION DES LANDESAMTES FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ HESSEN	8
AUSLÄNDEREXTREMISMUS	11
Merkmale des Ausländerextremismus	11
Überblick	11
Im Bericht erwähnte Gruppierungen in Hessen	12
Mitgliedschaften in extremistischen Ausländerorganisationen	14
Was ist Islamismus?	15
MULTINATIONALE ISLAMISCHE GRUPPEN	16
Mujahidin/Al-Qaida	16
Hizb ut-Tahrir (HuT)	22
Tabligh-i Jamaat (TJ)	24
Das Kopftuch: Die „Fahne“ für Islamisten	25
Islamische Religionsgemeinschaft Hessen e.V. (IRH)	25
Muslimbruderschaft (MB)	26
Einflussreicher Islamist: Jusuf al-Qaradawi	27
Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)	28
Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) / Salafitische Gruppe für die Mission um den Kampf (GSPC) / Islamische Heilsfront (FIS)	29
Hizb Allah (Partei Gottes)	30
Indoktrination durch Satellitenfernsehen	30
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)	31
Publikation Anadoluda Vakıt	35
Der Kalifatsstaat	37
Linksextremisten	38
KURDEN	42
Volkskongress Kurdistan (KONGRA-GEL)	42
IRANER	46
Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)/ Nationaler Widerstandsrat	
Iran (NWRI)	46
Arbeiterkommunistische Partei Irans (API)	47
TAMILEN	47
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	47
SIKHS	48
Nutzung von Kommunikationsmedien	48
Straf- und Gewalttaten	50
RECHTSEXTREMISMUS	51
Was wollen Rechtsextremisten?	51
Überblick	51
Im Bericht erwähnte Gruppierungen in Hessen	53
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	54
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	55
Die Republikaner (REP)	60
Deutsche Partei – Die Freiheitlichen (DP)	63
Deutsche Volkunion (DVU)	64

Beteiligung von Rechtsextremisten an der Europawahl	65
Skinheads	66
Neonazis	73
Intelktualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus	79
Rechtsextremisten und Kommunikationsmittel	81
Straf- und Gewalttaten	83
Rechtsextremistische Straftaten	85

LINKSEXTREMISMUS	86
Was wollen Linksextremisten?	86
Überblick	87
Im Bericht erwähnte Gruppierungen in Hessen	88
Linksextremistisches Personenpotenzial	89
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	90
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	93
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	95
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	96
Trotzkistische Gruppen	97
Teilnahme linksextremistischer Parteien an der Europawahl	98
Linksextremistische Einflussnahme auf die Friedensbewegung	98
Linksextremistische Einflussnahme auf die Globalisierungsgegner und den Protest gegen Sozialabbau	100
Autonome	103
Antifaschismus	105
Antirassismus	110
Linksextremisten in der Anti-Atom-Bewegung	111
Anarchismus	112
Nutzung von Kommunikationsmedien	113
Linksextremistische Straftaten	114

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT	115
---------------------------------	-----

SPIONAGEABWEHR	117
Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas	117
Nachrichtendienste der Russischen Föderation	117
Proliferation	118

GEHEIM- UND WIRTSCHAFTSSCHUTZ	119
Geheimschutz	119
Wirtschaftsschutz	120

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	121
-----------------------------	-----

GESETZ ÜBER DAS LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ	123
---	-----

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	143
-----------------------------	-----

REGISTER	145
----------------	-----

IMPRESSUM	152
-----------------	-----

Zu dieser Broschüre



Der Terroranschlag von Madrid mit 191 Toten und über 1.500 Verletzten im März 2004 sowie der von den Sicherheitsbehörden verhinderte Anschlag auf den damaligen irakischen Regierungschef Allawi bei dessen Besuch in Berlin im Dezember 2004 zeigen deutlich: Der islamistische Terrorismus bedroht auch Europa und Deutschland. Wir sind nicht mehr nur Ruhe- und Rückzugsraum, sondern auch Zielgebiet von Terroristen. Der islamistische Extremismus und Terrorismus sind und bleiben die zentrale Herausforderung für unseren Staat und unsere Gesellschaft.

Der Verfassungsschutz und die Sicherheitsbehörden nutzen alle rechtstaatlichen Möglichkeiten, um dieser Gefahr zu begegnen und vorzubeugen. Klar ist aber auch: Niemand kann letztendlich die Gewähr für absolute Sicherheit und Schutz geben. Insbesondere kann niemand garantieren, dass nicht ein islamistischer Fundamentalist einen angeblich „Ungläubigen“ wie den holländischen Filmemacher Theo van Gogh im November 2004 einfach auf offener Straße niederschießt. Angesichts der Bedrohung, die von islamistischen Extremisten und Terroristen ausgeht, ist daher allergrößte Wachsamkeit geboten.

Eine große Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung, das zeigt der Verfassungsschutzbericht 2004 ebenfalls deutlich, geht darüber hinaus von den Bestrebungen islamistischer Organisationen zur Errichtung von islamistischen Gegenwelten mitten unter uns aus. Diese Gegenwelten, in denen die Scharia der einzige Maßstab ist, widersprechen völlig dem Gedanken der Integration. Sie sind darüber hinaus ein idealer Nährboden für Extremisten und Attentäter.

Das Beispiel der türkischsprachigen Zeitung „Anadoluda Vakit“, die seit Jahren in den hessischen Verfassungsschutzberichten erwähnt wird und deren in Mörfelden-Walldorf ansässiger Verlag im Februar 2005 wegen Volksverhetzung verboten wurde, zeigt, dass auch bestimmte Medien eine wichtige Rolle bei der Verbreitung islamistischer Inhalte spielen. Auch dieser Bereich bedarf deshalb der besonderen Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes.

Bei all dem darf aber eines nicht vergessen werden: Gewaltbereite und extremistische Islamisten stellen nur einen sehr geringen Teil der bei uns lebenden Muslime dar. Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, diesen Teil intensiv zu beobachten. Die Religion „Islam“ ist nicht Beobachtungsgegenstand der Verfassungsschützer.

Der vorliegende Verfassungsschutzbericht 2004 fasst die Ergebnisse der Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz zusammen. Er gibt den Leserinnen und Lesern einen Überblick über die Aktivitäten von Organisationen, deren Handeln gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet ist. Dabei wurde ein weites Feld der Beobachtung abgedeckt: Ausländerextremismus, Rechtsextremismus, Linksextremismus, Spionage/Wirtschaftsschutz und Organisierte Kriminalität.

Der vorliegende Bericht zeigt, dass auch im Jahr 2004 von Extremisten gleich welcher Couleur keine ernsthafte Gefährdung für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ausgegangen ist. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz gilt deshalb mein besonderer Dank. Durch ihren Einsatz haben sie auch im Jahr 2004 einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Hessen gewährleistet. Der Bericht 2004 zeigt, dass auch künftig großes Engagement notwendig ist.

Wiesbaden, im Mai 2005



Volker Bouffier
Hessischer Minister des Innern und für Sport

AUFGABEN UND ORGANISATION DES LANDESAMTES FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ HESSEN

Schutz der
freiheitlichen
demokratischen
Grundordnung

Das Bundesverfassungsschutzgesetz sieht die Einrichtung besonderer Behörden für Zwecke des Verfassungsschutzes im Bund und in den Ländern vor. Neben dem Bundesamt für Verfassungsschutz gibt es in jedem Land eine Verfassungsschutzbehörde, in Hessen das **Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hessen**.

Das **LfV** hat nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz vom 19. Dezember 1990 (GVBl.I.S. 753) in der Fassung von 2002 – siehe Seiten 123 bis 142 – den Auftrag, Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen über Bestrebungen oder Tätigkeiten zu sammeln und auszuwerten, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder
- gegen den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht sind oder
- die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind oder
- von der organisierten Kriminalität ausgehen.

Ferner wirkt das **LfV**, auf Ersuchen der zuständigen öffentlichen Stellen, bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen sowie bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von geheimhaltungsbedürftigen Unterlagen mit.

→ Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen die in § 2 Abs. 4 des Gesetzes über das **LfV** (LfVG) aufgeführten Prinzipien:

- Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die im Grundgesetz und in der Verfassung des Landes Hessen konkretisierten Menschenrechte.

Liegen tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen vor, die gegen diesen Kernbestand der Verfassung gerichtet sind, werden sie vom **LfV** beobachtet. Diese Bestrebungen werden als extremistisch oder verfassungsfeindlich bezeichnet.

Aktivitäten, die zwar grundsätzliche Kritik an der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung äußern, aber nicht gegen die oben beschriebene freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, werden als radikal bezeichnet. Sie werden vom **LfV** nicht beobachtet.

Bestrebungen sind Aktivitäten, die sich durch Handlungen wie Agitation, Zusammenschluss zu Organisationen oder Straftaten ausdrücken. Die Gesinnung einer Person wird nicht beobachtet.

Ziel der Arbeit des Verfassungsschutzes ist es, den zuständigen Stellen zu ermöglichen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung zu treffen. Dies kann in erster Linie durch politisch geistige Auseinandersetzung mit den Zielen oder dem Verhalten extremistischer Bestrebungen geschehen. Gegebenenfalls kann aber auch ein Verbot eines Vereins durch das zuständige Innenministerium oder einer Partei durch das Bundesverfassungsgericht in Betracht kommen.

*Ziel der
Verfassungsschutz-
arbeit*

Das **LfV** ist nur beobachtend und unterrichtend tätig. Ihm stehen polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse nicht zu. Es darf mit Polizeidienststellen organisatorisch nicht verbunden werden und darf Polizeibehörden auch im Wege der Amtshilfe nicht um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

Den überwiegenden Teil seiner Erkenntnisse gewinnt das **LfV** aus offenen Quellen, das heißt aus Informationen, die jedermann zur Verfügung stehen. Dazu zählen Publikationen, öffentliche Veranstaltungen oder sonstige Aktivitäten in der Öffentlichkeit.

Offene Quellen

Die Sammlung offenen Materials reicht aber oft nicht aus, um ein vollständiges und sachgerechtes Bild von extremistischen Bestrebungen zu erhalten. Gerade Verfassungsfeinde arbeiten konspirativ, versuchen ihre wahren Ziele und Aktivitäten zu verschleiern oder geheim zu halten. Ihre Bekenntnisse zum Grundgesetz sind Lippenbekenntnisse.

Um den wahren Sachverhalt festzustellen, darf das **LfV** in solchen Fällen auch nachrichtendienstliche Mittel einsetzen. Solche nachrichtendienstlichen Mittel sind z. B.

*Geheime
Informations-
beschaffung*

- die Observation,
- das Einschleusen oder Anwerben und Führen von Vertrauensleuten („Quellen“) in extremistischen Organisationen,
- das geheime Fotografieren oder Tonaufzeichnungen,
- die Nutzung nachrichtendienstlicher Hilfsmittel wie Tarnausweise oder -kennzeichen.
- Die Voraussetzungen für den Einsatz dieser Mittel sind in § 5 LfVG näher geregelt.

Ein besonderes nachrichtendienstliches Mittel ist die Überwachung des Brief-, Post- oder Fernmeldeverkehrs. Wegen der besonderen Bedeutung dieses Eingriffs in das Grundrecht des Art. 10 Abs. 1 GG (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis), ist ein solcher Eingriff nur unter den engen Voraussetzungen des G 10-Gesetz zulässig. Voraussetzung für ihn ist eine Anordnung durch den Hessischen Minister des Innern und für Sport und die vorherige Zustimmung der G 10-Kommission des Hessischen Landtags.

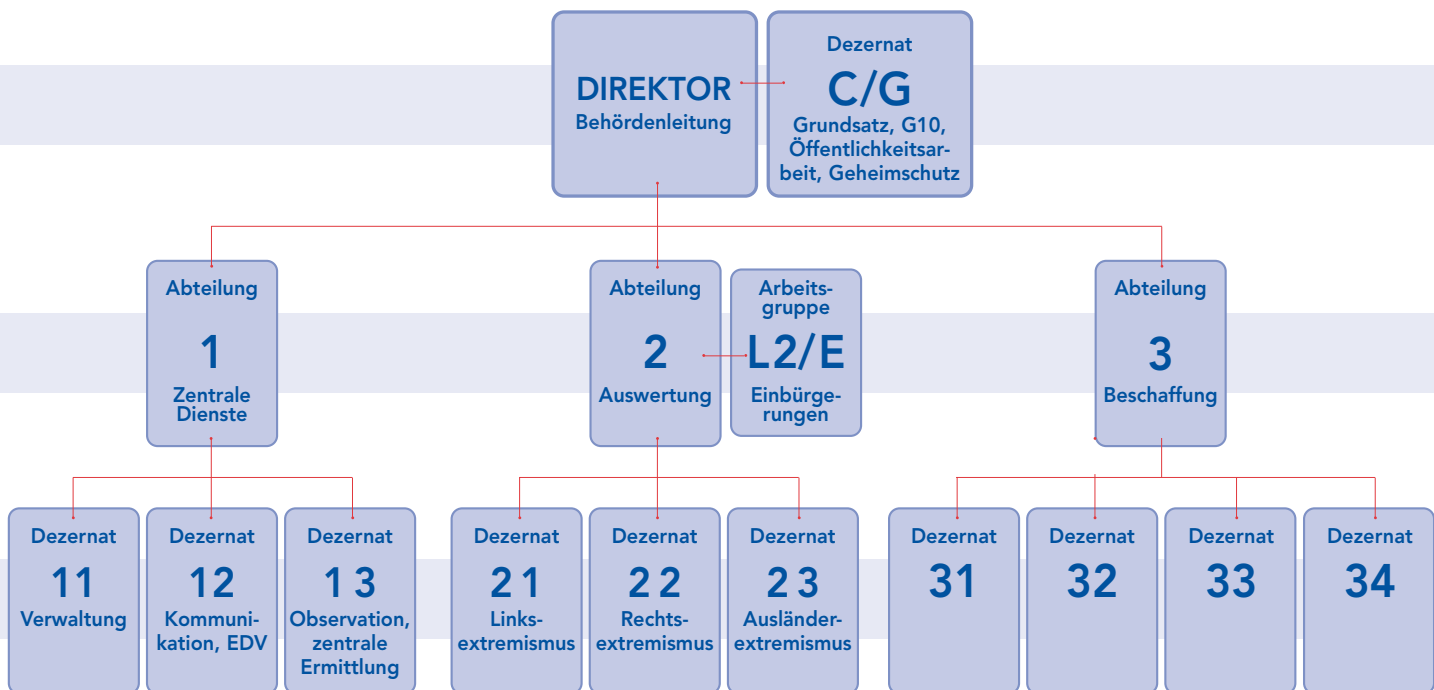
Berichterstattung

Auf nachrichtendienstlichem Weg gewonnene Informationen können im allgemeinen nicht öffentlich verwendet werden. Sie ermöglichen aber eine sachgerechte und qualifizierte Bewertung der öffentlich zugänglichen Informationen. Sie sind daher für das Lagebild verfassungsfeindlicher Bestrebungen notwendig und unverzichtbar.

Das **LfV** informiert regelmäßig die Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz und die obersten Landesbehörden über seine Erkenntnisse. Im Einzelfall dürfen auch andere Behörden, z.B. die der Strafverfolgung, zur Erfüllung ihres Auftrages durch das **LfV** über einschlägige Erkenntnisse unterrichtet werden.

Struktur des Verfassungsschutzes

Das **LfV** ist eine obere Landesbehörde und gehört zum Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport. Es nahm seine Tätigkeit aufgrund des Gesetzes vom 19. Juli 1951 auf.



Zur Erfüllung seiner Aufgaben standen dem **LfV** 200 Planstellen zur Verfügung. Der sächliche Haushalt betrug etwa 2,4 Millionen €.

Das **LfV** ist zu erreichen unter der Adresse

Konrad-Adenauer-Ring 41-43, 65187 Wiesbaden

oder dem Postfach 3905, 65029 Wiesbaden

sowie per Telefon: 0611 720-0, E-Mail: poststelle@lfv.hessen.de

und über das Internet: <http://www.verfassungsschutz-hessen.de>

Kontrolliert wird das **LfV**

- Kontrolle** → vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht,
- durch die Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz und die G 10-Kommission des Hessischen Landtages,
- vom Hessischen Datenschutzbeauftragten,
- durch den Hessischen Rechnungshof und nicht zuletzt
- durch die öffentliche Medienberichterstattung.

AUSLÄNDEREXTREMISMUS

Merkmale des Ausländerextremismus

Die Verfassungsschutzbehörden beobachten Organisationen, wenn von ihnen Bestrebungen ausgehen, durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen die politischen Verhältnisse in den Herkunftsländern umzustürzen. Dadurch können auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder auch die eigene Innere Sicherheit gefährdet werden. Darüber hinaus werden Bestrebungen gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker beobachtet. Der Gedanke der Völkerverständigung beinhaltet u.a. die Erhaltung des Friedens, die Achtung der politischen Unabhängigkeit der Staaten und ihr Recht auf Selbsterhaltung, Gleichheit, Ehre und Teilnahme am völkerrechtlichen Verkehr. Er umfasst auch das Verbot, konfessionelle, rassische oder ethnische Gruppen im Ausland zu vernichten oder sie physisch oder psychisch zu beeinträchtigen, was als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzusehen ist.

Zunehmend richten sich solche Organisationen auch gegen Grundwerte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, da ihre Anhänger langfristig in der Bundesrepublik Deutschland leben wollen. Das System der westlich geprägten, rechtsstaatlichen Demokratie entspricht nicht ihren Vorstellungen.

Das Spektrum umfasst linksextremistische wie nationalistische Ideologien; besondere Aufmerksamkeit ist auf den Islamismus zu richten.

Die Aktivitäten der Organisationen werden maßgeblich von politischen Entwicklungen und aktuellen Ereignissen in den Herkunftsländern mitbestimmt.

Beobachtungsauftrag
Ausländerextremismus

Überblick

Erneut wurde in Hessen eine Zunahme von Mitgliedschaften in extremistischen Organisationen festgestellt; es gibt damit abermals deutlich mehr ausländische Extremisten als deutsche Rechts- und Linksextremisten zusammen. Die ermittelte Zunahme im Ausländerextremismus dürfte wie in den Vorjahren mit den verstärkten Aufklärungsbemühungen der Sicherheitsbehörden zusammenhängen und nicht durch eine tatsächlich größer gewordene Anhängerzahl verursacht sein.

Erneute
Zunahme der
Mitgliederzahlen

Die weltweite Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus hat zugenommen. Die Terrororganisation **Al-Qaida** ist auf Grund des Verlustes Afghanistans als zentralem Ort für Ausbildungslager und als Planungsraum sowie zahlreicher Tötungen und Festnahmen wichtiger Führer nur kurzfristig geschwächt worden und gewinnt zunehmend wieder an Boden. Die fortbestehende Aktions- und Funktionsfähigkeit hat das Terrornetz erneut mit schweren Anschlägen deutlich gezeigt. Im Berichtszeitraum wählte **Al-Qaida** Ziele, bei denen sie mit geringem Risiko insbesondere ungeschützte zivile Einrichtungen und Personen treffen konnte. Auch die Anschläge vom 11. März in Madrid haben gezeigt, dass es den Terroristen um spektakuläre Attentate mit einer großen Zahl von Opfern geht. Die Bedeutung von lokalen bzw. regionalen Gruppen, die mit **Al-Qaida** assoziiert sind und zu denen immer wieder eine Beziehung auch durch überwiegend in Afghanistan ausgebildete **Mudjahedin** besteht, ist weiter gestiegen.

Islamistischer
Terrorismus:
Zunahme der
Gefährdung

Deutschland ist nicht nur Ruhe- oder Rückzugsraum für islamistische Terroristen, sondern auch Planungs- und Vorbereitungsraum für terroristische Anschläge und kann zum Anschlagort werden. Neben anderen weisen die im Dezember in Berlin durch Sicherheitskräfte verhinderten Anschlagsvorbereitungen von Mitgliedern der **Ansar Al-Islam (AAI)** darauf hin, dass von einer beständigen Bedrohung durch militante Islamisten ausgegangen werden muss.

Legalitäts-Strategie der IGMG

Die türkische **Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)** blieb unverändert die mit Abstand mitgliederstärkste islamistische Organisation in Deutschland. Bezeichnend ist ihre politische Doppelstrategie. Nach außen stellt sie sich dialogbereit dar, spricht von Integration und gibt verbale Bekenntnisse zum Grundgesetz ab. Intern wird gegen die westlich-demokratischen Werte agitiert. Auch wenn die Innere Sicherheit stark durch den islamistischen Terrorismus bedroht wird, stellt die Strategie des nicht-militanten Islamismus, insbesondere die der **IGMG**, langfristig eine größere Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar.

In besonderer Weise versucht die **IGMG** Einfluss auf die Erziehung türkischstämmiger Kinder und Jugendlicher zu nehmen. Sie zielt bewusst darauf ab, Kinder zu indoktrinieren. Muslime sollten sich in der Nähe von Moscheen, in einem islamischen Umfeld aufhalten und wohnen. Das Tragen des Kopftuchs wird zur Pflicht erklärt. Wieder wurde massiv dazu aufgefordert, die Kinder in **IGMG**-Sommerschulen zu schicken. Weiter wurde der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft propagiert, um mehr Einfluss auf die deutsche Politik zu gewinnen. Auf Ablehnung von Einbürgerungsanträgen wurde mit einheitlichen Klagen reagiert.

Gegen die offen islamistisch agierende türkischsprachige Tageszeitung **Anadoluda Vakit**, deren Deutschlandausgabe in Mörfelden-Waldorf (Kreis Groß-Gerau) erschien, wurden von der Staatsanwaltschaft Darmstadt zwei Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Zeitung, in der häufig Anzeigen für **IGMG**-Veranstaltungen und Berichte über diese Organisation zu finden sind, hatte in verschiedenen Beiträgen einerseits die Ermordung des niederländischen Filmregisseurs Theo van Gogh durch einen Islamisten gerechtfertigt und andererseits den Holocaust geleugnet.

Holocaust- Leugnung durch Islamisten

In Folge der Strafanzeige der Bundestagsabgeordneten Köhler aus Wiesbaden gegen **Anadoluda Vakit** wegen Volksverhetzung (Leugnung des Holocaust), veröffentlichte das Blatt mehrere Artikel, in denen die Abgeordnete diffamiert und indirekt bedroht wurde.

Am 25. Februar 2005 verbot das Bundesministerium des Innern wegen Volksverhetzung die **Yeni Akit GmbH**, die die **Anadoluda Vakit** publiziert.

Ein wesentliches Agitationsthema der auch in Hessen aktiven Gruppen des türkischen linksextremistischen Spektrums stellte die Ablehnung des NATO-Gipfels dar, der am 28./29. Juni in Istanbul stattfand. In der Türkei kam es im Umfeld dieser Veranstaltung zu einer Serie von Bombenanschlägen, die u.a. von der **Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)** und dem militärischen Arm der **Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei (MLKP)** verübt wurden.

Die Entwicklung des **Volkskongresses Kurdistans (KONGRA GEL)**, ehemals **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)**, wurde u.a. durch interne Auseinandersetzungen um den Kurs der Organisation geprägt. Abtrünnige Führungskader gründeten schließlich eine neue Organisation. Dieses Vorgehen wurde von der **KONGRA GEL**-Führung scharf verurteilt.

Im Bericht erwähnte Gruppierungen in Hessen:

Multinationale islamistische Gruppen

- **Mudjahedin/Al-Qaida**
- **Taliban**
- **Al-Tawhid**
- **Ansar Al-Islam**
- **Hizb ut-Tahrir**
- **Tabligh-i Jamaat**
- **Islamische Religionsgemeinschaft Hessen**

Arabische islamistische Gruppen

- Muslimbruderschaft
- Bewaffnete Islamische Gruppe
- Salafitische Gruppe für die Mission und den Kampf
- Islamische Heilsfront
- HAMAS - Islamische Widerstandsbewegung
- Palästinensischer Islamischer Jihad
- Al-Gama'a al-Islamiyya
- En Nahda
- Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.
- Islamische Avantgarden
- Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V.
- Union für die in europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V.
- Hizb Allah

Türken

- Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.
- Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V.
- Der Kalifatsstaat
- Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front
- Türkische Volksbefreiungspartei/-Front, Revolutionäre Linke
- Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)
- Solidaritätsverein mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei
- Föderation der demokratischen Arbeitervereine e.V.
- Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei
- Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten, Partizan, Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa, Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V., Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee
- Maoistische Kommunistische Partei (ehem. Ostanatolisches Gebietskomitee) Konföderation für demokratische Rechte in Europa, Föderation für demokratische Rechte in Deutschland, Volksbefreiungsarmee

Kurden

- Volkskongress Kurdistan (KONGRA GEL) (ehem. PKK), Freiheitspartei der Frauen Kurdistan, Bewegung der freien Jugend Kurdistan (ehem. Union der Jugendlichen aus Kurdistan), Union der StudentInnen aus Kurdistan, Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V., Konföderation kurdischer Vereine in Europa, Kurdischer Arbeitgeberverband e.V.

Iraner

- Volksmodjahedin Iran-Organisation, Nationaler Widerstandsrat Iran
- Arbeiterkommunistische Partei Iran, Internationale Föderation der iranischen Flüchtlings- und Immigrantenräte e.V.

Tamilen

- Liberation Tigers of Tamil Eelam

Sikhs

- International Sikh Youth Federation
- Babbar Khalsa International

Mitgliedschaften in extremistischen Ausländerorganisationen *

	2004	2003	2002
Araber und andere			
Hessen	1.350	1.100	850
Bund	7.670	6.800	6.550
Islamische Türken			
Hessen	3.850	3.800	3.800
Bund	27.250	27.300	27.300
Linksextremistische Türken			
Hessen	350	350	400
Bund	3.150	3.350	3.650
Nationalistische Türken			
Hessen	1.200	1.200	1.200
Bund	7.500	8.000	8.000
Kurden			
Hessen	1.300	1.300	1.300
Bund	11.950	11.850	11.850
Summe			
Hessen	8.050	7.750	7.550
Bund	57.520	57.300	57.350

* Die Zahlen sind gerundet und teilweise geschätzt.

Was ist Islamismus?

Der Verfassungsschutz beobachtet nicht den Islam als Religion. Muslime genießen, wie Anhänger anderer Religionen auch, den Grundrechtsschutz der Religionsfreiheit. Dieser deckt aber nicht verfassungsfeindliche Erscheinungsformen des Islam.

Islamismus (Islamischer Extremismus) ist eine politische Ideologie mit Universal- und Absolutheitsanspruch, in der auch jedes staatliche Handeln dem islamischen Gesetz unterworfen ist. Islamisten, die nur einen Teil der Muslime darstellen, glauben sich im Besitz einer alleinigen, allumfassenden Wahrheit. Mit ihrem doktrinären Anspruch auf Unveränderbarkeit des Islam treten sie für die Errichtung eines weltweiten „Gottesstaates“ ein und lehnen die Rechtsordnung in der westlichen Welt ab. Die politischen Vorstellungen von Islamisten, wonach ihre Interpretation von Koran und Scharia (islamische Rechtsordnung) allein wahr und verbindlich ist, alle Lebensbereiche umfasst und als von Allah gegebene und damit von Menschen nicht abänderbare Ordnung der staatlichen Verfassung übergeordnet ist, sind mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar. Eine islamistische Ordnung mit ihrem Absolutheitsanspruch, in der staatliches Handeln und Gesetzgebung allein von Allah hergeleitet und legitimiert werden, widerspricht fundamental tragenden Prinzipien des Grundgesetzes wie Volkssouveränität, Mehrheitsprinzip, Gewaltenteilung und Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition.

Die unser Rechtssystem prägenden Menschenrechte haben in dem totalitären Herrschaftssystem des Islamismus den islamischen Gesetzen zu weichen. Das Menschenrechtsverständnis des Grundgesetzes mit dem zentralen Wert der allen Menschen gegebenen gleichen Würde und Gleichheit, der den Ausgangspunkt der anderen Grundrechte darstellt, steht im Gegensatz zum Islamismus. Entscheidend ist für diesen allein die Zugehörigkeit zur islamischen Glaubensgemeinschaft, die auch über den rechtlichen Status des Einzelnen entscheidet. Islamistische Bewegungen versuchen heute mit dem Begriff Djihad (Heiliger Krieg), was wörtlich „Anstrengung auf dem Weg Gottes“ bedeutet, die Muslime weltweit zum aktiven Kampf zu mobilisieren. Dabei werden auch Selbstmordattentate als Taten von „Märtyrern“ im Kampf gegen die „Ungläubigen“ gerechtfertigt.

Mit der Durchsetzung islamistischer Positionen in Deutschland wird versucht, Grundrechte von Muslimen gezielt einzuschränken. Es existieren bereits islamistische Parallelgesellschaften. Ziel von Islamisten ist es, die politische und gesellschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland zu verändern und letztlich abzuschaffen.

EXTREMISMUS AUS
EXTREMISMUS AUS

MULTINATIONALE ISLAMISTISCHE GRUPPEN

Mudjahedin/Al-Qaida

Während der sowjetischen Besetzung Afghanistans von 1979 bis 1989 waren dort viele Widerstandsgruppen entstanden, die einen Guerillakrieg gegen die Besatzungstruppen führten. An diesem Kampf beteiligten sich zahlreiche islamistische Freiwillige aus vorwiegend arabischen Ländern, die darin einen Kampf gegen die „Gottlosen“ sahen. Mehrere zehntausend Personen durchliefen Lager in Afghanistan und Pakistan, in denen sie eine terroristische Ausbildung und islamistische Schulungen erhielten. Diese multinationalen, fanatischen Kämpfer für den Sieg des Islam (**Mudjahedin**) sind bereit, als „Märtyrer“ zu sterben. Sie kamen später auch in Krisengebieten wie Bosnien-Herzegowina und Tschetschenien zum Einsatz, wo aus Sicht von Islamisten der Dihad gegen „Ungläubige“ geführt wurde.

Globales
Mudjahedin-
Netzwerk

Diese **Mudjahedin**, oftmals persönlich verbunden durch ihre gemeinsame Zeit in den Ausbildungslagern bzw. durch Kampfeinsätze, bilden als Kleingruppen und Einzelpersonen ein globales Netzwerk in den bekannten islamistisch-terroristischen Gruppierungen, z.B. in der **Bewaffneten Islamischen Gruppe (GIA)**, oder finden sich in voneinander unabhängig operierenden Zellen, die keiner bestimmten Organisation zuzurechnen sind (non-aligned **Mudjahedin**). Diese hochkonspirativ vorgehenden Gruppen mit Kontakten in das internationale **Mudjahedin**-Netzwerk sammeln sich um eine Führungsperson und planen und handeln relativ selbstständig. Auch in Hessen bestehen Bezüge zu diesem Netzwerk, so durch einen zum Islam konvertierten jungen Deutschen, der 2001 auf dem Weg in ein afghanisches Ausbildungslager an der pakistanischen Grenze festgenommen und anschließend nach Deutschland ausgewiesen wurde und weiterhin als wichtige Kontaktperson eingestuft wird.

Drahtzieher
des Terrors:
Usama Bin Laden

Zu diesem Netzwerk des internationalen islamistischen Terrors gehört die 1988 von Usama Bin Laden gegründete Terrororganisation **Al-Qaida** (Die Basis), deren uneingeschränkter Führer er ist. Bin Laden, der aus einer reichen saudi-arabischen Unternehmerfamilie stammt, unterstützte während der Zeit der sowjetischen Besetzung Afghanistans den Widerstandskampf. Das danach herrschende islamistische **Taliban**-Regime schützte ihn bis zur Befreiung Afghanistans durch den Militäreinsatz der internationalen Anti-Terror-Koalition. Bin Ladens genauer Verbleib ist z.Zt. nicht bekannt. **Mudjahedin** aus den von ihm finanzierten Ausbildungslagern gehören zu seiner ihm mit unbedingtem Gehorsam ergebenden Terrororganisation. **Al-Qaida** ist keine Massen-, sondern eine Kaderorganisation, die sich aus ihren Ursprüngen heraus als „ausgewählte“ Elite versteht. Sie stellt ein internationales Netzwerk mit weltweiten konspirativen Verbindungen dar.

Al-Qaida liefert die ideologische Basis der zumeist unabhängig voneinander operierenden Gruppen und Akteure des internationalen islamistischen Terrorismus. Zunehmend ist zu beobachten, dass die Taten nicht mehr zentral geplant, sondern regional aus eigener Initiative durchgeführt und im Nachhinein über Audio- oder Videobotschaften durch die **Al-Qaida**-Führung gerechtfertigt werden.

Hauptfeinde
USA und Israel

Erklärte Hauptfeinde von Bin Laden sind die USA und Israel. Bekämpft werden darüber hinaus neben westlichen Staaten auch westlich orientierte Regierungen isla-

Videobotschaft
Usama Bin
Ladens in Al-
Djazira



mischer Staaten. Insbesondere gilt sein Hass seit der Stationierung amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien dem dort herrschenden Königshaus, das er als nicht islam-treu ansieht. 1998 gab Bin Laden öffentlich die Gründung der **Internationalen Islamischen Kampffront gegen Juden und Kreuzritter** bekannt, eines Zusammenschlusses mehrerer militant-islamistischer Organisationen. In der Gründungserklärung wurde die Tötung von Amerikanern verpflichtend festgeschrieben:

„Seit über sieben Jahren besetzen sie islamischen Boden, die heiligsten aller Stätten auf der Arabischen Halbinsel [...]. Die Entscheidung, Amerikaner und ihre Verbündeten zu töten – zivile oder militärische – ist eine persönliche Pflicht für jeden Moslem, der dies tun kann, in welchem Land auch immer dies möglich ist, um die Al-Aqsa Moschee [in Jerusalem] [...] aus ihrem Würgegriff zu befreien, damit ihre Armeen von islamischem Boden abziehen, geschlagen und unfähig, irgendeinen Moslem zu bedrohen. Dies ist in Übereinstimmung mit den Worten des Allmächtigen Gottes [...]. Wir rufen – mit Gottes Hilfe – jeden Moslem, der an Gott glaubt und von ihm für die Ausführung seiner Befehle belohnt werden will, dazu auf, die Amerikaner zu töten und auszuplündern, wo immer.“ (Frankfurter Neue Presse, 14. September 2001)

„Tötet Amerikaner und ihre Verbündeten“

Al-Qaida und den mit ihr verbundenen Terrorzellen sind schwere Terroranschläge der letzten Jahre zuzurechnen:

Parallel durchgeführte Sprengstoffanschläge auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania) mit 224 Toten und mehreren tausend Verletzten im August 1998.

Selbstmordanschlag auf das amerikanische Kriegsschiff „USS Cole“ vor Aden (Jemen) mit 17 Toten im Oktober 2000.

Am 11. September 2001 Selbstmordanschläge mit entführten Passagierflugzeugen auf das World Trade Center in New York und auf das Pentagon in Washington D.C. mit 3.000 Toten.

Selbstmordanschlag auf die Al-Ghriba-Synagoge auf der Insel Djerba (Tunesien) mit 21 Toten, darunter 14 deutsche Touristen, im April 2002.

Sprengstoffattentate auf Bali (Indonesien) und einer benachbarten Touristeninsel mit über 200 Toten, darunter sechs Deutsche, und über 300 Verletzten im Oktober 2002.

Selbstmordanschlag mit einer Autobombe auf ein von Israelis besuchtes Hotel bei Mombasa (Kenia) mit 16 Toten und zahlreichen Verletzten am 28. November 2002.

Beinahe zeitgleich wurde in Mombasa ein israelisches Passagierflugzeug mit rund 260 Passagieren durch Boden-Luft-Raketen beschossen, die nur knapp ihr Ziel verfehlten.

Am 16. Mai 2003 wurden bei Selbstmordanschlägen in Casablanca (Marokko) 43 Personen getötet, über 100 wurden schwer verletzt. Die fünf gleichzeitig ausgeführten Anschläge mit Autobomben, Granaten und anderen Sprengsätzen richteten sich gezielt gegen Einrichtungen mit westlichem bzw. jüdischem Symbolcharakter.

Am 11. März erfolgte in Madrid der erste schwere Terrorakt des **Al-Qaida**-Netzwerkes in Europa. In Minutenabständen ereigneten sich zehn Explosionen in vier Pendlerzügen, bei denen 190 Menschen getötet und mehr als 1.500 teils lebensgefährlich verletzt wurden. In einem bereits am Tag aufgefundenen Lieferwagen wurden Sprengstoffzünder sowie ein Tonband mit Koranversen sichergestellt. Am 13. März wurde in der Nähe einer Madrider Moschee ein Video gefunden, in dem es heißt:

Terroranschläge in Madrid

„Wir erklären unsere Verantwortung für das, was in Madrid genau zweieinhalb Jahre nach den Angriffen auf New York und Washington geschehen ist. Es ist eine Ant-

wort auf die Verbrechen, die ihr in der Welt verübt habt, und zwar besonders im Irak und Afghanistan, und es wird weitere (Antworten) geben, so Gott will. Ihr liebt das Leben und wir lieben den Tod, was ein Beispiel für das gibt, was der Prophet Mohammed gesagt hat. Wenn ihr eure Ungerechtigkeiten nicht stoppt, wird mehr Blut fließen und diese Angriffe werden sehr klein verglichen mit dem sein, was geschehen wird und was ihr Terrorismus nennt. Dies ist eine Erklärung des Militärsprechers der Al-Qaida für Europa, Abu Dudjan al Afghani.“

Im Zuge einer Polizeiaktion sprengten sich am 3. April in Madrid sieben der mutmaßlichen Attentäter in die Luft. Dabei wurde zugleich ein Polizeibeamter getötet, elf weitere Polizisten wurden verletzt.

In der zerstörten Wohnung wurde ein Video gefunden, auf dem drei verummte und bewaffnete Personen zu sehen sind. In ihrer Botschaft drohen die Terroristen mit weiteren Anschlägen gegen Zivilisten in Spanien: „Wir werden euch an jedem Ort und in jedem Moment töten.“ Zugleich wurde ein sofortiger Abzug der spanischen Truppen aus dem Irak und Afghanistan gefordert, was auch nach den Parlamentswahlen erfolgt ist.

Bei den Tätern handelte es sich überwiegend um aus Marokko stammende **Mudjahedin**, die Beziehungen zum **Al-Qaida**-Netzwerk hatten. So ermittelten die spanischen Sicherheitsbehörden vielfältige Verflechtungen der Madrider Zelle mit dem Täterumfeld von Casablanca und mit der Gruppe eines Islamisten, der als Vertreter Bin Ladens in Spanien gilt und im November 2001 festgenommen worden war.

Die Attentate vom 11. März verdeutlichen die weltweit hohe Gefährdungslage durch den islamistischen Terrorismus. Anders als bei früheren Anschlägen des **Al-Qaida**-Netzwerkes, bei denen Ziele mit westlichem oder jüdischem Symbolcharakter attackiert wurden (z.B. World Trade Center, Banken, Synagogen und Tourismuszentren), verfolgten die Attentäter diesmal offenbar ausschließlich die Absicht, möglichst viele Opfer zu treffen. Die Ereignisse in Madrid zeigen eine neue Dimension des Terrorismus: jeder kann zum Opfer werden. Motiv war auch, die spanische Bündnispolitik mit den USA zu treffen. Bei den unmittelbar folgenden Parlamentswahlen kam es zu einem Regierungswechsel in Spanien, der den Abzug der spanischen Truppen aus dem Irak zur Folge hatte. Damit findet **Al-Qaida** zu echter politischer Macht, die außenpolitische Festlegungen sogar kurzfristig verändern kann.

Die Anschläge sind zugleich ein Beispiel für die zunehmende Regionalisierung im internationalen islamistischen Terrorismus. Die Ausführung von schweren Anschlägen wird nicht mehr zentral gesteuert. Lokale, weitgehend autonome **Mudjahedin**-Gruppen planen im Sinne von **Al-Qaida** und erhalten nachträglich von ihr den Zuspruch für die Taten.

Neben den Attentaten von Madrid werden **Al-Qaida** und ihrem Netzwerk im Berichtsjahr schwere Terrorakte in Saudi-Arabien zugerechnet:

- ➔ Am 21. April wurde ein Selbstmordattentat auf das Hauptquartier der saudischen Sicherheitskräfte in Riad verübt. Bei dem Anschlag sollen bis zu 20 Menschen ums Leben gekommen sein. Es entstand zudem erheblicher Sachschaden auch an umliegenden Gebäuden. Eine mit dem **Al-Qaida**-Netzwerk verbundene radikal-islamistische Gruppe bekannte sich zu dem Anschlag.

Djihad-Propaganda im Internet: „Gott ist groß! Den Ungläubigen wird ihre gerechte Strafe zuteil!“



Weltweit hohe
Gefährdungslage

Regionalisierung
im internationalen
Terrorismus

Terrorakte in
Saudi-Arabien

- ➔ In der Hafenstadt Janbu stürmten am 1. Mai vier Attentäter das Büro einer Ölfirma und erschossen sechs Ausländer und einen saudischen Bürger. Die Angreifer wurden anschließend von der Polizei getötet. Die saudischen Sicherheitskräfte vermuten **Al-Qaida** als Urheberin des Attentats.
- ➔ Insgesamt 22 Menschen wurden zwischen dem 29. und dem 30. Mai bei einem Anschlag in der saudischen Stadt Khobar getötet. Die Angreifer stürmten zunächst das Gelände einer Ölfirma und erschossen gezielt Mitarbeiter des Unternehmens. Weiter war beabsichtigt, eine von ausländischen Mitarbeitern benutzte Wohnanlage zu sprengen. Da dies nicht gelang, wurden gezielt Bewohner getötet und Geiseln genommen. Letztere konnten von einem Spezialkommando des saudischen Militärs befreit werden. Das **Al-Qaida**-Netzwerk bekannte sich im Internet zu dem Anschlag.
- ➔ Am 6. Dezember überfielen Attentäter das US-Konsulat von Jeddah und nahmen 18 Geiseln. Bei der Erstürmung des Gebäudes durch saudische Sicherheitskräfte starben fünf Konsulatsmitarbeiter, vier Polizisten und drei der insgesamt fünf Terroristen. Auch dieser Anschlag wird dem **Al-Qaida**-Netzwerk zugerechnet.

Mit diesen Attentaten, denen noch weitere einzelne Morde an Zivilisten westlicher Herkunft hinzuzurechnen sind, verfolgen die Terroristen ihr Ziel, Ausländer, die wesentlich zur Produktivität der saudischen Wirtschaft beitragen, zum Verlassen des Landes zu bewegen, um damit die Ökonomie sowie die Stabilität des saudischen Regimes nachhaltig zu schädigen. Ebenso soll auf diesem Weg die von Bin Laden geforderte „Reinigung der heiligen Erde von Ungläubigen“ in Saudi-Arabien vorangetrieben werden.

Öfter als in der Vergangenheit wurden Ton- und Videobotschaften von **Al-Qaida** im Internet oder von arabischen Fernsehsendern veröffentlicht. Diesen Verlautbarungen kommt einerseits eine wichtige Mobilisierungs- und Motivationsfunktion für das **Mudjahedin**-Netzwerk zu, da diese Propaganda auch an Sympathisanten aus dem Umfeld des islamistischen Terrorismus appelliert; andererseits dienen die Botschaften der **Al-Qaida**-Führung an die Weltöffentlichkeit der Bedrohung von Staaten und Organisationen, die sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus beteiligen.

Ton- und Videobotschaften von Al Qaida

Hervorzuheben ist ein am 2. April in einem Internet-Magazin vorgestelltes Dokument, das als Strategiepapier von **Al-Qaida** gilt. Darin wird die Rangfolge der möglichen Anschlagziele dargelegt. Juden und Christen stehen dabei an erster Stelle:

„Wir müssen Juden und Christen als Ziele auswählen. Wir müssen jeden, der gegen Gott, seinen Propheten oder die Gläubigen kämpft, wissen lassen, dass wir ihn töten werden. Es sollte keine Beschränkungen und geographischen Grenzen geben. Wir müssen das Land der Ungläubigen in eine Hölle verwandeln, so wie sie es mit dem Land der Muslime gemacht haben. Deshalb sollen die Zellen auf der ganzen Welt nicht auf geographische Grenzen schauen, sondern versuchen, die ungläubigen Länder zum Schauplatz von Operationen zu machen, und zu erreichen, dass sie damit und mit sich selbst beschäftigt sind.“

„Juden und Christen als Ziele“

Am 15. April bot Bin Laden in einer von arabischen Fernsehsendern ausgestrahlten Tonbandbotschaft den europäischen Ländern eine Art Waffenstillstand an, „die keine muslimischen Länder angreifen“. Bewusst versuchte er, mit dem nur an Europäer gerichteten Angebot, einen Keil zwischen die US-Regierung und ihre europäischen Verbündeten zu treiben. Darin bediente er sich einer theologischen Begründung, die für eine Zeit der Schwäche kämpferische Zurückhaltung erlaubt. Bei wiedergewonnener Stärke sind solche Angebote hinfällig. Auf dem Band hieß es weiter, dass die „Tür zur Versöhnung“ für drei Monate geöffnet sei. „Für jene, die die Versöhnung zurückweisen und Krieg wollen, sind wir bereit.“

Thema Irak-Konflikt

Am 6. Mai thematisierte Bin Laden in einer über das Internet veröffentlichten Rede die Rolle der Vereinten Nationen im Irak-Konflikt. Dabei bezeichnete er die vereinten Nationen als ein „kreuzritterlich-zionistisches Instrument“ und lobte Kopfgelder u.a. auf den damaligen US-Zivilverwalter aus. Auch die Ermordung des UN-Generalsekretärs Kofi Annan sollte belohnt werden:

„Wer Kofi Annan, den Vorsitzenden seiner Mission im Irak oder Gesandte, wie Al-Ibrahim, tötet, der bekommt den [...] Preis in Höhe von 10.000 g Gold. Außerdem gibt es einen Preis in Höhe von 1.000 g Gold für denjenigen, der einen Soldaten oder einen Zivilisten der Herrschaften aus den Veto-Staaten, wie die Amerikaner oder Briten, tötet. Ferner gibt es 500 g Gold für die Ermordung eines Soldaten oder eines Zivilisten der Sklaven der [UNO-]Generalversammlung im Irak, wie Japan und Italien.“

Selbstbezeichnung Bin Ladens für Anschläge des 11. September 2001

Kurz vor den US-Präsidentenwahlen wandte sich Bin Laden am 29. Oktober über eine von einem arabischen TV-Sender ausgestrahlte Videobotschaft an das amerikanische Volk. In seinen Ausführungen bekannte sich der **Al-Qaida**-Führer erstmals öffentlich als Urheber der Anschläge vom 11. September 2001 und warf dem amerikanischen Präsidenten Bush vor, sein Volk zu täuschen. Zugleich drohte Bin Laden den USA mit weiteren Terrorakten, da die Gründe für die Durchführung der Anschläge des 11. September 2001 nach wie vor Bestand hätten.

In einer am 15. Dezember vom Sender Al-Djazira ausgestrahlten Audiobotschaft richtete sich Bin Laden an die Bevölkerung der arabischen Länder. In besonderer Weise attackierte er das saudische Herrscherhaus, dem er vorwarf, mit den USA zu kollaborieren. An alle Muslime appellierte er, folgendes Gebet in den Moscheen zu sprechen:

„Oh Gott, zerstöre die Allianz zwischen den Zionisten und den USA und all jene, die sie und ihre Handlanger unterstützen. Oh Gott, zerstöre ihr Dasein, brich ihr Genick, beende ihre Herrschaft, zerstreue ihre Reihen, teile ihre Truppen und mache ihre Ehefrauen zu Witwen.“

Am 3. August wurden in Großbritannien mehrere Personen einer islamistischen Gruppierung um den britischen Staatsangehörigen Dhiren Barot festgenommen, der ein führendes Mitglied des **Al-Qaida**-Netzwerkes sein soll. Gegen acht der Festgenommenen wurde Anklage erhoben. Sie werden der Verschwörung zum Mord und zur Durchführung eines Angriffs mit chemischen, biologischen oder radioaktiven Waffen („schmutzige Bombe“) beschuldigt. Im Rahmen von Durchsuchungen fanden die Ermittler Pläne, die für Anschläge auf die New Yorker Börse, den Internationalen Währungsfond und andere in den USA befindliche Finanzinstitutionen hätten verwendet werden können.

Im Berichtsjahr kam es auch in Deutschland zu Exekutivmaßnahmen gegen islamistische Terroristen.

Bei den Ermittlungen in Folge der Anschläge vom 11. März kam es zu einem Hinweis auf Hessen. Ein 28-jähriger Marokkaner, der kurz nach den Madrider Attentaten von den spanischen Sicherheitsbehörden festgenommen wurde, hatte Ende 2003 für eine kurze Zeit in Darmstadt gewohnt. Er galt als Kontaktperson des am 7. Juni in Mailand (Italien) festgenommenen „Mohamed der Ägypter“, der von 1999 bis 2001 im Saarland gelebt hatte und als einer der Drahtzieher der Madrider Attentate angesehen wird. Der Generalbundesanwalt leitete ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und anderer Straftaten ein. Am 25. März durchsuchte die Polizei erfolglos die seinerzeit von dem verdächtigten Marokkaner genutzte Wohnung. „Mohamed der Ägypter“ konnte inzwischen in Italien verhaftet werden.

Deutsche Sicherheitsbehörden verhinderten Anfang Dezember einen Anschlag auf den irakischen Ministerpräsidenten Allawi. Anlässlich dessen Berlin-Besuchs am 3. Dezember hatten drei rechtzeitig festgenommene Iraker aus Stuttgart, Augsburg und Berlin ein Attentat auf Allawi geplant. Die verdächtigen Personen sollen der Gruppe **Ansar Al-Islam (AAI)** angehören, die trotz organisatorischer Selbstständigkeit im Kontakt zum Terrornetzwerk **Al-Qaida** steht.

*Verhinderung
eines Anschlags*

Darüber hinaus mussten sich militante Islamisten vor deutschen Gerichten verantworten.

*Gerichtsverfahren
in Deutschland*

Der Bundesgerichtshof (BGH) hob am 4. März das Urteil des Oberlandesgericht (OLG) Hamburg vom 19. Februar 2003 gegen den Terrorverdächtigen Mounir El-Motassadeq auf. Das Gericht gab seinem Revisionsantrag statt und wies das Verfahren an das OLG Hamburg zu neuer Verhandlung und Entscheidung zurück. Der Marokkaner war im weltweit ersten Terrorprozess in Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September 2001 zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 15 Jahren wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Beihilfe zum Mord in mehr als 3.000 Fällen verurteilt worden. Am 7. April ordnete das OLG Hamburg die Entlassung El-Motassadeqs aus der Untersuchungshaft an. Nach Ansicht des Gerichtes bestand der dringende Tatverdacht nur noch wegen des Vorwurfes der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Im Hinblick auf den Vorwurf der Beihilfe zum Mord in über 3.000 Fällen sei zwar nach wie vor ein hinreichender, jedoch kein für die Untersuchungshaft erforderlicher dringender Tatverdacht mehr gegeben. Seit dem 10. August läuft das Verfahren vor dem OLG Hamburg.

Im zweiten deutschen Prozess um die Anschläge vom 11. September 2001 wurde der Angeklagte Abdelghani Mzoudi am 5. Februar aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Die Bundesanwaltschaft hatte ihm in der Anklage Beihilfe zum Mord in mehr als 3.000 Fällen und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen und 15 Jahre Freiheitsstrafe gefordert. Das OLG Hamburg sah es jedoch als nicht erwiesen an, dass Mzoudi an der Vorbereitung der Anschläge beteiligt gewesen war. Das Gericht betonte, eine mögliche Kenntnis oder sogar Beteiligung des Angeklagten an den Tatvorbereitungen bzw. eine Gruppeneinbindung in diesem Sinne nicht ausschließen zu können. Der Vorsitzende Richter erklärte, Mzoudi sei nicht freigesprochen worden, weil das Gericht von seiner Unschuld überzeugt sei, sondern weil die Beweismittel für einen Schuldspruch nicht ausgereicht hätten. Die Bundesanwaltschaft hat Revision gegen des Urteil beim BGH eingelegt.

Zur Zeit läuft ein Abschiebeverfahren gegen Mzoudi. Die Hamburger Innenbehörde hat ihm untersagt, sein Studium wieder aufzunehmen. Solange wie das Revisionsverfahren beim BGH noch anhängig ist, ist sein Aufenthalt in der Bundesrepublik lediglich geduldet.

Wegen Vorbereitung von Anschlägen auf jüdische Einrichtungen in Berlin und Düsseldorf verurteilte das OLG Düsseldorf am 26. November 2003 ein Mitglied der islamistischen Gruppierung **Al-Tawhid**. Hierbei handelt es sich um **Mudjahedin**, die eng mit **Al-Qaida** in Verbindung stehen sollen. Die militanten Kämpfer unterstützen den weltweiten Dschihad, vor allem gegen jüdische und israelische Ziele.

Seit dem 10. Februar wird vor dem OLG Düsseldorf der zweite Prozess gegen mutmaßliche Angehörige der Terrorgruppe **Al-Tawhid** geführt. Den Angeklagten wird vorgeworfen, Anschläge gegen jüdische Einrichtungen sowie gegen Gaststätten, die jüdische Betreiber haben oder vorwiegend von Juden besucht werden, geplant und vorbereitet zu haben. Erklärtes Ziel sei die Ermordung möglichst vieler Menschen gewesen. Bei den vier Angeklagten handelt es sich um zwei Jordanier, einen Algerier

sowie einen palästinensischen Volkszugehörigen ungeklärter Staatsangehörigkeit. Gegen drei der Angeklagten wird u.a. wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung gem. § 129 a StGB verhandelt. Der vierte Beschuldigte steht u.a. im Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

Im Unterschied zu dem Hamburger Verfahren gegen Mzoudi steht im vorliegenden Prozess ein Kronzeuge zur Verfügung. Es handelt sich um einen im ersten **Al-Tawhid**-Prozess zu vierjähriger Haft verurteilten jordanischen Staatsangehörigen. Dieser hatte bereits im eigenen Verfahren im Rahmen seines umfassenden Geständnisses ausführlich über die Strukturen des Terrornetzwerkes **Al-Tawhid** ausgesagt. Das Gericht berücksichtigte diese Aussagebereitschaft strafmildernd.

Aktions- und Funktionsfähigkeit des Terrorismus

Weltweit ist die Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus gewachsen. Der internationale Fahndungsdruck und die damit einhergehende Tötung und Festnahme vieler auch bedeutender Führer hat das Netzwerk **Al-Qaida** nur vorübergehend geschwächt. Die Anschläge von Madrid belegen die Aktions- und Funktionsfähigkeit des Terrorismus. Im Berichtszeitraum wurden Ziele angegriffen, bei denen mit geringem Risiko, insbesondere bei zivilen Einrichtungen, spektakuläre Attentate mit vielen Opfern und größtmöglichem Sachschaden erzielt wurden.

Deutschland mögliches Anschlagziel

Die Bundesrepublik gilt nicht mehr nur als Ruhe- bzw. Rückzugsraum für islamistische Terroristen, sondern muss als Planungs- und Vorbereitungsraum für terroristische Anschläge eingestuft werden. Deutschland kann auch zum Anschlagziel werden. Die von Sicherheitskräften Anfang Dezember in Berlin vereitelten Anschlagsvorbereitungen von Mitgliedern der **Ansar Al Islam** bestätigen, dass auch in Deutschland von einer anhaltenden Bedrohung durch militante Islamisten ausgegangen werden muss. Hinweise auf eine Entspannung der Gefährdungslage liegen nicht vor.

Hizb ut-Tahrir al-Islami (HuT)

Kampf gegen die „Ungläubigen“

Die 1953 gegründete multinationale islamistische **HuT** (Islamische Befreiungspartei) lehnt jede Staatsgewalt, die sich aus säkularen Ursprüngen herleitet, ab. Die sich als pan-islamische Bewegung verstehende Organisation strebt die Einigung der islamischen Umma (Gemeinschaft aller Muslime) in einer weltweiten „islamischen Ordnung“ unter Herrschaft eines Kalifen und unter strikter Anwendung der Scharia (islamisches Rechtssystem) an. Dabei ist für die **HuT** der Kampf gegen die „Ungläubigen“ im Sinne eines „aktiven Dihad“ für jeden Muslim verpflichtend.

Ein wichtiges Zentrum der **HuT** in Europa ist Großbritannien. In Deutschland sind seit 1990 Aktivitäten der Organisation bekannt. Mit Wirkung vom 15. Januar 2003 sprach das Bundesministerium des Innern gegen die **HuT** ein Betätigungsverbot für den Geltungsbereich des Grundgesetzes aus. In der Begründung wurde festgestellt, dass die **HuT** sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, antisemitische Propa-

Symbol der HuT: Fahne mit islamischem Glaubensbekenntnis



ganda verbreitet, ihre Ziele in aggressiv-kämpferischer Weise verfolgt und Gewaltanwendung befürwortet. Gegen das Betätigungsverbot hat die **HuT** Klage beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt.

Die Ideologie und Weltsicht der **HuT** gehen aus zahlreichen Schriften insbesondere ihres Gründers und ehemaligen **MB**-Anhängers, Taqi al-Din al-Nabhani, hervor. In den letzten Jahren nutzte die nach außen abgeschottete und konspirativ arbeitende Kaderorganisation vor allem das Internet, um ihre extremistischen Ideen mehrsprachig zu verbreiten. Im Kern lehnt die **HuT** jegliche Form der „ungläubigen“ Gesellschaftssysteme und Staatsformen, wie z.B. Demokratie und Kommunismus, ab. Demnach existieren für die **HuT** weltweit drei Ideologien: Der Islam, die kapitalistische Demokratie und der Kommunismus.

„Die kapitalistische Demokratie ist die Ideologie der westlichen Staaten und der USA, die Ideologie der Trennung von Religion und Staat und der Religion vom Leben. [...] Diese Ideologie ist eine Ideologie des Unglaubens (Kufr), die diametral dem Islam widerspricht, da im Islam Allah der Gesetzgeber ist und er allein das System für die Menschen festlegt. Er machte es zur Pflicht, alle Angelegenheiten des Lebens nach den von ihm herabgesandten islamischen Rechtssprüchen zu lösen. Daher ist es den Muslimen verboten, die kapitalistische Ideologie zu übernehmen und deren Gesetze und Systeme anzuwenden, da es sich um eine Ideologie des Kufr handelt und ihre Ideen und Systeme ebenfalls Kufr sind, die im völligen Widerspruch zum Islam stehen.“

Antidemokratische
Agitation

„Dieses demokratische System ist ein System des Unglaubens, welches aus der Feder des Menschen stammt und nicht den islamischen Rechtssprüchen entsprungen ist. Deswegen ist das Regieren nach dem demokratischen System ein Regieren nach dem System des Kufr (Unglaubens) und der Aufruf zu diesem System ein Aufruf zu einem Kufr-System. Aus diesem Grund ist es unter allen Umständen unzulässig, zur Demokratie aufzurufen oder danach zu regieren.“

„Zu den hervorstechendsten Ideen der kapitalistischen Ideologie gehört das Gebot der Wahrung der Freiheiten des Menschen. Zu diesen Freiheiten gehört die Glaubensfreiheit, die Meinungsfreiheit, die Eigentumsfreiheit und die persönliche Freiheit. [...] Diese vier allgemeinen Freiheiten stehen im Widerspruch zu den Gesetzen des Islam. So ist der Muslim nicht frei in seinem Glauben, denn, wenn er vom Glauben abfällt, wird er zur Rückkehr aufgefordert. Kommt er dem nicht nach, wird er getötet. Der Gesandte sprach: ‚Wer seinen Glauben wechselt, den tötet ihr.‘ Der Muslim ist auch in seiner Meinungsäußerung nicht frei, denn was der Islam als Ansicht vertritt, muss auch seine Ansicht sein und dem Muslim ist es nicht gestattet, eine andere Meinung zu vertreten als die des Islam. Des Weiteren besitzt der Muslim bzgl. des Eigentums keine Freiheit.“

„Die persönliche Freiheit existiert im Islam nicht. Der Muslim ist persönlich nicht frei, sondern an den Standpunkt des islamischen Rechts gebunden. Sollte er bspw. dem Gebet oder dem Fasten nicht nachkommen, so wird er bestraft. Sollte er betrunken sein oder Unzucht begehen, wird er ebenfalls bestraft. Ebenso verhält es sich, wenn eine Frau unvollständig bekleidet oder ohne ihre Reize zu verdecken in die Öffentlichkeit tritt. Deswegen haben die Freiheiten im westlich-kapitalistischen System keinen Platz im Islam und stehen im diametralen Gegensatz zu ihm.“

Absage an
persönliche
Freiheit

Zu den Aufgaben der Muslime auch in westlichen Ländern äußerte sich die **HuT** wie folgt:

„Alle sind aufgefordert, sich zu bemühen, dem Tod der Jahiliyya [Unwissenheit] zu entfliehen, indem sie sich ernsthaft jenen Tätigkeiten widmen, die zur Wiedererrichtung des Islamischen Kalifats führen und zur Aufstellung eines Kalifen, der die Menschen nach Qur'an und Sunna regiert.“

Eine Teilnahme an den demokratischen Prozessen, wie Wahlen oder die Wahrnehmung individueller Freiheiten, werden von der **HuT** als im Widerspruch zu islamischen Rechtssprüchen stehend abgelehnt. Die Organisation polemisiert zugleich gegen die Regierungen der islamischen Länder, z.B. die Mitglieder der Organisation der Islamischen Konferenz, denen sie – neben den „Juden“ – die Schuld an der Lage des palästinensischen Volkes gibt. Sie seien „unislamische Regenten, die die beste Umma demütigen.“

Rechtfertigung
von Selbstmord-
attentaten

In besonders aggressiver Weise äußerte sich die **HuT** in ihren Verlautbarungen zum Thema „Judentum“ und „Staat Israel“. Im Internet rief sie auch im Berichtsjahr zur Gewalt gegen Juden auf und rechtfertigte Selbstmordattentate in Israel:

„Die Juden sind ein Volk der Lügen, ein Volk des Verrats, das Abkommen und Verträge bricht. Sie ersinnen Unwahrheiten und verdrehen den Wortsinn. Sie verletzen ungerechterweise die Rechte anderer, töten Propheten und Unschuldige und sind die größten Feinde der Gläubigen. Allah untersagte uns, sie zum Freund zu nehmen.[...] So waren sie, so sind sie und so werden sie immer bleiben. Diese Region und insbesondere die Bewohner Palästinas haben seit mehr als fünfzig Jahren unter ihrer Pein zu leiden. Die Märtyreraktionen, die gegenwärtig in Palästina gegen die Juden verübt werden, sind islamisch legitim.“

Weitere Exekutiv-
maßnahmen

Nachdem bereits im Vollzug des Betätigungsverbotes 2003 in fünf Bundesländern, darunter in Hessen, Wohnungen von **HuT**-Mitgliedern durchsucht und große Mengen Propagandamaterial beschlagnahmt worden waren, wurden am 8. Dezember 17 weitere Objekte von **HuT**-Anhängern in Berlin und in Niedersachsen durchsucht. Dabei fand die Polizei u.a. umfangreiches Propagandamaterial.

Bereits im Dezember 2003 wurde in Hessen ein aus dem Jemen stammender Student aufgrund seiner engen Einbindung in die **HuT** aus der Bundesrepublik ausgewiesen.

Tabligh-i Jamaat (TJ)

Bezüge zum
Terrorismus

In mehreren Fällen des internationalen Terrorismus wurden Bezüge zur **Tabligh-i Jamaat (TJ)** (Gemeinschaft für Verkündung und Mission) festgestellt.

Die **TJ** wurde 1927 von dem Religionsgelehrten Maulawi Muhammad Ilyas in Delhi (Indien) gegründet. Die von Beginn an als „Missionsbewegung“ auftretende Organisation expandierte zunächst über den indischen Subkontinent auf die arabische Halbinsel, später über Afrika nach Europa und Nordamerika. Ihre Anhängerzahl wird heute auf bis zu zwölf Millionen geschätzt. Das Zentrum der **TJ** befindet sich in Lahore (Pakistan). Seit den 60er Jahren breitet sich die Bewegung auch in Europa aus, zunächst in Großbritannien und Frankreich, in den letzten Jahren auch zunehmend in Deutschland. Das Europazentrum ist in Dewsby (Großbritannien). Anlaufstellen für Anhänger der **TJ** in Deutschland sind u.a. mehrere Moscheen in Frankfurt am Main, sowie ein Verein in Friedrichsdorf (Hoch-Taunus-Kreis).

Abgrenzungs-
ideologie

Ziel der Gruppierung ist es, die Muslime zur strikten Anwendung religiös-weltlicher Normen gemäß Koran und Sunna (Vorbild des Propheten), die zum Teil im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen, anzuleiten. Damit soll eine Islamisierung der Gesellschaft „von unten“ erreicht werden. Die überwiegend aus dem Ausland eingereisten „Wanderprediger“ der **TJ** fordern z.B. die kompromisslose Einhaltung muslimischer Familienrechte und vertreten eine Abgrenzungs-ideologie gegenüber Nicht-Muslimen, aber auch gegenüber anderen islamischen, z.B.

schiitischen, Gruppierungen. In den letzten Jahren ist festzustellen, dass kleine Gruppen von **TJ**-Aktivisten hier versuchen, zielgerichtet, vor allem in Moscheen, Jugendliche für Schulungen, u.a. in Pakistan, anzuwerben. Durch die gemeinsame ideologische Basis mit militanten Gruppierungen besteht die Gefahr, dass die weltweiten Strukturen der Bewegung für terroristische Netzwerke genutzt werden.

Das Kopftuch: Die „Fahne“ für Islamisten

Für alle Islamisten ist das Kopftuch (sofern sie nicht sogar noch weitergehende Verhüllungen der Frau vorschreiben) ein demonstrativer und zentraler Ausdruck ihrer politischen Überzeugung. In welchem Ausmaß das Kopftuch ein Symbol für den Islamismus ist, zeigte die Islamistin Merve Kavakci, eine ehemalige türkische Parlamentsabgeordnete, als sie das Kopftuch als „ihre Fahne“ im Kampf bezeichnete. Das Kopftuch ist so für Islamisten ein offensiv eingesetztes Agitationsinstrument zur Verbreitung ihrer Ideologie.

Im Koran selber findet sich keine explizite Vorschrift für ein Kopftuch. Der rigide Verhüllungszwang der Frau ist eine Interpretation von Islamisten. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD, kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden) Nadeem Elyas, der grundsätzlich auch die Steinigung der Frau bei Ehebruch rechtfertigt, spricht willkürlich vom Kopftuch-Tragen sogar als einer religiösen Pflicht, wie von den fünf anerkannten Grundpfeilern des Islam (Glaubensbekenntnis, Beten, Fasten, Wallfahrt nach Mekka, Almosenabgabe).

Für Islamisten ist das Kopftuch ein Symbol der Abgrenzung, mit dem sie Musliminnen ohne Kopftuch in die Nähe des von ihnen als gott- und wertlos sowie dekadent beschimpften Westens rücken oder Nicht-Kopftuchträgerinnen als Ungläubige diffamieren.

Vor allem aber ist das Kopftuch eine Manifestation der von Islamisten angestrebten verfassungsfeindlichen und patriarchalischen Ordnung. Das Kopftuch darf nicht isoliert gesehen werden. Es ist nur ein – allerdings wichtiges und zudem augenfälliges – Teilelement einer islamistischen Paralellgesellschaft, in der wesentliche, verfassungsrechtlich verankerte Menschenrechte Frauen vorenthalten bzw. für diese eingeschränkt werden. Der Islamismus, der Frauen rechtlich und faktisch massiv unterprivilegiert oder unterdrückt, steht im diametralen Gegensatz zu den westlichen Verfassungsordnungen mit Gleichberechtigung und freier Persönlichkeitsentfaltung von Frauen und Männern. Islamisten berufen sich auf den Koran, in dem es heißt „Die Männer stehen über den Frauen“ (Sure 4, 34).

Islamische Religionsgemeinschaft Hessen e.V. (IRH)

Emblem
der IRH

Die 1997 gegründete **IRH** ist aus dem Islamischen Arbeitskreis Hessen hervorgegangen, zu dessen Mitgliedsvereinen auch wichtige islamistische Organisationen gehörten.



Für die **IRH** ist wesentliches Merkmal der Scharia, des mit dem Grundgesetz unvereinbaren islamischen Rechts, ihr „prinzipiell allumfassender und zeitloser Charakter“. Deshalb gibt es für die IRH auch keine vollgültige Anerkennung des Grundgesetzes. In der von der **IRH** herausgegebenen „Darstellung der Grundlagen des Islam“ heißt es so, die Beachtung der Rechtsnormen des deutschen/hessischen Rechtssystems sei legitim und obligatorisch „unter der Prämisse der Religions-, Gewissens- und Meinungsfreiheit“.

Bekenntnis
zur Scharia

Ihre verfassungsfeindlichen Ziele werden von der **IRH** verschleiert, sie vermeidet nach außen angreifbare Aussagen. So wurde ihre Publikation „Freitagsblatt“ bereits im Jahr 2000 eingestellt, da dort immer wieder Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen zu finden waren. Beispielsweise hieß es in einem Artikel einer früheren stellvertretenden **IRH**-Vorsitzenden und seit Gründung amtierenden Vorstandsmitgliedes, dass Länder der 3. Welt „im Bereich Religionsfreiheit und Toleranz der 1. Welt weit voraus“ seien. Als vorbildlich aufgeführt wird dann unter anderem das islamistische Pakistan, was einen deutlichen Hinweis auf die von der **IRH** angestrebte Ordnung gibt.

Öffentlich weiter bekannt wurde die **IRH** durch eine Fatwa (islamisches Rechtsgutachten) aus dem Jahr 1998, wonach muslimische Schülerinnen nicht an mehrtägigen Klassenfahrten teilnehmen dürfen. Generell seien mehrtägige Reisen mit Übernachtung außerhalb der elterlich/ehelichen Wohnung für muslimische Frauen ohne Begleitung eines nahen männlichen Verwandten nicht erlaubt, da sie gegen islamische Regeln verstoßen würden. Als zulässigen Entfernungsradius würden – so die Fatwa weiter – „die islamischen Gelehrten heutzutage“ ca. 81 km annehmen (dies entspricht der Strecke, die eine Kamelkarawane von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang zurücklegen kann). Damit richtet sich die **IRH** massiv gegen Freiheits- und Grundrechte von Frauen. Eine inhaltliche Distanzierung von dieser Fatwa hat die **IRH** nicht vorgenommen.

Aus taktische Gründen versucht die **IRH** seit Jahren, prominente Gäste einzuladen, um sich politisch aufzuwerten.

Den ungeklärten Brand im Schlachtbetrieb eines **IRH**-Vorstandsmitgliedes, der wegen seines Antrages auf betäubungsloses Schächten im Rechtsstreit mit dem Land Hessen steht, nutzte die **IRH** zur Agitation. In einer von der **IRH** verbreiteten Presseerklärung der Rechtsanwälte des Islamisten heißt es: „Nach unserer Ansicht trägt die Hessische Landesregierung eine faktische Mitverantwortung für das Attentat“. Musliminnen und Muslime seien „die neuen Rechtlosen unseres Landes“. Die **IRH** sprach von „staatlicher Willkür gegen Muslime“, sie würden „pauschal und chronisch“ als Feinde von Verfassung und Grundgesetz erklärt. Massiv wurde die Landesverwaltung diffamiert: Mit der Rückendeckung der Landesregierung trügen Verfassungsschutzbehörden zunehmend stärker dazu bei, mit unsachlichen Darstellungen „für die öffentliche Stimmungsmache“ gegen die muslimische Bevölkerung „Frieden und Sicherheit in unserem Land zu gefährden.“

Ziel:
Religionsunterricht

Wichtiges Ziel der islamistischen Organisation ist die Einführung islamischen Religionsunterrichts mit ihr als Trägerin an hessischen Schulen. Das Hessische Kultusministerium hat einen entsprechenden Antrag der **IRH** abgelehnt. Die dagegen eingereichte Klage wies das Verwaltungsgericht Wiesbaden am 15. Juni ab. Die **IRH** sei keine Religionsgemeinschaft, eine eigene tragfähige Organisationsstruktur sei nicht erkennbar. Die **IRH** hat gegen das Urteil beim VGH Kassel Revision eingelegt.

Muslimbruderschaft (MB)

Die 1928 von Hassan Al-Banna in Ägypten gegründete **MB** ist die älteste und größte arabische islamistische Gruppierung. Sie entwickelte sich von einer regionalen ägyptischen Wohlfahrtsorganisation islamischer Prägung zu einer Bewegung, die sich in arabischen, vor allem nordafrikanischen, aber auch westeuropäischen Ländern unter verschiedenen Bezeichnungen ausgebreitet hat. Die **MB** ist Mutterorganisation der extremistischen **Bewaffneten Islamischen Gruppe (GIA)**, der **Salafitischen Gruppe für die Mission und den Kampf (GSPC)** und der **Islamischen Heils-**



MB-Emblem

front (FIS) aus Algerien, der palästinensischen **Islamischen Widerstandsbewegung (HAMAS)** und des palästinensischen **Islamischen Jihad (PIJ)**, der ägyptischen **Al-Gama'a al-Islamiyya (GI)** sowie der tunesischen **En Nahda**.

Die Ideologie der **MB** ist bis heute zentrales Gedankengut im Islamismus. Die **MB** strebt die Beseitigung der herrschenden arabischen Regime an, die sie als unislamisch ansieht. Sie fordert die Beseitigung westlicher Einflüsse in der islamischen Welt, die Rückkehr zur „reinen Lehre“ des Propheten und wendet sich gegen eine Lockerung islamischer Traditionen und Sitten. Fernziel der **MB** ist die globale Verwirklichung einer islamistischen Herrschaftsordnung.

*Fernziel:
weltweite Herr-
schaft des
Islamismus*

Einflussreicher Islamist: Yusuf al-Qaradawi

Ein wichtiger Vertreter der **MB**-Ideologie ist der in Ägypten geborene und heute in Qatar lebende Scheich Yusuf al-Qaradawi (geboren 1926), der mittlerweile über Massenmedien, darunter den TV-Sender „Al-Djazira“, ein Millionenpublikum in der arabischsprachigen Welt, aber auch zunehmend in Europa, erreicht. Er ist seit 1997 Präsident des **MB**-gesteuerten Europäischen Fatwa-Rates und in dieser Funktion maßgebliche Autorität in Rechtsfragen auch für islamistische Organisationen in Deutschland. Der Fatwa-Rat wird von Islamisten in Europa als verbindliche Instanz in religiösen und weltlichen Fragen angesehen. So hat sich al-Qaradawi in einer Empfehlung im Juli 2003 dazu bekannt, dass sogenannte „Märtyreroperationen“ in Israel nicht nur erlaubt, sondern sogar als „geboten“ anzusehen sind. In Zusammenhang mit dem Irak-Krieg erklärte al-Qaradawi in einem Rechtsurteil im September, dass „die Entführung und das Töten von Amerikanern im Irak [...] eine [religiöse] Pflicht“ sei.



*Scheich Yusuf
al-Qaradawi*

Extremistische Positionen werden auch in seinen Büchern deutlich. In dem auch ins Deutsche übersetzten Buch „Erlaubtes und Verbotenes im Islam“ (1989), das von islamischen Buchvertrieben in der Bundesrepublik unverändert zum Kauf angeboten wird, gibt er z.B. dem muslimischen Ehemann genaue Anweisungen zur Disziplinierung seiner „ungehorsamen“ Ehefrau. Der Ehemann, so al-Qaradawi, dürfe diese nach vorheriger Ermahnung schlagen, „um islamisches Verhalten zu bewahren“ oder „wenn der Ehemann Ungehorsam in etwas sieht“. Auf einer internationalen Tagung im Juli in London gab al-Qaradawi schließlich eine klare Empfehlung für das Tragen des islamischen Kopftuches ab.

Seit dem 15. Januar ist der Ägypter Mohammad Mahdi Akif der neue Führer der **MB**. Akif steht für einen gewaltbereiten Islamismus, der Selbstmordattentate im Nahen Osten und im Irak rechtfertigt. In einem Interview erklärte er, „jeder wüsste, dass die MB gegen jegliche Existenz von Juden und Zionisten in Palästina wäre“. In Bezug auf die Kopftuch-Debatte, insbesondere das Verbot in Frankreich, sprach er von einem „Krieg gegen das Kopftuch“ und bezeichnete das Kopftuchtragen als „göttliche Weisung“. Über die Zukunft des Islam in Europa bekundete Akif „völliges Vertrauen darauf, dass der Islam auf Grund seiner Logik und Mission in Europa und Amerika einmarschieren wird“.

*Rechtfertigung
von Selbstmord-
attentaten*

Akif, der sich in den 80-er Jahren in Deutschland aufhielt, war damals für vier Jahre Leiter des **Islamischen Zentrums München (IZM)**, wo sich auch der Hauptsitz der **Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)** befindet.

In Deutschland gilt die bereits 1960 gegründete, sich nach außen gemäßigt gebende **IGD** als Vertretung des ägyptischen Zweiges der **MB**. Die Organisation verfügt über mehrere Zweigniederlassungen in Deutschland (**Islamische Zentren; IZ**); in Hessen befinden sich diese in Frankfurt am Main, Darmstadt und Marburg. Erster Vorsitzender der **IGD** ist der Multifunktionär Ibrahim El-Zayat, der u.a. auch die **Europäische Moscheebau- und Unterstützergemeinschaft e.V. (EMUG)** vertritt, die den Immobilienbesitz der **Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)** verwaltet.

Dem syrischen Zweig der **MB**, den vom früheren Leiter des **IZ Aachen** gegründeten Islamischen Avantgarden, gehören als Unterorganisationen die **Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V. (UMSO)** sowie die **Union für die in europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V. (UELAM)** an.

IGD-Groß-
veranstaltung

Das **IGD**-Jahrestreffen fand am 18. September in Essen und am 19. September in Berlin statt. Wie bereits im letzten Jahr konnten mehrere tausend Personen für die Veranstaltung mobilisiert werden. Im Vorfeld wurde durch Plakate und Handzettel innerhalb und außerhalb von Moscheen und islamischen Zentren sowie im Internet auf der **IGD**-Homepage für das Treffen geworben.

Neben dem **IGD**-Vorsitzenden El-Zayat und dem Generalsekretär der **IGMG**, Oguz Ucüncü, befand sich unter den zahlreichen Rednern u.a. der Ägypter Amr Khaled, der als Fernsehprediger des saudi-arabischen Senders „IQRA TV“, der auch in Deutschland über Satellit zu empfangen ist, im arabischen Raum große Popularität genießt. Khaled ist auf Grund seiner islamistischen Haltung im Herkunftsland Ägypten die öffentliche Stellungnahme zu religiösen Fragen untersagt.

Bei der Essener **IGD**-Veranstaltung trat auch der ebenfalls bekannte ägyptische Prediger Dr. Omar Abdel Kafi auf. 1995 verweigerte ihm das ägyptische Innenministerium für mehrere Jahre die Ausreise und untersagte ihm weitere Predigten, da er in seinen Reden Hasstiraden gegen die ägyptischen Christen (Kopten) ausgesprochen hatte.

Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)

Ziel:
Vernichtung
Israels

Ziele der militanten **HAMAS**, des palästinensischen Zweiges der MB, sind die Vernichtung des Staates Israel und die Errichtung eines islamistischen Staates Palästina. Die Anschläge der Terrororganisation, die zugleich zahlreiche karitative Einrichtungen wie z.B. Kindergärten und Krankenstationen unterhält, um u.a. die Bevölkerung an sich zu binden, richten sich gegen alle Juden, wie ihr damaliger geistlicher Führer Scheich Yassin bereits zur Zeit der **HAMAS**-Gründung 1987 ausführte: „Tötet sie alle, lasst nicht einen einzigen von ihnen übrig.“



HAMAS-
Emblem

In ihrer Charta spricht sich die **HAMAS** ausdrücklich für die Zerstörung des Staates Israel aus. Einleitend heißt es dort: „Israel wird bestehen und solange weiterbestehen, bis der Islam es zunichte macht.“ Unmissverständlich ist festgelegt, dass die **HAMAS** „dafür kämpft, dass das Banner Allahs über jeden Zentimeter von Palästina aufgepflanzt wird.“ (Art. 6) **HAMAS** – so die Charta weiter – führt den Djihad, den „Heiligen Krieg“, gegen Israel: „Die Bewegung des Islamischen Widerstands ist ein Glied in der Kette des heiligen Krieges gegen die israelische Invasion.“ (Art. 7)

„Die Initiativen, die sogenannten friedlichen Lösungen und die internationalen Gipfelkonferenzen zur Lösung der palästinensischen Angelegenheiten, stehen im Widerspruch zur Doktrin der Bewegung des Islamischen Widerstands. Der Verzicht auf irgendeinen Teil von Palästina ist ein Verzicht auf einen Teil der Religion [...]. Es gibt keine Lösung für die palästinensische Angelegenheit außer durch den Djihad.“ (Art. 13)

Erziehung
zum Hass

Die **HAMAS**-Charta mit dem in ihr tief verankerten Judenhasse be- ruft sich auch ausdrücklich auf eine der Grundlagenschriften des moder- nen Antisemitismus: die „Protokolle der Weisen von Zion“. Bei dieser antisemitischen Fälschung der zaristischen Geheimpolizei handelt es

Tief verankerter
Judenhass



Glorifizierung von
Selbstmordatten-
tären auf HAMAS-
Internetseite



sich um angebliche Gespräche auf einer fiktiven jüdischen Geheimkonferenz und deren angeblichen Beschluss, eine jüdische Weltherrschaft durch Gewalt und Betrug zu erringen. Unter ausdrücklicher Zustimmung zu dieser Fälschung, der auch im Nationalsozialismus eine wichtige Rolle zukam, heißt es in Art. 32 der **HAMAS**-Charta: „Ihr Komplott wurde in den Protokollen der Weisen von Zion niedergelegt: Ihr derzeitiges Verhalten ist der beste Beweis für das, was dort gesagt wurde.“ Das Denken in Verschwörungskategorien ist dabei konstitutiv. Angebliche „Geheimorganisationen“, wie z.B. Freimaurer, Rotary Club und Lions Club, arbeiteten für die Interessen des Zionismus und wollten unter dessen Anleitung die Gesellschaften zerstören. (Art. 28)

Der langjährige spirituelle Führer und Gründer der **HAMAS**, Scheich Yassin, wurde am 22. März durch einen Raketenangriff der israelischen Armee in Gaza-Stadt getötet. Die Reaktionen der in Deutschland lebenden Anhänger beschränkten sich auf spontane und friedliche Kundgebungen mit geringen Teilnehmerzahlen. Am 17. April tötete die israelische Armee auch seinen Nachfolger. Der Name des neuen Führers der **HAMAS** wird seitdem geheim gehalten.

HAMAS-Attentäter verüben seit Jahren in der Nahost-Region Selbstmordanschläge mit vielen Opfern. Auf der Internet-Seite der Organisation wird in mehreren Lektionen erklärt, wie Sprengkörper und Sprengstoffgürtel für Selbstmordattentäter herzustellen sind.

Selbstmord-
anschläge



Die EU-Außenminister beschlossen im September 2003, auch den politischen Arm der **HAMAS** auf die vom Rat der Europäischen Union im Mai 2002 beschlossene Liste terroristischer Personen und Organisationen zu setzen. Der bewaffnete Flügel der Bewegung stand bereits auf der EU-Terrorliste.

Die in Deutschland und auch in Hessen lebenden **HAMAS**-Anhänger beteiligten sich u.a. an antiisraelischen Demonstrationen.

Werbung für
den Terror:
Propaganda-
auftritt von
Selbstmord-
attentätern
der HAMAS

Am 3. Dezember bestätigte das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig das Verbot des in Aachen (Nordrhein-Westfalen) ansässigen **Al-Aqsa e.V.**, bei dem es sich um eine der **HAMAS** nahestehende Vereinigung zum Sammeln von Spenden handelt. Der Verein war im August 2002 vom Bundesministerium des Innern (BMI) verboten worden, weil er u.a. Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer und religiöser Belange unterstützt und sich mit seinen Zielen gegen die Völkerverständigung richtet. So nennt er z.B. in seinen Spendenaufrufen als Empfänger finanzieller Leistungen die „Märtyrerfamilien“ in Palästina. Nach dem endgültigen Verbot am 3. Dezember wurden 34 Objekte in Berlin, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen durchsucht, darunter die **Al-Aqsa**-Zentrale.

Al-Aqsa-Verbot
bestätigt

Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA), Salafitische Gruppe für die Mission und den Kampf (GSPC), Islamische Heilsfront (FIS)

Die 1992 in Algerien gegründete sunnitisch-extremistische **GIA** ist durch ein hohes Maß an Militanz gekennzeichnet. Die **GIA** ist für brutale Morde auch an Zivilisten und Ausländern in Algerien verantwortlich. Zu der gewaltsamen Durchsetzung ihres Zieles,

der Errichtung eines islamischen Gottesstaates erst in Algerien und dann weltweit, hatte sie im Heimatland zahlreiche Massaker an „Ungläubigen“ verübt. In Europa unterstützen konspirativ agierende **GIA**-Anhänger die Organisation logistisch. Gefährlich ist die Mischung aus hochgradiger Kriminalität und bedenkenloser Gewaltbereitschaft.

Eine **GIA**-Abspaltung ist die 1997 gegründete, ebenfalls islamistisch-terroristische **GSPC**. Sie ist heute die gefährlichste, größte und aktivste Terrororganisation in Algerien und für zahlreiche Anschläge verantwortlich. In Westeuropa lebende Anhänger unterstützen die Gruppe im Herkunftsland.

Die islamistische **FIS** ist der algerische Zweig der **MB**. Nachdem sie nach dem Verbot 1992 in Algerien zahlreiche Terroranschläge verübt hatte, stellte ihr militärischer Arm 1997 den bewaffneten Kampf ein.

EXTREMISMUS

Hizb Allah (Partei Gottes)

Terroranschläge
gegen Israel

Indoktrination von
Kindern

Glorifizierung von
Attentätern

Die libanesische **Hizb Allah**, die vom Regime im Iran unterstützt wird, verübt in der Heimatregion Terroranschläge gegen Israel. Ziel der von Fanatismus geprägten schiitischen Terrororganisation unter ihrem Generalsekretär Scheich Hassan Nasrallah ist die Vernichtung des jüdischen Staates. Bereits Kleinkinder werden mit Parolen aufgehetzt und mit Hass auf Israel indoktriniert. Selbstmordanschläge des militärischen Arms werden als „Märtyrertaten“ offen propagiert. Im Fernsehsender der **Hizb Allah**, der seine Prinzipien und Gesetze nach eigenen Angaben aus der „großmütigen Scharia“ ableitet und der auch in Deutschland via Satellit zu empfangen ist, werden laufend Attentate und „Märtyrer“ sowie deren Angehörige glorifiziert. Ausdrücklich wird dabei betont, dass die Familien der toten Selbstmordattentäter mit Geldern großzügig unterstützt werden.

Symbol der
Hizb Allah



Indoktrination durch Satellitenfernsehen

Ein wichtiges Medium für die islamistische Indoktrination sind Sender, die über Satellit auch in Deutschland empfangen werden können. Ein eklatantes Beispiel dafür bietet der libanesische Sender „Al-Manar“ (Der Leuchtturm), der von der islamistischen **Hizb Allah** betrieben wird. Die USA setzten „Al-Manar“ als ersten TV-Sender auf die Terrorliste. Bekannt geworden ist der Sender nicht nur durch seine fortwährenden Aufrufe zur Gewalt in Israel, sondern durch die Ausstrahlung einer 30teiligen Fernsehserie, die als Verfilmung des antisemitischen Hetzwerks „Protokolle der Weisen von Zion“ gilt. Im Dezember entzog die französische Regierung dem Sender die Lizenz.

In ähnlicher Weise ist auch der 1998 gestartete islamistische Satellitensender „IQRA TV“ mit Sitz in Djiddah (Saudi-Arabien) zu bewerten. Seine Zielgruppe sind besonders in Europa und den USA lebende Muslime, die durch die Vorführung „korrekter“ islamischer Verhaltensweisen ideologisch beeinflusst werden sollen, ebenso wie potenzielle Konvertiten. Im Rahmen der Jahreskonferenz der **IGD** im September in Essen und Berlin trat der der **MB** nahestehende ägyptische Prediger Amr Khaled auf, der in dem Sender eine wöchentliche Sendung moderiert.

Ein eigenes „Martyrer“-Institut der **Hizb Allah**, die öffentlich sowohl Aufmärsche ihrer bewaffneten Kämpfer organisiert als auch verschiedene Wohlfahrtsorganisationen und soziale Hilfseinrichtungen betreibt, unterstützt in starkem Maß die Hinterbliebenen, die finanziell und ideologisch betreut werden.

Die **Hizb Allah** ist weltweit tätig. Besondere Aufmerksamkeit verdienen Libanesen, die vor Jahrzehnten nach Europa bzw. Nord-/Südamerika ausgewandert sind. Hier sind zwischenzeitlich anschlagfähige Netzwerke entstanden.

In Deutschland beteiligten sich **Hizb Allah**-Anhänger wie in der Vergangenheit an der seit 1996 jährlich in Berlin stattfindenden bundesweiten Demonstration zum Al-Quds-Tag (Jerusalem-Tag), der 1979 von dem iranischen Revolutionsführer Ayatollah Khomeini begründet worden ist und mit dem zur Eroberung Jerusalems und zum Kampf gegen den „Zionismus“ aufgerufen wird. An der diesjährigen Veranstaltung am 13. November nahmen rund 800 Personen teil. Wie im vergangenen Jahr wurde die Demonstration auf Grund vorangegangener öffentlicher Kritik wegen des offenen Antisemitismus als Schweigemarsch durchgeführt.

Im Rahmen eines Gefangenenaustausches zwischen Israel und der **Hizb Allah** im Januar kam auch ein deutscher Staatsbürger, der zum Islam konvertiert war, frei und wurde nach Deutschland abgeschoben. Er war im August 1999 vom Bezirksgericht Tel Aviv u.a. wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren verurteilt worden, von denen er fünf verbüßte. Zur Zeit ist er in Hessen wohnhaft.

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)

Gründung:	1985
Landesvorsitzender:	Mehmet Ates
Bundesvorsitzender:	Osman Döring (führt den Namen Yavuz Celik Karahan)
Mitglieder:	In Hessen 3.600, bundesweit 26.500
Publikation (Auswahl):	Milli Görüs & Perspektive (Erscheinungsweise unregelmäßig)

Die **IGMG** ist mit Abstand die mitgliederstärkste, einflussreichste und finanzkräftigste islamistische Organisation in Deutschland. Als **Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT)** gegründet, teilte sie sich 1995 in die **IGMG** und die **Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG)**, die deren sehr großen Immobilienbesitz verwaltet. Die **IGMG**, die in vielen europäischen Ländern vertreten ist, hat ihren Schwerpunkt in Deutschland als dem Land mit den meisten im Ausland lebenden Türken. Dabei steht sie in enger ideologischer und personeller Verbindung mit den in der Türkei von dem Islamisten und kurzzeitigen türkischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan gesteuerten islamistischen Parteien. Hierzu zählen u.a. die 1998 verbotene „Wohlfahrtspartei“ (RP), deren 2001 verbotene Nachfolgeorganisation „Tugendpartei“ (FP) und deren Nachfolgerin „Glückseligkeitspartei“ (SP). Erbakan wird von den Anhängern als Führerfigur verehrt.

*Mitgliederstärkste
islamistische
Organisation*



Bereits vor dem FP-Verbot, das vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg bestätigt wurde, hatten sich zwei Flügel in der Partei gebildet: Einerseits die Traditionalisten um Erbakan, andererseits die sog. „Erneuerer“ um Recep Tayyip Erdogan, jetziger Ministerpräsident der Türkei. Beide Flügel gründeten nach dem FP-Verbot eigene Parteien. Die „Traditionalisten“ organisierten sich in der SP. Die „Erneuerer“ schlossen sich in der „Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei“ (AKP) zusammen, die seit 2002 die Regierung in der Türkei stellt. Die AKP will nach eigener Darstellung keine islamistische, sondern eine konservativ-demokratische Partei mit einer religiösen Orientierung sein.

Nach wie vor versucht Erbakan von der Türkei aus Einfluss auf die **IGMG** in Deutschland zu nehmen. So war er z.B. bei der Jahresabschlussfeier der **IGMG**-Hessen am 31. Dezember 2003 über eine telefonische Liveschaltung der Veranstaltung zugeschaltet.

Als mitgliederstärkste islamistische Kraft will die **IGMG** Einfluss und Macht in Deutschland nicht mit gewaltsam-revolutionären Mitteln, sondern auf politischem Wege erringen. Sie verfolgt dabei eine Doppelstrategie. Nach außen spricht sie von Integration und Religionsfreiheit, stellt sich gemäßigt sowie dialogbereit dar und gibt verbale Bekenntnisse zum Grundgesetz ab. Sie verschleiert ihre verfassungsfeindlichen Ziele. Aus taktischen Erwägungen vermeidet sie in der Öffentlichkeit extremistische Aussagen, nicht zuletzt auch, um den Verfassungsschutzbehörden keine Angriffsflächen zu bieten. Intern wird – basierend auf einer islamistischen Interpretation von Koran und Scharia – gegen die westlich-demokratischen Werte agitiert. Auch wenn die Innere Sicherheit stark durch den islamistischen Terrorismus bedroht wird, stellt die Strategie des nicht-militanten Islamismus, insbesondere der **IGMG**, langfristig eine größere Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar.

*Verschleierung
der verfassungs-
feindlichen Ziele*

*Prof. Necmettin
Erbakan*



Die **IGMG**, die nur eine Minderheit der Muslime in Deutschland vertritt, agiert im politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Raum, wobei sie sich als seriöse Ansprechpartnerin präsentiert und versucht, sich durch ihre Gesprächspartner aufzuwerten. In islamischen Dachverbänden bemüht sie sich um Einfluss. Durch ihre Rolle im „Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e.V.“ (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden) muss sie selbst nicht direkt in Erscheinung treten. Dabei ist der heutige Vorsitzende des Islamrates der frühere Generalsekretär der **IGMG**. Auch der frühere mehrjährige Leiter war ebenfalls ein hoher ehemaliger **IGMG**-Funktionär. Über Ibrahim El Zayat, der die **EMUG** vertritt und der zugleich Vorsitzender der **Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)** ist, besteht eine Ver-

bindung auch zum „Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.“ (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden).

*IGMG propagiert
Einbürgerungen*

Die **IGMG** propagiert bei ihren Mitgliedern weiter den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. Dadurch wird der rechtliche Status verbessert und es kann größerer politischer Einfluss ausgeübt werden; für islamistische Positionen können so bessere Durchsetzungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Organisation unterstützt ihre Mitglieder bei Einbürgerungsverfahren. Auf Ablehnungen von Einbürgerungsanträgen wird bundesweit mit einheitlich und koordiniert ausgearbeiteten umfangreichen Klagen reagiert.

Während des **IGMG**-Jugendfestes am 8. Mai in Gießen trat ein eigens aus der Türkei angereister Funktionär der SP als „Redner des Tages“ auf. In seinem Redebeitrag warb er für die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft.

Eine wichtige Plattformfunktion für die **IGMG** übt die türkischsprachige Tageszeitung **Milli Gazete** aus, die täglich zahlreiche Anzeigen der Organisation enthält, in denen für deren Veranstaltungen geworben wird. Der Verlag der Europa-Ausgabe hat seinen Sitz in Mörfelden-Walldorf (Kreis Groß-Gerau). Die formal von der **IGMG** unabhängige Zeitung berichtet ausführlich und ohne Distanz über die Organisation und deren lokale, regionale und bundesweite Veranstaltungen. Die **IGMG** fordert ihre

Mitglieder immer wieder dazu auf, das Blatt zu abonnieren. Der frühere Geschäftsführer der **Milli Gazete** (Europa-Ausgabe) war von 1999 bis 2001 kommissarischer Vorsitzender der **IGMG**. Der jetzige PR-Beauf-

tragte der **Milli Gazete**, Ibrahim Gümüşoglu, war neun Jahre Landesvorsitzender des hessischen **IGMG**-Landesverbandes. Er ist im Berichtsjahr bundesweit auf zahlreichen **IGMG**-Veranstaltungen aufgetreten, um Abonnenten zu werben.

Gänzlich unberührt von „Dialog“-Bekundungen für die deutsche Öffentlichkeit sind die eindeutigen internen Aussagen für die eigene Anhängerschaft. Während es in der deutschen **IGMG**-Selbstdarstellung heißt, „der Dialog der Religionen ist uns ein besonderes Anliegen“, und Vertreter der Organisation, die an „Dialog“-Veranstaltungen teilnehmen, von einem „einigenden Band zwischen Judentum, Christentum und Islam“ sprechen, wurden für die Anhänger in der **Milli Gazete** gegenteilige Worte gefunden. „Die hohe islamische Religion kennt den Dialog nicht. Dies ist eine gefährliche Ketzerei, die später entstanden ist.“ (Milli Gazete, 28. Juni)

Erneut wurde in der **Milli Gazete** massiv gegen die USA agitiert. Unter der Überschrift: „An alle Muslime auf der Welt“ wurden Hasstiraden gegen die USA veröffentlicht:

„Politiker, das Ende dieses Ungeheuers, das bis heute durch das Saugen des Blutes anderer Länder gelebt hat, ist gekommen. [...] Es ist an der Zeit, dass ihr Euch alle auf es stürzt. Gegen diejenigen, die unseren Intellektuellen den Glauben und den Gläubigen ihr Leben genommen haben, habt ihr kein anderes Schild als Euer Blut [...]“ (Milli Gazete, 15. Mai)

Dass Aussagen zur Integration - „die **IGMG** leistet ihren Beitrag für eine erfolgreiche Integration der Muslime“ (**IGMG**-Selbstdarstellung) - reine Lippenbekenntnisse sind und lediglich der Täuschung dienen, wird auch deutlich an den ständigen Warnungen vor Juden und Christen, wie sie im Berichtsjahr häufig in der **Milli Gazete** erschienen sind. So heißt es unter Verwendung eines Koranzitates: „Oh Gläubige, befreundet euch nicht mit Juden und Christen. Sie sind nur untereinander Freunde. [...] Du wirst naturgemäß feststellen, dass die bedeutendsten Feinde der Gläubigen die Juden und die Götzendiener sind.“ Weiter wurde darauf verwiesen, man dürfe „nicht den Weg der perversen Christen [...] und der von Allah verfluchten Juden gehen.“ (Milli Gazete, Internet-Ausgabe, 14. Juli)

Die Jugendorganisation der **IGMG**-Hessen organisierte am 31. Dezember 2003 in Siegen (Nordrhein-Westfalen) eine „Feierveranstaltung anlässlich der Eroberung von Mekka“. An der Veranstaltung nahmen mehrere 100 Personen teil. Einen Höhepunkt stellte das Grußwort des „Milli Görüs-Führers“ Erbakan dar, der über eine telefonische

Plattform
Milli Gazete

Interne Agitation
gegen Dialog

Warnungen
vor Juden
und Christen

Liveschaltung zu den Besuchern sprach. „Während der Rede von Erdogan kam es zu bewegenden Momenten. Ab und zu wurde die Rede durch die Parole ‚Mudschahid/ Glaubenskämpfer Erdogan‘ der Anwesenden im Saal unterbrochen.“ (Milli Gazete, 5. Januar)

Einflussnahme auf
Kinder und
Jugendliche

Für einzelne Zielgruppen unterhält die **IGMG** eigene Organisationen, wobei sie einen besonderen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Beeinflussung türkischstämmiger Kinder und Jugendlicher setzt, die sie auch mit zahlreichen Sport- und Freizeitangeboten und anderen Aktivitäten an sich zu binden versucht. Sie bietet in den Schulferien Korankurse an, die sowohl als Tageskurse, aber auch als Internatskurse durchgeführt werden. Während des Schuljahres werden Hausaufgaben- und Nachhilfekurse angeboten. Zudem werden regelmäßig Koranlesewettbewerbe durchgeführt, worüber in der **Milli Gazete** ausführlich und euphorisch berichtet wurde. Die **IGMG** will so die Heranwachsenden von der von ihr verachteten westlichen Gesellschaft möglichst fern halten. Massiv wurde dazu aufgefordert, Kinder in die **IGMG**-Koranschulen zu schicken. Durch diese, mit Religionsunterricht im westlichen Verständnis gänzlich unvergleichbaren Schulungen, werden Heranwachsende ab frühester Kindheit im islamistischen Sinne indoktriniert.

IGMG-
Kinderclub



Wie alljährlich erschienen auch im Berichtsjahr zu Beginn der Schulferien zahlreiche Aufrufe in der **Milli Gazete**, in denen Termine und Veranstalter bekanntgegeben wurden.

IGMG-
Jugendverband



Am 29. und 30. Mai fand auf dem Gelände der **IGMG**-Zentrale in Kerpen (Nordrhein-Westfalen) der **IGMG**-„Familien-Tag“ statt. An dieser Zusammenkunft, die im Gegensatz zu früheren Großveranstaltungen eher einen volksfestähnlichen Charakter hatte, nahmen nach einem Bericht der **IGMG** insgesamt rund 15.000 Personen teil.

Milli Gazete berichtete in einem Artikel vom 17. Mai unter der Überschrift „Großartige Feier durch die Jugendorganisation in Hessen“ über die Veranstaltung der **IGMG**-Hessen vom 8. Mai in Gießen. Auf dieser Feier, an der rund 600 Personen teilnahmen, wurde der neue Jugendvorsitzende der **IGMG**-Hessen bekanntgegeben. Dies erfolgte durch ein Mitglied der IGMG-Zentrale, von einer Wahl wurde nicht berichtet. (Milli Gazete, 17. Mai)

Kopftuchverbot

Die **IGMG** äußerte sich mehrfach zu den in einzelnen Bundesländern beschlossenen Gesetzen zum Kopftuchverbot für Lehrerinnen an deutschen Schulen. In einer Freitagspredigt, die am 16. Januar in der **Milli Gazete** veröffentlicht wurde, wird das Tragen auch eines Kopftuchs als Erfüllung der religiösen Pflichten der muslimischen Frauen bezeichnet. Auch das in der Türkei für öffentliche Bereiche bestehende Kopftuchverbot wurde thematisiert, insbesondere nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 29. Juni das Kopftuchverbot an türkischen Hochschulen bestätigte.

Publikation Anadoluda Vakit

Die islamistische türkischsprachige Tageszeitung **Anadoluda Vakit** wird von dem Verlag „Yeni Akit GmbH“ mit Sitz in Mörfelden-Walldorf (Kreis Groß-Gerau) herausgegeben. Bis zum 30. Dezember fungierte ein Vorstandsmitglied der **IGMG**-Hessen als alleiniger Geschäftsführer. Die Zeitung selbst bezeichnet den Geschäftsführer auch als „einen unserer verantwortlichen Redakteure“ (Anadoluda Vakit, 2. Juni)



Das Blatt mit einer Auflage von über 10.000 Exemplaren (Eigenangabe) agitiert offen islamistisch. Häufig sind Anzeigen für **IGMG**-Veranstaltungen und Werbung dieser Organisation zu finden. Zudem wird über die **IGMG** und deren Veranstaltungen berichtet. Die Nähe zur **IGMG** zeigt sich nicht nur durch personelle Verflechtungen, sondern auch durch Berichterstattung über die Veranstaltungen sowie Anzeigen der **IGMG**.

Antisemitische
Karrikatur aus der
Anadoluda Vakit



Die **Anadoluda Vakit** agitiert in ihren Kolumnen seit Jahren gegen Juden, Christen und die USA. Hierzu benötigt das Blatt in der Regel keinen besonderen Anlass, jedoch werden alle Terroranschläge weltweit und Kriege im Nahen und Mittleren Osten hierfür besonders genutzt. In einem Beitrag zur Politik in Israel wurde die Verfolgung und Vernichtung der Juden durch die Politik Adolf Hitlers positiv bewertet:

„Man kann nicht umhin, die Klugheit Adolf Hitlers, der in der Öffentlichkeit als Rassist, Sadist und Bestie dargestellt wird, zu bewundern. Hitler hat schon damals gesehen, was heute passieren wird. Er wusste, dass die Juden zur Plage für die Welt werden. Juden, die den Rassismus als ihre Religion sehen und eine Befriedigung darin empfinden, die Welt in ein Blutbad zu verwandeln. Deshalb hat Hitler versucht, die Welt von diesen Gaunern zu säubern. [...] Heute verstehen wir, dass Hitler ein Mann mit Weitblick gewesen ist.“ (Anadoluda Vakit, 17. August)

„Klugheit
Adolf Hitlers“



Hetze gegen
den israelischen
Ministerpräsi-
denten Sharon

In dem Artikel führte der Schreiber weiter aus, dass die USA die Marionette Israels seien und von den Zionisten belagert werden. „Wenn Sharon sagt: ‚Ich werde die Welt anzünden‘, sagt Bush: ‚Ich gebe dir das Feuerzeug und auch das Benzin dazu.‘“

Offen rechtfertigte die **Anadoluda Vakit** die Steinigung von Menschen.

Rechtfertigung
von Steinigungen

„Unsere Religion schreibt vor, dass Männer und Frauen, die Ehebruch begehen, gesteinigt werden sollen. Dieses göttliche Gesetz zu ändern liegt nicht in der Macht der Menschen. [...] Wenn Ehebruch bestraft werden soll, muss er auf die Weise bestraft werden wie Gott es befohlen hat, nämlich steinigen.“ (5. Oktober)

In einem Artikel vom 20. März befasst sich das Blatt mit der Polygamie (des Mannes) und fordert eine gesetzliche Grundlage für die Zulassung von Mehrehen für Männer:

„Die Schließung einer einzigen Ehe basiert auf christlicher Theologie. Der Koran erlaubt vier Ehen. [...] Der Zwang, nur mit einer Frau die Ehe zu schließen sollte abgeschafft werden. Es soll veranlasst werden, dass die Ehe des Mannes mit mehr als einer Frau zu einer bürgerlichen Eheschließung wird“

In einem Artikel vom 7. Oktober zur Gehorsamkeit der Frau hieß es:

„Wenn die Frau den Befehlen des Mannes entspricht, bedeutet dies nichts anderes für die Frau, als dass sie sich Gott unterwirft. [...] Wenn wir uns den Koran genau ansehen, sehen wir, dass der Mann als Autorität über der Frau steht und die Frau Dienerin des Mannes ist.“

Antisemitismus

Die partiell ideologische Übereinstimmung von Islamisten und Rechtsextremisten zeigt sich in dem ihnen gemeinsamen Antisemitismus. Unter der Überschrift „Hitlers ‚Gas‘ ist ebenso eine Lüge, wie der ‚Jazz‘ der Zionisten eine Lüge ist“ wurde in einem Artikel der **Anadoluda Vakit** vom 1. Dezember u.a. der Holocaust gelehnet:

Leugnung des Holocaust

„So etwas wie ‚Völkermord‘, der übertrieben dargestellt ist, gibt es nicht! [...] Das ‚Gaskammer-Geschwätz‘ ist nichts anderes als ‚zionistischer Jazz‘ [...] Sowohl das ‚Gerede vom Völkermord‘ ist eine Lüge, als auch ‚Schindlers Liste!‘ Das Ziel war es, die Auswanderung zu erreichen. Um ihr Ziel zu erreichen, haben sie damals Hitler benutzt. Heute benutzen sie Bush. Dies ist die Wahrheit, der Rest sind Geschichten.“



Feindbild Juden

Wegen dieses antisemitischen Artikels stellte eine Wiesbadener Bundestagsabgeordnete Strafanzeige gegen die Verantwortlichen der **Anadoluda Vakit**. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Darmstadt dauern noch an.

Bereits im November hatte das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen die Staatsanwaltschaft auf einen Artikel in der **Anadoluda Vakit** aufmerksam gemacht. Nach der Ermordung des niederländischen Filmregisseurs van Gogh am 2. November durch einen niederländischen Islamisten marrokanischer Herkunft rechtfertigte die **Anadoluda Vakit** am 5. November die Tat als „Notwehr.“

„Wie jeder Staat auch, hat auch das Individuum eine rote Linie [...], eine bestimmte Erträglichkeitsgrenze. Wenn diese Grenze überschritten wird, reißen die Seile. [...] Du greifst an, du provozierst und beleidigst und dein Gegenüber soll keine Reaktion zeigen und nur dasitzen? [...] Nein, das gibt es nicht. Wer Wind sät, erntet immer einen Sturm. [...] Jeder hat eine andere Toleranzgrenze. Dies bedeutet, dass man die Toleranzgrenze und die Geduld der Menschen nicht zu sehr überstrapazieren darf. [...] Nicht alle Tötungsdelikte sind auch Morde, wenn die Tötung für etwas geschah, für das man selber bereit ist zu sterben. Angreifer, Besatzer und Provokateure sollten in den Filmen, die sie drehen, in Büchern, die sie schreiben und in Kolumnen, die sie verfassen, darauf achten, dass die Geduld der Menschen, die manipuliert werden sollen, eine feine Grenze hat. [...] Es gibt etwas wie legale Verteidigung!“

Zudem habe man van Gogh gewarnt und er hätte bei einer entsprechenden Entschuldigung weiterleben können: „Wenn man Warnungen übersieht, dann gibt man eine Einladung zum Töten heraus.“

Das Bundesministerium des Innern (BMI) verbot am 25. Februar 2005 die **Yeni Akit GmbH**, die die Europa-Ausgabe der **Anadoluda Vakit** veröffentlicht und deren einzige Publikation darstellt. Das BMI stellt in der Verbotsverfügung fest, dass der Tatbestand der Volksverhetzung (§ 130 StGB) erfüllt ist, die **Yeni Akit GmbH** richte sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

AUSLÄNDER
EXTREMISMUS

Der Kalifatstaat

Gründung:	1984
Vorsitzender:	Metin Kaplan am 12. Oktober in die Türkei abgeschoben
Mitglieder:	In Hessen 200, bundesweit 800
Publikationen:	Beklenen Asr-i Saadet (Das erwartete Jahrhundert der Glückseligkeit) D.I.A. (Der Islam als Alternative) BARIKA - i - HAKIKAT (Das Aufleuchten der Wahrheit)
Verbot:	12. Dezember 2001, Verbot weiterer Teilorganisationen am 19. September 2002

Offen erklärte Ziele des **Kalifatsstaates** sind der Sturz des laizistischen Staatsgefüges in der Türkei und die Errichtung einer weltweiten islamistischen Ordnung sowie die Weltherrschaft des Islam unter der Führung eines Kalifen, eines weltlich-religiösen Herrschers. Einziges Mittel hierzu ist für den strikt und unverhüllt antidemokratischen **Kalifatsstaat** der „Dжихад“, erforderlichenfalls unter Einsatz des „Schwertes“ und unter Inkaufnahme des Todes. Die Teilnahme am „Heiligen Krieg“ wird als eine für jeden Muslim verbindliche Pflicht dargestellt. Eine diffamierende Agitation wird gegen Juden sowie gegen die USA, Großbritannien und Israel betrieben.

Im Dezember 2001 wurde der **Kalifatsstaat** durch den Bundesminister des Innern verboten, weil sich seine Aktivitäten gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richtet. Außerdem gefährdet der **Kalifatsstaat** die Innere Sicherheit sowie erhebliche – insbesondere außenpolitische – Belange der Bundesrepublik Deutschland. Zahlreiche ihm zugeordnete Teilorganisationen waren ebenfalls von dem Verbot betroffen. Das Verbot wurde vom Bundesverwaltungsgericht im November 2002 bestätigt.

Seit April erscheint als neues Publikationsorgan **BARIKA - i - HAKIKAT** (Das Aufleuchten der Wahrheit). Diese Zeitung wird von den Niederlanden aus vertrieben und ist im Internet eingestellt. Auch hier wird, wenn auch in abgeschwächter Form, gegen die westlichen Staaten, die USA und Israel gehetzt.

„Das zionistische Israel besetzt die USA mit der Rolle des ‚Trojanischen Pferdes‘, um seine Sicherheit und seine Ziele zu erreichen. Um das ‚Groß-Israel-Projekt‘ [...] zu realisieren, ermordet Israel Scheich Ahmed Jassin. Von nun an wird sich im Nahen und Mittleren Osten kein Land in Sicherheit fühlen können. Diese kleinen Schlangen und diese giftigen Tausendfüßler haben das Motto ‚Die Schlange, die mich nicht beißt, mag vierzig Jahre leben!‘ missbraucht und sich zu einer riesengroßen und furchteinflößenden Schlange entwickelt, die jetzt der Menschheit nur Unheil und Unglück bringt.“ (BARIKA - i - HAKIKAT Nr. 3)

Die 1984 gegründete Organisation wird seit 1995 von Metin Kaplan geführt, der sich im gleichen Jahr zum „Kalifen“, d.h. Vertreter des Propheten und weltlich-religiöser

Ziel:
weltweite
islamistische
Ordnung



Kalifatsstaat:
„Armee Allahs“

Agitation
aus dem Ausland

Herrscher, ausgerufen hatte. Bis März 2003 verbüßte er eine vierjährige Freiheitsstrafe wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten, nachdem er zur Tötung eines Konkurrenten aufgerufen hatte, der dann auch durch bislang unbekannt gebliebene Täter ermordet wurde.

Nach jahrelangen gerichtlichen Verfahren, u.a. wegen seiner geplanten Ausweisung und der Aberkennung seines Asylstatus, wurde Kaplan nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln, in der sein Antrag auf Abschiebeschutz abgelehnt worden war, am 12. Oktober in Köln verhaftet und am gleichen Tag in die Türkei abgeschoben. Nach Ansicht des Gerichts ist Kaplan eine Identifikationsfigur für den islamistischen Extremismus. Es sei deshalb notwendig, seinen Aufenthalt in Deutschland zu beenden. Weiter heißt es, dass das Interesse Kaplans an seinem

Verbleib im Bundesgebiet hinter dem öffentlichen Interesse an seiner sofortigen Abschiebung zurückzustehen habe.



Ziel weltweites Kalifat: „Unsere Armee wird Sieger sein“

Gegen Kaplan bestanden zwei türkische Haftbefehle, in denen ihm die Planung von Anschlägen und der Aufruf zum Umsturz in der Türkei vorgeworfen wurden. Kaplan soll u.a. seinen Anhängern den Befehl erteilt haben, 1998 anlässlich des türkischen Nationalfeiertages ein sprengstoffbeladenes Flugzeug über dem Atatürk-Mausoleum in Ankara zum Absturz zu bringen, sowie am selben Tag die Fatih-Moschee in Istanbul zu besetzen und mit Waffengewalt zu verteidigen. Kaplan wurde nach seiner Landung in der Türkei verhaftet. Am 20. Dezember wurde in Istanbul der Prozess gegen ihn eröffnet.

Die Abschiebung des **Kalifatsstaats**-Führers und der ständige Verfolgungsdruck der deutschen Sicherheitsbehörden haben die Organisation zwar geschwächt, gleichwohl besteht nach wie vor ein nicht unerhebliches Potenzial von Anhängern.

Linksextremisten

Ziel:
Gewaltsamer
Umsturz in
der Türkei

Das türkische linksextremistische Spektrum setzt sich aus zahlreichen, teilweise konkurrierenden und mitunter verfeindeten Gruppen zusammen. Allen revolutionär-marxistischen Gruppen gemeinsam ist das Bestreben, einen gewaltsamen Umsturz in der Türkei zur Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Von Deutschland aus unterstützen diese Gruppen politisch und finanziell den bewaffneten Kampf ihrer Organisationen im Heimatland.

Im Wesentlichen waren es zwei Agitationsthemen, die die Aktionen türkischer Linksextremisten bestimmten: der seit Oktober 2000 in türkischen Haftanstalten durchgeführte Hungerstreik, der sich gegen die als „Isolationsfolter“ bezeichnete Verlegung „politischer Gefangener“ aus Großraumzellen in kleinere Zellen richtet, und die Ablehnung des NATO-Gipfels, der am 28. und 29. Juni in Istanbul stattfand. Anlässlich des NATO-Treffens kam es in der Türkei zu zahlreichen Bombenanschlägen.

Massive Kritik übte bereits im Vorfeld der Veranstaltung die Plattform „Resistanbul 2004“, die sich aus einem Bündnis des **TAYAD-Komitee e.V.**, der **Konföderation der**

Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK), der **Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF)**, der **Föderation für demokratische Rechte in Deutschland (ADHF)**, der **Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e.V. (AGIF)** und anderen tür-



kischen Gruppierungen aus Deutschland und dem europäischen Ausland zusammensetzt. In Presse- und Internetveröffentlichungen wurde der Gipfel kritisiert und die NATO als eine aggressive Kriegsorganisation bezeichnet. Der NATO-Gipfel diene in erster Linie dazu, eine dauerhafte Präsenz des „US-Imperialismus“ im Irak zu gewährleisten, die Besetzung weiterer Länder und die „Massakrierung der Völker“ im Nahen Osten zu rechtfertigen und die Türkei in eine Militärbasis für einen ungerechten Krieg umzuwandeln.

*Agitation gegen
Nato-Gipfel*

Die Veranstaltungen im Bundesgebiet verliefen ohne besondere Vorkommnisse. Am 26. Juni nahmen in Berlin, Köln und Stuttgart mehrere 100 Personen teil. In der Innenstadt von Frankfurt am Main beteiligten sich am 19., 23. und 24. Juni lediglich bis zu 20 Personen. Es wurden themenbezogene Flugblätter verteilt.

*Nur begrenzte
Aktionen
in Deutschland*

Die untereinander verfeindeten marxistisch-leninistischen Organisationen **Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)** und **Türkische Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke (THKP/-C-Devrimci Sol)**, deren Ziel die gewaltsame Zerschlagung des türkischen Staates ist, sind aus der bereits 1983 verbotenen **Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)** hervorgegangen. Der Bundesminister des Innern verbot 1998 die wesentlich mitgliederstärkere **DHKP-C** als Ersatzorganisation der Devrimci Sol und erließ gegen die **THKP/-C-Devrimci Sol** ein Betätigungsverbot. Im Mai 2000 wurde die **DHKP-C** in die EU-Liste der terroristischen Organisationen aufgenommen. Die früher blutig und mit großer Gewalt, teilweise mit Schusswaffen, ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppierungen wurden in dieser Form nicht mehr weitergeführt.

DHKP-C

Seit Jahren verüben die **DHKP-C** und ihr militärischer Arm, die **Revolutionäre Volksbefreiungsfront (DHKC)**, in der Türkei immer wieder terroristische Anschläge.

So wurden bei einem Attentat im Vorfeld des NATO-Gipfels am 24. Juni in Istanbul vier Personen getötet und 14 verletzt.



In einer koordinierten Aktion gingen Sicherheitskräfte

mehrerer europäischer Länder am 1. April gegen Mitglieder der **DHKP-C** vor. Im Rahmen dieser Exekutivmaßnahmen, die sich auf die Türkei, Italien, Deutschland, Belgien und die Niederlande erstreckten, sind mehr als 40 Personen festgenommen worden. In Deutschland beschränkten sich die polizeilichen Maßnahmen auf die Durchsuchung von drei Wohnungen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

Die politischen Aktivitäten der **DHKP-C** in Deutschland orientierten sich vornehmlich an tagespolitischen Ereignissen und zeigten sich in Demonstrationen und Kundgebungen, Presseerklärungen, Flugblättern und Äußerungen im Internet.

Hungerstreiks

Auch im Berichtsjahr führte die **DHKP-C** bzw. das ihr nahestehende **TAYAD-Komitee** im Zusammenhang mit dem „Todesfasten“ in türkischen Haftanstalten in mehreren deutschen Großstädten, darunter Frankfurt am Main, mehrtägige Hungerstreiks durch. Die Resonanz auf diese Aktionen, die sich gegen die „Isolationshaft“ in türkischen Gefängnissen wendete, war auch in Hessen sehr gering. Am 2. März, 11. Mai, 10. bis 17. Juli und 30. Dezember fanden in Frankfurt am Main sowie am 31. März in Darmstadt entsprechende Solidaritätsveranstaltungen statt, an denen sich lediglich bis zu 30 Personen beteiligten.

Am 4. April versammelten sich anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung der **DHKP-C** in Köln rund 300 Teilnehmer. Das jährliche Parteifest fand am 22. Mai in 's-Hertogenbosch (Niederlande) unter großer Beteiligung aus Deutschland statt.



Marx, Lenin, Mao: Ideologische Väter der TKP/ML

TKP/ML

Die **Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)** ist eine revolutionär-marxistische Organisation, deren Ziel die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft ist, und die Terrorakte in der Türkei verübt. Seit Jahren ist die **TKP/ML** in zwei voneinander unabhängige Flügel gespalten; in den dominierenden **Partizan**-Flügel und die **Maoistische Kommunistische Partei (MKP)**.

Zum **Partizan**-Flügel gehören:

- die **Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)**,
- die **Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF)** und
- der militärische Arm, die **Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)**.



Zur **MKP** gehören:

- die **Konföderation für demokratische Rechte in Europa (ADHK)**,
- die **Föderation für demokratische Rechte in Deutschland (ADHF)** und
- der militärische Arm, die **Volksbefreiungsarmee (HKO)**.

Das **Ostanatolische Gebietskomitee (DABK)** war 2002 auf einem Kongress in der Türkei in **MKP** umbenannt worden. Zu ihren Zielen erklärte die Organisation:

„Proletarische Weltrevolution“

„Wir wollen mit einem Volkskampf gegen den Imperialismus und seine Handlanger und Diktatoren vorgehen und diese nach und nach zerstören und allen imperialistischen Systemen auf dieser Welt ein Ende bereiten. Wir wollen auch mit einer proletarischen Weltrevolution eine kommunistische Gesellschaft aufbauen, in der es keine Klassen und keinen Privatbesitz gibt. Für eine kommunistische Welt wollen wir mit Beharren Krieg führen und die rote Fahne des Fortschritts und die Fahne des Mao hissen. [...] Der Kommunismus ist unser endgültiges Ziel. [...] Der Staat wird mit Gewalt zerstört werden. Dies ist das universelle Gesetz der Revolution.“ (Sinif Teorisi, Klassentheorie, April/Mai 2002)

Die alljährliche Gedenkveranstaltung der **TKP/ML** zu Ehren des Parteigründers fand am 22. Mai in Wuppertal mit rund 2.700 Teilnehmern statt.

Die revolutionär-marxistische **Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)** strebt einen revolutionären Umsturz in der Türkei und die Errichtung einer kommunistischen Volksherrschaft an. Basisorganisation in der Bundesrepublik Deutschland ist die **AGIF**.

MLKP

In der Türkei war die Organisation auch terroristisch aktiv. Der militante Arm der **MLKP**, die **Bewaffneten Einheiten der Armen und Unterdrückten (FESK)**, bezichtigte sich u.a. im Zusammenhang mit dem NATO-Gipfel der Bombenattentate gegen eine NATO-Einrichtung am 28. Juni und den Istanbuler Flughafen am 29. Juni. Am 24. Juni verübte die **FESK** einen Bombenanschlag in der Nähe des Hilton-Hotels in Ankara, das für den Besuch des US-Präsidenten reserviert war.

*Terroranschläge
in der Türkei*



Bereits im Mai hatte die **FESK** sich der vier Anschläge auf britische Banken in Istanbul und Ankara bezichtigt. Zur Begründung war angeführt worden, dass der britische Premierminister, der zu einem Staatsbesuch erwartet wurde, „den Mittleren Osten durch seine Bombardierung, Folter, Vergewaltigung und Verbrechen in ein Meer von Blut“ verwandelt hätte.

Ebenfalls im Zusammenhang mit dem NATO-Gipfel stand der Anschlag am 22. Juni auf die Filiale einer Bank in Izmir, bei der ein Polizeibeamter verletzt wurde. Beide Banken waren Sponsoren des NATO-Gipfels. Zu den Anschlägen bekannte sich ebenfalls der militärische Arm der **MLKP**.

AUS
LÄNDER
EXTRE
MISMUS

KURDEN

Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) [ehemals Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)]

Gründung:	PKK 1978, Umbenennung in Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) 2002 und in KONGRA GEL 2003
Vorsitzender:	Zübeyir Aydar
Publikation:	Serxwebun (Erscheinungsweise monatlich), Sprachrohr sind die türkischsprachige Tageszeitung Özgür Politika und der deutschsprachige Kurdistan-Report (Erscheinungsweise zweimonatlich) ROJ-TV (Fernsehsender) vorher: MEDYA-TV

Die von Abdullah Öcalan mitbegründete marxistisch-leninistische Organisation kämpfte ursprünglich für die Errichtung eines unabhängigen Staates „Kurdistan“. Dazu führte sie seit 1984 im Südosten der Türkei einen blutigen Guerillakrieg, in dem über 30.000 Menschen getötet wurden. Nachdem in Deutschland ihre Anhänger massive Gewalttaten verübt hatten, verhängte 1993 der Bundesminister des Innern ein Betätigungsverbot über die **PKK** und ihre Teilorganisationen. Trotz der 1999 erklärten Einstellung des bewaffneten Kampfes bestehen Kampfeinheiten im Südosten der Türkei und im Nord-Irak weiter fort. Auf die Forderung nach einem autonomen Staat „Kurdistan“ wurde verzichtet, statt dessen wird eine kulturelle Autonomie angestrebt, ohne die bestehenden Grenzen in Frage zu stellen.

Nachdem es der Organisation auch durch eine Umbenennung in **KADEK** im Jahr 2002 nicht gelungen war, den Makel des Terrorismus abzustreifen und als politische Gesprächspartnerin akzeptiert zu werden, wechselte sie im November 2003 erneut den Namen und firmiert jetzt unter **KONGRA**

GEL. Satzung, Struktur, Zielsetzung, Ideologie und personelle Zusammensetzung weisen gegenüber der **PKK** allerdings keine signifikanten Abweichungen auf. Der die Organisation gänzlich beherrschende bisherige Vorsitzende A. Öcalan ist auch weiterhin der „kurdische Volksführer“.

Da zwischen den Organisationen Identität besteht und die Umwandlung der **PKK** zum **KADEK** bzw. **KONGRA GEL** als Umfirmierung zu bewerten ist, erstreckt sich das Betätigungsverbot auch auf den **KONGRA GEL**. Darüber hinaus ist weiterhin davon auszugehen, dass der bereits 2002 eingeschlagene „Friedenskurs“ jederzeit umkehrbar ist. Die Trennung von dem für ihre terroristische Vergangenheit stehenden Namen **PKK** sollte lediglich die politische Arbeit der Organisation erleichtern. In Deutschland hatte es die **PKK** auch bisher schon vermieden, unter ihrer originären Bezeichnung



Fahne des
KONGRA GEL

Umbenennungen

Betätigungsverbot
gilt weiterhin

aufzutreten. Der **KONGRA GEL** hoffte, mit einer scheinbar neuen Organisation als Gesprächspartner akzeptiert zu werden und so das Betätigungsverbot umgehen zu können. Im Mai 2002 war die **PKK** vom Rat der Europäischen Union in die EU-Liste der terroristischen Organisationen aufgenommen worden. Der **KONGRA GEL** wurde am 2. April in diese EU-Liste aufgenommen.

Aufnahme in
EU-Terrorliste

Hervorstechende Merkmale des **KONGRA GEL** sind der um den ehemaligen Generalvorsitzenden A. Öcalan betriebene Führerkult und die hohe Mobilisierungsfähigkeit zu Großveranstaltungen. Obwohl er sich seit 1999 in türkischer Haft befindet, bestimmt er nach wie vor die politische Ausrichtung. Auch wenn nur eine Minderheit der rund 500.000 in Deutschland lebenden Kurden dem **KONGRA GEL** zuzurechnen ist, tritt die Organisation mit einem Alleinvertretungsanspruch für alle Kurden auf. Sie versucht sich nach außen als demokratische politische Kraft darzustellen. Dabei ist sie eine unverändert straff geführte und strikt hierarchisch strukturierte Kaderorganisation, für die Deutschland eindeutig der Schwerpunkt in Europa ist. In Hessen bestehen die Gebiete Kassel, Gießen, Frankfurt am Main und Darmstadt. Der Parteiapparat arbeitet konspirativ. Ab der Gebietsebene aufwärts operieren hauptamtliche Funktionäre mit Decknamen, die häufig ausgetauscht werden.

Führerkult um
A. Öcalan

Propagandabild
Abullah Öcalans



Die Aktivitäten des **KONGRA GEL** werden in Deutschland von zahlreichen Nebenorganisationen getragen.

Neben-
organisationen

Organisationsstruktur des **KONGRA GEL**

Mitglieder:	12.000 Bund, 1.250 Hessen
Mobilisierungspotenzial:	Bis zu 50.000 bundesweit
Organisationsstruktur:	Propaganda- bzw. Frontorganisation Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK), vorher: Kurdische Demokratische Volksunion (YDK)
	Dachorganisation für Deutschland: Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM) Ihr gehören rund 60 Vereine an.
	Dachorganisation für Europa: Konföderation kurdischer Vereine in Europa (KON-KURD). Sitz: Brüssel. Ihr gehören rund 165 Vereine in Europa an.
	Teilorganisationen: Der KONGRA GEL unterhält zahlreiche Teilorganisationen, z.B. Freiheitspartei der Frauen Kurdistans (PAJK), Bewegung der freien Jugend Kurdistans (TECAK), Union der StudentInnen aus Kurdistan e.V. (YXK), Union der Juristen Kurdistans (YHK)
	Nebenorganisationen: Kurdischer Arbeitgeberverband e.V. (KARSAZ), Kurdischer Roter Halbmond e.V. (HSK) (Hilfsorganisation)

Der **KARSAZ** mit Sitz in Frankfurt am Main, eine Vereinigung kurdischer Geschäftsleute, wurde 2001 gegründet. Er steht in enger Verbindung zum **KONGRA GEL**. Am 3. und 4. April führte er in Raunheim (Kreis Groß-Gerau) seinen 4. Jahreskongress durch.



Für seine Propaganda nutzt der **KONGRA GEL** vor allem den über Satellit auch in Deutschland zu empfangenden Fernsehsender **ROJ-TV** und die Tageszeitung **Özgür Politika**. Die türkischsprachige Zeitung, die an zahlreichen Verkaufsstellen



*Sprachrohr
Özgür Politika*

erhältlich ist, erscheint in Neu-Isenburg (Kreis Offenbach). Hinweise und Aufrufe zu Veranstaltungen, Erklärungen der Führungsebene und von Funktionären werden distanz- und kritiklos veröffentlicht. Als Sprachrohr der Organisation vermittelt die Zeitung den Lesern die Parteilinie. Anlässlich ihres 10-jährigen Bestehens veranstaltete die **Özgür Politika** am 21. August in Frankfurt am Main ein Fest mit 1.500 Besuchern.

*„Spenden-
kampagne“*

Zur Finanzierung der Propaganda, des Parteiapparates und der Aufrechterhaltung der Guerillaeinheiten benötigt der **KONGRA GEL** erhebliche Geldsummen. Diese werden durch Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus Veranstaltungen und dem Verkauf von Publikationen erbracht, vor allem aber durch die jährliche „Spendenkampagne“, die mehrere Millionen Euro erbringt. Erwartet wird hier von den „Spendern“ ungefähr die Abgabe eines Monatseinkommens. Darüber hinaus ist bekannt, dass auch bei kriminellen Kurden, wie z.B. bei Drogenhändlern, höhere Geldsummen abgeschöpft werden. Den einzelnen Parteigliederungen werden hohe Beträge vorgegeben. Die Spendengelder werden auch durch Drohungen oder Gewalt eingetrieben. Insgesamt war das Spendenaufkommen aber rückläufig.

Der **KONGRA GEL** bedient sich nach wie vor einer eigenen Disziplinar- bzw. Strafgewalt. Zahlungsunwillige oder Mitglieder, die sich von der Organisation getrennt haben bzw. eine Trennungsabsicht erkennen lassen, werden ebenso unter Druck gesetzt oder bestraft wie Personen, die sich negativ über den **KONGRA GEL** äußern. Das Ausmaß dieser Bestrafungsaktionen, das bis vor wenigen Jahren noch bis zur Tötung reichte, nahm ab, Bedrohung, Nötigung und Körperverletzung kamen aber immer noch vor.

*Militärischer
Arm des
KONGRA GEL:
Guerilla-Ein-
heiten der HPG*

*Bundesweite
Protest-
veranstaltungen*

Im Berichtszeitraum beteiligten sich Anhänger und Sympathisanten der Organisation in Deutschland an zahlreichen Demonstrationen, Kundgebungen, Mahnwachen und Informationsständen. Die Aktionen standen überwiegend unter dem Motto „Freiheit für Abdullah Öcalan“ bzw. „Gegen die Isolationshaft von Abdullah Öcalan“ und „Frieden in Kurdistan“. Auch gab es vereinzelt Protestaktionen gegen



die Aufnahme in die EU-Liste terroristischer Organisationen. In Hessen beteiligten sich bis zu 150 Personen an Protestaktionen, die u.a. in Frankfurt am Main, Darmstadt, Hanau, Offenbach, Wiesbaden und Gießen stattfanden.

Größtes Ereignis auf Bundesebene war, wie bereits in den vergangenen Jahren, das „Internationale Kurdistanfestival“, das am 25. September in Gelsenkirchen mit rund 35.000 bis 40.000 Teilnehmern aus Deutschland und dem benachbarten Ausland stattfand.

Großveranstaltung

Im zurückliegenden Jahr war die Entwicklung des **KONGRA GEL** von äußeren und internen Auseinandersetzungen geprägt. Zum einen forderten die bewaffneten Auseinandersetzungen in der Türkei zwischen türkischen Sicherheitskräften und Guerilla-Kämpfern der Organisation zahlreiche Opfer. Unter Berufung auf das Recht auf „legale Selbstverteidigung“ hatte der **KONGRA GEL** den bestehenden Waffenstillstand zum 1. Juni für beendet erklärt, nachdem er im Vorjahr noch einen „Fahrplan für einen demokratischen Wandel“, die sogenannte Roadmap, verkündet hatte, in dem u.a. der Verzicht auf sämtliche Kampfhandlungen und mehr Rechte für die Kurden gefordert worden waren. Zum anderen wurde die Organisation durch interne Streitigkeiten erschüttert. Nach länger anhaltenden Meinungsverschiedenheiten über den zukünftigen Kurs der Bewegung verließ bereits im Frühjahr eine Gruppe hochrangiger Funktionäre unter der Leitung des Bruders von A. Öcalan, Osman Öcalan, den **KONGRA GEL**. Die Abweichler forderten einen moderateren Kurs und eine Kooperation mit den USA bei der Lösung der Kurdenprobleme, sowie die Auflösung der **Volkverteidigungseinheiten (HPG)**, dem militärischen Arm der Organisation. Das Ereignis wurde von der **KONGRA GEL**-Führung zunächst verschwiegen und später heruntergespielt, um die eigenen Mitglieder nicht zu verunsichern.

Bewaffnete
Auseinander-
setzungen
in der Türkei

Im August wurde die Gründung einer neuen Kurdenorganisation unter Führung von O. Öcalan bekanntgegeben. Die „Patriotisch-Demokratische Partei“ (PDP), hat sich zum Ziel gesetzt, auf der Grundlage einer „demokratischen Lösung“ die „kurdische Befreiungsbewegung“ zu unterstützen. Im Gegensatz zum **KONGRA GEL** sieht die PDP vor allem in der Politik der USA eine Option, das Kurdenproblem im Krisengebiet zu lösen. Die Initiatoren der neuen Organisation wollen sich auch weiterhin für den Kurdenführer A. Öcalan einsetzen, ihre Politik soll aber unabhängig von dessen Einfluss gestaltet werden. Die Mitglieder des **KONGRA GEL** wurden aufgefordert, sich der neuen Partei anzuschließen.

Die Ankündigung einer neuen Kurdenpartei wurde von der Führung des **KONGRA GEL**, allen voran A. Öcalan, scharf verurteilt. Die sogenannten Abtrünnigen wurden als Verräter bezeichnet, die die Organisation spalten wollen.

AUSLÄNDER
EXTREMISMUS

IRANER

Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)/ Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)



Emblem der MEK

Der weltweit agierende **NWRI** ist der politische Arm der militanten **MEK**, einer von Massoud Radjavi und seiner Ehefrau Maryam, die von den Anhängern kultartig verehrt werden, streng hierarchisch geführten Kaderorganisation. Die **MEK** unterhielt im Irak bis zur Entwaffnung durch US-Streitkräfte im Zuge des Irak-Krieges eine mehrere tausend Kämpfer umfassende Guerillaarmee unter Protektion von Saddam Hussein zur Bekämpfung des iranischen Regimes und verübte im Iran terroristische Anschläge. Obwohl die Organisation kaum Rückhalt in der iranischen Bevölkerung besitzt, tritt sie in

ihrer Propaganda als „einzige demokratische Alternative“ zum iranischen Herrschaftssystem auf.

Spendengeldsammlungen

Zur Finanzierung seiner Aktivitäten organisiert der **NWRI**, der 2002 in die EU-Terrorliste aufgenommen wurde, seit Jahren umfangreiche Spendengeldsammlungen.

Demonstrationen

Am 16. April führte der **NWRI** drei Kundgebungen durch. Anlass war der erste Jahrestag der Auslieferung zweier in Großbritannien wohnhafter **MEK**-Funktionäre aus Syrien in den Iran. In Düsseldorf versammelten sich rund 100 **NWRI**-Anhänger vor dem britischen Generalkonsulat. In Berlin kamen vor der syrischen Botschaft rund 30 iranische Oppositionelle zusammen. An einer Kundgebung vor dem britischen Generalkonsulat in Frankfurt am Main beteiligten sich rund 50 Anhänger des **NWRI**. Alle Veranstaltungen verliefen störungsfrei.

Zeitgleich mit der Enthüllung einer Gedenkplakette für die Opfer des „Mykonos-Attentats“ demonstrierten in Berlin am 20. April rund 300 iranische Oppositionelle. Neben 70 Anhängern der **Arbeiterkommunistischen Partei Irans (API)** nahmen auch rund 30 Aktivisten des **NWRI** an der Demonstration teil.

Am 5. Mai demonstrierten Anhänger des **NWRI** vor dem Auswärtigen Amt in Berlin unter dem Motto „Gegen Menschenrechtsverletzungen im Iran“. An der Aktion nahmen 60 bis 70 Personen teil. Hintergrund der Demonstration war der Besuch des iranischen Außenministers Kharrazi in Berlin.

Am 29. Mai demonstrierten 13 Personen, die sich mit Handschellen aneinander gefesselt hatten, vor dem iranischen Generalkonsulat in Frankfurt am Main „gegen Menschenrechtsverletzungen und falsche Wahlen im Iran“.

Großveranstaltungen im Ausland

Anhänger des **NWRI** führten am 17. Juni am Sitz der Europazentrale der Organisation bei Paris eine zentrale Veranstaltung durch. Rund 2.000 Personen aus ganz Europa nahmen daran teil, darunter zahlreiche aus Deutschland. Anlass der Veranstaltung war der Jahrestag umfangreicher Maßnahmen französischer Polizeibehörden gegen die Organisation im Vorjahr.

Rund 4.500 Anhänger aus Europa trafen sich am 13. September zu einer zentralen Demonstration in Brüssel. Im Vorfeld war deutschlandweit massiv mobilisiert und mit



Propaganda-
bild der NWRI-
Führerin
Maryam Radjavi

Flugblättern zur Teilnahme aufgefordert worden. Zu den Themen der Veranstaltung zählte die Forderung nach Streichung der **MEK** aus der Liste terroristischer Organisationen der EU.

Arbeiterkommunistische Partei Irans (API)

Die 1991 gegründete marxistisch-leninistische **API** will im Iran mittels eines revolutionären Umsturzes eine kommunistische Gesellschaft errichten. Die Gruppe bejaht die Anwendung von Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele. In Deutschland sind Anhänger der Organisation für Ausschreitungen, Besetzungen und Störaktionen verantwortlich. Der **API** zuzurechnen ist die **Internationale Föderation der iranischen Flüchtlings- und Immigrantenräte e.V. (IFIR)**, die bspw. Kundgebungen anmeldet.

Gegen Verhaftungen, Folter und Hinrichtungen von Studenten im Iran demonstrierten am 8. Juli rund 80, am 21. August rund 20 und am 4. Dezember rund 60 Anhänger der **API** vor dem iranischen Generalkonsulat in Frankfurt am Main.

*Demonstrationen
in Frankfurt am Main*

TAMILEN

Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)



*Fahne der
LTTE*

Anfang März kam es zu einer Spaltung innerhalb der **LTTE**. Der Oberbefehlshaber der Rebellen-Armee im Osten Sri Lankas setzte sich mit einer größeren Zahl von Kämpfern von der **LTTE**-Führung ab. Die Mehrheit der **LTTE**-Anhänger in Deutschland steht jedoch nach wie vor zu **LTTE**-Führer Prabhakaran.

Die 1972 gegründete **LTTE** führte auf Sri Lanka zur Errichtung eines eigenen Tamilenstaates einen Guerillakrieg. Dabei verübte die Organisation, die auch Minderjährige zum Kampfeinsatz rekrutierte, Bombenanschläge und Selbstmordattentate mit zahlreichen zivilen Opfern. Über Tarn- und Hilfsorganisationen bemüht sich die **LTTE** in Deutschland Geld zur Deckung ihres Finanzbedarfs in der Heimat zu beschaffen. Hierzu werden regelmäßig Spendensammlungen durchgeführt.

*Spenden-
sammlungen*

*LTTE-Führer
V. Prabhakaran*



SIKHS

Separatismus

Ziel der Sikh-Organisationen **International Sikh Youth Federation (ISYF)** und **Babbar Khalsa International (BK)** ist die Errichtung eines unabhängigen Staates „Khalistan“ auf dem Gebiet des indischen Bundesstaates Punjab. In Deutschland unterstützen diese Sikh-Gruppierungen den terroristisch geführten Kampf im Heimatland vor allem durch das Sammeln von Spendengeldern. Eines der wichtigsten Versammlungszentren in Deutschland befindet sich in Frankfurt am Main.

Die Organisationen führten verschiedene Demonstrationen in Frankfurt am Main vor dem indischen Generalkonsulat durch, u.a. am 26. Januar mit rund 100 Teilnehmern zum Thema „Unterdrückung der religiösen Minderheiten in Indien“, am 5. Juni mit rund 70 Teilnehmern zum Thema „Jahrestag der Erstürmung des ‚Goldenen Tempels‘ von Amritsar“ und am 14. August mit rund 70 Teilnehmern zum Thema „Jahrestag der indischen Unabhängigkeit“.

Nutzung von Kommunikationsmedien

Das Internet ist für islamistische Akteure und Organisationen weltweit zum wichtigsten Kommunikations- und Aktionsraum geworden. Sie nutzen das Medium in flexibler Weise sowohl zur Missionierung nach innen als auch zur Propaganda nach außen.

Al-Qaida

Insbesondere im Umfeld militanter Islamisten wird das Internet in zunehmend professioneller Weise genutzt. In den Zentren des sogenannten „islamischen Widerstandes“, wie dem Irak, wurden im Berichtsjahr aus dem Umfeld der Terrororganisation **Al-Qaida** und ihrer regionalen Ableger diverse Erklärungen und menschenverachtende Videos, wie z.B. die Enthauptung von Geiseln im Irak, auf stetig wechselnden Internet-Seiten eingestellt. Webseiten wie die englischsprachige „Jihad Unspun“ bieten seit Jahren ein Forum für militante Islamisten, die unter Anleitung der Botschaften von Bin Laden und seiner Gefolgsleute auf umfassende Indoktrinierung und Rekrutierung von kampfbereiten Islamisten zielen.

IGMG, IGD

Auch in der Bundesrepublik agitieren islamistische Ideologen unterschiedlicher organisatorischer Zugehörigkeit im Internet. Auf diversen Websites werden extremistische Thesen und Überzeugungen diskutiert und verbreitet. Im Internet-Angebot islamistischer Organisationen wie der **IGMG** und der **IGD** werden zwar explizit verfassungsfeindliche Äußerungen vermieden; der extremistische Hintergrund wird jedoch durch Links, in Foren oder auch in Buchempfehlungen deutlich.

Leugnung der NS-Gaskammern

Ein Beispiel für offen extremistische Inhalte bietet das Internet-Angebot des sogenannten Muslim-Markts, das von Niedersachsen aus betrieben wird. Seit Jahren werden von den Betreibern islamistische und antisemitische Hetztiraden ins Netz gestellt. So führte im Januar ein Text, in dem die Existenz der nationalsozialistischen Gaskammern geleugnet wird, zu einer Verurteilung wegen Volksverhetzung.

Auch ein von Hamburg aus betriebenes Internet-Portal versucht seit Jahren, islamistische Positionen in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Nach außen bietet es „Rechtshilfen“ für Muslime an. Diese bestehen beispielsweise darin, bei Hausdurchsuchungen durch die Polizei „betroffenen“ Muslimen Empfehlungen für gezielte Vorsichtsmaßnahmen an die Hand zu geben, z.B. keine unangemeldeten Waffen oder verfassungsfeindliche Unterlagen in Wohnungen zu lagern. In einem Appell an alle Muslime wurde im Novem-

ber auf der Website dazu aufgerufen, „nicht die islamischen Rechtssprüche zu übertreten“. Im Anschluss wurde das Verbot ausgesprochen, an Wahlen des „Kufr-[Ungläubigen-] Systems“, d. h. der Bundesrepublik Deutschland, teilzunehmen.

Stark zugenommen hat die Nutzung des Internets für den Austausch von extremistischen Meinungen oder Empfehlungen für „scharia-gemäßes“ Verhalten im Rahmen von „Ratgeberseiten“ oder Foren. Hier werden Ideologisierungstendenzen vor allem bei muslimischen Jugendlichen sichtbar, die den Nährboden für Militanz bilden können. Zugleich werden im Internet Islamkurse und Schulungen angeboten, die zu einer „unverfälschten“, an der sogenannten „ursprünglichen Lehre“ des Islam orientierten Lebensweise erziehen sollen. Außerdem stehen sie der Integration von Muslimen in die westliche Gesellschaft ablehnend gegenüber.

Ideologisierung

Im Gegensatz zu Islamisten nutzen andere insbesondere linksextremistische türkische bzw. kurdische Organisationen die Möglichkeiten des Internets in geringerem Umfang. International operierende Organisationen verfügen zwar über zumeist aus dem Ausland betriebene Internet-Seiten. Professionalität und Aufmachung der Internet-Präsentation variieren hier jedoch stark. Daneben werden von in Deutschland tätigen Organisationen, etwa denen, die dem **KONGRA GEL** zuzurechnen sind, teilweise eigene Seiten betrieben. Diese werden jedoch ohne großen Aufwand erstellt und nur sporadisch aktualisiert. Genutzt werden sie hauptsächlich zur Veröffentlichung von Veranstaltungshinweisen und Presseerklärungen. Sie dienen überwiegend zur anlassbezogenen Mobilisierung von Anhängern.

Linksextremisten

LÄNDER EXTRE MISMUS

Straftaten im Bereich Ausländerextremismus *

	2004**	2003	2002
Gewalttaten			
Tötung			
Hessen	0	0	0
Bund	4	0	0
Versuchte Tötung			
Hessen	0	0	0
Bund	0	0	4
Körperverletzungen			
Hessen	0	3	1
Bund	24	32	20
Brandstiftungen/Sprengstoffdelikte			
Hessen	1	0	0
Bund	0	5	2
Landfriedensbruch			
Hessen	0	0	0
Bund	4	9	7
Raub, Erpressung, Freiheitsberaubung			
Hessen	0	4	2
Bund	20	26	26
Widerstandsdelikte und andere Gewalttaten			
Hessen	0	0	0
Bund	9	16	2
Sonstige Straftaten			
Sachbeschädigung			
Hessen	0	1	2
Bund	31	28	22
Nötigung/Bedrohung			
Hessen	0	2	1
Bund	28	17	23
Andere Straftaten (Verbreitung von Propagandamitteln u.a.)			
Hessen	16	12	38
Bund	341	1.340	467
Summe			
Hessen	17	22	44
Bund	461	1.473	573

* Die Zahlen entstammen der Statistik politisch motivierte Kriminalität (PMK) des Bundeskriminalamtes sowie des Hessischen Landeskriminalamtes. Anzumerken ist, dass dort nicht jede politisch motivierte Straftat als extremistisch bewertet wird.

* * Die Angaben für 2004 sind nur vorläufig.

RECHTSEXTREMISMUS

Was wollen Rechtsextremisten ?

Rechtsextremisten lehnen tragende Prinzipien des Grundgesetzes ab: Die Würde und die individuelle Freiheit des Menschen und die politische Gleichheit aller Menschen. Stattdessen verweisen sie immer wieder auf die „biologisch, genetisch bedingte Ungleichheit“. Die eigene „weiße Rasse“ wird verherrlicht und die von ihr erbrachten „Fortschritte“ werden als die größten menschlichen Leistungen angesehen. Besonders alles Deutsche müsse daher vor der „Rassenvermischung“ mit „fremden Elementen“ geschützt werden. Rechtsextremisten sind nationalistisch, ausländer- und minderheitenfeindlich sowie oft antisemitisch eingestellt. Einige pflegen heidnisch-germanisches und in der „Natur“ verwurzeltes Brauchtum und lehnen das Christentum mit dem damit verbundenen Wertekanon strikt ab. Aus diesen Gründen zeigen Rechtsextremisten meistens keine Toleranz und keinen Respekt gegenüber „andersrassigen“ Individuen und Völkern sowie Andersdenkenden und Minderheiten.

„Biologische, genetisch bedingte Ungleichheit“

Orientiert an autoritären bzw. diktatorischen Herrschaftsvorstellungen wollen Rechtsextremisten die angeblich alles vereinheitlichende „liberalistische Demokratie“ abschaffen. In einer von ihnen bestimmten politisch-gesellschaftlichen Ordnung besäße die blutsmäßig definierte deutsche „Volksgemeinschaft“ absoluten Vorrang vor dem einzelnen Menschen. Die parlamentarische Demokratie sehen Rechtsextremisten in einer ständigen Krise. Vertreter dieses „Systems“ werden von ihnen regelmäßig beschimpft, als unfähig und verlogen dargestellt. Ihnen wird vorgeworfen, keine deutschen, sondern ausländische bzw. jüdische Interessen zu vertreten. Rechtsextremisten lehnen Pluralismus und Mehrparteienprinzip ab, sie wollen einen autoritären Staat.

„Volksgemeinschaft“ statt Individualrechte

Das nationalsozialistische Unrechtsregime wird unkritisch gesehen und in Teilen positiv bewertet. So genannte „Revisionisten“ verharmlosen die Untaten des Nationalsozialismus; manche leugnen den Holocaust und versuchen, dies pseudowissenschaftlich zu belegen.

Verharmlosung des Nationalsozialismus

Überblick

Erstmals seit 1968 kam die **Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)** am 19. September wieder in einen Landtag, die **Deutsche Volksunion (DVU)** zog zum zweiten Male hintereinander in den brandenburgischen Landtag ein. Indem beide Parteien in Sachsen bzw. in Brandenburg massiv Wahlkampf gegen die Sozialreformen („Hartz IV“) machten und dieses Agitationsthema mit Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verbanden, gelang es ihnen, eine große Zahl von Wählern auf ihre Seite zu locken. Diese Erfolge der Rechtsextremisten kamen nicht überraschend, sondern hatten sich bereits bei der Europawahl am 13. Juni und bei der Landtagswahl im Saarland am 5. September angekündigt. Im rechtsextremistischen Spektrum in Hessen spielten **NPD** und **DVU** dagegen nur eine untergeordnete Rolle.

NPD und DVU ziehen in Landesparlamente ein

Beigetragen zum Wahlerfolg hatte zum einen der Wahlverzicht der **Republikaner (REP)** und zum anderen die Absprache zwischen **NPD** und **DVU**, einander keine Konkurrenz zu machen. Ziel dieser Strategie war und ist es, das Wählerpotenzial geschlossen für die jeweils kandidierende Partei zu gewinnen. Darüber hinaus näherte sich die **NPD** wieder der **Neonazi**-Szene an. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2006 will die **NPD** gemeinsam mit den **Neonazis** eine „Volksfront von rechts“ schaffen, um die Bundesrepublik Deutschland auf legalem Wege, das heißt durch Wahlen, „abzuwickeln“. In

Annäherung zwischen NPD und Neonazis

Hessen arbeiteten Teile der **NPD** und Mitglieder von **Neonazi**-Kameradschaften punktuell zusammen, z.B. bei Demonstrationen des **Aktionsbündnisses Mittelhessen** und bei Veranstaltungen der **Schwarzen Division Germania**. Theoretisch-strategisch erweiterte die Partei zu diesem Zweck ihr Drei-Säulen-Konzept (Kampf um Straße, Parlamente und Köpfe) um eine weitere Komponente: „Kampf um den organisierten Willen“.

Die Mitgliedschaft eines sächsischen **NPD**-Landtagsabgeordneten in einer Gießener Burschenschaft und die Beschäftigung zweier ebenfalls aus den Aktiva dieser Burschenschaft hervorgegangenen Mitglieder der dortigen **NPD**-Landtagsfraktion zeigt, dass die seit einigen Jahren zu beobachtenden Tendenzen der Rechtsextremisten, sich Studentenverbindungen für ihre Intellektualisierungsbemühungen nutzbar zu machen, zumindest punktuell erfolgreich sind.

Vor dem Hintergrund der Wahlen setzten auch die **REP** auf das Thema „Zeit für Protest!“ Sie sprachen besonders die EU-Osterweiterung und die beabsichtigte Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei an. Damit versuchte die Partei, in der Bevölkerung Ängste vor einer „Überfremdung“ zu wecken bzw. zu schüren, vermochte aber nicht die Wähler zu überzeugen. Nach wie vor gab es bei den **REP** vereinzelt Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen, allerdings distanzieren sie sich deutlich von einer Zusammenarbeit mit **NPD** und **DVU**. In Hessen traten die **REP** öffentlich kaum in Erscheinung, das galt auch für die **Deutsche Partei (DP)**. Anders als Rolf Schlierer bei den **REP** gelang es dem **DP**-Vorsitzenden Heiner Kappel nicht, innerhalb seiner Partei den Abgrenzungskurs gegenüber anderen Rechtsextremisten und rechtsextremistischen Organisationen durchzusetzen.

„Zeit für Protest!“

Erneut
Rückgang des
Personen-
potenzials

Aufgrund des kontinuierlichen Mitgliederschwundes bei **REP** und **DVU** ging – wie in den Vorjahren – das rechtsextremistische Personenpotenzial bundesweit und in Hessen zurück. Der Ausgang der Wahlen und die dadurch bedingte größere mediale Präsenz könnten jedoch bei der **NPD** zu einer Stagnation bzw. Umkehr dieses Trends führen.

Zahl der
Skinheads in
Hessen gestiegen

In der **Skinhead**-Szene stand mehr denn je die Musik im Zentrum. Im Rahmen des „Projekts Schulhof“ wollten **Skinheads** und **Neonazis** CDs mit jugendgefährdenden Liedern an Heranwachsende verteilen, um sie an die rechtsextremistische Szene heranzuführen. Aufgrund der Maßnahmen der Sicherheitsbehörden gelang es den Rechtsextremisten bislang nicht, ihr Projekt zu verwirklichen. Den Mittelpunkt der Szene in Hessen bildeten die Kameradschaft **Berserker Kirtorf** und die **Freien Nationalisten Rhein-Main**. Verschiedene Treffen und Konzerte fanden statt. In Kirtorf (Vogelsbergkreis) sorgten die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und das konsequente Einschreiten der Sicherheits- und Ordnungsbehörden dafür, dass weitere Veranstaltungen nicht mehr durchgeführt werden konnten. Insgesamt gab es in Hessen acht **Skinhead**-Konzerte bzw. Balladenabende (2003: zwei).

Die Zahl der **Skinheads** erhöhte sich von 600 im Vorjahr auf 750, was sowohl auf die zunehmende Anziehungskraft der Szene, als auch auf die verstärkten Aufklärungsbemühungen der Sicherheitsbehörden zurückzuführen ist. Bundesweit blieb das Personenpotenzial gleich.

Neonazis und
Skinheads rücken
zusammen

Die **Neonazi**-Szene schloss sich wieder enger an die **NPD** an, rückte aber noch näher als in der Vergangenheit sowohl in ideologischer als auch organisatorischer Hinsicht an die **Skinheads** heran. Zwischen beiden Szenen kann kaum mehr differenziert werden. In Gladenbach und Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf) führte ein **Neonazi** mehrere Demonstrationen mit bis zu 500 Teilnehmern durch, in Südhessen war das **Aktionsbüro Rhein-Neckar** mit verschiedenen Veranstaltungen aktiv. Die **Deutsche Bürgerinitiative** Manfred Roeders in Schwarzenborn (Schwalm-Eder-Kreis) büßte dagegen an Attraktivität ein. blieb das Personenpotenzial in Hessen mit 200 **Neonazis** gleich, erhöhte es sich bundesweit aufgrund regionaler Besonderheiten von 3.000 auf 3.800.

Im Internet war die Zahl der deutschsprachigen rechtsextremistischen Homepages mit etwa 950 konstant. Verschiedene Computervirenprogramme verschickten E-Mails mit fremdenfeindlichen Inhalten und infizierten Tausende von unbeteiligten Rechnern. Gegen Nutzer einer Internet-Tauschbörse, bei der Musik mit volksverhetzenden und nationalsozialistischen Inhalten heruntergeladen werden konnte, führte die Polizei bundesweit und in Hessen Hausdurchsuchungen durch.

Zahl der Internet-Seiten konstant

Im Bereich der rechtsextremistischen **Straftaten** war mit 598 Delikten gegenüber dem Vorjahr (2003: 563) ein Anstieg um etwa sechs Prozent zu verzeichnen. Dieser resultierte vor allem aus einer Zunahme der Straftaten in dem Bereich sonstige Straftaten (Sachbeschädigung, Verbreiten von Propagandamitteln, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung). Die Zahl der politisch motivierten **Gewaltdelikte** sank von 29 im Jahre 2003 auf 25.

Zunahme der Straftaten

Im Bericht erwähnte Gruppierungen in Hessen

Parteien und ihre Nebenorganisationen:

- **Nationaldemokratische Partei Deutschlands**, Junge Nationaldemokraten, Nationaldemokratischer Hochschulbund
- **Die Republikaner**, Republikanische Jugend
- **Deutsche Volksunion**
- **Deutsche Partei - Die Freiheitlichen**, Deutsche Jugend
- **Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland**

Skinheads und Skinhead-Bands:

- Kameradschaft Berserker Kirtorf
- Freie Nationalisten Rhein-Main
- Nationale Kameradschaft Frankfurt
- Motorsportclub 28
- Gegenschlag
- Hauptkampflinie
- Kommando Freisler
- Rachezug

Neonazis:

- Aktionsbündnis Mittelhessen
- Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.
- Deutsche Bürgerinitiative
- Kampfbund Deutscher Sozialisten
- Kameradschaft Bergstraße
- Schwarze Division Germania
- Aktionsbüro Rhein-Neckar
- Nationaler Freundeskreis Wetterau
- Stimme der Revolte
- Autonome Nationalisten
- Kameradschaft Waldhessen
- Aktionsgruppe Bergstraße

Sonstige Organisationen:

- Gesellschaft für Freie Publizistik
- Thule Seminar
- Dresdensia-Rugia

Rechtsextremistisches Personenpotenzial *

	2004	2003	2002
NPD			
Hessen	300	300	350
Bund	5.300	5.000	6.100
REP			
Hessen	1.000	1.300	1.600
Bund	7.500	8.000	9.000
DVU			
Hessen	800	800	900
Bund	11.000	11.500	13.000
Gewaltbereite/Skinheads			
Hessen	750	600	600
Bund	10.000	10.000	10.700
Neonazis			
Hessen	200	200	200
Bund	3.800	3.000	2.600
Sonstige			
Hessen	150	150	150
Bund	4.300	4.600	4.400
Summe			
Hessen	3.150	3.250	3.700
Bund	40.700	41.500	45.000

* Die Zahlen sind gerundet und teilweise geschätzt.

RECHTS
EXTREMISMUS

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Gründung:	1964
Landesvorsitzender:	Hans Schmidt
Bundesvorsitzender:	Udo Voigt
Mitglieder:	In Hessen 300, bundesweit 5.300
Jugendorganisation:	Junge Nationaldemokraten (JN)
Nebenorganisation:	Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)
Publikationen (Auswahl):	Deutsche Stimme (DS) (Aufl. 10.000, Erscheinungsweise monatlich) Der Pfeil, Der Rebell, Klartext – Die Deutsche Stimme von Ehringshausen (Internet-Einstellung)

Nachdem die **NPD** noch im Jahre 2003 mit einem Verbot durch das Bundesverfassungsgericht rechnen musste, gelang es ihr erstmals seit 1968 wieder in ein Landesparlament einzuziehen. Bei der Landtagswahl in Sachsen am 19. September erreichte sie 9,2% (= 191.087 Zweitstimmen) und ist mit zwölf Abgeordneten im Parlament vertreten. Dieser Erfolg hatte sich bereits mit der Europawahl am 13. Juni (0,9% = 241.743 Zweitstimmen) und vor allem bei der Landtagswahl im Saarland am 5. September (4,0% = 17.584 Zweitstimmen) angekündigt. Der verantwortliche Redakteur der rechtsextremistischen Theorie- und Strategiezeitschrift **Nation & Europa** schrieb in einem Beitrag für die **DS** (Nr. 10) euphorisch: „Der Bann weicht, es geht ans Erwachen. Heute Sachsen, morgen Deutschland“.

*NPD zieht in
sächsischen
Landtag ein*

Das vierte Pressefest des **DS-Verlags** am 7. August in Mücka (Sachsen) bildete den Auftakt zum Landtagswahlkampf. Nahezu 7.000 Besucher nahmen daran teil, fast doppelt so viele wie im Vorjahr. Der **NPD**-Funktionär Holger Apfel (Stadtrat in Dresden und Landtagsabgeordneter) kritisierte in seiner Eröffnungsrede, dass „alle möglichen Randgruppen und Irrlichter“ gefördert würden, während es „vielen Millionen Arbeitslosen zusehends an den Kragen“ gehe. Geld für deutsche Familien fehle an allen Ecken und Enden, Geld für Ausländer sei aber stets da. Hinzu kämen eine „Vaterlandslosigkeit und Dekadenz“, die einem die Sprache verschlage (Sonderausgabe der **DS** vom September). Nach Angaben der **NPD** waren neben Aktivisten von **DVU**, **REP**, **DP** und **Freien Kameradschaften** auch zahlreiche ausländische Gäste gekommen. Der ehemalige Rechtsterrorist Peter Naumann (Frielendorf, Schwalm-Eder-Kreis) referierte zum Thema „Bomben aus zweiter Hand – die Lockspitzel des ‚Verfassungsschutzes‘ und der ‚rechte Terror‘“. Hauptattraktion für die Besucher war das Musikprogramm mit rechtsextremistischen Liedermachern und **Skinhead**-Bands.

*7.000 Besucher
beim Pressefest*

In ihren Wahlkämpfen setzte die **NPD** besonders auf soziale und wirtschaftliche Themen. Mit Plakaten wie „Schnauze voll? Wahltag ist Zahntag! Jetzt NPD“ und „Quittung für Hartz IV“ versuchte sie, Protestwähler für sich zu gewinnen. Auch in der „inländerfeindlichen ‚Integrationspolitik‘“ erblickte sie eine „kaum noch kontrollierbare Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“.



Um eine verstärkte Öffentlichkeitswirkung bemüht, beteiligte sich die **NPD** bundesweit an Demonstrationen gegen „Hartz IV“. Der Bundesvorsitzende Udo Voigt sprach in einem Interview mit der **National Zeitung** (Nr. 36), dem Sprachrohr der **DVU**, den etablierten Parteien die Fähigkeit ab, den „sozial Entrechteten in unserem Land eine Vision zu vermitteln“. Wenn aber in Deutschland „nationale Politik“ betrieben würde, wäre genug Arbeit da: „Nur nationale Parteien zeigen diese einleuchtenden Alternativen auf“. „Hartz IV“ kritisierte er als Gleichstellung von Arbeitslosen mit „Sozialschmarotern, ausländischen Zuwanderern oder Asylanten, die noch nie etwas in die Sozialkasse eingezahlt haben“. Den „Fortbestand Europas“ sah Voigt durch die Brüsseler Pläne für einen EU-Beitritt der Türkei gefährdet. Es drohe eine „beispiellose Völkermischung“, „weitere Überfremdung“ und „endgültig die Islamisierung Europas“.



Indem die **NPD** zunächst in Sachsen später u.a. auch in Hessen, CDs mit rechtsextremistischer Musik verteilte, sprach sie gezielt junge Menschen an. Auf Großdemonstrationen verzichtete die Partei, ihre Wahlkämpfer agitierten überwiegend in Saalveranstaltungen sowie an Infoständen.

Laut Umfrageergebnissen erzielten sowohl **NPD** als auch **DVU** bei jüngeren, formal wenig gebildeten Männern den größten Erfolg. Bei den 18- bis 24-Jährigen gewann die **NPD** 20 Prozent. 60 Prozent der befragten **NPD**-Wähler gaben „Hartz IV“ und 36 Prozent die „Ausländerproblematik“ als entscheidend für ihre Wahl an.

Mit ausschlaggebend für die Ergebnisse der **NPD** waren ihre Bündnisse bzw. Absprachen mit der **Neonazi**-Szene, der **DVU** und anderen Parteien. Dadurch, dass die **NPD** auf die Netzwerke lokaler Kameradschaften zurückgreifen konnte, gelang es ihr, etliche Wähler zu mobilisieren:

→ Die **NPD** knüpfte Kontakte zu den führenden **Neonazis** Thorsten Heise (Thüringen), Ralph Tegethoff (Nordrhein-Westfalen) und Thomas Wulff (Schleswig-Holstein), der in der Internet-Ausgabe der **DS** im Sommer zur Unterstützung der Partei aufrief. Unter der Überschrift „Volksfront von rechts schaffen“ behauptete er, dass sich die sozialen Spannungen zusehends verschärften. Der „etablierte Traum von Multi-Kulti“ sei zum „Alptraum von Stadtteilschlums und Islamistenterror“ geworden. Vor dem Hintergrund des schnell wachsenden „Volkszorns“ sei es wichtig, mit größtmöglicher Geschlossenheit aufzutreten, um in der kommenden Zeit die Funktion des Sammelbeckens der protestierenden Volksschichten zu übernehmen. Es gehe darum, „großen Teilen der deutschen Bevölkerung“ die „nationale Opposition [...] als unterstützenswerte Alternative – als die letzte Alternative zu einem asozialen System! – zu präsentieren“. Der Parteivorsitzende Voigt hatte bereits in der April-Ausgabe der **DS** erklärt, es gebe in Bezug auf die Kooperation mit den **Neonazis** keinen nachvollziehbaren Grund mehr, die Bildung von kleinen, unabhängig arbeitenden Parteien zur Maxime der Politik zu machen: „Einigkeit macht stark. Der nationale Widerstand auf der Straße braucht einen starken Arm in den Parlamenten“.

Wahlerfolge
durch Bündnisse

Wahlabsprache
mit DVU

→ In einer im Juni mit der **DVU** getroffenen Wahlabsprache verzichtete diese auf eine Kandidatur in Sachsen, im Gegenzug versprach die **NPD**, nicht in Branden-

burg anzutreten. Darüber hinaus rief der sächsische Landesverband der **DP** zur Wahl der **NPD** auf, die sächsischen **REP** zogen im Juli ihre bereits eingereichte Landesliste wegen interner Zerwürfnisse zurück.

In einer noch am Tag der sächsischen Landtagswahl im Internet veröffentlichten Erklärung („Volksfront statt Gruppenegoismus“) gestand das Parteipräsidium ein, sich in der Vergangenheit zu stark am Parlamentarismus orientiert und die außerparlamentarische Opposition vernachlässigt zu haben. Nun habe die Parteiführung jedoch die „Zeichen der Zeit“ erkannt und sei gewillt, „endgültig den Weg zu einer wirklichen Volksbewegung ein[zuschlagen]“. Es komme nicht darauf an, die „Deutschen, die es noch sein wollen, in eine Partei zu integrieren, sondern diese zunächst einmal grundsätzlich für den Kampf um unser Volk zu gewinnen“. An die Adresse der **Neonazis** gerichtet warb die **NPD** um deren Unterstützung, um gemeinsam „in dieser Phase des Überlebenskampfes unseres Volkes an einer wahren Volksbewegung für Deutschland zu arbeiten“. Bekannte **Neonazis** wie Wulff, Heise und Tegethoff nahmen diese Erklärung zum Anlass, ihren Eintritt in die **NPD** bekanntzugeben. Auch der in der Szene als „Kultfigur“ angesehene frühere Sänger der neonazistischen Musikgruppe **Landser** (Berlin) und die ehemalige sächsische **REP**-Landesvorsitzende schlossen sich der Partei an.

„Volksfront
von rechts“

In einem kurz nach den Wahlen veröffentlichten Interview bezeichnete es Voigt als Ziel der **NPD**, „über die Wahlurne“ die „BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat“. Es sei offensichtlich, dass das „liberal-kapitalistische System der BRD“ vor dem Zusammenbruch stehe. Entweder werde es durch „Verfall zur multikulturellen Gesellschaft erodieren“ oder das Volk werde ihm durch ein „revolutionär verändertes Wahlrecht ein Ende setzen“. Solange die „BRD“ aber existiere, werde man ihre Gesetze befolgen. In Anlehnung an das „Siegertribunal von Nürnberg“ kündigte er an, dass sich die demokratischen Politiker verantworten müssten: „Anders als damals wird dann Recht, nicht Rache herrschen. Es geht darum, gerecht zu bestrafen, dazu muss man niemanden aufhängen“. Die durch die **NPD** zu schaffende neue Ordnung werde die „Volksgemeinschaft“ sein, „in der die Deutschen als Deutsche wieder eine Vision“ hätten. Ohne die Verbrechen des Nationalsozialismus, insbesondere die Ermordung der Juden, zu berücksichtigen, sagte Voigt: „Zweifelloso handelt es sich bei Hitler um einen großen deutschen Staatsmann“. Voigt kritisierte lediglich, dass Hitler die „Verantwortung für die Niederlage Deutschlands“ trage. Er merkte an, die **NPD** versuche, auch die nationalsozialistische Strömung in Deutschland zu integrieren. („Junge Freiheit“ Nr. 40)

„Zweifelloso
handelt es sich
bei Hitler um
einen großen
deutschen
Staatsmann“

Auch Jürgen Schwab, u.a. Leiter des **NPD**-Arbeitskreises **Volk und Staat**, lehnte in einem Beitrag in der **DS** (Nr. 3) den Einsatz von Gewalt lediglich wegen des zur Legalität verpflichteten Parteienstatus und aus „Gründen nationaler Verantwortung“ ab. Im Allgemeinen schloss er Gewalt zur Durchsetzung nationalistischer Ziele jedoch nicht aus. Auf ihrer Internet-Seite stellte die **NPD** einen Beitrag „Zur Lage Polens“ ein. Darin drohte der Autor: „Als deutscher Widerstand vertreten wir die Überzeugung, daß das deutsche Volk das Recht hat, gegenüber Polen und der Tschechei die Forderung zu stellen, daß sie umgehend deutschen Volksboden abzutreten haben“.

Vor dem Hintergrund der Wahlerfolge wurde der Bundesvorsitzende Voigt auf dem Bundesparteitag am 30. und 31. Oktober in Leinefeld (Thüringen) mit 86,8% der Stimmen bestätigt. Er kündigte an, dass die **NPD** an ihrer Strategie festhalten werde. Der „Kampf um die Parlamente“ (Teilnahme an Wahlen) und der „Kampf um die Straße“ (Demonstrationen und öffentliche Veranstaltungen) seien aber erfolgreicher gewesen als der „Kampf um die Köpfe“ (Schulung von Anhängern, Beeinflussung der öffentlichen politischen Meinung). Die zu gewinnenden „Köpfe“ seien noch „vom Denken unserer Feinde“ zu befreien: „Kopf- und Tatmenschen“ müssten zusammenwirken, d. h. „Intellektuelle, Volkstribunen, Organisatoren und Marschierer“. Als

Bundesparteitag:
Neues Vier-Säulen-
Konzept

vierte Säule fügte Voigt den „Kampf um den organisierten Willen“ ein, d.h. das Streben nach der Bündelung möglichst aller nationalen Kräfte. Hinsichtlich des Verhältnisses zu den „Freien und dem nationalen Widerstand“, d. h. den **Neonazis**, sagte er, dass man keine „gegenseitige Übernahme“ plane. Man sehe sich als „Bestandteil des gemeinsamen Widerstands“. Die Delegierten wählten Heise zum Beisitzer in den Bundesvorstand. Damit ist er der fünfte **Neonazi** in diesem Gremium. Doris Zutt (Ehringshausen, Lahn-Dill-Kreis) wurde als Beisitzerin bestätigt.

Bundestagswahl 2006 im Visier

Das weitere gemeinsame Vorgehen mit der **DVU** bezeichnete Voigt als eine „absolut gleichberechtigte partnerschaftliche Zusammenarbeit“. Beide Parteien würden weiterhin bestehen bleiben und künftig Absprachen bzw. gemeinsame Listen oder Listenverbindungen dort anstreben, wo dies das Wahlrecht ermögliche. So werde die **NPD** im Februar 2005 zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein als „einzige nationale Kraft“ antreten. Zur Bundestagswahl 2006 werde die **NPD** Listenführerin sein. Frey und weitere Führungskräfte der **DVU** seien bereit, auf den **NPD**-Listen zu kandidieren. Im Gegenzug werde die **DVU** zur Europawahl 2009 Listenführerin mit Kandidaten der **NPD** auf der **DVU**-Liste sein.

Bei einem Treffen der **NPD**- und **DVU**-Vorsitzenden am 12. Oktober in München beschlossen diese, eine Unterschriftenaktion gegen den EU-Beitritt der Türkei durchzuführen. Laut **NPD**-Pressemitteilungen seien sich beide einig gewesen, „dass in Lebensfragen des deutschen Volkes die Deutschen selbst entscheiden müssen“.

Junge National- demokraten

Unter dem Motto „Ein revolutionärer Geist, eine sozialistische Idee, eine aktivistische Jugend“ führten die **JN** am 2. und 3. Oktober in Mosbach (Thüringen) ihren 33. Bundeskongress mit Vorstandswahlen durch. Stefan Rochow (Gießen) wurde erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt. Voigt dankte den **JN** für ihre Leistungen, da ohne ihre Unterstützung im Wahlkampf diese „großartigen Siege“ sicher nicht möglich gewesen wären. Trotz der Versicherung Voigts, dass die **JN** eine „wichtige Rolle für die Geschicke der NPD“ („Der Pfeil“ Nr. 1) spielten, ging ihre Bedeutung als „weltanschaulich-geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung“ (Flugblatt „Jugend für Deutschland“) zurück. Die Mitgliederzahl sank bundesweit von 450 (2002) auf 350. In Hessen traten die **JN** nach dem Rück- und Austritt der hessischen Vorstandsmitglieder im Oktober 2003 nicht mehr in Erscheinung.

Nachdem sich der **NPD**-Landesverband Hessen zerstritten und der stellvertretende Bundesvorsitzende Ulrich Eigenfeld (Niedersachsen) kommissarisch die Leitung übernommen hatte, wurde im Februar mit Hans Schmidt (Wiesbaden) ein neuer Vorsitzender gewählt. Schmidt hatte dieses Amt schon von 1989 bis 2000 inne. Die **DS** (Nr. 3) versprach sich davon einen „Neuanfang der hessischen Nationaldemokraten“. Der neue Landesvorstand werde sich für die „Belange der Deutschen in Hessen“ einsetzen und seine Schwerpunkte auf den Europawahlkampf und die Neugliederung der Organisationsstrukturen legen.

Hessische NPD löst Versprechen nicht ein

Diese Erwartungen konnte die hessische **NPD** zum überwiegenden Teil nicht erfüllen. Zwar steigerte sie ihr Ergebnis bei der Europawahl (siehe Kapitel „Beteiligung von Rechtsextremisten an der Europawahl“), öffentlichkeitswirksame Aktivitäten waren aber – im Unterschied zu der **NPD** in Sachsen – kaum zu verzeichnen. Auch eine Änderung der Organisationsstruktur nahm die Partei nicht in Angriff.

Eine für den 3. April in Frankfurt am Main angemeldete Demonstration am Hauptbahnhof unter dem Motto „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf! Nein zur EU-Diktatur des internationalen Finanzkapitals!“ sagte der **NPD**-Bundesvorstand ab. Er begründete dies mit der vom Ordnungsamt vorgegebenen Demonstrationsroute in einem Vorort. Dort stünden fast ausschließlich Büro- und Verwaltungsgebäude, so dass die Straßen gerade am Wochenende nahezu menschenleer seien. Eine



Demonstration gegen Globalisierung und Sozialabbau habe daher wenig Sinn, da den Bürgern die Argumente der **NPD** dort nicht näher gebracht werden könnten. Auch das für den 14. August gemeinsam von den Kreisverbänden Frankfurt/Main und Offenbach geplante „Große Sommerfest“ mit „volksgemeinschaftlichem Beisammensein“ und „völkischer Musik“ wurde kurzfristig abgesagt.

Am 9. November verteilte Doris Zutt vor mehreren Schulen in Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) CDs, wovon die Polizei einige sicherstellte. Sie tragen den Titel „Schnauze voll? Wahltag ist Zahltag“ und sind mit den Tonträgern identisch, die ein Angestellter des **DS**-Verlags anlässlich des Wahlkampfes in Sachsen in einer Auflage von 25.000 Stück als Eigenproduktion hatte herstellen lassen. Ziel der Verteilaktion war es, politisch nicht gefestigte Jugendliche anzusprechen, sie für rechtsextremistische Ideen zu interessieren und für die Szene zu rekrutieren.

Versuch,
Jugendliche zu
rekrutieren

Die infolge der Wahlergebnisse entstehenden Ansprüche auf Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung und die in der laufenden Legislaturperiode in Sachsen anfallenden Fraktionsgelder dürften die finanzielle Basis der **NPD** stabilisieren. Die Gelder könnten auch die Grundlage für zukünftige, kostenintensive Wahlkämpfe bilden. Die Wahlerfolge dürften auch zu einem Mitgliederzuwachs führen. Gerade die **NPD** scheint für viele Rechtsextremisten und für Protestwähler an Anziehungskraft gewonnen zu haben. „Wer Wut im Bauch hat“, erklärte Voigt im Interview mit der „Jungen Freiheit“ (Nr. 40), „der will Rache, und bei der NPD ist garantiert, daß die Etablierten ein Maximum an politischem Schmerz empfinden“.

Möglicher
Mitgliederzuwachs
in der Zukunft

Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die Partei ihre durch den Einzug in den sächsischen Landtag gewonnene Publizität in den Medien nutzen wird, um ihre Positionen stärker als bislang öffentlichkeitswirksam darzustellen. Sie wird den „Kampf um die Köpfe“ ausbauen, die „Personalisierung“ ihrer Programmatik vorantreiben: „Das versetzt Personen, welche die NPD wählen und unterstützen, in die Lage, in ihrem Umfeld mit ‚Köpfen‘, d. h. Repräsentanten, besser Werbung für die Ziele der NPD zu machen“ (Ansprache des Parteivorsitzenden auf dem **NPD**-Bundesparteitag).

Mit Hilfe von wissenschaftlichen Mitarbeitern im sächsischen Landtag und der Konzentration der „nationalen Elite“ in Dresden versucht die **NPD**, eine Art „Denkfabrik“ zu etablieren. Hier werden Analysen und Strategien entworfen, um auch bei kommenden Wahlen erfolgreich zu sein und die rechtsextremistischen Positionen der **NPD** breiter in der Gesellschaft zu verankern.

RECHTS EXTREMISMUS

Die Republikaner (REP)

Gründung:	1983 (Hessen 1987)
Landesvorsitzender:	Haymo Hoch
Bundesvorsitzender:	Dr. Rolf Schlierer
Mitglieder:	In Hessen unter 1.000, bundesweit 7.500
Jugendorganisation:	Republikanische Jugend (RJ)
Publikationen (Auswahl):	Zeit für Protest! (Erscheinungsweise zweimonatlich) Groß-Gerauer Kreisreport (Aufl. 20.000, Erscheinungsweise unregelm.)

Die seit längerer Zeit anhaltende Erfolglosigkeit bei Wahlen war einer der Auslöser dafür, dass sich die REP seit Beginn des Jahres als Protestpartei präsentierte. Mit islamistischer Terrorismus, Osterweiterung der EU, möglicher EU-Beitritt der Türkei, aber auch der Zuwanderungsfrage, sprachen die REP gezielt Themen an, die in der breiten Öffentlichkeit diskutiert wurden. So benannten sie die bisherige Parteizeitung auf Bundesebene **Der Republikaner** mit der Ausgabe Nr. 1-2 in **Zeit für Protest!** (Untertitel: „Die Zeitung für mündige Bürger“) um.

Mit gezielter Diffamierung der politischen Repräsentanten versuchten Teile der REP, das Vertrauen der Bürger in die Funktionstüchtigkeit der parlamentarischen Demokratie zu erschüttern. Aber auch vereinzelte revisionistische Äußerungen waren zu vernehmen. Weiterhin unterhielten Angehörige der REP landes- und bundesweit

Kontakte zu rechts-extremistischen Organisationen und Personen. Bei Teilen der REP waren, wie in den Jahren zuvor, rechtsextremistische Tendenzen zu beobachten.



So enthielten einzelne Publikationen Äußerungen, die geeignet waren, in der Bevölkerung Fremdenfeindlichkeit zu wecken. Sie schürten Ängste, dass die Zuwanderung u.a. die Sozialsysteme zerstöre.

Der **Groß-Gerauer Kreis-Report** (Europawahl-Sonderausgabe), das Mitteilungsblatt der Partei im Kreis Groß-Gerau, zeigte auf der Titelseite unter der Überschrift „Europa den Europäern - Nein zum EU-Beitritt der Türkei!“ zwei Bilder: Das eine stellte einen siegreichen, mit Schwert bewaffneten Kreuzritter dar, dazu der Begleittext: „Früher wussten die Europäer, wie man der islamischen Herausforderung wirkungsvoll begegnet ...“. Darunter befand sich eine Fotografie von vier Frauen, jeweils mit Kopftuch. Der Text fuhr ergänzend fort: „... doch heute sieht es in vielen Städten Europas leider so aus“.

*Fremden-
feindlichkeit
im Groß-Gerauer
Kreis-Report*

Neben dem hessischen wandten sich auch andere Landesverbände diesem Themenbereich zu. In dem Flugblatt „Die Deutschen vor dem IQ-Test: Wenn fünf Millionen Türken kommen“ fragten die Berliner REP: „Was bringen uns die Türken?“ Die Antwort lautete: „National-religiöse Parallelgesellschaften und gebärfreudige,

kopftuchtragende Frauen, als wenn die Erde nicht schon ein Überbevölkerungsproblem hätte. Der **Groß-Gerauer Kreis-Report** (Nr. 2) forderte „endlich eine Politik der nationalen Präferenz“ und „nationale Solidarität“: „Jeder hier beschäftigte Ausländer, der geht, macht einen Arbeitsplatz für einen Deutschen frei. Jeder ausländische Sozialhilfeempfänger, der unser Land verläßt, entlastet das deutsche Sozialsystem!“

Die **REP** machten Regierung und Opposition für „Sozialabbau“, „Rentenklausur“, „Hartz IV“ und „Gesundheitsreform“ verantwortlich: „Die Deutschen – verarscht und abgezockt von ihren ‚Volksvertretern‘“. Die Partei erhoffte sich den „Anfang vom Ende einer verantwortungslosen und unfähigen Politiker-Clique, die schon viel zu lange unser Land in ihrem Würgegriff hält!“ (Groß-Gerauer Kreis-Report, Nr. 2). Die Berliner **REP** stellten den Bundeskanzler auf einem Flugblatt mit einem Schild dar, das die Aufschrift „Deutschland braucht Kebab!“ trägt. Der Untertitel lautet: „Wenn Türken-Gerhard Politik macht“. In seiner Europawahl-Sonderausgabe bezeichnete der **Groß-Gerauer Kreis-Report** Gerhard Schröder, Joschka Fischer und Angela Merkel als „die Totengräber Deutschlands und Europas“.

„Die Deutschen – verarscht und abgezockt von ihren Volksvertretern“

Nicht eindeutig war nach wie vor das Verhältnis von Teilen der **REP** zur Zeit des Nationalsozialismus. Die Errichtung eines Denkmals in Rüsselsheim (Kreis Groß-Gerau) für ermordete amerikanische Bomberpiloten bezeichnete der **Groß-Gerauer Kreis-Report** (Nr. 2) als „monströs“, „vollkommen unangebracht“ und als Instrument, um „damit alle Rüsselsheimer quasi nachträglich für die Tat in geistige Sippenhaft zu nehmen“. In einer Pressemitteilung der Bundesgeschäftsstelle (Nr. 27) anlässlich des 60. Jahrestages der Landung der Alliierten in der Normandie (Frankreich) kritisierten die **REP** die Teilnahme des Bundeskanzlers an der Gedenkveranstaltung als „charakterlos und mediengeil“.



Kontakte von Angehörigen der **REP** zu rechtsextremistischen Organisationen und Personen:

- ➔ Ein Kreisvorstandsmitglied aus dem Lahn-Dill-Kreis nahm mehrmals an Veranstaltungen auf dem Anwesen des **Neonazis** Manfred Roeder in Schwarzenborn (Schwalm-Eder-Kreis) teil.
- ➔ Funktionäre der **REP** waren – neben Vertretern der **NPD** – Mitte Januar Gäste beim **DP**-Jahrestreffen in Fürstenfeldbruck (Bayern). Dabei kritisierte ein **REP**-Stadtratsvertreter aus München das „rückgratlose Verhalten und das mangelnde Stehvermögen seiner eigenen Parteiführung und bekannte sich uneingeschränkt zur Zusammenarbeit der nationalfreiheitlichen Parteien und Organisationen“.
- ➔ Der Landesvorsitzende der Berliner **REP**, gleichzeitig Mitglied im Bundesvorstand, und die damalige Landesvorsitzende der sächsischen **REP** waren im Februar Redner bzw. Teilnehmer bei einer Veranstaltung des Dresdner **Nationalen Bündnisses**, darunter auch hochrangige Vertreter von **NPD**, **DVU** und **DP**.

Kontakte zum rechtsextremistischen Spektrum

- ➔ Der rechtsextremistische Liedermacher Frank Rennie (Baden-Württemberg) trat am 15. Februar bei einer **REP**-Veranstaltung in Sachsen auf.
- ➔ Mitglieder der **REP** waren am 7. August Besucher des Pressefests des **NPD**-Verlages **DS** in Mücka (Sachsen). Laut einer „Sonderbeilage zum DS-Pressefest“ kamen „über alle Parteigrenzen hinweg [...] Aktivisten von NPD, DVU, REP, DP und freien Kameradschaften [...] zusammen, um ihren Willen zu unterstreichen, bisher Trennendes zu überwinden und gemeinsam den Schulterschuß aller zukunftsorientierten Nationalisten und Patrioten zu suchen“.
- ➔ In einer am 16. August im **Störtebeker-Netz** veröffentlichten Erklärung des **REP**-Landesverbandes Berlin vom 1. August wurde allen Interessenten und Mitgliedern empfohlen, bei der Landtagswahl in Brandenburg für die **DVU** zu stimmen.

Sowohl das für die Partei unbefriedigende Europawahlergebnis als auch die Zusammenarbeit der **NPD** mit der **DVU** dürften dafür verantwortlich sein, dass die **REP** Bündnisabsprachen mit anderen, teilweise rechtsextremistischen Kleinparteien positiv gegenüber standen. In der vom Bundesverband am 1. November veröffentlichten „Frankfurter Erklärung“ hieß es, dass die Vorsitzenden von **REP**, **DP** und der Deutschen Sozialen Union (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden) eine

engere Zusammenarbeit vereinbart hätten. Absicht sei, eine „seriöse und demokratische Alternative zu den Bundestagsparteien rechts von der Union zu etablieren“. Eine Kooperation mit **NPD**, **DVU** oder einer „nationalen Volksfront“ komme nicht in Frage. Vielmehr wolle man deutlich machen, dass es im Gegensatz zu der „Volksfront von NPD/DVU und Neonazis“ auch eine „ernstzunehmende verfassungskonforme Gruppierung geben werde, die im Bewusstsein um die patriotische Verantwortung auf die deutsche Politik Einfluss nehmen wolle“ (Pressemitteilung Nr. 51). Drei Wochen später war die „Frankfurter Erklärung“ hinfällig, da sich die **DP** von dem Drei-Parteien-Bündnis distanzierte (siehe Kapitel „Deutsche Partei – Die Freiheitlichen“).

Auf dem Bundesparteitag am 27. und 28. November in Veitshöchheim (Bayern) bestätigten die Delegierten den Vorsitzenden Schlierer mit rund 58 Prozent der Stimmen. Der Verlust von 14 Prozentpunkten gegenüber der Wahl von 2002 und das beachtliche Abschneiden seines Kontrahenten Björn Clemens (Nordrhein-Westfalen) mit rund 40 Prozent zeigen, dass es einen starken innerparteilichen Widerstand gegen den Kurs Schlierers gibt. Der hessische Landesvorsitzende Hoch wurde als vierter Stellvertreter wiedergewählt.

Trotz der großen Stimmeneinbußen für Schlierer bezeichnete die Bundesgeschäftsstelle in einer Pressemitteilung (Nr. 61) dessen Bestätigung als eindeutiges Ergebnis. „In einer mit großer Mehrheit“ verabschiedeten Resolution hätten die **REP** ein „klares Bekenntnis“ zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und zur parlamentarischen Demokratie abgelegt. Gemeinsame Aktivitäten und Kandidaturen mit der **NPD** oder mit **Neonazis** habe man explizit ausgeschlossen.

Andere Rechtsextremisten beurteilten den Zustand der **REP** kritisch. Das neonazistische **Störtebeker-Netz** meinte im August, es stehe fest, dass sich die politische Richtung des Vorsitzenden mehr und mehr überlebt habe. Gerade in den neuen Bundesländern führe die einstmalig sehr starke Partei nur noch ein klägliches Schattendasein. Die kontinuierlich sinkenden Mitgliederzahlen bestätigen den Abwärtstrend:



Mit unter 1.000 in Hessen und rund 7.500 bundesweit erreichten sie einen neuen Tiefpunkt. In der Internet-Ausgabe im September der **DS** äusserte sich der ehemalige **REP**-Vorsitzende Schönhuber: „Die Republikaner werden in der Zukunft wohl kaum noch eine Rolle spielen. Die Partei ist zu einem spießigen, angepaßten und ängstlichen Polit-Verein verkommen, der für junge Menschen unattraktiv geworden ist. Eine durchdachte weltanschauliche Ausrichtung gibt es nicht mehr“.

„Schattendasein“
der REP

EXTREMISMUS

Deutsche Partei – Die Freiheitlichen (DP)

Gründung:	1993
Landesvorsitzender:	Peter Fladung
Bundesvorsitzender:	Dr. Heiner Kappel
Mitglieder:	In Hessen rund 30, bundesweit rund 500
Jugendorganisation:	Deutsche Jugend (DJu)
Publikationen (Auswahl):	Deutschland-Post (Aufl. 10.000, Erscheinungsweise zehn Mal jährlich)

Die **DP** trat nur bei der Europawahl (siehe Kapitel „Beteiligung von Rechtsextremisten an der Europawahl“) und bei der Landtagswahl im Saarland an. Aufgrund der schwachen Organisationsstrukturen einzelner Landesverbände und des fehlenden Bekanntheitsgrades gelang es der Partei nicht, die Ein-Prozent-Marke zu überschreiten. Diese Erfolglosigkeit spiegelte sich auch in der geringen Mitgliederzahl wider. In Anbetracht der Konkurrenz von **NPD**, **DVU** und **REP** vermochte es die **DP** nicht, sich neben diesen Parteien zu etablieren. Anlässlich der Wahl in Sachsen forderte die **DP** die Wähler dazu auf, **NPD** zu wählen, und in Bezug auf die in Brandenburg anstehende Entscheidung rief sie im Internet dazu auf, „bei irgendeiner der Wahlalternativen ein Kreuz zu machen. [...] Hauptsache nicht bei der Einheitsfront von SPD-Union-FDP-Grüne-PDS“.

Keine Alternative
zum rechts-
extremistischen
Parteienspektrum

Als Folge ihrer politischen Wirkungslosigkeit legte die **DP** in einer Bundesvorstandssitzung im Juli den künftigen politischen Kurs fest und verabschiedete ein im Internet veröffentlichtes Positionspapier. Darin wies sie darauf hin, dass die Zersplitterung des „patriotischen Lagers“ bei der Europawahl zu einem Desaster geführt habe. Ihre Forderung, eine „einheitliche, patriotische Partei“ zu gründen, sei „durch das Beharren einiger Parteiführungen gescheitert“. Wegen mangelnder Einsicht der Betroffenen wollte die **DP** ihre Einigungsbemühungen einstellen und sich dem verstärkten Aufbau der eigenen Organisationsstrukturen widmen.

In Klieken (Sachsen-Anhalt) relativierte der Bundesvorstand am 24. Oktober seine Haltung, indem er einen „abgrenzungsfreien und partnerschaftlichen Kurs zu allen nationalen Parteien“ forderte. Unter dem Motto „Getrennt marschieren, vereint schlagen!“ beabsichtigte die **DP**, durch gemeinsame Veranstaltungen, Demonstrationen bzw. Wahllisten die Hürden abzubauen, die einer gemeinsamen „Rechten“ im Wege stünden.

„Getrennt mar-
schieren, vereint
schlagen!“

War im Oktober als Ziel eine „nationale Volksbewegung“ vorgegeben worden, rückte der **DP**-Bundesvorstand im November wieder davon ab. Als Reaktion auf die

Absage an REP

von den **REP** im November verkündete Zusammenarbeit zwischen **DP**, **REP** und Deutscher Sozialer Union (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden) in der „Frankfurter Erklärung“ teilte der Bundesvorstand im Internet mit, dass es kein Bündnis mit den **REP** geben werde. Zur Begründung hieß es, dies bewirke gegenwärtig eine weitere Spaltung des „patriotischen“ Parteiengefüges und verringere die Chancen der „nationalen“ Parteien, 2006 über eine gemeinsame Liste in den Bundestag einzuziehen. Verhandlungen mit den **REP** seien erst möglich, wenn der „Ruhstorfer Beschluss“ außer Kraft gesetzt werde. Gemäß dieser 1990 gefassten Resolution darf innerhalb der **REP** niemand, der in extremistischen und verfassungsfeindlichen Organisationen eine aktive Rolle gespielt hat, eine Funktion in der Partei übernehmen.

*Interne
Zerwürfnisse*

Zwischen dem **DP**-Bundesvorsitzenden, Kappel (Bad Soden am Taunus, Main-Taunus-Kreis), und anderen Mitgliedern des Bundesvorstandes gab es eine Auseinandersetzung über die Frage der Zusammenarbeit mit anderen „nationalen“ Organisationen. Während Kappel eher dem Lager der **REP** zuneigte, zeigten sich andere Personen des Bundesvorstands einer Kooperation mit **NPD** und **DVU** gegenüber aufgeschlossen.

Deutsche Volksunion (DVU)

Gründung:	1987
Landesvorsitzende:	Gertrud Bartz
Bundesvorsitzender:	Dr. Gerhard Frey
Mitglieder:	In Hessen rund 800, bundesweit 11.500
Publikation:	National Zeitung – Deutsche Wochenzeitung (NZ) (geschätzte Auflage 40.000 Erscheinungsweise wöchentlich)

*Wahlerfolg in
Brandenburg*

Bei der Landtagswahl in Brandenburg am 19. September errang die **DVU** 6,1% (= 71.003 Zweitstimmen) und sechs Mandate. Mit diesem Ergebnis zog sie zum zweiten Male hintereinander in das Parlament ein (1999: 5,28%, fünf Sitze). Auf dem Bundesparteitag in München am 20. März, bei dem der Vorsitzende Frey mit 99% bestätigt worden war, hatte er mit Blick auf die Wahl dazu aufgerufen, scharfe Opposition gegen den angeblich deutschfeindlichen Kurs der etablierten Parteien zu machen. In ihrem Wahlprogramm sprach die **DVU** mit den Themen „Massenarbeitslosigkeit“, „soziale Gerechtigkeit“, „Überfremdung“, Kriminalität und die Proteste gegen „Hartz IV“ insbesondere Protestwähler an: „Die DVU versteht sich als Anwalt der von herrschenden Politikern verratenen Bürger“. Auf einem Wahlplakat stand: „Schnauze voll? Diesmal DVU. Die Quittung für die Bonzen“.

Bündnis mit NPD

Entscheidend für den Wahlerfolg war auch ein Bündnis zwischen **DVU** und **NPD**, sich „bei den Wahlen in Brandenburg und Sachsen nicht durch gleichzeitige Kandidaturen zu behindern“. Am 22. September erneuerten die Vorsitzenden ihre Absprache. In einer Erklärung der **DVU** hieß es, man sei übereingekommen, auf Dauer zusammenzuwirken und darauf hinzuarbeiten, dass jeweils nur eine „nationale Liste“ zu Landtagswahlen, zur Bundestagswahl und zur Europawahl antrete. Den **NPD**-Vorsitzenden Voigt bezeichnete Frey als einen „fairen“ und „geschätzten“ Partner. (NZ Nr. 41)

Auf dem **NPD**-Bundesparteitag am 31. Oktober erklärte Frey, dass die „Macht-haber“ alles täten, um den Aufstieg „nationaler Kräfte“ zu verhindern. Daher sei es notwendig, alles zu unterlassen, was den „Anschein“ von Neonazismus erwecken könnte. Eine Überfremdung sei im Gange, die den Deutschen ihre Identität raube. (DS Nr. 11) In der gemeinsamen Pressekonferenz sagte Frey, beide Parteien seien sich in den Grundzielen einig. Unterschiede interessierten ihn nicht. Wichtig sei es, auch bei künftigen Wahlen solche Erfolge zu erzielen wie zuletzt. Trotz aller Gemeinsamkeiten grenzte sich Frey von der **NPD** ab, indem er erneut forderte, einen „größtmöglichen Abstand zum Nazismus und Neonazismus“ zu halten.

Die Wirkung der **DVU** in der Öffentlichkeit ging – abgesehen von ihrer durch den Wahlerfolg bedingten Medienpräsenz – im Wesentlichen von den Beiträgen in der **NZ** aus. Wiederholt verwandte die Zeitung Schlagzeilen, die geeignet waren, ausländerfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung hervorzurufen. Zum Beispiel: „Wird die Türkei europäisch oder Europa türkisch?“, „Kommen 10 Millionen Türken?“ und „EU: Der Fluch des Türkei-Beitritts“. In dem Beitrag „Verratenes Europa“ warnte die **NZ** (Nr. 46) „vor dem dritten Türkensturm“, welcher – dem modernen 21. Jahrhundert gemäß – „Erfolg versprechender“ sei als die „Lanzen und Säbel von Reiterhorden“ der Vergangenheit.



In Hessen wurde der bisherige **DVU**-Landesvorstand während eines Parteitages wiedergewählt. Ansonsten erschöpften sich die Parteiaktivitäten überwiegend in gelegentlichen Stammtischrunden.

USRECHTSEXTREMISMUSRECHTSEXTREMIS

Beteiligung von Rechtsextremisten an der Europawahl

Wie bereits bei der letzten Europawahl 1999 verstanden es die vier kandidierenden rechtsextremistischen Parteien nicht, mit ihren Botschaften einen entsprechend großen Teil der Wähler zu überzeugen, um in das Europäische Parlament einzuziehen. Allerdings erreichten **NPD**, **REP** und **Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland** ihr Minimalziel, in den Genuss der staatlichen Wahlkampf-kostenerstattung (ab 0,5% der Stimmen) zu kommen. Die **DP** verfehlte diese Marke, die **DVU** nahm nicht an der Wahl teil.



Allein die **NPD** verzeichnete einen deutlichen Stimmenzuwachs. Vereinte sie 1999 in Hessen 5.524 Stimmen (= 0,3%) auf sich, erreichte sie nun 13.057 Stimmen (= 0,8%). Bundesweit kam die **NPD** auf 241.743 Stimmen (= 0,9%) gegenüber 107.662 Stimmen (= 0,4%) im Jahre 1999. Wie später bei der Landtagswahl in Sachsen – dürfte dieser Zuwachs vor allem durch die Mobilisierung von Protestwählern geglückt sein. Herausragende Themen waren u.a. die EU-Osterweiterung und infolgedessen die angebliche „wirtschaftliche und soziale Verelendung“, „zunehmende Unfreiheit und Totalitarismus“ sowie die „kulturelle und biologi-

sche Vernichtung der Völker Europas“. Einer durch den **NPD**-Vorsitzenden eingereichten Klage gegen die Fünf-Prozent-Sperrklausel vor dem Bundesverfassungsgericht hatte keinen Erfolg, weil sie zu spät eingereicht worden war.

Die **REP** erhielten bundesweit 485.662 Stimmen (= 1,9%), in Hessen 36.910 (= 2,3%). Im Vergleich zur Europawahl 1999 erzielten die hessischen **REP** einen Stimmengewinn von 0,3 (bundesweit 0,2) Prozentpunkten. Auch die **DP**, die erstmals an einer Europawahl teilnahm, scheiterte mit bundesweit 62.005 Stimmen (= 0,2%) an der Fünf-Prozent-Hürde. In Hessen gewann sie 6.227 Stimmen (= 0,4%). Die Partei **Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland** erhielt bundesweit 135.015 Stimmen (= 0,5%), in Hessen 8.253 Stimmen (= 0,5%).

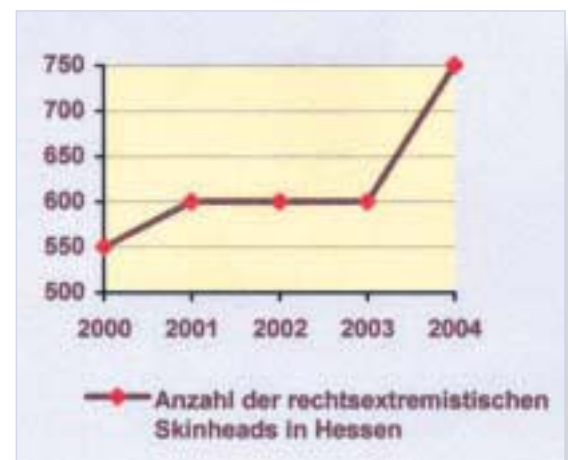
Ein ausführlicher Bericht zum Thema „Ergebnisse extremistischer Parteien in Hessen bei der Europawahl 2004“ ist im Internet auf der Homepage des LfV Hessen unter www.verfassungsschutz-hessen.de eingestellt.

Skinheads

Szeneangehörige:	In Hessen rund 750 , bundesweit rund 10.000
Regionale Schwerpunkte:	Vogelsbergkreis, Rhein-Main-Gebiet, Landkreis Limburg-Weilburg, Hochtaunuskreis, Wetteraukreis
Organisierte Gruppierungen:	Kameradschaft Berserker Kirtorf, Freie Nationalisten Rhein-Main, Motorsportclub 28 (MSC 28)
Skinhead-Bands in Hessen:	Gegenschlag, Hauptkampflinie (HKL), Kommando Freisler, Rachezug

Die Skinhead-Bewegung hat ihren Ursprung in Großbritannien, erstmals trat sie Ende der 70er Jahre in Ost- und Westdeutschland in Erscheinung. Damals entstand aus einer Protestbewegung gegen die „bürgerliche“ Gesellschaft eine variantenreiche Jugendszene. Skinheads grenzen sich gegenüber anderen Subkulturen durch ihr Aussehen, wie Haarschnitt und Bekleidung, ab. Die Bewegung ist in sich uneinheitlich. Linke, Red- und S.H.A.R.P.-Skins (Skinheads Against Racial Prejudice = Skinheads gegen rassistische Vorurteile) gehören ebenso dazu wie unpolitische „Oi“-Skinheads. In diesem Bericht ist nur von rechtsextremistischen **Skinheads** die Rede.

Seit 1994 ist die Zahl der **Skinheads**, die der Verfassungsschutz grundsätzlich als gewaltbereit einstuft, in Deutschland stetig gestiegen und hat sich bis 2001 nahezu verdoppelt. Danach setzte sich der Anstieg nicht fort. Erhöhte sich die Zahl im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr nur noch um 300 Personen, blieb sie im Berichtszeitraum bundesweit mit nach wie vor etwa 10.000 gleich. Im Gegensatz zu dieser Entwicklung zeichnete sich seit Ende 2003 in Hessen ein verstärkter Zulauf in die Szene ab. Die Zahl der **Skinheads** stieg von rund 600 auf etwa 750 Personen an, was auf die zunehmende Anziehungskraft der Szene und die



Subkulturelle
Protestbewegung

Anzahl der
Skinheads in
Hessen gestiegen

RECHTS

verstärkten Aufklärungsbemühungen der Sicherheitsbehörden zurückzuführen ist. Entsprechend waren mehr Aktivitäten feststellbar.

Der in den letzten Jahren beobachtbare Trend der Vermischung von **Skinhead**- und **Neonazi**-Szene hielt an. Die Notwendigkeit einer größeren Organisation und einer intensiveren Politisierung wird bereits seit längerer Zeit unter **Skinheads** diskutiert. Häufiger fanden, wie bei den **Freien Nationalisten Rhein-Main**, Diskussions- und

Schulungsabende statt, neue Gruppen wie der **MSC 28** gründeten sich. Andere früher rein neonazistisch ausgerichtete Szenen öffneten sich für **Skinheads**.

Innerhalb der **Skinhead**-Szene kommt der Musik eine besondere Bedeutung zu. Musik ist das Medium, über das vor allem bei Jugendlichen Interesse an dieser Subkultur geweckt wird. Gerade sozial und wirtschaftlich benachteiligte Heranwachsende, unzufrieden mit ihrer Situation und im Rahmen ihrer Sozialisation nach Orientierung suchend, sehen in den meist rassistischen, volksverhetzenden, antisemitischen und gewaltverherrlichenden Liedern einen Weg, ihre Probleme auf die darin beschriebenen Feindbilder zu projizieren. Den Heranwachsenden bietet sich

ein Anreiz für den Einstieg in die Szene, für sie entsteht der Anschein, eine Lösung gefunden zu haben.

Auf Bundesebene stieg die Zahl der rechtsextremistischen Musikveranstaltungen an, von 119 (2003) auf 137; in Hessen von zwei (2003) auf acht Veranstaltungen. Drei geplante Konzerte fanden nicht statt.

Die Botschaften der Lieder prägen die häufig noch ungefestigten politisch-gesellschaftlichen Einstellungen der Jugendlichen. Aufgrund dieser Wirkungsmechanismen instrumentalisieren etablierte Rechtsextremisten bewusst und zielgerichtet immer mehr die Musik, um rechtsextremistische Ideologie an Jugendliche heranzutragen. Mit ihren rechtsextremistischen Inhalten wird die Musik Teil des Alltags dieser Heranwachsenden.

So planten seit Januar **Skinheads** und **Neonazis** die kostenlose Verteilung eines Tonträgers unter der Bezeichnung „Projekt Schulhof“ insbesondere vor Schulen. Darauf sollten Stücke rechtsextremistischer Bands und Liedermacher und die Verbindung zu einer Informations-Homepage enthalten sein. Bekannt wurde das Vorhaben durch einen Eintrag auf der Homepage des Vertriebs „Panzerfaust Records“ (USA). Erstmals stellte die Polizei in einem Presswerk in Rodgau (Kreis Offenbach) eine „Projekt Schulhof“-CD am 7. Juni sicher. Trotz weiterer Durchsuchungs- und Aufklärungsmaßnahmen und der Sensibilisierung von Produktionsfirmen gelang es den Rechtsextremisten, in Kornwestheim (Baden-Württemberg) 50.000 Tonträger zu fertigen und Anfang Juli an die Adresse des Hauptinitiators, der sowohl der **Skinhead**- als auch der **Neonazi**-Szene angehört, ausliefern zu lassen.

„Projekt Schulhof“

Der Sampler mit dem Titel „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund“ enthält neben einem Vorwort und 19 Titeln bekannter rechtsextremistischer Bands verschiedener Stilrichtungen (Balladen, Rock, Hardcore, Heavy Metal) entsprechende Internet- und Kontaktadressen. Im Vorwort werden Ängste vor „Überfremdung“, Kriminalität und Arbeitslosigkeit geschürt:

„Unsere heutigen Schulen sind schon längst ein Sammelbecken für junge Schwerekriminelle geworden. Meist ausländische Banden haben hier das Sagen. [...] Wie viele von euch haben einen festen Arbeitsplatz in Aussicht, geschweige denn eine gesicherte Zukunft. [...] Wir stehen gegen den unerträglich hohen Zuzug von Fremden

in unser Land, [...] gegen Multi-Kulti, [...] gegen die antideutsche Geschichtsschreibung, die an allen Schulen gelehrt wird und nur Deutsche als Täter sieht. Weil wir uns gegen dieses korrupte System wenden, werden wir verteufelt. [...] Wir lieben das Fremde in der Fremde. In unseren Reihen sind Freundschaft, Zusammenhalt, Kameradschaft und Gemeinschaft nicht bloße leere Worte. Wir leben, fühlen und handeln danach“.



An der Aktion beteiligten sich **Skinhead**-Gruppen, Musikvertriebe im In- und Ausland, Kameradschaften und Einzelpersonen, darunter ein bis September in Gräfenwiesbach (Hochtaunuskreis) ansässiger Versand von **Skinhead**-Artikeln. Die hessische Band **HKL** ist mit dem Titel „Rebell“ auf dem Tonträger vertreten.

Das Amtsgericht Halle (Sachsen-Anhalt) ordnete am 4. August die allgemeine Beschlagnahme an. Der Tonträger sei geeignet, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit schwer zu gefährden. Die CD enthalte fremden- und demokratie-

feindliches Gedankengut, vor dem junge und politisch noch nicht gefestigte Menschen geschützt werden müssten. Bislang konnten die 50.000 Tonträger nicht sichergestellt werden.

„Projekt Schulhof“ im Internet

Um diese – wie es eine rechtsextremistische Homepage nannte – „Zensur“ zu umgehen, wurden im Internet im Herbst Hinweise auf die Download-Möglichkeit der „Projekt Schulhof“-CD in einer Musikaustauschbörse veröffentlicht. Anfang November wurde die angekündigte Homepage geschaltet. Die entsprechenden Dateien glichen weitgehend den auf der „Projekt Schulhof“-CD enthaltenen; allerdings konnten statt der Lieder des „Schulhof-Samplers“ hier 27 andere Stücke rechtsextremistischer Musikgruppen verschiedener Stilrichtungen heruntergeladen werden, deren Inhalte strafrechtlich nicht relevant waren.

„Project Schoolyard“ in den USA

An mehreren Schulen in Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg brachten Rechtsextremisten „Projekt Schulhof“-Plakate an, so am 12. November in Limburg mit dem Text „Anpassung ist Feigheit. www.schulhof.net“. In den USA warb „Panzerfaust Records“ seit Anfang September für das amerikanische „Project Schoolyard“. Im Internet wurde die Aktion als „Ausdruck der zunehmenden internationalen Solidarität und Zusammenarbeit der weißen Nationalisten“ beschrieben.

Diese Projekte zeigen, dass Musik mittlerweile das wichtigste Medium innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums darstellt, um Jugendliche für den Rechtsextremismus zu interessieren.

Kameradschaft Berserker Kirtorf

Konzerte bilden den eigentlichen Bezugspunkt der **Skinhead**-Szene. Sie stiften Identität, vermitteln ein Gefühl der Stärke und der Gemeinschaft und dienen der Kommunikation. Gerade auf Jugendliche üben die konspirativen, oft illegalen und damit nicht alltäglichen Konzerte große Anziehungskraft aus. Besonders das Anwesen des **Skinheads** Bertram Köhler bot in Kirtorf (Vogelsbergkreis) eine Plattform für Konzerte und andere Treffs. In der dortigen Szene, die sich als Kameradschaft **Berserker Kirtorf** bezeichnet, agieren Köhler und sein Neffe als Hauptakteure. Letzterer fungiert zugleich als Manager der Band **Gegenschlag**. Die Kameradschaft unterhält enge Kontakte zu vielen anderen Szenen und Organisationen und nimmt bundesweit an Veranstaltungen und Demonstrationen teil. Neben Geburtstags- und Grillfeiern sowie Kameradschaftsabenden fanden in Kirtorf zwei **Skinhead**-Konzerte mit überregionaler Beteiligung statt.

Etwa 90 Skinheads feierten am 21. Februar den Geburtstag zweier Szenemitglieder, am 20. März weihte Köhler seine zu einem Veranstaltungsraum umgebaute Scheune ein. Vor etwa 200 Rechtsextremisten, auch aus benachbarten Bundesländern, spielten die Bands **Gegenschlag** und **Rachezug** sowie die mittlerweile in Niedersachsen ansässige Gruppe **Agitator**, deren Kopf ein ehemaliges Mitglied von **HKL** ist. Auf dem Hof des Anwesens skandierten einige Personen „Sieg Heil“ und riefen „Deutschland den Deutschen“. Die Polizei dokumentierte die Szenen und leitete Ermittlungsverfahren ein.

Zu einem weiteren, dieses Mal als private Geburtstagsfeier deklarierten Konzert kamen am 3. Juli über 250 Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Bands **Garde 18** (Thüringen), **Aryan Rebels** (Bayern) und eine Black-Metal-Gruppe aus Sachsen-Anhalt traten auf. Verschiedene Personen zeigten den „Hitler-Gruß“, **Garde 18** spielte u.a. das volksverhetzende Lied „Blut“ der Gruppe **Tonstörung** (Baden-Württemberg), das auf einer Vorlage aus den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts beruht: „Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig, lasst die Messer flutschen in den Judenleib. [Refrain:] Blut muss fließen, knüppelhageldick, und wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik“.

Der Öffentlichkeit wurde das Geschehen durch eine Fernsehsendung bekannt. Ein Journalist hatte während des Konzerts heimlich eine mehrstündige Bild- und Tonaufzeichnung angefertigt. In einem Interview machte Köhler aus seiner rechtsextremistischen Einstellung keinen Hehl. Auf die Frage nach Liedern mit antisemitischen Texten antwortete er: „Ja, das gehört zu dem Skinhead-Sein irgendwo dazu“. Über das Lied „Blut“ sagte er: „Das ist nämlich gar keine Freiheit. [...] Eigentlich ist unsere Demokratie auch 'ne Diktatur“. Die Staatsanwaltschaft Gießen leitete Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung ein. Bei Wohnungsdurchsuchungen am 25. August fand die Polizei neben umfangreichen Unterlagen im Zusammenhang mit früheren Konzerten nationalsozialistisches Propagandamaterial, mehrere Schusswaffen und scharfe Munition. Am 2. September erließ das Kreisbauamt ein Nutzungsverbot für die als „Partyraum“ umgebaute Scheune Köhlers, da eine unzulässige Nutzung des landwirtschaftlichen Gebäudes vorliege.

Skinhead-Konzert heimlich gefilmt

Danach wurden mehrere rechtsextremistische Veranstaltungen behördlich untersagt. Als 44 Personen am 4. September auf einer Wiese Köhlers eine Grillparty feiern wollten, belegte die Polizei sie mit Platzverweisen und nahm eine Person in Gewahrsam. Die **Skinheads** riefen: „Gastarbeiter müssen aufgehängt werden, erst kommen die Russen dran, dann die Chinesen, dann die Türken“. Ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung wurde eingeleitet. Eine Geburtstagsfeier der **Berserker Kirtorf** am 11. September, an der etwa 20 **Skinheads** teilnahmen, überwachte die Polizei und sprach vier Platzverweise aus. Ein für den 18. September von dem **Neonazi** Manuel Mann (Amöneburg-Roßdorf, Landkreis Marburg-Biedenkopf) mit der Band **Gegenschlag** angemeldetes Konzert auf dem Anwesen Köhlers wurde untersagt. Das Verbot galt generell für Live-Auftritte und das Abspielen von Musik auf Tonträgern, es wurde in allen Instanzen bis hin zum Bundesverfassungsgericht bestätigt. Eine daraufhin von Mann angemeldete Demonstration in Kirtorf wurde verboten. Die Polizei überwachte Köhlers Anwesen und sprach gegen 16 anreisende **Skinheads** Platzverweise aus. Ende September wurde ein Versammlungsverbot für Zusammenkünfte auf bzw. in allen Grundstücken und Räumlichkeiten Köhlers erlassen.

Veranstaltungsraum der Berserker Kirtorf geschlossen

Neben den **Berserkern Kirtorf** waren die **Freien Nationalisten Rhein-Main** die aktivste Kameradschaft in Hessen. Bei ihrer Gründung rein neonazistisch orientiert, schlossen sich ihr 2003 verstärkt **Skinheads** an, so dass die Gruppe inzwischen als Mischkameradschaft anzusehen ist. In einer Selbstdarstellung im Internet hieß es, sie wolle mit ihrer „Arbeit einen Beitrag dazu leisten, daß Deutschland wieder das Land

der Deutschen wird und nicht in einem multikriminellen Sumpf untergeht“. Im Frühjahr mieteten zwei Kameradschaftsführer gemeinsam einen ehemaligen Bauernhof mit einer als Veranstaltungsraum hergerichteten Scheune in Nidderau-Heldenbergen (Main-Kinzig-Kreis). Ähnlich wie in Kirtorf entwickelte sich auch dieses Objekt zu einem Treffpunkt. Kameradschaftsabende fanden statt, wobei im Nachhinein bekannt wurde, dass manchmal außerhalb des Anwesens Lieder und volksverhetzende Parolen zu hören gewesen waren. Die Kameradschaft unterhielt enge Kontakte zu Rechtsextremisten in ganz Hessen, so zum Beispiel zum **MSC 28** und der **Kameradschaft Bergstraße** (siehe Kap. „Neonazis“), darüber hinaus in andere Bundesländer:



Widerstand gegen Polizei

- ➔ Ein ursprünglich in Kirtorf als Abschluss einer Doppeldemonstration in Gladenbach und Marburg geplantes **Skinhead**-Konzert mit der Gruppe **Semtex** (Rheinland-Pfalz) fand am 17. April in Nidderau-Heldenbergen statt (siehe Kapitel „Neonazis“). Aufgrund von Beschwerden der Nachbarschaft verschaffte sich die Polizei Zutritt zu dem Anwesen. Dabei leisteten die Rechtsextremisten Widerstand. Die Polizei löste die Veranstaltung auf, nahm 43 Personen vorläufig fest und überprüfte 13 Personen. Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet. Unter anderen fand die Polizei ein Hakenkreuz-Banner der in Deutschland verbotenen neonazistischen **Skinhead**-Organisation **Blood & Honour**.
- ➔ Am 11. Juni feierte ein **Neonazi** seinen Geburtstag in Nidderau-Heldenbergen. Die Polizei überwachte die von etwa 20 Personen besuchte Veranstaltung und stellte bei Vorkontrollen 35 indizierte CDs sicher.
- ➔ Nachdem eine für den 23. Oktober geplante Veranstaltung des **Aktionsbündnisses Mittelhessen** in Marburg verboten worden war (siehe Kapitel „Neonazis“), trafen sich etwa 50 Personen auf dessen Anwesen. Laut eines Internet-Beitrags trat dort der ehemalige Rechtsterrorist Naumann als Redner auf.
- ➔ Anlässlich des Volkstrauertages versammelten sich am 14. November etwa 20 Anhänger der **Freien Nationalisten Rhein-Main** vor dem Kriegerdenkmal in Eppstein (Main-Taunus-Kreis) zu einem nicht angemeldeten Aufzug mit Fackeln und schwarzen Fahnen. Die Polizei überprüfte die Personalien und erteilte Platzverweise.

Weitere Skinhead-Konzerte:

Neben den besonders aktiven **Skinhead**-Szenen in Kirtorf und Nidderau-Heldenbergen organisierten verstärkt – teilweise mit Erfolg – kleinere, auf die jeweilige Region beschränkte Gruppierungen Treffen mit Live-Musik:

„Geburtstagsfeier“

- ➔ Ein für den 27. März geplantes Konzert fand nicht statt, nachdem der Wirt einer Gaststätte in Niederaula (Kreis Hersfeld-Rotenburg) feststellte, dass es sich bei den Gästen der „Geburtstagsfeier“ um **Skinheads** handelte und er den Mietvertrag rückgängig machte. Etwa 70 Rechtsextremisten feierten anschließend außerhalb von Ludwigsau-Friedlos (Kreis Hersfeld-Rotenburg), von der Polizei überwacht, an einem Lagerfeuer.

Konzert im Bürgerhaus

- ➔ Am 10. April fand im Bürgerhaus der Gemeinde Wehrheim-Friedrichsdorf (Hochtaunuskreis) ein Konzert statt, an dem etwa 150 Personen teilnahmen. Es spielten

mehrere Bands, darunter **Rachezug** (Hungen, Vogelsbergkreis) und eine Black-Metal-Gruppe.

- Szeneangehörige führten am 12. Juni in Großseelheim (Landkreis Marburg-Biedenkopf) ein von etwa 80 Personen besuchtes Konzert durch. Im Vorfeld wurde per SMS mit der Ankündigung der Bands **Aryan Rebels** (Bayern) und **Gegenschlag** (Kirtorf) geworben. Die Polizei überwachte Treffpunkt und Veranstaltungsort und kontrollierte die Teilnehmer.
- Eine bei der Gemeinde Oberaula (Schwalm-Eder-Kreis) für den 9. Oktober in einer Schutzhütte angemeldete „Verlobungsfeier“ war ein **Skinhead**-Konzert. Drei Gruppen spielten u.a. Lieder von **Stuka** (unbekannt), **Landser** (Berlin), **Störkraft** (Nordrhein-Westfalen) und **Tonstörung** (Baden-Württemberg). Die Polizei überprüfte die etwa 100 Teilnehmer.
- Nachdem in Großen-Linden bei Gießen am 3. Dezember ein Konzert stattfinden sollte, verlegten die **Skinheads** aufgrund der intensiven Aufklärungsmaßnahmen der Polizei die Veranstaltung kurzfristig. Das Konzert fand dann vor etwa 80 bis 100 Personen an einem anderen Ort im Landkreis Marburg-Biedenkopf statt.

Coversongs von
Blood & Honour

„Verlobungsfeier“

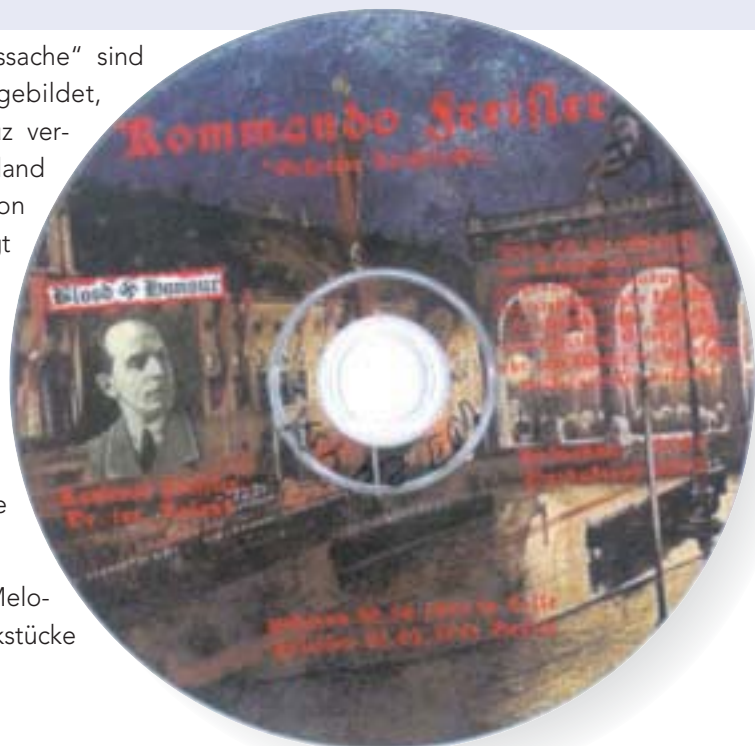
Konzert kurzfristig
verlegt

In Hessen waren vier **Skinhead**-Bands aktiv. **Hauptkampflinie (HKL)** veröffentlichte drei Tonträger. Wie 2003 wurde kein Auftritt bekannt. **Gegenschlag**, seit ihrer Gründung 2002 regelmäßig aufgetreten, spielte nur wenige Male. Grund könnte ein seit dem Vorjahr laufendes Ermittlungsverfahren wegen der womöglich strafrechtlich relevanten Texte der CD „Die deutsche Jugend schlägt zurück“ sein. **Rachezug** trat einmal in Kirtorf auf. Seit dem Frühjahr wurde in der Szene die CD „Geheime Reichssache“ von **Kommando Freisler** verbreitet. In einer Angebotsliste eines rechtsextremistischen Vertriebes von **Skinhead**-Artikeln in Dänemark wird der Tonträger als „erstklassiges Debüt von den Jungs aus Hessen“ bezeichnet. Auch Mitglieder rechtsextremistischer Musikforen im Internet mutmaßten, dass **Kommando Freisler** aus Hessen stammt. So schrieb ein User über einen Balladenabend in der Wetterau:

„Jens (Sturmwehr) sagte Balladenabend in der Wetterau halbe Std. vor Beginn ab. [...] Wir hatten einen Raum angemietet und dieser Raum war schon bald gut mit ca. 80-100 Personen gefüllt. Nach vielen Telefonaten fand sich dann vielleicht noch eine Rettung des Abends. Oli von K.F. aus Kassel hatte sich bereit erklärt herunter zu kommen. [...] Er sang viele bekannte Liederchen, was uns dann doch noch zum Feiern brachte“.

Auf der CD „Geheime Reichssache“ sind mehrere Hakenkreuz-Fahnen abgebildet, ebenso ein mit einem Hakenkreuz verbundener Schriftzug der in Deutschland verbotenen **Skinhead**-Organisation **Blood & Honour**. Das Booklet zeigt Bilder des Präsidenten des Volksgerichtshofes, Roland Freisler, mit zum „Hitler-Gruß“ ausgestrecktem Arm. Die Texte sind antisemitisch und volksverhetzend und richten sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung. Die Polizei leitete ein Ermittlungsverfahren ein.

Die Texte werden vielfach zu Melodien bekannter Schlager- und Rockstücke



gesungen. Deutlich bringen sie das widersprüchliche Denken vieler Rechtsextremisten zum Ausdruck: Einerseits wird der Holocaust geleugnet, andererseits befürwortet, indem zur Tötung aller Juden aufgerufen wird. In dem Stück „Das Giftgas“ heißt es zum Beispiel:

Leugnung des
Holocaust

„Ich war mal in der Schule, da fing der Ärger an, ich lernte ‘ne Geschichte, da glaubt’ ich gar nicht dran. Von sechs Millionen Toten, das hat mich damals schon gestört, denn so ‘ne miese Scheiße hatte ich noch nie gehört. [...] Dann fing ich an zu forschen, dafür kam ich vor Gericht, und später ins Gefängnis, doch das störte mich nicht. Ich enttarnte, wie sie’s machten, diese Lügen zu kreieren. Dafür mußte ich nur die Lager inspizieren. [...] Sie nahmen ‘ne Menge Leichen, klebten dran ‘nen gelben Stern. Das waren zwar keine Juden, aber diese Info ist intern. Davon machten sie dann Fotos und schickten sie in die ganze Welt. Der Deutsche war der Böse, der Ami war der Held“.

Andererseits heißt es in dem Lied „Die Vogelhochzeit“: „In Buchenwald, in Buchenwald, da machen wir die Juden kalt. Fiederallala, fiederallala, fiederallallallala. In Meiderneck, in Meiderneck, da machen wir aus Juden Speck“. In „Bibi Blocksberg“ wurden gezielt Morddrohungen gegen den Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, und gegen Michel Friedman ausgesprochen: „Als erstes kommt der Spiegel dran, dann der Friedman hinterher. Und dann der ganze Judenrest, das ist doch gar nicht schwer.“ „Im Wagen vor mir“ lautet der Text: „Wir werden keinen dieser Brut vergessen. Ein jeder kriegt ganz einfach, was er braucht. Erschießen und Erhängen und dann allesamt verbrennen, und nicht nur hier, in andern Ländern auch“.

„The Hateshow“
von Murder Squad

Einen weiteren Tonträger, „The Hateshow“ von **Murder Squad**, mit stark antisemitischen und volksverhetzenden Texten stellte die Polizei bei einer Hausdurchsuchung im Raum Frankfurt am Main sicher. Zwei Lieder ähneln Stücken von **Kommando Freisler**. Die Vorderseite des Covers zeigt in der Mitte zwei gekreuzte Schnellfeuergewehre. Über der Abbildung steht der Bandname, darunter der Titel. Auf der Rückseite heißt es u.a.: „Auf ein baldiges Ableben und anschließenden Aufenthalt in der Hölle“. Es werden bekannte Musikgruppen, Politiker im In- und Ausland sowie politische Gruppierungen genannt, die in Klammerzusätzen mit denunzierenden Bemerkungen beschimpft werden.

Blood & Honour-
Symbolik
bei MSC 28

Neben den rein hessischen Gruppierungen etablierte sich die Kameradschaft **MSC 28** in der Szene. Offensichtlich ordnet sie sich in die Tradition von **Blood & Honour** ein, darauf deutet der Zahlencode 28 (= B und H als zweiter bzw. achter Buchstabe im Alphabet) als Zusatz im Namen **Motorsportclub** hin. Die Gruppe rekrutiert ihre Anhänger aus den Bereichen Limburg-Weilburg und aus dem Westerwaldkreis (Rheinland-Pfalz). Sie verfügt über weitreichende Kontakte innerhalb der Szene in Hessen und pflegt Verbindungen zu Rechtsextremisten in benachbarte Bundesländer. Im Gegensatz zu den Kameradschaften **Berserker Kirtorf** und **Freie Nationalisten Rhein-Main** unterhält der **MSC 28** keine eigenen Räumlichkeiten, sondern nimmt geschlossen an Veranstaltungen anderer Gruppierungen teil oder mietet geeignete Örtlichkeiten an. Dabei gelang es der Kameradschaft bei einer Zusammenkunft in Steinfrenz (Rheinland-Pfalz) am 8. Mai 150 Personen zu mobilisieren. Am 11. September erschienen auf einer Kirmes in Maxsain (Rheinland-Pfalz) 50 **Skinheads**, bekleidet mit Jacken, auf denen „MSC 28“ stand. Sie riefen „Heil Hitler“, die Polizei leitete Ermittlungsverfahren ein. Anlässlich des Volkstrauertages legten etwa 30 Kameradschaftsmitglieder auf dem Hauptfriedhof in Limburg einen Kranz nieder. Die Schleifen trugen die Aufschrift „MSC 28“ und „Ewig lebt der Toten Tatenruhm“. Nach Eintreffen der Polizei zerstreute sich die Gruppe.

Neonazis

Szeneangehörige:	In Hessen 200, bundesweit 3.800
Hauptorganisationen:	Aktionsbündnis Mittelhessen (ABM), Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG), Deutsche Bürgerinitiative (DBI), Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS), Kameradschaft Bergstraße, Schwarze Division Germania, Aktionsbüro Rhein-Neckar

Die Strukturen, die sich in den letzten zwei bis drei Jahren innerhalb der hessischen **Neonazi**-Szene herausgebildet haben, verfestigten sich zunächst. Verschiedene Kameradschaften und Aktionsbündnisse führten eine Vielzahl von Veranstaltungen durch und mobilisierten dabei bis zu 500 Rechtsextremisten. Es gelang den **Neonazis** in Hessen jedoch nicht, sich auf diesem Niveau zu stabilisieren. Das **Aktionsbündnis Mittelhessen** löste sich im November unerwartet auf; die regelmäßigen Veranstaltungen des seit Jahren maßgeblichen Protagonisten der hessischen **Neonazi**-Szene, Manfred Roeder, erfuhren zum Jahresende hin nur noch mäßigen Zulauf.

Netzwerke
verfestigt

Darüber hinaus gab es programmatische und strukturelle Änderungen, **Neonazi**- und **Skinhead**-Szene rückten in vielerlei Hinsicht enger zusammen:

- ➔ Beide Bewegungen waren hinsichtlich ihrer ideologischen Ausrichtung immer weniger auseinanderzuhalten. Auch die äußere Unterscheidbarkeit „Scheitelträger“ – „Glatzkopf“ nahm weiter ab.
- ➔ Im Verlauf des Jahres war eine zunehmende Verschiebung innerhalb der Mitgliederstruktur beider Szenen zu erkennen. Sowohl **Skinheads** als auch **Neonazis** traten vermehrt Kameradschaften des jeweils anderen Lagers bei.
- ➔ Mit der veränderten Mitgliederstruktur wurde auch die gegenseitige Zusammenarbeit bei Aktionen intensiver. **Neonazis** machten sich das hohe Mobilisierungspotenzial der **Skinheads** zunutze, während diese wiederum die von **Neonazis** organisierten Veranstaltungen als Plattform und Aktionsfeld nutzen. So kam es im Anschluss an **Neonazi**-Demonstrationen zu **Skinhead**-Konzerten. Gemeinsame Demonstrationen sowie kameradschafts- und szeneübergreifende Treffen der verschiedenen Gruppierungen weisen auf ein Voranschreiten interner und bewegungsübergreifender Vernetzungsprozesse hin.

Vermischung von
Neonazi- und
Skinhead-Szene

Das bundesweit seit dem Ende des Verbotverfahrens gespannte Verhältnis zwischen **NPD** und **Neonazis** entkrampfte sich. Protagonisten der **Freien Nationalisten** traten in die Partei ein. Dagegen lehnte der führende Hamburger **Neonazi** Christian Worch eine Annäherung an die rechtsextremistischen Parteien aus prinzipiellen Gründen weiterhin strikt ab.

Der Trend der vergangenen Jahre, weitgehend auf regionale Kleinveranstaltungen zu verzichten und sich statt dessen mehr auf einige wenige Großveranstaltungen zu konzentrieren, setzte sich nicht fort. Überregionale Schwerpunkte bilden Ver-



anstaltungen zum 1. Mai und zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß. Die Zahl der **Neonazis** blieb in Hessen konstant, während sie sich auf Bundesebene von 3.000 auf 3.800 erhöhte. Der deutliche Anstieg der Zahlen beruht vor allem auf starken Zuwächsen der **Neonazi**-Szenen in Berlin und Brandenburg. Die Kameradschaften gewannen zunehmend an Attraktivität. Große Aufmärsche wie in Berlin (1. Mai) oder Wunsiedel (Rudolf Heß) animierten immer mehr Personen, sich örtlichen Kameradschaften anzuschließen.

Schwerpunkte neonazistischer Aktivitäten in Hessen waren das **ABM** und das im Dreiländereck Hessen/Rheinland-Pfalz/Baden-Württemberg agierende **Aktionsbüro Rhein-Neckar**. Das mittlerweile aufgelöste **ABM** bestand nur aus einer einzigen Person, dem **Neonazi** Manuel Mann. Obwohl er in der Szene umstritten ist, gelang es ihm – begleitet von einem großen Echo in Öffentlichkeit und Medien – zwischen Januar und Oktober fünf Demonstrationen und Infostände in Gladenbach und Marburg zu organisieren. Er unterhielt Kontakte zur **NPD**, zu dem **Aktionsbüro Rhein-Neckar**, den **Freien Nationalisten Rhein-Main** und der **Skinhead**-Szene in Kirtorf (Vogelsbergkreis). Mann ließ sich auch von mehreren Verbotsverfügungen und sich daran anschließenden Gerichtsverfahren nicht von seinem – letztlich erfolglosen – Vorhaben abbringen, den Marktplatz in Gladenbach zu einem neonazistischen Aktionsfeld zu machen:



- Am 17. Januar fand in Gladenbach eine Solidaritätsbekundung („Freiheit für alle verfolgten Nationalisten“) zugunsten der Mitglieder der **Neonazi**-Band **Landser** statt, die ein Berliner Gericht im Dezember 2003 wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt hatte. Mit Parolen wie „Freiheit für Landser!“ und „Widerstand läßt sich nicht verbieten!“ zogen rund 100 Rechtsextremisten durch die Stadt. Nachdem die Marschroute verkürzt worden war, um ein Aufeinandertreffen mit Gegendemonstranten zu verhindern, kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremisten und Polizei.
- Aus Protest gegen den Polizeieinsatz führte das **ABM** am 21. Februar eine Doppeldemonstration („Stoppt die Repression gegen den Nationalen Widerstand! Wir lassen uns von euch nicht kriminalisieren!“) in Gladenbach und Marburg durch. In Gladenbach kam es zu Tumulten und Gewalttaten zwischen etwa 120 **Neonazis** und Linksextremisten, aber auch zu Auseinandersetzungen beider Lager mit der Polizei. Wegen der Attacken und Störaktionen der Gegendemonstranten blieb es bei einer Kundgebung; rund 60 **Neonazis** fanden sich anschließend ohne Zwischenfälle unter der Führung Worchs in Marburg ein. Einen wegen Leugnung des Holocausts per Haftbefehl gesuchten bayerischen **Neonazi**, der als Redner in Gladenbach aufgetreten war, nahm die Polizei fest.
- Unter dem Motto „Gladenbach - Die 3. Halbzeit, gegen linken Terror und Polizeiwillkür!“ fanden in Gladenbach und Marburg am 17. April weitere Demonstrationen statt. Zwei für diesen Tag in Thüringen geplante Veranstaltungen wurden deshalb abgesagt. Rund 500 Rechtsextremisten, überwiegend junge **Skinheads** aus dem gesamten Bundesgebiet, fanden sich zunächst in Marburg ein. Ein

500 Rechts-
extremisten in
Gladenbach
und Marburg



Neonazi aus Nordrhein-Westfalen, sogenannter „Gausekretär Rheinland“ des **Kampfbundes Deutscher Sozialisten (KDS)**, lobte den „nationalen, sozialistischen und volkstreuen Widerstand über alle Gruppen und Parteien hinweg“. Den „Linken“, die er als „Drogenkonsumenten“ und „faule Arbeitslose“ titulierte, drohte er mit der „Einrichtung von entsprechenden Lagern“, „wenn wir an der Macht sind“. Anschließend zogen die Rechtsextremisten nach Gladenbach. Dort rief die **NPD**-Funktionärin Zutt zu friedfertigem Verhalten auf und betonte die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der **Freien Kräfte** mit der **NPD**. Etwa 50 Rechtsextremisten lieferten sich Rangeleien mit der Polizei.

- ➔ Am 17. Juli demonstrierten rund 100 Rechtsextremisten erneut in Gladenbach, diesmal unter dem Motto „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“. Neben Kameradschaften aus dem Bundesgebiet nahmen Vertreter der **Freien Nationalisten Rhein-Main**, der Kameradschaft **Berserker Kirtorf** und der **Schwarzen Division Germania** teil. Neben **Neonazis** trat die **NPD**-Funktionärin Zutt als Rednerin auf. Trotz massiver Mobilisierung im Internet fand die vierte Demonstration nur wenig Anklang unter den Rechtsextremisten.



- ➔ Eine für den 23. Oktober vom **ABM** geplante Saalveranstaltung scheiterte, da es nicht gelang, rechtzeitig geeignete Räumlichkeiten anzumieten. Als Ersatzveranstaltung wurde für den gleichen Tag eine Demonstration in Marburg angemeldet, an der etwa 45 Rechtsextremisten teilnahmen. Als Redner fungierten Worch und der ehemalige Rechtsterrorist Naumann.

Sein Beharren auf den Demonstrationen in Gladenbach und Marburg in relativ kurzen Zeitabständen und zunehmende Zweifel in der Szene an der Zuverlässigkeit der von ihm erstellten Unterstützerlisten führten bundesweit zu harter Kritik an Mann. Im Internet hieß es:

„Wie schon das letzte Mal hat das ABM wieder viel angekündigt, eingehalten haben sie es nicht. [...] Jeder der sich unter irgend einem Namen gemeldet hat, wurde in die Unterstützerliste aufgenommen, auch wenn es sich nur um eine 1-Mann Organisation handelt, oder diese gar nicht erscheinen. [...] Es sollte nicht nur dem ABM doof vorkommen, wenn nur 80-100 Personen aus 34 Gruppen zusammenkommen“. (Fehler vom Original übernommen)

Kritik an Mann –
Auflösung des
ABM

Im November kündigte Mann im Internet die Auflösung des **ABM** an.

In der südhessischen **Neonazi**-Szene erlangte das 2003 gegründete **Aktionsbüro Rhein-Neckar** durch mehrere Demonstrationen Bedeutung. Dem Zusammenschluss gehören mehrere Gruppierungen und Kameradschaften aus dem Dreiländereck Hessen/Baden-Württemberg/Rheinland-Pfalz an. Eine hervorgehobene Stellung nimmt die hessische **Kameradschaft Bergstraße** (Viernheim) ein. Zweck der Gründung des **Aktionsbüros Rhein-Neckar** ist die Organisation von Veranstaltungen und die Funktion als Koordinationsstelle für verschiedene rechtsextremistische Organisationen. Ziel sei eine „starke verschworene nationalgesinnte Gemeinschaft in unserer Heimatregion“, die sich durch den Glauben an Deutschland vorantreiben lasse.



Im März mietete ein Angehöriger des **Aktionsbüros Rhein-Neckar** eine Fabrikhalle außerhalb von Bensheim-Hochstädten (Kreis Bergstraße) als Szenetreff an. Wenig spä-

ter feierten die **Neonazis** die Einweihung mit 140 Personen aus Hessen, bei denen es sich überwiegend um **Neonazis** aus dem Umfeld der **Kameradschaft Bergstraße** handelte, sowie aus anderen Bundesländern. Mit den Räumlichkeiten sollte vermutlich nicht nur ein Vereinslokal für das **Aktionsbüro Rhein-Neckar**, sondern auch ein Szenetreff für regionale **Skinhead-/Neonazi**-Gruppen und für Konzerte geschaffen werden.

Nachdem die Halle als Treffort von Rechtsextremisten bekannt geworden war, beschädigten Linksextremisten das Gebäude. Daraufhin kündigte der Vermieter im Juli den Mietvertrag. Vor diesem Hintergrund und aus Protest gegen die polizeiliche Auflösung einer Grillfeier in Lindenfels (Kreis Bergstraße) anlässlich des zweijährigen Bestehens der **Kameradschaft Bergstraße** führten die Rechtsextremisten am 15. August in Lautertal-Reichenbach (Kreis Bergstraße) eine Demonstration („Gegen staatliche Willkür! Für Meinungsfreiheit!“) durch. Die Abschlusskundgebung löste die Polizei auf. Der wegen einer Widerstandshandlung vorübergehend festgenommene **Neonazi** Mann kündigte – ähnlich seinem Vorgehen in Gladenbach – an, in der nächsten Zeit mehrere Veranstaltungen im Kreis Bergstraße durchführen zu wollen. Daraufhin demonstrierten am 28. August 75 Angehörige des **Aktionsbüros Rhein-Neckar** und der **Kameradschaft Bergstraße** in Heppenheim (Kreis Bergstraße). Thema war: „Stoppt die staatliche Repression – Für Meinungsfreiheit“.



Am 3. Oktober führte das **Aktionsbüro Rhein-Neckar** unter dem Motto „Gegen Hartz IV, das Volk sind wir!“ erneut in Heppenheim eine Demonstration durch. Daran nahmen rund 100 Rechtsextremisten, vorwiegend aus Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, teil. Mitverantwortlich war der Führer der **Kameradschaft Bergstraße**. An der anschließenden Demonstration in Pfungstadt (Landkreis Darmstadt-Dieburg), die ursprünglich als Ersatzveranstaltung für den Fall eines Verbots der Demonstration in Heppenheim geplant war, beteiligten sich etwa 30 Rechtsextremisten. Die **Kameradschaft Bergstraße** sieht die Bewegung durch diese Veranstaltung gestärkt. Gerade das Zusammenwirken verschiedener Gruppierungen innerhalb der

Region zeige, „daß wir auf den [sic] richtigen Weg in eine andere, eine bessere Zukunft mit revolutionären Ideen sind“.

Schwarze Division
Germania

Das Voranschreiten der Vernetzung hessischer Kameradschaften untereinander und die Intensivierung ihrer Verbindungen zu Gruppierungen außerhalb Hessens zeigen sich auch am Beispiel der **Schwarzen Division Germania**. Ihr Ziel ist es, „zur Einigkeit im Nationalen Widerstand beizutragen und diesen durch Disziplin und Geschlossenheit zu stärken“. Die Kameradschaft besteht aus drei Sektionen, verschiedene Mitglieder sind auch bei der **NPD** aktiv. Am 28. August führte die **Schwarze Division Germania** ihr zweites so genanntes Sommerfest in einer Grillhütte in Hünstetten-Görsroth (Rheingau-Taunus-Kreis) durch. Unter den rund 50 Teilnehmern befanden sich auch Anhänger anderer Kameradschaften aus Hessen.

Roeder aus Haft
entlassen

Der **Neonazi** Manfred Roeder wurde am 24. März nach einem Jahr und neun Monaten aus der Haft entlassen. Wegen Volksverhetzung und Beleidigung im Zuge seiner Aufrufe „zum Umsturz und zum Regierungswechsel ohne Wahlen“ im Januar 1998 während des **NPD**-Parteitags in Stavenhagen (Mecklenburg-Vorpommern) hatte ihn das Landgericht Rostock 2002 zu einer Haftstrafe verurteilt. 70 bis 80 Rechtsextremisten, darunter Aktivisten der hessischen **Skinhead**- und **Neonazi**-Szene, feierten – von

Kampfforum auf der Basis eines gemeinsamen Bekenntnisses zu Volk und Nation“. Dabei versucht der **KDS**, in einer Art „Querfront“ national-revolutionäre Linksextremisten und **Neonazis** dafür zu gewinnen, sich für eine nationalistische Variante des Sozialismus einzusetzen. Erreichen will der **KDS** seine Ziele vor allem durch die Verbreitung seiner Publikationen wie **Wetterleuchten**, **Die Wahrheit** oder **Der Gegenangriff**. Dazu kommen zahlreiche Veröffentlichungen und Erklärungen Brehls.



Die **Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)** blieb mit rund 600 Mitgliedern, darunter rund 70 aus Hessen, die bundesweit größte **Neonazi**-Organisation. Am 20. März führte sie ihre Jahreshauptversammlung in Gremsdorf (Bayern) durch. Die Teilnehmerzahl lag mit etwa 140 Personen deutlich unter der des Vorjahres (rund 280). Der seit mehreren Jahren anhaltende Trend hin zu einem relativ hohen Anteil (mindestens 50%) an jüngerem Publikum – vorwiegend **Skinheads** – hielt an. Die Organisation konzentrierte ihre Aktivitäten weiterhin auf die Betreuung inhaftierter Rechtsextremisten. Ziel war es – auch durch die **Nachrichten der HNG** (bundesweit rund 600 Exemplare) – Häftlinge im In- und Ausland ideologisch zu betreuen, um diese in der Szene zu halten oder in rechtsextremistische Kreise einzuführen. Gleichzeitig bot die **HNG** den Inhaftierten Gelegenheit, über Briefkontakte mit „Gleichgesinnten“ die Verbindung nach „draußen“ nicht abreißen zu lassen.

An Veranstaltungen in Berlin und Leipzig anlässlich des 1. Mai sowie des Todestags des Hitler-Stellvertreters Heß am 17. August beteiligten sich auch hessische Rechtsextremisten:

Gemeinsame
Neonazi- und
NPD-
Demonstration
in Berlin

→ Gemeinsam demonstrierten in Berlin die **NPD** und die **Freien Nationalisten** um Wulff, darunter auch der ehemalige Rechtsterrorist Naumann aus Hessen. An der Veranstaltung mit dem Motto „Arbeitsplätze für Deutsche sichern - Sozialabbau bekämpfen! Nein zur EU-Osterweiterung und zum EU-Beitritt der Türkei“ nahmen etwa 2.300 Personen teil (im Vorjahr 1.300), darunter Vertreter von mit der **NPD** befreundeten Organisationen aus den USA, Rumänien, Spanien und Österreich. Auch das **ABM** und der neonazifreundliche **NPD**-Kreisverband Offenbach traten mit Plakaten und Sprechchören in Erscheinung. Die Mobilisierung zur „Gemeinschaftsdemonstration der Nationalen Opposition am 1. Mai 2004“ bewertete die **NPD** in ihrer Presseerklärung als Erfolg. **Neonazis** schrieben ihrerseits im Internet: „Wer glaubhaft für eine (Volks-)Gemeinschaft werben will, der muss zunächst mal selbst die innere Bereitschaft aufbringen, im Großen und Ganzen gemeinsam kämpfen zu wollen“.



→ Als Konkurrenz zu der Veranstaltung in Berlin führte der **Neonazi** Worch in Leipzig eine eigene Demonstration zum Thema „Deutsch bleibt das Land – Für

Volksgemeinschaft & Sozialstaat“ durch, zu der sich rund 900 Rechtsextremisten einfanden. Eine durch Daueranmeldung bis 2005 in Frankfurt am Main vorgesehene Mai-Demonstration wurde wie im Vorjahr kurzfristig abgesagt. Worch vertrat damals die Position der totalen Distanzierung von der **NPD**, begann aber Anfang 2005, dies zu relativieren. Seine Haltung resultierte sowohl aus dem konkurrierenden Führungsanspruch dieses neonazistischen Lagers für das gesamte rechtsextremistische Spektrum als auch aus der Ablehnung der **NPD** als Partei, die sich innerhalb der Regeln des „verhassten Staatssystems“ bewege. An der Demonstration nahmen aus Hessen Vertreter des **Nationalen Freundeskreises Wetterau** sowie des Bündnisses **Stimme der Revolte**, ehemalige Mitglieder der **JN**, teil.

- Rund 3.800 Rechtsextremisten aus Deutschland und dem benachbarten europäischen Ausland marschierten am 21. August zum vierten Mal seit 2001 durch Wunsiedel (Bayern) und gedachten des 17. Todestages des Hitler-Stellvertreters. Dies bedeutet eine erneute Steigerung der Teilnehmerzahlen (2003: 2.600). Veranstalter war der **Neonazi** Jürgen Rieger (Hamburg). Vorausgegangen war – wie in den Vorjahren – ein Rechtsstreit durch mehrere Instanzen, den der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) mit seiner abschließenden Entscheidung zugunsten der **Neonazis** beendete. Der VGH hob auch die Auflage, keinen Bezug zu Hitler herstellen zu dürfen, auf. Neben **Neonazis** und rechtsextremistischen Liedermachern trat der Bundesvorsitzende der **NPD** als Redner auf. Während des Marsches wurden u.a. Plakate des **ABM** und der **Kameradschaft Waldhessen** gezeigt. Ein starkes Polizeiaufgebot begleitete die Veranstaltung. In Hessen kam es zwischen dem 15. und 22. August nur zu wenigen Propagandadelikten.

Heiß-Marsch in
Wunsiedel

Gegen Ende des Jahres nahm in einem Internet-Beitrag („Wo bitte geht's zur Volksfront?“) der in die **NPD** eingetretene Wulff eine Bewertung der zunehmenden Vernetzung der rechtsextremistischen Szene vor. In Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen **Freien Nationalisten** und **NPD** sprach er sich dafür aus, das Gemeinsame zu fördern und zu gestalten. **NPD** und **DVU** seien nur ein Teil der Volksfront, daher unterscheide sich deren Sichtweise zum Teil erheblich von der der außerparlamentarischen Kräfte. Die Bündelung der parlamentarischen Parteiarbeit sei voraussichtlich zeitlich begrenzt und diene der Gesamtbewegung mit dem Zweck, durch Wahlerfolge eine größere Breitenwirkung zu erzielen. Sein Parteieintritt sei ein Zeichen der Annäherung und ein vertrauensbildendes Signal für die **Freien Kräfte**.

Strategie
für die Zukunft

Insgesamt ist festzustellen, dass die **Skinhead**-Musikszene und die **Neonazis** in Hessen stärker hervorgetreten sind, als in den Jahren zuvor. Allerdings gab es auch starke Gegenbewegungen durch Bürgerinitiativen, die insbesondere in Gladenbach und Kirtorf durch ihr beispielhaftes Verhalten hervorgetreten sind bzw. ausgezeichnet wurden. Das LfV Hessen hatte sich besonders eingebracht.

Intellektualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus in Deutschland verfügt seit seiner Entstehung über kein einheitliches ideologisches Fundament, sondern setzt sich aus unterschiedlichen Formen und Zielsetzungen zusammen. Um aus der Sackgasse des historisch belasteten Neonazismus, in die er sich bis in die 70er Jahre hinein begeben hatte, herauszutreten, bemühen sich etliche Akteure um eine Intellektualisierung. Einzelne Initiativen und verschiedene Gruppierungen richteten Lesekreise ein, gründeten Zeitungen, Zeitschriften und Verlage. Verstärkt wurden Kongresse, Tagungen und so genannte „Akademien“ veranstaltet.

Ansätze einer
zunehmenden
Intellektualisierung

Nach den Wahlerfolgen von **NPD** und **DVU** kritisierte der rechtsextremistische Publizist Jürgen Schwab (Bayern) auf einer neonazistischen Homepage die mangelnde Intellektualisierung in der **NPD**: „Die Schaffung eines breiten intellektuellen Mittelstandes in der Partei“ hätte „auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen“. Einzelne Versuche von Rechtsextremisten waren zu erkennen, allgemeine politische Themen wie Kritik an den USA, Islamisierung und Zuwanderung und spezielle rechtsextremistische Positionen öffentlich zu diskutieren. Ebenso wurde die Frage nach einem strategischen Bündnis zwischen Links- und Rechtsextremisten in Bezug auf die Bekämpfung von Neoliberalismus, Globalisierung und Kapitalismus gestellt.

„Europas Kultur
statt American way
of live“

Der von dem früheren „Chefideologen“ der **NPD**, Dr. Rolf Kosiek (Baden-Württemberg), geleiteten **Gesellschaft für Freie Publizistik e. V. (GFP)** gehören eine Reihe von Verlegern, Schriftstellern und Buchhändlern an. Die Gesellschaft gibt vor, sich für die „Freiheit und Wahrheit des Wortes“ einzusetzen und über angebliche Geschichtsfälschungen – insbesondere hinsichtlich des Nationalsozialismus und des Holocaust – aufzuklären, da in der Bundesrepublik Deutschland über derartige Dinge angeblich gelogen werde. In Nordhessen führte der dortige **GFP**-Arbeitskreis verschiedene Vortragsveranstaltungen durch. Der Jahreskongress fand im April in Friedrichroda (Thüringen) statt. Dr. Pierre Krebs (Kassel), Leiter des **Thule Seminars**, forderte in seinem Vortrag über „Europas Kultur statt American way of life“ die geistige Wiedergeburt des Abendlandes, prangerte die „Überfremdung“ des europäischen Geistes in Vergangenheit und Gegenwart an und erinnerte an die Leistungen und an die kulturellen Schätze der miteinander verwandten indogermanischen Völker.

Islamisierung
Europas?

In einem Interview mit der **DS** (Nr. 4), dem Parteiorgan der **NPD**, führte Krebs seine rassistisch-biologistischen Thesen weiter aus. Er leugnete die Existenz des „Menschen an sich“, da es ihn nur in seiner speziellen „ethnokulturellen Erscheinung“ gebe. Die „Anwendung der Menschenrechte“ durch „Globalisten unter amerikanischer Fuchtel“ zerstörten die „anthropologischen, kulturellen und verwurzelten Verschiedenheiten“ der Völker. Darauf folge das „Verbrechen der genetischen Ausrottung mittels Vermischung“. Den USA warf Krebs vor, in Europa alle Völker vermischen zu wollen. Das sei eine „Kriegserklärung an alle freien Völker der Welt“. Besonders den Europäern bliebe nichts anderes übrig, als einen „Widerstandskampf auf allen Ebenen“ zu führen. Europa sei an dem, was es erdulden müsse, selbst schuld. Niemand zwingt die Europäer, ihre Grenzen „allen Fremdrassigen der Welt samt dem Islam zu öffnen“. Solange Europa nicht selbst die Kraft schöpfe, stark gegenüber den USA zu sein, werde sich nichts ändern. Unter Berufung auf den französischen Rechtsextremisten Guillaume Faye sagte Krebs, „unsere Überfremdung“ finde „nicht weniger in den Geburtskliniken als an den durchlässigen Grenzen“ statt, „so daß bevölkerungsbedingt eine islamische Herrschaft zunächst in Frankreich, dann auch in anderen europäischen Ländern an die Macht kommen könnte“. In den Mittelpunkt der vierten Ausgabe des „Taschenplaners der Avantgarde“, **Mars Ultor 2004**, rückte Krebs die antike „römische Welt“. Damit beabsichtigte er, eine „immer klarere Demaskierung aller Wahnideologien des Universalismus/Globalismus“, an „vorderster Front die USA“, zu betreiben.

Rechtsextremistisches
Rüstzeug
für politische
Diskussionen

Gegen die „multikulturelle Gesellschaft“ sprach sich auch die erste Ausgabe des vom **DS-Verlag** herausgegebenen „Taschenkalenders des nationalen Widerstands“ aus. Sein Ziel sei es, aus rechtsextremistischer Sicht „in knapper Form Grundlagenwissen aus Politik, Kultur und Zeitgeschichte zu vermitteln, denn wer sich in der Öffentlichkeit politisch zu Wort meldet, muss über ein gesundes Maß an Allgemeinwissen verfügen“. Themen waren u.a. „Argumente gegen Integration“, „geraubte deutsche Gebiete im 20. Jahrhundert“ und die EU-Osterweiterung. In einem „kleinen Lexikon der politischen Grundbegriffe“ definierten die Herausgeber, wie zum Beispiel Globali-

sierung, Liberalismus und „westliche Wertegemeinschaft“ zu verstehen seien. Letzteres sei eine „hohle Phrase, mit der die Liberalisten der US-Ostküste und ihre Nachbeter in Europa ihre Lehre als nicht nur richtig, sondern allgemeinverbindlich und unumkehrbar ausgeben wollen“.

Die seit einigen Jahren zu beobachtenden Bestrebungen von Rechtsextremisten, sich Studentenverbindungen für ihre Intellektualisierungsbemühungen nutzbar zu machen, waren punktuell erfolgreich. Vor dem Hintergrund einer „Kulturrevolution von rechts“, verbunden mit dem „Kampf um eine politische Meinungsführerschaft“ bilden vor allem „rechtskonservatives Gedankengut“ pflegende Burschenschaften ein Ziel für entsprechende Versuche, Einfluss zu nehmen.

In Kassel hielt am 19. November der **Neonazi** Rieger einen Vortrag bei einer Burschenschaft. Bereits in der Vergangenheit hatte sie Inserate in der rechtsextremistischen Publikation **Nation & Europa** aufgegeben, in der sie – an Studenten gerichtet – um Mitglieder warb. Nach Medienberichten sprach Rieger über den „germanischen Glauben in unserer Zeit“.

Mit dem Einzug der **NPD** in den sächsischen Landtag im Herbst 2004 gewannen die Beziehungen des Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel zu der Burschenschaft **Dresdensia-Rugia** in Gießen offensichtlich an Bedeutung. Gansel selbst ist „Alter Herr“ der Burschenschaft. Vor seinem Einzug in den sächsischen Landtag war er in der hessischen **NPD** als Funktionär tätig gewesen und fand 2001 eine Anstellung in der Redaktion der **DS** in Riesa (Sachsen). 2003 wurde er in der Publikation der neonazistischen **HNG** als Mitglied geführt. Zwei Bundesbrüder von Gansel sind inzwischen als Mitarbeiter für die **NPD**-Fraktion im sächsischen Landtag angestellt. Einer von ihnen, Stefan Rochow, ist Vorsitzender der **JN** im Bund und in Hessen und war früher stellvertretender Bundesvorsitzender der **Jungen Landsmannschaft Ostpreußen**.

Auf ihrer Homepage fordert die **Dresdensia-Rugia**: „Widerstand ist Pflicht“. Sie begründet ihre Haltung mit der Wahrung der angeblich bedrohten „Grund- und Freiheitsrechte“. Aufgrund ihrer Wortwahl („die in den letzten Jahren gegen national denkende Menschen entfachten Hetz- und Diffamierungskampagnen“) ist die Erklärung aber eine Solidarisierung mit Rechtsextremisten und wendet sich gegen die zahlreichen staatlichen und gesellschaftlichen Konzepte und Initiativen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Der hessische **NPD**-Funktionär Alfred Zutt wird in der Presse mit der Äußerung zitiert, es sei bekannt, dass die Burschenschaft „national gesinnt“ sei. Von ihrer „Sogwirkung“ auf rechtsextreme Studenten habe letztlich auch sein Kreisverband (Lahn-Dill) profitiert, in dem die jungen Leute mitgearbeitet hätten.

Rechtsextremisten und Kommunikationsmittel

Wie im vergangenen Jahr blieb die Zahl der deutschsprachigen Homepages mit rechtsextremistischen Inhalten mit etwa 950 konstant. Deutsche Provider, aber zum Beispiel auch „Jugendschutz.net“, eine gemeinsame Einrichtung der Jugendministerien der Bundesländer, bemühten sich weiterhin, entsprechende Seiten zu sperren oder den Zugriff darauf zu erschweren. Indem Rechtsextremisten auf Speicherplätze ausländischer Provider auswichen, gelang es ihnen immer wieder – u.a. mit Hilfe von Weiterleitungsadressen – die Kontrollen zu umgehen. Somit blieb das Internet eine bedeutende Informationsquelle und Kommunikationsplattform für Rechtsextremisten.

Zahl der Internet-Seiten konstant

Auf zahlreichen Homepages nutzten sie vermehrt die Möglichkeit zur Selbstdarstellung, sei es in Form von Gästebucheinträgen oder speziell eingerichteten

Foren. Diese dienen häufig dazu, die eigene Web-Seite bekannt zu machen. So trug sich der Betreiber des **Skinhead**-Versandes **Footballfanworld-hessen.de** in verschiedene Gästebücher ein, um für seinen „Shop“ zu werben. Ausserdem fand in einschlägigen Foren ein Austausch rechtsextremistischen Gedankenguts statt, Informationen über Veranstaltungen und Treffen wurden weitergegeben. Insgesamt fungieren die Foren als virtuelle Treffpunkte Gleichgesinnter.

„Sober H“
verbreitet fremden-
feindliche Mails

Im Sommer verbreitete sich im Internet das Computervirenprogramm „Sober.H“, das an Tausende von Empfängern fremdenfeindliche E-Mails verschickte. Die Absenderadressen waren gefälscht, so dass keine Rückschlüsse auf den oder die Urheber der Spam-Welle gezogen werden konnten. Das Programm kam nur über Rechner, die bereits mit dem Vorgänger „Sober.G“ infiziert waren. Betreffzeilen der massenhaft unverlangt versandten Mails lauteten zum Beispiel: „Asylanten begrabschten deutsche Mädchen“, „Bankrott des Gesundheitswesens durch Ausländer“ oder „Türkenterror am Himmelfahrtstag“. Im November folgte eine weitere Attacke durch „Sober.I“, wobei jedoch keine Mails mit rechtsextremistischen Inhalten bekannt wurden. Dieser Virus ist noch immer im Internet unterwegs.

„Deutschland
braucht neue,
geistige
Trümmerfrauen

Auch Rechtsextremistinnen waren im Internet präsent. Auf speziellen Frauen- bzw. Renee- und **Skingirl**-Seiten versuchten sie, das Medium für die Schaffung einer eigenen Identität innerhalb der Szene zu nutzen. Auf einer Homepage hieß es: „Deutschland braucht neue, geistige Trümmerfrauen. Sie sehen die Zerstörung, aber sie resignieren nicht. Sie weigern sich, dem Feind das Feld zu überlassen. Sie klopfen die Steine und beginnen wieder aufzubauen“. Der derzeitige Zustand „unserer Heimat“ sei schon lange nicht mehr tragbar und veranlasse „uns Frauen[,] somit aktiv und ohne Kompromisse gegen diesen Staat vorzugehen. [...] Wir werden nicht zusehen[,] wie unsere Gene, unser Stolz, unsere Moral, Treue, Disziplin und Pünktlichkeit, all die Eigenschaften eines Deutschen[,] zu Grunde gerichtet werden durch die Multi-Kulti Spaßgeneration!“ Auf einer anderen Internet-Seite definierten sich Rechtsextremistinnen – angelehnt an das Vorbild nationalsozialistischer Frauenorganisationen, welche die Förderung und Pflege der „völkisch-rassischen Gesundheit“ propagierten – als „Tochter ihres Volkes“ und vor allem als „Mutter des Volkes“. Es gelte, „Frauen und Mädels zu schulen, zu erziehen, ihnen all das wichtige Wissen zu vermitteln und ihr Herz zu erwärmen für ihr Volk“. Ganz in diesem Sinne enthielt eine Homepage Biographien von Frauen, die im Nationalsozialismus das damals herrschende Frauenbild verkörperten.

Wohnungsdurch-
suchungen bei
Nutzern von
Musiktauschbörse

Im März ging die Polizei gegen die Verbreitung rechtsextremistischer Musik im Internet vor, indem sie in 15 Bundesländern 333 Wohnungen von Personen durchsuchte, die mittels einer Internet-Tauschbörse Musik mit volksverhetzenden und zum Teil nationalsozialistischen Inhalten angeboten hatten. Die Staatsanwaltschaften leiteten Ermittlungsverfahren ein. Bereits 2001 hatte die Polizei Maßnahmen gegen rechtsextremistische Nutzer einer anderen Tauschbörse ergriffen. In Hessen wurden 31 Wohnungen durchsucht, wobei die Polizei PCs, CDs, MCs und Disketten mit rechtsextremistischem Inhalt sicherstellte. Bei den Betroffenen handelte es sich meistens um Jugendliche, die bislang noch nicht wegen Staatsschutzdelikten in Erscheinung getreten waren.

Aktionsgruppe
Bergstraße

Nahezu zeitgleich etablierte sich die neue Homepage eines „Zusammenschluss[es] nationalrevolutionärer Jugendlicher, die sich nicht länger über die Zustände in unserer Heimat aufregen [...], sondern nun dagegen kämpfen wollen“. Offenbar gehört diese **Aktionsgruppe Bergstraße** in den Bereich der südhessischen **Neonazi**-Szene um die **Kameradschaft Bergstraße** und das **Aktionsbüro Rhein-Neckar**. Auf der Homepage hieß es:

„Der Jugend wird keine Perspektive geboten, es gibt kaum Lehrstellen, von vernünftigen Jugendzentren kann man nur träumen, die Jugend sitzt einfach auf der

Straße während sich die Politbonzen die Bäume fett fressen und uns das Recht auf eine gesicherte Zukunft nehmen!“

Die **Aktionsgruppe Bergstraße** forderte u.a. „nationale Freiräume“, in denen das „Zusammenleben, Gemeinschaft, Kameradschaft, Kultur und Bildung“ erlebt werden könnten. Die Seite enthielt neben der Selbstdarstellung („Unser Kampf gilt dem herrschenden, kapitalistischen System“) Berichte über Aktionen, politische und geschichtliche Texte, Veranstaltungshinweise sowie Verweise zu anderen rechtsextremistischen Seiten.

Am 2. August durchsuchte die Polizei die Räumlichkeiten eines Homepage-Inhabers in Vellmar (Landkreis Kassel) sowie die eines weiteren Beschuldigten in Nordrhein-Westfalen. Beide standen im Verdacht, antisemitische Texte in das Internet eingestellt und einschlägige E-Mails an Mitglieder des Deutschen Bundestages versandt zu haben. In einem Internet-Text hieß es u.a., die christlichen Deutschen hätten den Untergang verdient, da sie ihr Land von zehn Millionen Muslimen besetzen und von zehn Millionen Juden ausrauben ließen.

Im Vergleich zu der umfangreichen Internet-Präsenz von **Skinheads** und **Neonazis** hielten sich die rechtsextremistischen Parteien zurück. Die **REP** in Hessen pflegten ihre Seiten und bestückten sie sporadisch. Von den zwölf hessischen Kreisverbänden der **NPD** verfügten nur die Kreisverbände Lahn und Wetterau über eine eigene Homepage. Dort waren – was auch für die Seite des Landesverband Hessen gilt – keine nennenswerten Aktivitäten und Inhalte zu verzeichnen.

Parteien
im Internet

Straf- und Gewalttaten

Die Polizei bewertete 598 Straftaten (2003: 563) als rechtsextremistisch. Davon entfielen 126 (2003: 126) auf den Bereich **Fremdenfeindlichkeit**, 94 (2003: 99) auf den Bereich **Antisemitismus** und 393 (2003: 338) auf den Bereich **Propagandadelikte** (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen). Außerdem stellte die Polizei 138 (2003: 162) Fälle von Volksverhetzung fest. Die Zahl der politisch motivierten rechtsextremistischen Gewaltdelikte verringerte sich von 29 im Jahre 2003 auf 25 (darunter 18 Körperverletzungen). Damit ist – nach einem vorübergehenden Tiefpunkt 2002 – im zweiten Jahr in Folge ein Anstieg der Straftaten insgesamt zu beobachten.

Der Schwerpunkt der rechtsextremistischen Straftaten in Hessen lag bei den Propagandadelikten. Sie werden in der Regel mit der Absicht begangen, den Nationalsozialismus zu verherrlichen. Meistens werden hierbei Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (SS-Runen, Hakenkreuze) geschmiert bzw. entsprechende (neo)nationalsozialistische Symbole und Inhalte („Hitler-Gruß“, Lieder, Hitler-Bilder) in Wort und Schrift verbreitet.

Zahl der Straftaten
gestiegen

Propaganda-
delikte

Beispiele:

- ➔ Anfang des Jahres schmierten unbekannte Täter in Frankfurt am Main mehrfach rechtsextremistische Parolen und Zeichen auf Verkehrszeichen, Stromverteilerkästen usw.: Hakenkreuze, SS-Runen, die Zahlen 14 (= Adolf Hitler) und 88 (= „Heil Hitler“), Schriftzüge wie „Sieg Heil“, „Harheim bleibt Deutsch“, „Deutsch, Stolz, Treu“ und andere Parolen.



**Fremden-
feindliche
Straftaten**

- ➔ Im Januar schlugen zwei Männer in einer Kasseler Gaststätte eine Person zusammen, die sie für einen Polen gehalten hatten. Zuvor hatte einer der Täter den rechten Arm zum „Hitler-Gruß“ erhoben und „Sieg Heil“ gerufen.

Fremdenfeindliche Straftaten, meist aus einer intoleranten Haltung heraus begangen, richten sich gegen Nationalität, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung und äußeres Erscheinungsbild des Opfers.

Beispiele:

- ➔ Unbekannte Täter warfen in den Briefkasten einer türkischen Hausfrau in Eschborn (Main-Taunus-Kreis) handgeschriebene Zettel mit dem Text: „Muslime töten Kinder wenn das Allah will dann gibt's keinen Gott das sind Schweine und Scheitane Schämt euch“.
- ➔ Im November besprühten unbekannte Täter die Gebäude einer Zeitung in Korbach (Landkreis Waldeck-Frankenberg) mit Parolen wie „Russenpack“ und Hakenkreuzen. An ein Gebäude in unmittelbarer Nähe des Verlagshauses wurden ebenfalls Parolen gegen Russlanddeutsche geschmiert.

**Antisemitische
Straftaten**

Bei antisemitisch motivierten Straftaten handelt es sich um Delikte gegen jüdische oder israelische Personen, gegen entsprechende Institutionen, Objekte und Sachen. Motiv der Täter ist grundlegende Feindschaft oder Hass gegen alles Jüdische.

Beispiele:

- ➔ Im Mai ging bei der jüdischen Gemeinde in Kassel ein anonymes Brief mit antisemitischen Drohungen ein. Unter der Überschrift „Liebe Drecksjuden“ hieß es u.a.: „Es ist ein Irrtum anzunehmen dass wir inzwischen verstorben sind oder die Lust an der in Deutschland nach wie vor beliebten ‚Judenhatz‘ verloren haben. Dies ist nicht der Fall. Doch wir wollen nichts übereilen und haben unseren Spaß daran die Vorbereitungen für die ‚Endlösung der Judenfrage‘ so gründlich, wie nur möglich zu beenden“. Der Anonymus drohte: „Während die internationalen Völker das Volk Israel ins Meer jagen, werden die Juden Deutschlands an unseren Laternenpfählen baumeln, bis sie verfault sind. Bis zum Jahre 2010 wird Deutschland judenfrei sein. Versprochen!!!“ (Fehler vom Original übernommen.)
- ➔ In einer karitativen Einrichtung in Schotten (Vogelsbergkreis) beleidigte ein Jugendlicher über einen längeren Zeitraum hinweg einen farbigen Jugendlichen u.a. mit den Worten „Du scheiß Nigger“, „Du musst mich bedienen, weil Du schwarz bist“, „Schwarze dürfen hier überhaupt nicht leben“, „Scheißjuden“, „Schade, dass sie im Dritten Reich nicht mehr von den Juden platt gemacht haben“, „Hitler war ein guter Mann, schade, dass er schon tot ist“.

RECHTS EXTREMISMUS

Rechtsextremistische Straftaten *

	2004**	2003	2002
Gewalttaten			
Tötung			
Hessen	0	0	0
Bund	0	0	0
Versuchte Tötung			
Hessen	0	0	0
Bund	6	7	8
Körperverletzungen			
Hessen	18	25	21
Bund	640	637	646
Brandstiftungen/Sprengstoffdelikte			
Hessen	1	1	0
Bund	39	24	27
Landfriedensbruch			
Hessen	1	0	1
Bund	25	28	32
Widerstandsdelikte			
Hessen	5	3	2
Bund	44	45	36
Sonstige Straftaten			
Sachbeschädigungen, Verbreiten von Propagandamitteln und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen			
Hessen	402	347	318
Bund	8.600	7.776	7.472
Nötigung/Bedrohung			
Hessen	2	2	6
Bund	97	93	115
Andere Straftaten (bes. Volksverhetzung)			
Hessen	169	185	166
Bund	2.600	2.182	2.566
Summe			
Hessen	598	563	514
Bund	12.051	10.792	10.902

* Die Zahlen entstammen der Statistik politisch motivierte Kriminalität (PMK) des Bundeskriminalamtes sowie des Hessischen Landeskriminalamtes. Anzumerken ist, dass dort nicht jede politisch motivierte Straftat als extremistisch bewertet wird.

* * Die Angaben für 2004 sind nur vorläufig.

LINKSEXTREMISMUS

Was wollen Linksextremisten?

Ziel linksextremistischer Bestrebungen ist die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. An ihre Stelle soll entweder ein totalitäres, sozialistisch-kommunistisches System oder eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ (Anarchie) treten.

Aus einer ökonomisch begründeten Klassentheorie heraus streben orthodoxe Linksextremisten die Macht der Arbeiterklasse durch Klassenkampf und revolutionäres Handeln an.

Revolution

Unter Revolution verstehen diese Sozialisten eine stufenweise vollständige Umwandlung des gesellschaftlichen und politischen Systems: Zunächst übernehme die Arbeiterklasse die Macht in einem Staat, in der Regel durch einen bewaffneten Aufstand, im Ausnahmefall friedlich, z.B. durch parlamentarische Arbeit. Nach einem solchen „Umsturz“ werde das politische und wirtschaftliche System eines Landes so umgewandelt, dass der Kapitalismus liquidiert und der Sozialismus realisiert würde. Daran schließe sich die „Weltrevolution“ an, das heißt die weltweite Umsetzung des Sozialismus.

Basis und Anleitung für solche Ziele bieten insbesondere die Lehren von Marx, Engels und Lenin. Orthodoxe Linksextremisten wie die **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)** und die **Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)** geben der Partei bzw. der Parteiführung die führende Rolle auf dem Weg zur Errichtung der kommunistischen Gesellschaft. Gemäß ihren marxistisch-leninistischen Vorstellungen müsse die Partei die Macht im Staat erringen. Die sozialistische Gesellschaft wird als notwendige Vorstufe für den Kommunismus angesehen, in dem Klassengegensätze überwunden und jede Unterdrückung und Ausbeutung abgeschafft sein sollen. Erst nach der weltweiten Übernahme dieses Systems könne auf jede regulierende Staatsmacht verzichtet werden.

Auch Maoisten wie die **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)** oder Trotzisten wie **Linksruck** sehen in der Partei das Instrument, um eine kommunistische Gesellschaft zu errichten. Ihr Handeln wird jedoch durch die Idee der permanenten Revolution bestimmt. Bei Maoisten gibt die Partei immer neue Ziele vor, um ein dauerhaftes revolutionäres Handeln sicherzustellen; Trotzisten wollen das ihnen verhasste System unterwandern und dann der Partei die Verwaltung des Staates übertragen.

Anarchisten

In Abgrenzung zu diesen kommunistischen Organisationen lehnen Personen, die anarchistische Ziele verfolgen, jede institutionalisierte Form der Macht ab. Zugleich wollen sie eine Ordnung „auf natürlicher Basis“ erzeugen, die „auf freier Selbstentscheidung“ beruht und Gewalt gegen Sachen zur Erreichung ihrer Ziele propagiert.

Autonome

Autonome wollen demgegenüber keine wie auch immer vereinbarten Reglementierungen, sondern wirklich „herrschaftsfreie Räume“, die dem Einzelnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen sollen. Sie legen Wert darauf, sich diese „Freiräume“ (schrittweise) zu erkämpfen. Gewalt auch gegen Personen halten sie hierbei für legitim und wenden diese an.

LINKS
FUNK?

Überblick

Neben dem „Antifaschismus“ beherrschten in diesem Jahr die von Linksextremisten als „kriegstreiberisch“ empfundene aktuelle Entwicklung der Europäischen Union (EU) und, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte, das Thema Sozialabbau in den unterschiedlichsten Ausprägungen die Diskussionen und Aktionen. Diese Themenfelder wurden vor allem von Parteien wie der **PDS**, der **DKP**, der **MLPD**, der **Sozialistischen Alternative (SAV)** und den linksextremistisch beeinflussten Gruppen der Friedensbewegung aufgegriffen.

*Zentrale
Themen*

Nach den Stimmenverlusten 2003 schnitt die **PDS** sowohl bei den Wahlen zum Europaparlament als auch bei verschiedenen Landtagswahlen wieder erfolgreicher ab.

Autonome beteiligten sich an Aktionen mit dem Schwerpunkt „Sozialabbau“ nur punktuell. Sie konzentrierten sich nach wie vor überwiegend auf den Bereich des „Antifaschismus“. Mit diesem Bezug fanden zahlreiche größere und kleinere Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen statt. Rechtsextremistische Aktivitäten z.B. in Gladenbach (Landkreis Marburg-Biedenkopf) und Südhessen wurden zum Anlass genommen, die Konfrontation mit den **Neonazis** zu suchen. Dabei nahm die Gewaltbereitschaft sowohl gegen Rechtsextremisten als auch gegen Polizisten zu.

Die für Juni vorgesehene Berufungsverhandlung gegen zwei Aktivisten der anarchistischen „Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen“ wurde am zweiten Verhandlungstag ausgesetzt und für März und April 2005 neu angesetzt.

Zum Jahresende hin beteiligten sich Linksextremisten auch in geringem Umfang an Aktionen gegen den Ausbau des Flughafens Frankfurt/Main bzw. gegen den Bau der A 380-Halle auf dem Flughafengelände.

Als besonderes Phänomen war auch weiterhin zu beobachten, dass sich der Abwärtstrend im Bereich gewaltbereiter **Autonomer** weiter fortsetzte, was aber bei den Teilnehmerzahlen entsprechender Demonstrationen so nicht immer erkennbar wurde. Dies ist auf die Teilnahme besonders junger Menschen zurückzuführen, die keiner, oder noch keiner gefestigten politischen Gruppe angehören. Auch die Mitgliederzahlen der dogmatischen linksextremistischen Kern- und Nebenorganisationen fallen weiterhin. Hierfür ist hauptsächlich der verhältnismäßig hohe Altersdurchschnitt dieser Gruppen ursächlich. Die Anhängerzahlen anarchistischer und linksextremistisch beeinflusster Gruppen blieben dagegen stabil.

Personenpotenzial

Straftaten mit linksextremistischen Hintergründen waren bei fast allen Delikten rückläufig. Ein geringfügiger Anstieg von 2 auf drei Straftaten war lediglich für den Bereich des Landfriedensbruchs zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der linksextremistisch motivierten Straftaten halbierte sich; 2003 wurden noch 101 Straftaten gezählt, in diesem Jahr waren es nur noch 49.

Straftaten

Im Bericht erwähnte Gruppierungen in Hessen:

Parteien und ihre Nebenorganisationen

- Partei des Demokratischen Sozialismus, PDS-Jugend, [solid] - die Sozialistische Jugend Hessen
- Deutsche Kommunistische Partei, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, Assoziation Marxistischer StudentInnen
- Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, Courage, Rebell, Rotfüchse, Solidarität International e.V.
- Partei für Soziale Gleichheit
- Sozialistische Alternative, – widerstand international –

Sonstige Gruppierungen

- Linksruck
- Bundesausschuss Friedensratschlag
- Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt

Autonome und Anarchisten

- Aktionsbündnis gegen Abschiebung Rhein-Main
- Antifa Bad Homburg
- autonome antifa (f)
- Autonome Antifa Kassel
- Antifaschistische Aktion Weschnitztal
- Initiative gegen Abschiebung
- peoples global action
- Freie ArbeiterInnen Union – Internationale Arbeiter Assoziation
- Graswurzelbewegung
- Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen

LINKS

Linksextremistisches Personenpotenzial ¹

	2004	2003	2002
Gewaltbereite Linksextremisten ²			
Autonome			
Hessen	350	400	420
Bund	5.500	5.400	5.500
Anarchisten			
Hessen	40	40	40
Bund	500	500	400
Marxisten-Leninisten, Troztkisten u.a.			
Kern- und Nebenorganisationen ³			
Hessen	2.300	2.400	2.420
Bund	25.700	26.300	26.000
beeinflusste Organisationen ⁴			
Hessen	550	550	550
Bund	18.000	19.000	15.200
Summe nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften			
Hessen	3.100	3.330	3.300
Bund	44.300	45.800	42.800

¹ Die Zahlen sind gerundet und zum Teil geschätzt.

² Berücksichtigt sind nicht nur Personen, die als Täter oder Tatverdächtige festgestellt wurden, sondern auch Personenzusammenschlüsse, bei denen Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft vorhanden sind.

³ Hier sind die Mitglieder der **Kommunistischen Plattform der PDS** enthalten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz weist im Übrigen die **PDS** wegen ihres ambivalenten Erscheinungsbildes gesondert aus. Die Mitgliederzahlen lagen bundesweit 2004 bei 65.800, 2003 bei 71.000, und im Jahre 2002 bei 78.000 Personen.

⁴ Hier handelt es sich um Gruppen und Organisationen, die nach außen meist unabhängig erscheinen, aber erheblich von dogmatischen Gruppen beeinflusst werden. Deren Angehörige besetzen z.B. Schlüsselfunktionen in Leitungsgremien und bestimmen Ziele und Aktivitäten der beeinflussten Gruppen maßgeblich mit.

EXTREMISMUS

PARTEI DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS (PDS)

Gründung:	1989/90 (Hessen 1990)
Landesvorsitzender:	Dr. Ulrich Wilken
Bundesvorsitzender:	Lothar Bisky
Mitglieder:	In Hessen 400, bundesweit 65.800
Publikationen (Auswahl):	Neues Deutschland (Erscheinungsweise täglich) hessen links (Erscheinungsweise unregelmäßig) Politische Berichte (Erscheinungsweise 14-tägig) Frankfurter Kurier (Erscheinungsweise vierteljährlich)

Die **PDS** wurde auf dem Sonderparteitag der **Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)** im Dezember 1989 gegründet, als sich die **SED** in **SED/PDS** umbenannte. Seit ihrem 1. Parteitag im Februar 1990 heißt sie nur noch **PDS**.

Innerhalb der Partei besteht eine Vielzahl verschiedener Gruppen, Arbeitsgemeinschaften und Plattformen mit sehr unterschiedlichen Zielen und Themen. Von Bedeutung sind die **Kommunistische Plattform der PDS (KPF)**, die an der revolutionären Tradition der Arbeiterbewegung festhält, das **Marxistische Forum der PDS**, ein orthodox-kommunistisch geprägter Zusammenschluss zur marxistischen Analyse der politischen Situation, und **[solid]**, ein **PDS**-naher sozialistischer Jugendverband. Neu hinzugekommen ist in einigen Landesverbänden die **PDS-Jugend**. Auf internationaler Ebene pflegt die **PDS** die Zusammenarbeit auch mit kommunistischen Parteien.

Die **PDS** versteht sich als „konsequent antikapitalistische“ Partei, die die Vorherrschaft kapitalistischer Interessen abschwächen und schließlich überwinden will. Sie strebt eine sozialistische Gesellschaft an, in der wirtschaftliches und politisches Handeln dem Ziel dienen, „allen die Bedingungen eines selbstbestimmten und solidarischen Lebens zur Verfügung zu stellen“. Sozialismus ist für die Partei keine alternative Gesellschaftsordnung, sondern eine Bewegung und ein Wertesystem, in dem im Ringen um demokratische Mehrheiten die Profitdominanz schrittweise überwunden werden soll. „Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“, jedoch nur insoweit sie nicht „auf die betriebswirtschaftliche Logik der einzelnen Unternehmen beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind“.

Ergänzend zu der parlamentarischen Tätigkeit in Bund, Ländern und Gemeinden will die **PDS** als „außerparlamentarische Opposition“ ihre Ziele durchsetzen. Dabei legt sie besonderen Wert auf die „Arbeit vor Ort“, d.h. in den Kommunen. Die **PDS** arbeitet mit anderen linksextremistischen Organisationen und Parteien zusammen und beteiligt sich auch an von ihnen initiierten bzw. gesteuerten Aktionen, um ihre politischen Vorstellungen durchzusetzen. Trotz grundsätzlicher Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen bekennt sich die Partei zu Regierungsbeteiligungen wie in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Obwohl sich die **PDS** mit ihrem neuen Parteiprogramm vom Oktober 2003 in Ansätzen von marxistisch-leninistischen Positionen zu distanzieren begann, ist das Ziel der Partei nach wie vor der Sozialismus:

„Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller gewor-

„Sozialismus als Bewegung und Wertesystem“

„Außerparlamentarische Opposition“

den ist [...] Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, Emanzipation, Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar miteinander verbunden sind.“ (Parteiprogramm der **PDS**, Oktober 2003)

Weitere Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der **PDS** ergeben sich aus der anhaltenden Anerkennung revolutionärer Gruppen in der Partei sowie der regelmäßigen Zusammenarbeit mit anderen linksextremistischen Gruppen und Organisationen. Gute Beziehungen bestehen z.B. auch zu marxistisch-leninistischen Parteien im Ausland.

Auf Betreiben der **PDS** fand am 10. und 11. Januar in Berlin ein internationales Treffen der „Initiative zur Gründung der Partei der Europäischen Linken“ statt. Elf Parteien, unter ihnen die **PDS**, die Kommunistische Partei Spaniens, die Französische Kommunistische Partei und die Arbeiterpartei Ungarns, verabschiedeten einen Gründungsauftrag für eine Partei der Europäischen Linken (EL). Der Vorsitzende der italienischen Partei der kommunistischen Wiedergründung, wurde auf dem Gründungskongress am 8. und 9. Mai in Rom zum Vorsitzenden der EL gewählt. Ihm stehen ein Rat der Vorsitzenden aller Mitgliedsorganisationen sowie ein 30-köpfiger Vorstand zur Seite, in dem auch zwei **PDS**-Funktionäre vertreten sind.

Die **PDS** kandidierte anlässlich der Europawahl am 13. Juni und konnte ihr erklärtes Wahlziel, erneut in das Europäische Parlament einzuziehen, mit bundesweit 6,1% der Stimmen erreichen. (Siehe Kapitel: Teilnahme linksextremistischer Parteien an der Europawahl.)

Im Juni veröffentlichten Lothar Bisky und Mitglieder des Parteivorstandes unter dem Motto „PDS: sozial – solidarisch – friedlich – selbstbestimmt“ Thesen zur langfristigen Strategie der **PDS**. Primäres Ziel ist zunächst der Wiedereinzug in Fraktionsstärke in den nächsten Deutschen Bundestag. Das inhaltlich in sechs Thesen gegliederte Strategiepapier legt unter dem Motto „Politischen Richtungswechsel einleiten – Verbündete gewinnen“ das Ziel der Partei fest. Danach will sie einen eigenständigen Beitrag zu einem politischen Richtungswechsel leisten. Diesen könne sie nur realisieren, wenn sie das strategische Dreieck von Mit- und Umgestaltung, Widerstand und Protest, mit über den Kapitalismus hinausgehenden Alternativen auszufüllen vermöge.

In Potsdam fand am 30. und 31. Oktober die erste Tagung des 9. Parteitages der **PDS** vor über 400 Delegierten statt. Bei der Wahl des 20 Personen umfassenden Parteivorstandes wurde Lothar Bisky mit 89,9% der Stimmen bestätigt. In seiner Rede warnte er vor einem erneuten Ausbruch innerparteilicher Flügelskämpfe. Er bekräftigte das grundsätzliche Selbstverständnis der **PDS** als gesellschaftliche Opposition, ohne jedoch auf die parlamentarische Möglichkeit der Mit- und Umgestaltung in den Ländern und Kommunen verzichten zu wollen.

Der **PDS**-Landesverband mit Sitz in Frankfurt am Main ist in zehn Kreisverbände – von denen einer inaktiv ist – einen Regionalverband, zwei Basisgruppen, zwei Orts- und Stadtteilgruppen untergliedert.



Gründung der Partei der Europäischen Linken (EL)

Strategiepapier

Neuer Bundesvorstand

PDS Hessen

Der **PDS**-nahe Jugendverband [**`solid**] – die **Sozialistische Jugend Hessen** identifiziert sich größtenteils mit den Zielen und Inhalten der **PDS**, ohne jedoch von ihr als Parteijugend integriert zu sein. In Ergänzung zu [**`solid**] wurde am 16. März in Marburg

die **PDS-Jugend** Hessen gegründet, die sich als Parteijugend der **PDS** sieht. Sie versteht sich als konsequent antikapitalistisch und strebt die Zurückdrängung und letztendliche Überwindung des Kapitalismus an.

Im Berichtsjahr standen für den **PDS**-Landesverband die Teilnahme an der Europawahl sowie im Herbst die Teilnahme an den „Montagsdemonstrationen“ gegen „Hartz IV“ und „Agenda 2010“ im Zentrum ihrer politischen Betätigung. Von Bedeutung war für die **PDS** Hessen auch die Teilnahme an einer Demonstration in Berlin am 20. März, dem Jahrestag des Kriegsbeginns im Irak. Außerdem unterstützte sie den Aufruf zahlreicher Organisationen und Gruppierungen, darunter **MLPD** und **Linksruck**, zu den bundesweiten Demonstrationen gegen Arbeitslosigkeit, „Rentenklaus“ und „Zerstörung des Gesundheitssystems“ am 2. und 3. April in Berlin, Köln und Stuttgart.

Neben zahlreichen Veranstaltungen im Rahmen des Europawahlkampfes der **PDS** Hessen fand am 8. Mai in Frankfurt am Main eine Demonstration und Kundgebung zum Thema „Relegalisierung von Hanf und Entkriminalisierung von Drogengebrauchern und Aufklärung“ mit rund 90 Teilnehmern statt. Mit dem Thema „Legalisierung von Hanf“ versucht die **PDS** seit Jahren, insbesondere vor Wahlen, auf sich und ihre Politik aufmerksam zu machen und jüngere Menschen zum Parteieintritt zu bewegen bzw. als Wähler zu gewinnen.



LINKS
EXTREMISMUS

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)

Gründung:	1968
Landesvorsitzender:	Michael Beltz
Bundesvorsitzender:	Heinz Stehr
Mitglieder:	In Hessen 460, bundesweit 4.500
Publikationen (Auswahl):	Unsere Zeit (UZ) (Aufl. 7.500, Erscheinungsweise wöchentlich)

Die **DKP** steht auch nach eigenen Erklärungen in der Tradition und Kontinuität der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen **Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)**. Auch in ihren seit Jahren verbindlichen Grundlagenpapieren wird deutlich, dass die **DKP** an ihren verfassungsfeindlichen Zielen festhält. Sie propagiert die Notwendigkeit eines „revolutionären Bruchs“ mit der bestehenden Gesellschaftsordnung:

Ziele der DKP

„Der Kapitalismus kann unserer Meinung nach nicht auf dem Weg von Reformen, ohne tiefgreifende Umgestaltungen und ohne revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnissen in eine Gesellschaftsordnung umgewandelt werden, in der alle Menschen sich in gleicher Weise frei entfalten können. Dieser revolutionäre Bruch hin zu einer neuen Gesellschaft führt zum Sozialismus. Auf diesem Weg kommt der Arbeiterklasse aufgrund ihrer Stellung in den Produktionsverhältnissen eine entscheidende Bedeutung zu.“ (Aktionsprogramm der **DKP**, verabschiedet auf dem 13. Parteitag am 3. und 4. Februar 1996 in Dortmund)

Ohne darauf zu verzichten, auch parlamentarischen Einfluss zu gewinnen, hatten für die **DKP** die Entwicklung außerparlamentarischer Aktivitäten, die Sammlung und Bündelung linker Kräfte sowie die Bemühung, das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung, der „kleinen Leute“, zu gewinnen, stets Vorrang. Sie versteht sich als „Aktivposten“ im Kampf gegen Neofaschismus und gegen das „kapitalistische Ausbeutungssystem“; dieser Kampf ist auf deren Überwindung ausgerichtet. Mit vielfältigen Aktionen und Kampagnen „**DKP** kontra Großkapital“, „Arbeitsplätze statt Raketen“, „Für Arbeitsplätze – gegen Kriegseinsätze“ und der Aktion „Widerstand gegen Sozialabbau“ versuchte die **DKP**, immer wieder Impulse für aktives Handeln gegen „friedensgefährdende“ und „sozialreaktionäre“ Politik zu geben.

Von Bedeutung war für die **DKP** im vergangenen Jahr ihre Kandidatur bei der Europawahl. Bereits am 10. Januar hatte sie ihre Teilnahme auf einer Europawahlkonferenz beschlossen und eine Bundesliste mit 34 Personen aufgestellt. Auf dieser Konferenz wurde bedauert, dass es auch diesmal nicht zur Bündelung und Sammlung aller antikapitalistischen Kräfte in Form eines Wahlbündnisses gekommen sei. Der Bundesvorsitzende hatte in seiner Rede auf der Wahlkonferenz dargelegt, dass es angesichts

Teilnahme an der Europawahl



der von der **PDS** mitzuverantwortenden Regierungspolitik in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, ihrer Mithilfe beim „Sozialabbau“, ihrer widersprüchlichen Haltung zum EU-Verfassungsentwurf und ihrer **DKP**-Mitglieder ausgrenzenden Haltung für die Partei nicht möglich sei, zur Wahl der **PDS** aufzurufen, wie dies noch 1999 praktiziert worden war.

Die **DKP** war, wie auch andere kommunistische Parteien aus EU-Mitgliedsländern, schon im Vorfeld von dem auf Betreiben der **PDS** veranstalteten Gründungstreffen der Initiative zur Gründung der EL ausgeschlossen worden, mittlerweile hat sie dort einen Beobachterstatus. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 13. Juni konnte die **DKP** bundesweit lediglich 0,1% der Stimmen erzielen.

Auf der 9. Tagung des Parteivorstandes am 30. und 31. Oktober in Essen standen Diskussionen um die Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms im Vordergrund, das gültige Parteiprogramm stammt aus dem Jahr 1978. Zur weiteren Programmearbeitung wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet.

Die **DKP** gliedert sich in Hessen in 13 Kreisorganisationen mit Wohngebiets-, Stadtteil- und Ortsgruppen. An den Hochschulen arbeitet sie eng mit der **Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS)** zusammen. Die Partei legte in Hessen ihre Schwerpunkte auf die Teilnahme an der Europawahl, Aktionen im Rahmen der „Friedensarbeit“ und Aktivitäten gegen den „Sozialabbau“. Dabei agierte sie gemeinsam mit anderen linksextremistischen Organisationen wie **PDS**, **MLPD** und **Linksruck** sowie mit außerparlamentarischen Bewegungen. Insbesondere im Großraum Frankfurt am Main führte die Partei ihre Betriebsgruppen- und Gewerkschaftsarbeit weiter, die öffentlich eine kaum wahrnehmbare Rolle spielte. Die verschiedenen **DKP**-Gruppen geben zahlreiche Kleinzeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus.

DKP Hessen



LINKS EXTREMISMUS

SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND (SDAJ)

Gründung:	1968
Bundesvorsitzende:	Tina Sanders
Mitglieder:	In Hessen 50, bundesweit 350
Publikationen (Auswahl):	Position (Aufl. 1.500, Erscheinungsweise zweimonatlich)

Die **SDAJ** sieht ihre vorrangige Aufgabe darin, sozialistisches Klassenbewusstsein unter Jugendlichen zu entwickeln und zu verbreiten. Sie ist mit der **DKP** eng verbunden, die sie nicht einfach als einen Bündnispartner von vielen sieht.

Die **SDAJ** agiert primär gegen die aus ihrer Sicht Herrschenden in der Gesellschaft:

„Wir beziehen aber klar Stellung gegen den Kapitalismus der für uns die Wurzel allen Übels darstellt, wir zeigen die Notwendigkeit der radikalen Umstrukturierung aller kapitalistischen Systeme und die Notwendigkeit nicht nur für wenige Vergünstigungen und Verbesserungen des existierenden Übels zu kämpfen, sondern für eine grundlegende Veränderung des Systems dieser Welt.“ (Homepage des **SDAJ**-Landesverbandes Hessen, Stand Dezember, Fehler im Original)

„radikale Umstrukturierung aller kapitalistischen Systeme“

Anlässlich des Jahrestages des Kriegsbeginns im Irak kritisierte die **SDAJ** mit ihren Flugblättern weiterhin den Rüstungsaufbau, parallel dazu den „Sozialabbau“ durch die Bundesregierung und rief in diesem Zusammenhang zu einer Beteiligung an den Demonstrationen der Gewerkschaften am 3. April auf. Darüber hinaus forderte die **SDAJ** ein sofortiges Ende der Besatzung und freie Wahlen im Irak, sowie den

sofortigen Stopp aller Rüstungsprojekte. Außerdem wandte sie sich gegen den „Umbau der Bundeswehr zur weltweiten Interventionsarmee“. Nach Auffassung der **SDAJ** erhält diese:

„Die nötigen Mittel, um künftig die Interessen des deutschen Kapitals weltweit noch stärker zum Ausdruck zu bringen. Die Weltmachtsträume der deutschen Imperialisten sollen mit unserer Zukunft bezahlt werden[...] Nur unser Widerstand kann zukünftige Einsätze zur Friedenserzwingung in aller Welt stoppen. Nur unser Widerstand kann dem Griff des Kapitals in die Taschen der arbeitenden und arbeitslosen Menschen Einhalt gebieten. Jede Aktion gegen Kriegseinsätze muß auch eine Aktion gegen Sozialabbau und Lohnraub sein.“ (Flugblatt „Nach dem Krieg ist: vor dem Krieg“ des **SDAJ**- Bundesverbandes)

Widerstand gegen die „Weltmachtsträume der deutschen Imperialisten“

In Hessen gab es vier aktive Gruppen und zwar in Bensheim (Kreis Bergstraße), Hochtaunuskreis, Marburg und Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis).

MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)

Gründung:	1982
Bundesvorsitzender:	Stefan Engel
Mitglieder:	In Hessen 120, bundesweit 2.000
Publikationen (Auswahl):	Rote Fahne (RF) , (Aufl. rund 7.500 Erscheinungsweise wöchentlich) Lernen und Kämpfen (LuK) , (Aufl. rund 1.000 Erscheinungsweise vierteljährlich) Rebell , (Erscheinungsweise zweimonatlich) Galileo – Streitbare Wissenschaft (Erscheinungsweise halbjährlich)

traditionell
revolutionär-
marxistische
Organisation

Die **MLPD** zählt zu den traditionell revolutionär-marxistischen Organisationen und hält an den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung fest. Ihr Ziel ist es, durch einen revolutionären Bruch „den Imperialismus zu stürzen und den echten Sozialismus aufzubauen“. Dazu will die Partei die Mehrheit der „Arbeiterklasse“ für sich gewinnen. Insbesondere wegen der Betonung maoistischer Positionen ist sie innerhalb des linksextremistischen Spektrums weitgehend isoliert. Sie hat einen ausgeprägten ideologischen Führungsanspruch. Dennoch versucht sie, Bündnispartner zu finden.

Das Zentralkomitee hat seinen Sitz in Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen). Bundesweit ist die **MLPD** in sieben Bezirke gegliedert; die hessischen Mitglieder gehören dem Bezirk Mitte an. Kontaktadressen der Partei in Hessen existieren in Frankfurt am Main, Kassel und Rüsselsheim (Kreis Groß-Gerau). Sie unterhält einen Frauenverband **Courage**, einen Jugendverband **Rebell** und eine Kinderorganisation **Rotfüchse**. Für ihre „Internationalismusarbeit“ bedient sie sich ihrer Vorfeldorganisation **Solidarität International e.V.**

Mobilisierte die **MLPD** im Vorjahr ihre Anhänger noch als Anti-Kriegspartei zur Teilnahme an entsprechenden Demonstrationen, sah sie sich aktuell als „anerkannte Kraft“ bei den Themen „Sozial- und Arbeitsplatzabbau“. Hierbei konzentrierte sie sich in besonderem Maße auf Opel und Daimler-Chrysler.

Die Bemühungen der Partei, unter ihrer Führung „eine breite kämpferische Opposition innerhalb der Montagsdemonstrationen aufzubauen“, waren nicht erfolgreich. Am deutlichsten wurde dies Anfang Oktober. Die **MLPD** hatte für eine Kundgebung am 3. Oktober in Berlin unter dem Motto „Weg mit Harz IV – das Volk sind wir!“ geworben. Sie hoffte auf die Beteiligung eines breiten Bündnisses. Es nahmen 4.000 Personen teil, darunter einzelne Mitglieder aus Hessen. Andere Organisationen hatten sich an der Demonstration nicht beteiligt.



„Weg mit Hartz IV –
das Volk sind wir!“

Trotzkistische Gruppen

In Hessen sind besonders **Linksruck** sowie die **Sozialistische Alternative (SAV)** (ehemals **Sozialistische Alternative VORAN**) aktiv. Beide arbeiten in Hessen mit **Autonomen** zusammen.

Linksruck wird der deutschen Sektion des internationalen trotzkistischen Dachverbands „International Socialist“ mit Sitz in London zugerechnet. Die Organisation teilt die typisch marxistisch-leninistische Vorstellung einer Klassengesellschaft und vertritt, im Gegensatz zur **DKP** oder **PDS**, die Auffassung, dass die Abschaffung des Kapitalismus und die damit verbundene Befreiung der Arbeiter durch die Einführung einer Räte Demokratie eingeleitet werden müsse.

Linksruck machte mit einer Vielzahl von Veranstaltungen und Kampagnen auf sich aufmerksam. Der Schwerpunkt der hessischen Aktivitäten lag in Frankfurt am Main.

Linksruck

Dort beteiligte sich **Linksruck** am 20. März, dem Jahrestag des „Irak-Krieges“, an einer Kundgebung und am 5. Juni an einer „Demonstration gegen die Diskriminierung kopftuchtragender Frauen“. Von Bedeutung war für **Linksruck** ihre Beteiligung an der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG)



(kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden), die am 22. Januar 2005 als Partei gegründet wurde. Besondere Aktivitäten entwickelte die Organisation auch im Rahmen der Anti-Globalisierungsbewegung und hier insbesondere bei dem Netzwerk Attac (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden). In beiden Bündnissen versucht **Linksruck** mittels einer „Entrismuspolitik“ Entscheidungen im eigenen Sinne zu beeinflussen.

Linksruck mobilisierte seine Anhänger außerdem zur Teilnahme an den bundesweiten Demonstrationen gegen „Sozialabbau“ am 2. und 3. April in Berlin, Köln und Stuttgart sowie für eine Großdemonstration gegen „Hartz IV“ und „Agenda 2010“ am 2. Oktober in Berlin.

Die **SAV** bezeichnet sich selbst als revolutionäre, sozialistische Partei und gehört der deutschen Sektion des in London ansässigen trotzkistischen Dachverbands „Committee for a Workers' International“ an. Die Organisation ist bereits im Jahr 2001 kollektiv dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac beigetreten. Ihr Aktionsschwerpunkt in Hessen ist Kassel. Die von der **SAV** beeinflusste Jugendorganisation - **widerstand international-(wi)** ist hauptsächlich in den Bereichen „Antifaschismus“, „Antimilitarismus“ sowie in einem regionalen Bündnis „gegen Sozialkassenschlag“ aktiv.

SAV

Auch die **SAV** bemühte sich durch die Teilnahme an verschiedenen Großdemonstrationen, insbesondere in den Bereichen der Anti-Globalisierungsbewegung sowie im Zusammenhang mit dem „Abbau von Sozialleistungen“, Akzente zu setzen. Ein weiterer Schwerpunkt war ihre Beteiligung an der WASG.

Die 1997 gegründete **Partei für Soziale Gleichheit (PSG)** ist als trotzkistische Partei dem „Internationalen Komitee der Vierten Internationale“ angeschlossen. Sie strebt mehr soziale Gleichheit und die sozialistische Revolution an. Die **PSG** tritt für eine Arbeiterregierung ein, durch die das gesamte wirtschaftliche Leben so zu organisieren wäre, dass es die Bedürfnisse der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung befriedigen könnte.

PSG

Teilnahme linksextremistischer Parteien an der Europawahl

Nachdem bei der Europawahl 1999 die **PDS** als einzige linksextremistische Partei kandidiert hatte und dabei von den dogmatischen Linksextremisten unterstützt worden war, stellten sich am 13. Juni in Konkurrenz zur **PDS** auch die **DKP** und die **PSG** zur Wahl. Im Vorfeld der Europawahl gab es zunächst erneut Versuche, das linksextremistische Lager zu bündeln. Insgesamt scheiterten aber alle Bemühungen zur Bildung eines entsprechenden Wahlbündnisses.

Ihren Europawahlkampf führte die **PDS** unter dem Slogan „Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa!“ und setzte ihre Wahlkampf-schwerpunktthemen auf Sozialpolitik, Frieden, Demokratie und Ostkompetenz. Entgegen ihrem Abstimmungsverhalten im Europäischen Parlament lehnte die **PDS** im Wahlkampf den Entwurf

einer EU-Verfassung ab. Mit bundesweit 6,1% (in Hessen 2,1%) der Wählerstimmen konnte die **PDS** gegenüber der Europawahl 1999 ihr Ergebnis um 0,3% (in Hessen um 0,5%) verbessern und erneut in das Europäische Parlament einziehen. Damit stellt die **PDS** sieben der 99 deutschen Abgeordneten des Europaparlaments und somit einen mehr als bisher.

Die Europawahlergebnisse der **DKP** und der **PSG** waren dagegen politisch bedeutungslos. Beide erzielten bundesweit jeweils 0,1% der Wählerstimmen, in Hessen erreichte die **DKP** 0,2% und die **PSG** 0,1%.

Ein ausführlicher Bericht zum Thema „Ergebnisse extremistischer Parteien in Hessen bei der Europawahl 2004“ ist im Internet auf der Homepage des LfV Hessen unter „www.verfassungsschutz-hessen.de“ eingestellt.



Wiedereinzug
der PDS ins
Europaparlament

Linksextremistische Einflussnahme auf die Friedensbewegung

Der bundesweit aktive, linksextremistisch beeinflusste **Bundesausschuss Friedensratschlag (BuFriRa)** mit Sitz in Kassel organisierte als Begründer der „Achse des Friedens“ bereits 2003 mehrere Demonstrationen und Kundgebungen gegen den Beginn des Krieges im Irak.

Seitdem wurden mehrfach Protestveranstaltungen gegen den Irak-Krieg und seine Folgen vom **BuFriRa** durchgeführt. Es kam daneben immer wieder zu Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen, die mehrheitlich von linksextremistischen Gruppen initiiert wurden. Schwerpunkte in Hessen waren dabei Kassel und Frankfurt am Main.

Schwerpunkt
Irak-Krieg

Nach dem Ende des Irak-Krieges ergänzten linksextremistisch beeinflusste Friedensgruppierungen ihre inhaltlichen Schwerpunkte. Neben der Aufarbeitung des Irak-



Kriege kamen im Berichtsjahr der „Sozialabbau“ in Deutschland und die neue EU-Verfassung als zentrale Themen hinzu. Der 20. März als erster Jahrestag des Kriegsbeginns wurde zum Aktionstag erklärt, an dem individuell ausgestaltete Protestaktionen durchgeführt werden sollten. Es fanden bundesweit in etwa 70 Städten Veranstaltungen statt, in Hessen u.a. in Kassel, Marburg und Wetzlar. In Frankfurt am Main zogen die Teilnehmer nach einer Auftaktkundgebung an der Hauptwache zum Generalkonsulat der USA, vor dem die Abschlusskundgebung stattfand. Es nahmen etwa 350 Personen an der Veranstaltung teil, darunter befanden sich Aktivisten des **BuFriRa** und der **DKP**. Insgesamt konnten am Aktionstag in Hessen weniger Personen mobilisiert werden, als die Veranstalter erwartet hatten.

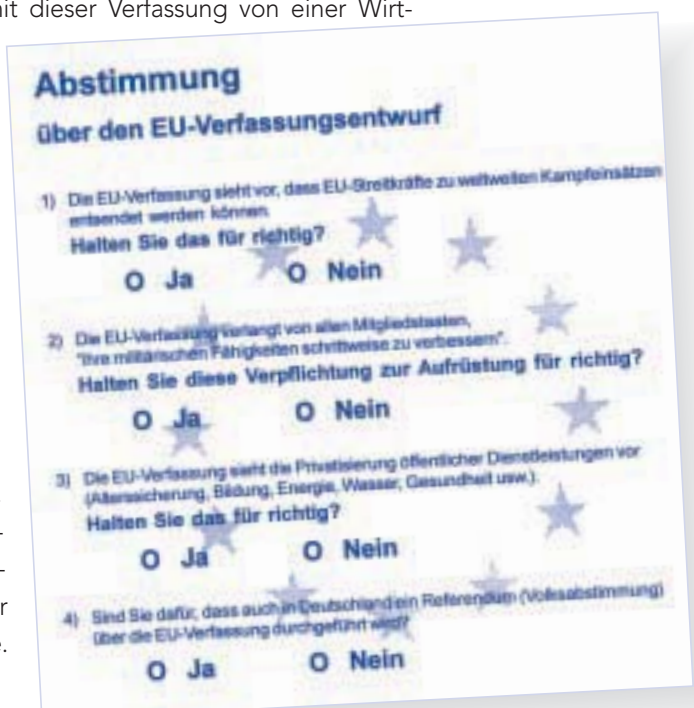
Unter dem Motto „Abrüstung statt Sozialabbau – Nein zum Krieg“ fanden in rund 70 Städten Ostermärsche statt. Bundesweit demonstrierten mehr als 10.000 Personen, wobei die Organisatoren deutlich weniger Teilnehmer als im Vorjahr mobilisieren konnten.

Die Organisation und Koordination der verschiedenen Veranstaltungen erfolgte, wie in den Jahren zuvor, vom Ostermarschbüro in Frankfurt am Main (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden) aus, das eng mit dem **BuFriRa** zusammenarbeitet. Die hessenweit bedeutsamste Veranstaltung fand in Frankfurt am Main statt und stand unter dem Motto: „Abrüstung statt Sozialabbau – Nein zum Krieg“. An den sechs Sternmärschen in die Innenstadt beteiligten sich rund 2.000 Personen. Zur Abschlusskundgebung fanden sich etwa 3.000 Teilnehmer ein. An dieser Veranstaltung nahmen auch Angehörige der **DKP** und der **PDS** teil. Der Ostermarsch in Kassel stand unter dem Motto: „Frieden, Abrüstung, soziale Sicherheit“. Es nahmen etwa 600 Personen daran teil. Unter den Teilnehmern befanden sich Aktivisten des **BuFriRa**, der **DKP** und der **PDS**.

Ostermärsche

Ein weiteres zentrales Thema für Linksextremisten in der Friedensbewegung war die EU-Verfassung. Diese wird, jedenfalls in der vorliegenden Form, vom **BuFriRa** abgelehnt, da sich nach seiner Auffassung die EU mit dieser Verfassung von einer Wirtschaftsgemeinschaft zu einem Militärbündnis entwickelt. Die Kritik an der EU schließt den Widerstand gegen die „Umwandlung der Bundeswehr in eine Interventionsarmee“ ein. Die **BuFriRa** gesteuerte **Friedens- und Zukunftswerkstatt** rückte daher am 1. September, dem Antikriegstag, die EU-Verfassung in den Vordergrund. Wegen dieses Themas initiierte der **BuFriRa** eine Abstimmung über die EU-Verfassung. Die Stimmzettel wurden an Informationsständen verteilt, konnten im Internet heruntergeladen und telefonisch angefordert werden. Die Resonanz war gering. Auch beim „Friedenspolitischen Ratschlag“, der von Mitgliedern des **BuFriRa** am 4. und 5. Dezember in Kassel organisiert und durchgeführt wurde, war die Ablehnung der EU-Verfassung in der derzeitigen Form erneut die zentrale Kernaussage.

Widerstand gegen EU-Verfassung



Linksextremistische Einflussnahme auf die Globalisierungsgegner und den Protest gegen Sozialabbau

Der Verfassungsschutz beobachtet nicht die überwiegend friedlich eingestellten Globalisierungskritiker oder die demokratische Bewegung gegen Sozialabbau. Sein Augenmerk gilt extremistischen Kräften, die als Angehörige dieser Gruppen bei Aktivitäten dieser Bündnisse ihre verfassungsfeindlichen Ziele verfolgen.



Linksextremistische Globalisierungsgegner fordern ein grundsätzliches Infragestellen der bestehenden Strukturen und Werte, die vollständige Befreiung des Individuums von den Zwängen des Systems. Angriffsziele dieser Aktivisten sind supranationale Organisationen, Konferenzen und internationale Konzerne, das heißt die in ihren Augen etablierten Strukturen, die es zu überwinden gilt. Die gewaltbe-

reiten Globalisierungsgegner wollen an die Antiimperialismusbewegung der 70er Jahre anknüpfen und „altrevolutionäre“ mit „modernen“ Vorstellungen autonomer Gruppen verbinden. Sie halten die Anwendung von Gewalt zur Erreichung ihrer politischen Ziele für notwendig und legitim.

Linksextremisten in der Bewegung gegen Sozialabbau sehen ebenfalls in dem „herrschenden System“ die Ursachen für wirtschaftliche Fehlentwicklungen, Arbeitslosigkeit und „leere Sozialkassen“. So führt die **DKP** Hessen auf ihrer Homepage zu diesem Thema aus:

„Sicherung von Rohstoffen ‚bis an den Hindukusch‘“

„Der deutsche und damit der EU-Imperialismus schöpft die materiellen Werte ab mit dem Ziel der Expansion, mit dem Ziel der Sicherung von Rohstoffen, bis an den Hindukusch[...] So stellt sich der Weg zur ‚Agenda 2010‘ mit Hartz-Steinen gepflastert dar: Bis 2010 soll alles abgeschlossen sein. Hier zeigt sich der Sinn der ‚Agenda 2010‘: Rüstung und Sozialabbau. Deutsch-Europa will eine weltweite Führungsrolle“.

Neben der **DKP** beteiligten sich Aktivisten des **BuFriRa**, der **PDS**, der **MLPD**, der **SAV** und Personen aus der autonomen Szene an der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen, die sich mit dem Thema „Sozialabbau“ beschäftigten.

Folgende Veranstaltungen sind zu erwähnen:

Demonstrationen gegen Sozialabbau

- ➔ Am 2. April riefen Frankfurter **Autonome** zu einer Demonstration mit Kundgebung zum Thema: „Protest gegen Sozialabbau – Agenda 2010 kippen“ in Frankfurt am Main auf. Nach der Auftaktkundgebung an der Katharinenkirche zogen die etwa 230 Demonstranten durch die Frankfurter Innenstadt.
- ➔ In der Presse und im Internet unterstützte der **BuFriRa** Aufrufe zur Teilnahme an Demonstrationen gegen „Sozialabbau“ in Berlin, Köln und Stuttgart am 3. April. Etwa 100.000 Personen nahmen an der Veranstaltung in Stuttgart teil, darunter auch Personen aus dem linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Spektrum.

„Heißer Herbst“ 2004

Die bundesweite „Herbstkampagne 2004“ war eine Aktionsform der Protestbewegung gegen „Sozialabbau, die sich als breites, lockeres Bündnis von Parteien und

Gruppierungen, darunter auch einigen Linksextremisten, versteht. In Hessen versuchten insbesondere Linksextremisten, die verschiedenen Aktionen im Rahmen des „Heißen Herbstes“ für ihre Zwecke zu instrumentalisieren:

- ➔ Bereits im August kam es unter dem Stichwort „Montagsdemonstrationen“ u.a. in Darmstadt, Frankfurt am Main, Marburg und Kassel zu Aufmärschen und Kundgebungen. Diese Demonstrationen werden von Linksextremisten als Möglichkeit gesehen, Aufmerksamkeit für die eigenen Ziele zu gewinnen. So traten oftmals bekannte Linksextremisten aus dem dogmatischen Bereich für nichtextremistische Bündnisse als Anmelder von Demonstrationen in Erscheinung. Weiterhin wurden Versuche unternommen, durch Aufrufe und Mobilisierung zu den diversen Veranstaltungen, Sympathisanten oder neue Mitglieder zu gewinnen.
- ➔ In Kassel bildete sich unter Beteiligung von **MLPD**-Anhängern am 16. August nach offizieller Beendigung der Veranstaltung ein unangemeldeter Demonstrationzug durch die Innenstadt.
- ➔ In Darmstadt beteiligten sich am 23. August 30 Personen der **Antifa** als „schwarzer Block“ an der Kundgebung und starteten ebenfalls nach Abschluss der Veranstaltung einen unangemeldeten Demonstrationzug.
- ➔ Am 18. September fand in Frankfurt am Main das „1. Hessische Sozialforum“ statt. Dieses diente u.a. der weiteren Vorbereitung der sogenannten „Herbstkampagne 2004“. Es nahmen etwa 150 Personen teil, darunter Angehörige der **PDS**, **DKP** und des linksextremistisch beeinflussten Spektrums. Die vom **BuFriRa** gesteuerte **Friedens- und Zukunftswerkstatt** war maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung beteiligt. Zum Abschluss fand am 18. September eine Demonstration gegen „Sozialkahlschlag“ statt, die mit etwa 400 Personen begann und mit einer Kundgebung auf dem Opernplatz mit rund 500 Teilnehmern endete.

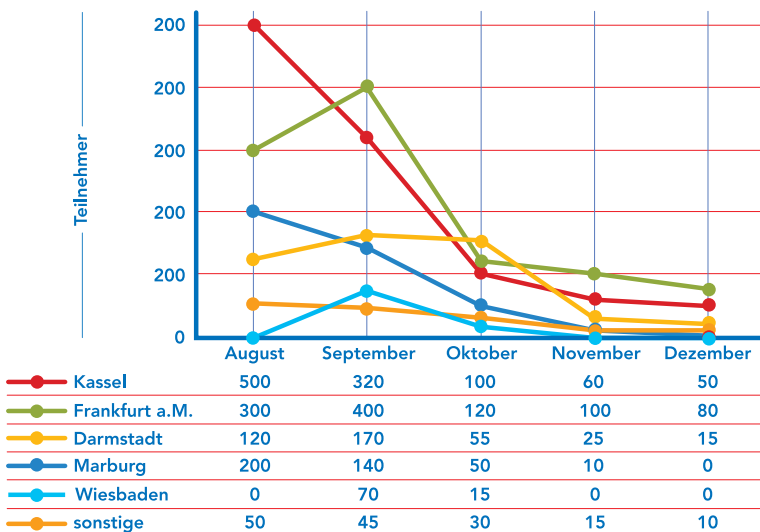


1. Hessisches Sozialforum

Die „Montagsdemonstrationen“ wurden unter Mitwirkung von Linksextremisten bis zum Jahresende kontinuierlich in Hessen durchgeführt, wobei u.a. die **Friedens-**

und Zukunftswerkstatt, die **PDS** und die **MLPD** als Anmelder und Organisatoren auftraten. Zu Beginn der „Montagsdemonstrationen“ Mitte August war ein starker Anstieg der Teilnehmerzahlen zu verzeichnen, bspw. nahmen in Frankfurt am Main und Kassel jeweils zwischen 400 und 800 Personen, in Darmstadt und Marburg zwischen 100 und 250 Personen an den Veranstaltungen teil. Ab Ende September konnten immer weniger Teilnehmer für diese Demonstrationen mobi-

Teilnehmerzahlen der Montagsdemonstrationen



liert werden. Im Dezember nahmen an den Veranstaltungen in Frankfurt am Main und Kassel nur noch 50 bis 100 Personen teil; in Darmstadt und Marburg wurden die Demonstrationen mangels Teilnehmer im Dezember eingestellt.

An einer Veranstaltung gegen die Arbeitsmarktreform der Bundesregierung am 2. Oktober in Berlin befanden sich unter den etwa 45.000 Teilnehmern auch Linksextremisten. 150 Angehörige militanter linksextremistischer Gruppierungen warfen Farbeier auf eine VW-Niederlassung. Die **MLPD** organisierte am 3. Oktober den sogenannten „Sternmarsch nach Berlin“ an dem etwa 4.000 Personen teilnahmen.

*bundesweite Groß-
demonstrationen
gegen Sozialabbau*

Die beiden aufeinander folgenden Demonstrationen entstanden, weil die **MLPD** in dem Bündnis gegen Sozialabbau, welches die andere Veranstaltung organisierte, eine Vormachtstellung einnehmen wollte, die ihr die Mehrzahl der anderen Beteiligten nicht einräumen wollte. Dem Bündnis ist es jedenfalls im Rahmen dieser Veranstaltung gelungen, die **MLPD** entsprechend auszugrenzen.

Am 6. November fand eine Großdemonstration unter dem Motto: „Gegen Sozialraub, Agenda 2010 und Hartz IV“ in Nürnberg statt. Während der Veranstaltung bildeten rund 1.000 der ungefähr 7.000 Teilnehmer einen „antikapitalistischen Block“.

Am 17. November, dem dezentralen bundesweiten Aktionstag gegen Sozialabbau, sollten auf lokaler Ebene einzelne Aktionen geplant und durchgeführt werden. In Hessen konnten sich die verschiedenen Gruppierungen schon auf dem „1. Hessischen Sozialforum“, welches der Vorbereitung des „Heißen Herbsts“ dienen sollte, nicht einigen, in welcher Form der Protest gegen „Hartz IV“ am 17. November stattfinden sollte. Eine größere Aktion konnte daher nicht umgesetzt werden. Es gab einzelne Demonstrationen gegen „Sozialabbau“, an denen sich auch Linksextremisten beteiligten.

*3. Europäisches
Sozialforum*

Unter Beteiligung mehrerer linksextremistischer Organisationen Europas fand vom 14. bis 17. Oktober in London das 3. Europäische Sozialforum statt. Aus Hessen nahmen Aktivisten des **BuFriRa**, der **DKP** und von **Linksruck** teil. An der Abschlusskundgebung beteiligten sich etwa 70.000 Personen. Verschiedene linksextremistische Gruppen, auch aus Hessen, kündigten in Nachgang an, dass sie zukünftig ihren Beitrag dazu leisten wollen, die internationale, regionale und örtliche Sozialforumsbewegung zu stärken.

LINKS
EXTREMISMUS

AUTONOME

Aktivist:innen:	In Hessen rund 350 , bundesweit rund 5.500
Regionale Schwerpunkte:	Frankfurt am Main, Südhessen, Gießen, Hanau, Kassel, Marburg, Wiesbaden
Publikationen (Auswahl):	Swing (Erscheinungsweise zweimonatlich) Interim (Erscheinungsweise vierzehntägig)

Autonome bekämpfen die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Staat, um stattdessen eine herrschaftsfreie Gesellschaft zu errichten, in der sie in „absoluter Unabhängigkeit“ leben können. Das politische System in der Bundesrepublik Deutschland soll durch die „Selbstverwirklichung“ des Einzelnen im Kampf gegen das „Schweinesystem“ zerschlagen werden. Ihnen werden Gruppen und Personen zugeordnet, die weder über feste organisatorische Strukturen noch über ein gemeinsames

ideologisches Konzept verfügen. Sie folgen verschwommenen anarchistischen und sozialrevolutionären Vorstellungen und vertreten teilweise ein marxistisches Weltbild. **Autonome** fühlen sich als eine Basisbewegung. Sie wollen die „direkte Demokratie“ praktizieren. Ihre „phantasievollen“ Aktivitäten umfassen die Beteiligung an Demonstrationen, Farbschmierereien, Steinwürfen bis hin zu Brand- und Sprengstoffanschlägen. Bei der Wahl des Angriffsziels und der Aktionsform bemühen sich **Autonome** stets um Vermittelbarkeit. Gemeinsam ist allen **Autonomen** eine Gewaltbereitschaft, die anlassbezogen in Gewalt umschlagen kann. Derzeit wird nur von Teilen der autonomen Szene auch Gewalt gegen Personen nicht ausgeschlossen.

Ziele der
Autonomen



Zur Kommunikation bedienen sich **Autonome** der Möglichkeiten des Internets. Darüber hinaus nutzen sie bewährte Szenepublikationen zum Austausch von Informationen und Diskussionsbeiträgen, die aber mehrheitlich unter Finanzproblemen und rückläufiger Mitarbeit leiden. Daneben sind weiterhin Infoläden und Szenetreffen von Bedeutung. Hier werden gerade vor Demonstrationen letzte Absprachen in Bezug auf die Durchführung von Veranstaltungen getroffen; für die Dauer der Veranstaltung sind Kontaktstellen eingerichtet, bei denen Demonstranten Rechtsberatung, aber auch Informationen über den Ablauf von Demonstrationen erhalten können. In diesem Zusammenhang war, wie bei anderen linksextremistischen Gruppen, verstärkt festzustellen, dass auch **Autonome** je nach Thema versuchen, gerade Personen und Gruppen einzubeziehen, die zwar politisch interessiert, aber nicht extremistisch aktiv sind. Daneben planen **Autonome** Aktionen, in die diese Personen und Gruppen nicht eingebunden werden, in geheimen, auf einen kleinen Personenkreis begrenzten Treffen. Es ist wahrscheinlich, dass bei solchen Zusammenkünften auch Absprachen für die Durchführung von Straf- und Gewalttaten getroffen werden. Im Rahmen einer Kampagne gegen eine Drogeriekette kam es auch im Rhein-Main-Gebiet zu Sachbeschädigungen an mehreren Geschäftsräumen dieser Firma. Schwerpunkte stellten Aktionen gegen Veranstaltungen von tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextre-

Kommunikations-
wege

misten sowie die Beteiligung an Kundgebungen gegen weitere Kürzungen im Sozialbereich, insbesondere „Hartz IV“, dar. Darüber hinaus spielte auch das Thema Globalisierung noch eine Rolle.

Autonome haben ihren größten Rückhalt in den Hochschulstädten. Bundesweit haben sich zahlreiche Gruppen gespalten oder aufgelöst, Hintergrund waren Streitigkeiten über die ideologische Ausrichtung, aber auch mangelnde Beteiligung der Gruppenmitglieder. In Hessen war hiervon in geringerem Umfang lediglich der Bereich des autonomen „Antifaschismus“ betroffen.

Autonome versuchen, die von ihnen selbst seit Jahren als mangelhaft beklagte Organisation, die ihre Aktionsfähigkeit immer stärker einschränke, durch sogenannte Vernetzungstreffen zu verbessern. Unter der Bezeichnung „Autoorganisation“ fand deshalb u.a. in Berlin im April eine Kongress- und Aktionswoche statt, an der auch Aktivisten autonomer Strukturen aus Hessen beteiligt waren.

Vernetzungs-
bemühungen

Schwerpunktthema dieses Treffens war die Diskussion über Bestand und Aufbau selbstverwalteter Projekte und deren zukünftige Vernetzung. Die Aktivisten wollen damit ihren politischen Anspruch auf Selbstverwaltung und Herrschaftsvermeidung verwirklichen. Infoläden und „unabhängige Medien“ stellten nicht nur „Gegenöffentlichkeit“ her, sondern dienten auch der Vernetzung unterschiedlicher Projekte. Da die Gesellschaft immer unsozialer und repressiver werde, sei der „Kampf für den Erhalt linker Strukturen wichtiger Teil linker Politik“. Im Rahmen der Kongress- und Aktionswoche, an der sich rund 350 Personen beteiligten, kam es zur Besetzung einiger leerstehender Objekte in Berlin. Allerdings ist bisher nicht erkennbar, dass der Versuch, einen Ausgangspunkt für eine Vernetzung der autonomen Szene zu schaffen, zu einer besseren Organisation autonomer Gruppierungen geführt hat.

Autonome beteiligten sich auch an den Protesten gegen die 40. Sicherheitskonferenz vom 6. bis 8. Februar in München. An einer Demonstration nahmen rund 5.000 Personen teil; darunter bis zu 400 **Autonome** aus dem gesamten Bundesgebiet, die einen „schwarzen Block“ bildeten. Ausschreitungen konnten durch massiven Polizeieinsatz verhindert werden. Die Beteiligung von **Autonomen** an den Kundgebungen zum 1. Mai waren in Hessen rückläufig. In Berlin wurden die Veranstaltungen allerdings erneut von schweren Ausschreitungen begleitet. Schwerpunkt für die autonome Szene war eine unter dem Motto „Unsere Agenda heißt Widerstand – Zusammen kämpfen gegen Sozialterror und imperialistisches Morden“ durchgeführte Demonstration, an der sich etwa 2.400 **Autonome** beteiligten. Auch hier gelang es der Polizei, durch ein entsprechendes Einsatzkonzept Sachbeschädigungen in dem Ausmaß der Vorjahre zu verhindern.

Teilnahme an
Kundgebungen

Das Thema Globalisierung war für **Autonome** weiter von Bedeutung, wobei die Beteiligung deutscher Aktivisten an Aktionen gegen Veranstaltungen im Ausland nachgelassen hat. In Davos (Schweiz), wo das Weltwirtschaftsforum vom 21. bis 25. Januar tagte, kam es zu mehreren Protestveranstaltungen. Diese waren teilweise von gewalttätigen Ausschreitungen begleitet, bei denen erheblicher Sachschaden verursacht wurde.



Autonome diskutieren seit Jahren über die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Die Differenzen über die im Bereich der autonomen Szene allgemein akzeptierte Gewalt gegen Sachen und die im Bereich der „antifaschistischen“ Gruppen abgelehnte Gewalt gegen Personen will man damit überwinden und Strukturen schaffen, mit denen der militante Kampf gegen den Staat effektiver geführt werden kann. Initiator dieser Diskussion ist die im Raum Berlin auch mit Anschlägen auftretende **militante Gruppe**, die die Berliner Szenepublikation **Interim** als Forum hierfür verwendet. Ein Ende dieser Diskussion ist noch nicht abzusehen.

Gewaltbereitschaft



„Antifaschismus“

Der Themenbereich „Antifaschismus“ behielt seine herausgehobene Bedeutung. Da Linksextremisten den Kampf gegen „Rechts“ mit dem Kampf gegen das „Ganze“, das heißt gegen den demokratischen Rechtsstaat gleichsetzen, richtet sich der

Faschismusvorwurf der Linksextremisten auch gegen die Bundesrepublik Deutschland und ihre Vertreter bzw. Repräsentanten; die Wurzeln des Faschismus werden in der „bürgerlich kapitalistischen Klassengesellschaft“ gesehen. Demokratie und Faschismus, so **Autonome**, sicherten die Macht des Kapitals. „Antifaschismus“ wird so instrumentalisiert, um die Revolution voranzutreiben.

Außerdem bietet das Thema „Antifaschismus“ die Möglichkeit, Bündnisstrukturen innerhalb der linksextremistischen Szene und darüber hinaus zu bilden, da sich Linksextremisten grundsätzlich zum „Antifaschismus“ bekennen. Speziell in Südhessen

Bündnisse

konnten sogar teils überregionale „Zweckbündnisse“ mit anderen „antifaschistischen“ Gruppen festgestellt werden. Diese wurden zumindest in den meisten Fällen mit dem Ziel eingegangen, gemeinsam größere Teilnehmerzahlen mobilisieren zu können.

Die bundesweiten Spaltungstendenzen innerhalb der autonomen und „antifaschistischen“ Szene trafen in Hessen nur die **Autonome Antifa Kassel**, die daraufhin ihre Auflösung erklärte. Anders verhielt es sich bei der **Antifa Bad Homburg**, die sich nach eigenen Angaben im Frühjahr auflöste. Ihre Mitglieder schlossen sich jedoch mit weiteren „Antifaschisten“ aus dem Rhein-Main-Gebiet zur **autonomen antifa (f)** zusammen und setzten ihre Aktivitäten unter dieser Bezeichnung fort. In dem auch im Internet eingestellten Text heißt es:

Spaltungstendenzen

„Da die Weltrevolution jedoch vorläufig noch nicht stattgefunden hat, wird das Projekt ‚alle Verhältnisse umzuwerfen...‘ (Karl Marx) in einem größeren Rahmen unter

dem Namen ‚autonome antifa (f)‘ weitergeführt[...]. Will die Linke[...] wieder in die Offensive kommen, so muß sie eine Revolution ins Rollen bringen[...]was nicht mehr und weniger heißt,[...] das Projekt des grundlegenden Umsturzes weiterzuführen“

In Hessen waren darüber hinaus folgende Ereignisse von Bedeutung:

Gegen fünf von dem hessischen **Neonazi** Manuel Mann in Gladenbach (Landkreis Marburg-Biedenkopf) bzw. Marburg organisierte Kundgebungen führten autonome „Antifaschisten“ unterschiedlich erfolgreiche Gegendemonstrationen durch.

→ Die erste Demonstration fand am 17. Januar in Gladenbach statt. Es kam zu einem Spontanaufzug von rund 80 Gegendemonstranten, darunter auch Linksextremisten.

→ Zu den nächsten Demonstrationen am 21. Februar in Gladenbach und Marburg hatten verschiedene Gruppen, darunter auch Linksextremisten, aufgerufen. In Gladenbach beteiligten sich mehrere 100 Personen an den verschiedenen Aktionen. Etwa 70 Personen blockierten im Verlauf der Demonstration eine Kreuzung auf dem vorgesehenen Marschweg der Rechtsextremisten in Gladenbach. Am Versammlungspunkt der **Neonazis** kam es zu teilweise massiven Auseinandersetzungen zwischen den Gegendemonstranten und der Polizei. Etwa 200 gewaltbereite Personen versuchten, die Polizeiabsperungen zu durchbrechen, um zu den Rechtsextremisten zu gelangen. Vereinzelt wurden Steine geworfen. An den Gegenveranstaltungen in Marburg nahmen insgesamt nur noch ungefähr 100 Personen teil.



Aktionen in
Gladenbach

→ Weitere Demonstrationen fanden am 17. April ebenfalls in Marburg und Gladenbach statt. Anders als zuvor mobilisierte die linksextremistische Szene diesmal nicht zu Protesten an den Aufmarschstrecken der Rechtsextremisten. Sie rief stattdessen unter dem Motto „Jetzt wird abmontiert! Nazizentrum Kirtorf dichtmachen!“ zu einer Demonstration am 17. April in Kirtorf (Vogelsbergkreis) auf. Die Linksextremisten wollten nicht wie bei den vorangegangenen Demonstrationen auf die **Neonazis** reagieren und nach Gladenbach fahren, sondern „mit selbstgewählten und bestimmten Aktionen die Politik des Wegschauens und Ignorierens angreifen“. Von der Versammlungsbehörde wurde die Demonstration der Linksextremisten verboten. Dennoch versuchten einige von Ihnen nach Kirtorf zu gelangen, was die Polizei verhinderte. Wie sich auch aus Nachbetrachtungen im Internet ergibt, waren die **Autonomen** selbst von der Durchführung der über Wochen vorbereiteten Veranstaltung enttäuscht.

„Jetzt wird
abmontiert!
Nazizentrum Kirtorf
dichtmachen!“

→ Eine weitere Demonstration der **Neonazis** in Gladenbach fand am 17. Juli statt. Mobilisierungsversuche des linksextremistischen Spektrums zu einer Gegendemonstration blieben weitestgehend aus. Dennoch demonstrierten etwa 90 Personen in Gladenbach gegen den Aufzug der Rechtsextremisten, darunter befanden sich auch 30 **Autonome**.

➔ Die letzte Kundgebung des **Neonazis** Mann in Gladenbach fand am 23. Oktober statt. Die linksextremistische Szene schenkte ihr allerdings nur noch geringe Beachtung, Mobilisierungsversuche der Autonomen im Vorfeld der Demonstration konnten nicht festgestellt werden. Lediglich die **PDS**, die zum Demonstrationszeitpunkt einen Informationsstand in der Marburger Innenstadt betrieb, rief zu einer spontanen Gegendemonstration auf. Diesem Aufruf folgten rund 60 Personen.

Die südhessische „antifaschistische“ Szene war Anmelderin bzw. Veranstalterin von zwei Protestaktionen. Die erste Demonstration fand am 24. April in Aschaffenburg (Bayern) statt. Sie wurde von einem Aktivisten der hessischen **Antifaschistischen**

Aktion Weschnitztal angemeldet. Die Demonstration hatte das Motto: „Nazistrukturen den Nährboden entziehen – Für revolutionären Antifaschismus“. Den Aufruf für diese Demonstration unterstützten linksextremistische Gruppen aus Südhessen sowie Bayern und Baden-Württemberg, es beteiligten sich etwa 400 Personen. In der Nacht vor der Kundgebung wurde auf ein Lokal, das für diese Veranstaltung geworben hatte und eine „Volxxküche“ anbot, ein Anschlag mit vermutlich rechtsextremistischem Hintergrund verübt. Eine Scheibe des Lokals wurde eingeschlagen und Tausende von Fliegenmaden in das Lokal geschüttet. Die Veranstaltung am 8. Mai in Heppenheim (Kreis Bergstraße), an der sich 70 bis 80 Linksextremisten wiederum aus Hessen, Baden-Württemberg und Bayern beteiligten, wurde von einem Aktivisten der **Antifaschistischen Initiative Heidelberg** angemeldet. Sie beschäftigte sich mit der „Kapitulation der deutschen Wehrmacht und rechten Putzaktionen an den Kriegsdenkmälern“. Im Vorfeld war es im Bensheimer Vorort Hochstädten (Kreis Bergstraße) durch Linksextremisten zu

Aktivitäten in
Südhessen



Sachbeschädigungen an einer durch Angehörige der rechtsextremistischen Szene angemieteten Lagerhalle gekommen.

Da in den Vorjahren Rechtsextremisten in Frankfurt am Main Demonstrationen angemeldet hatten, wurden für den diesjährigen 1. Mai eine Vielzahl von Kundgebungen und Veranstaltungen unter Beteiligung von **Linksextremisten** beim Ordnungsamt angemeldet, um einen solchen Aufzug von Rechtsextremisten im Frankfurter Stadtgebiet durch eine Reduzierung verbliebener „Aufmarschstrecken“ zu unterbinden. Ein Großteil dieser Veranstaltungen fand nicht statt, da die Rechtsextremisten ihre Demonstrationen nicht durchführten.

1. Mai-Aktionen

Eine Kundgebung der „antifaschistischen“ Szene Hanau fand am 10. Juli in Bruchköbel (Main-Kinzig-Kreis) statt. Sie stand unter dem Motto: „Rechte Strukturen zerschlagen!“. Die Veranstaltung wurde u.a. von einer autonomen Gruppe aus Hanau initiiert, wobei auch im Internet zur Teilnahme aufgerufen wurde. Es nahmen etwa 150 Personen vorwiegend aus dem linksextremistischen Spektrum an der Demonstration teil.

„Rechte Strukturen
zerschlagen!“

Die **Autonomen** wollten auf die ihrer Auffassung nach in Bruchköbel existierenden „rechten Strukturen“ aufmerksam machen und die Bürger mobilisieren, etwas dagegen zu tun. Sie griffen im Internet den Bürgermeister von Bruchköbel und die Polizei

an, da diese die Existenz „rechter Organisationen“ vor Ort leugnen würden. Eine vergleichbare Veranstaltung hatte bereits 2003 stattgefunden. Es ist davon auszugehen, dass Bruchköbel weiterhin ein Aktionsfeld der „antifaschistischen“ Szene Hanau bleiben wird.

In Reichenbach und in Bensheim-Hochstädten (beide Kreis Bergstraße) kam es am 15. August zu einer Demonstration anlässlich eines Aufmarsches von etwa 25

Rechtsextremisten. An der links-extremistischen Gegenveranstaltung nahmen etwa 150 Personen teil, darunter auch Personen aus Baden-Württemberg. Bemerkenswert war die vorhandene Gewaltbereitschaft einiger Demonstrationsteilnehmer, die in einem Gebüsch nahe der Demonstrationsstrecke ein Depot mit einer brennbaren Flüssigkeit und 18 Schuss Leuchtmunition angelegt hatten. Die Gegenstände wurden von der Polizei jedoch rechtzeitig sichergestellt. Es wurden fünf Personen aus dem linksextremistischen Bereich vorübergehend festgenommen.

In Heppenheim (Kreis Bergstraße) wurde am 28. August eine weitere

Demonstration gegen eine rechtsextremistische Kundgebung durchgeführt. Anmelder dieser Veranstaltung war ein bekannter Aktivist der linksextremistischen Szene Bergstraße. Die rechtsextremistische Demonstration verzeichnete rund 75 Teilnehmer, an der linksextremistischen Gegenveranstaltung nahmen etwa 130 Personen teil. Hierunter waren ungefähr 50 gewaltbereite **Autonome**, die sowohl aus Hessen als auch aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland kamen. Die Polizei nahm bei dieser Demonstration neun Personen fest, die Waffen bzw. waffenähnliche Utensilien mit sich führten, gegen das Vermummungsverbot verstießen sowie Widerstand leisteten. Von einer Gewaltbereitschaft dieses Personenkreises ist daher auszugehen. Durch die Polizei wurden größere Auseinandersetzungen verhindert. Aus Anlass eines für den 3. Oktober in Heppenheim (Kreis Bergstraße) angemeldeten Aufzuges von Rechtsextremisten fand eine Gegendemonstration mit dem Thema: „Naziaufmarsch in Heppenheim verhindern!“. Unter den rund 300 Personen befanden sich ungefähr 100 **Autonome**.

Demonstrationen in Heppenheim





Den Abschluss einer „antifaschistischen“ Veranstaltungsreihe bildete eine Demonstration mit Kundgebung zum Thema: „rechte Strukturen in Südhessen“ am 4. Dezember in Darmstadt. Die Organisatoren konnten noch einmal 160 Teilnehmer mobilisieren.

Im Herbst veröffentlichte die **autonome antifa (f)** im Internet einen Text mit dem Titel: „redefine resistance“. Der Text richtet sich u.a. gegen „Sozialabbau“, „Geschichtsrevisionismus“ und „Sicherheitswahn“. Gleichzeitig wur-

de zu einer Demonstration unter dem gleichen Motto am 30. Oktober in Frankfurt am Main aufgerufen. Von den insgesamt rund 250 Teilnehmern verummten sich zu Beginn der Demonstration etwa 100 Personen. Aus diesem Kreis wurden Feuerwerkskörper in Richtung der Polizeikräfte geworfen.

Besonders intensiv agierte die **autonome antifa (f)** sowohl in ihren Texten als auch in ihren Aktionen gegen den Bund der Vertriebenen (BdV), so am 12. September gegen dessen Vorsitzende zum „Tag der Heimat“ in Frankfurt am Main. Dem Aufruf der **autonomen antifa (f)** zu einer Gegendemonstration folgten etwa 50 Personen, die mit Plakaten, Pfiffen und lauter Musik gegen den BdV demonstrierten. Bereits am 19. Juni hatten rund 10 Personen der linksextremistischen Szene in Südhessen versucht, eine Veranstaltung des BdV-Landesverbandes Hessen zu stören, an der auch Ministerpräsident Koch teilnahm.

autonome antifa (f)

LINKS
EXTREMISMUS

„Antirassismus“

Ideologische Aspekte

Die Aktionsfelder „Antirassismus“ und „Antifaschismus“ stehen im ideologischen Verständnis **Autonomer** in einem unmittelbaren Zusammenhang. Die Notwendigkeit, sich in Bezug auf diese Aktionsfelder zu engagieren, begründen Linksextremisten mit „systemimmanenten“ Klassengegensätzen sowie der Ausbeutung und der Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft. Dem demokratischen Rechtsstaat wird von **Autonomen** vorgeworfen, durch seinen „staatlichen Faschismus“ autoritäre Herrschaft zu stärken, individuelle Rechte zu beschneiden und seine „repressive“ Machtausübung zu legitimieren. Gerade in der aus Sicht von Linksextremisten ausgrenzenden und entrechtenden Ausländer- und Asylpolitik zeige sich die rassistische Grundausrichtung faschistischer Strukturen. Daher gehört „antirassistisches“ Handeln für Linksextremisten zum „antifaschistischen Kampf“.

Agitationsthemen

Agitationsthemen im „Antirassismus“ waren vorrangig die Asylpolitik und der Themenkreis der Abschiebungen. Ziel der Aktionen waren hauptsächlich Flughäfen und Fluggesellschaften, da diese nach Meinung der Linksextremisten gleich einem ausführenden Organ die beschlossenen Abschiebungen vollziehen. Dadurch sollte insbesondere erreicht werden, dass die Fluggesellschaften sich weigern, aufgrund des befürchteten Imageschadens Abschiebepassagiere zu befördern.

→ Am 31. Januar wurde eine Kundgebung im Rahmen des „Europäischen Aktionstages gegen die Internierung von MigrantInnen in Lagern und für die Legalisierung der MigrantInnen“ in Frankfurt am Main durchgeführt. Anmelder war ein seit Jahren in autonomen „antirassistischen“ Gruppen bekannter Aktivist. Das **autonome Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main** warb für diese Veranstaltung auch im Internet.

→ Am 2. Februar wurde eine von einer Aktivistin des **Aktionsbündnisses gegen Abschiebung Rhein-Main** angemeldete Mahnwache vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main durchgeführt. Anlass dieser Aktion war der Prozessbeginn gegen drei Beamte des Bundesgrenzschutzes, die an der Abschiebung eines Sudanesisen beteiligt gewesen waren, der 1994 im Verlauf der Abschiebung ums Leben kam.

→ In der Zeit vom 9. bis 18. März fand eine Protestaktion iranischer Asylsuchender in Frankfurt am Main statt. Unterstützerin dieser Aktion war die „antirassistische“ Gruppe **Initiative gegen Abschiebung**.

→ Im Mai wurde eine Veranstaltungsreihe zur dritten europäischen Konferenz des linksextremistisch beeinflussten Netzwerkes **peoples global action** durchgeführt. Veranstaltungsorte waren linksextremistische Szenetreffe in Frankfurt am Main, Darmstadt, Rüsselsheim (Kreis Groß-Gerau) und Hanau.

Anti-Lager- Action-Tour

→ Eine Anti-Lager-Action-Tour gegen Abschiebung und Ausgrenzung fand vom 20. August bis zum 5. September in mehreren Bundesländern, von der niederländischen bis zur polnischen Grenze, statt. Eine autonome Gruppe aus Hanau



gehörte zu den Organisatoren. Sie sollte eine Weiterentwicklung der bisher durchgeführten „antirassistischen Grenzcamps“ darstellen. In einem Flugblatt zu diesen Veranstaltungen heißt es:

„Wir wollen diese Fundamente der herrschenden Verhältnisse, die Zäune der Lager, die sichtbaren und unsichtbaren Grenzen untergraben, unser Wissen und unsere Erfahrungen im Widersetzen verknüpfen[...] Wir wollen neue Karten zeichnen. Landkarten des Widerstandes, die sichtbaren Zäune und Mauern aktiv angreifen, laut herunterreißen oder leise umschiffen, unterspülen, unterlaufen, uns nehmen, was wir brauchen[...] Auch die verantwortlichen PolitikerInnen und SchreibtischträgerInnen, die nutznießenden Unternehmen und Organisationen werden Ziele unseres Widerstandes sein“.



Linksextremisten in der Anti-Atom-Bewegung

Das Interesse von Linksextremisten an diesem Aktionsfeld blieb auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres. So wurden Transporte abgebrannter Brennelemente von deutschen Kernkraftwerken zur Wiederaufbereitung ins Ausland wiederum von sehr wenigen Protesten begleitet. Ebenso wurde der zunächst geplante Export von Anlagenteilen des Brennelementewerkes der Firma Siemens AG in Hanau nach China von extremistischen Gruppierungen kaum thematisiert.

Lediglich der vom 6. bis 9. November durchgeführte achte Castor-Transport aus der Wiederaufbereitungsanlage La Hague (Frankreich) in das Zwischenlager Gorleben (Niedersachsen) erlangte aufgrund seiner seit Jahren besonderen Bedeutung innerhalb der Anti-Atom-Bewegung verstärkte Aufmerksamkeit. Schwerpunkt war eine am 6. November in Dannenberg (Niedersachsen) durchgeführte Auftaktkundgebung. Unter den etwa 4.500 Teilnehmern befanden sich etwa 100 **Autonome** in einem „schwarzen Block“.

Castor-Transport

Im Vergleich zu den Vorjahren blieben militante Aktionsformen wie Anschläge gegen die Deutsche Bahn AG weitestgehend aus, obwohl sie im Vorfeld angekündigt worden waren. Grund hierfür dürfte die Betroffenheit über den Tod eines französischen Atomkraftgegners gewesen sein. Dieser war am 7. November in Frankreich von dem Transportzug überrollt worden.



Anarchismus

Anarchisten in Deutschland teilen sich im Wesentlichen auf in die **Graswurzelbewegung** und die **Freie ArbeiterInnen Union-Internationale Arbeiter Assoziation (FAU-IAA)**. Dem anarchistischen Bereich werden bundesweit etwa 500 Personen, in Hessen rund 40 zugerechnet. In Hessen gibt es anarchistische Aktivitäten im Rhein-Main-Gebiet und im Raum Gießen.

„Konzept des zivilen Ungehorsams“

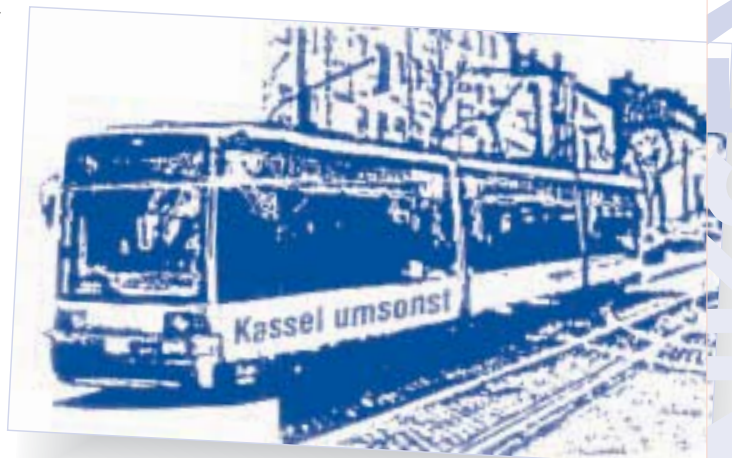
Die **Graswurzelbewegung** will durch den Aufbau einer „Gegenmacht von unten“ die bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zerstören. In ihrem Konzept des zivilen Ungehorsams wird zwar Gewalt gegen Personen abgelehnt, Gewalt gegen Sachen allerdings als Aktionsform akzeptiert. Das regelmäßig erscheinende Zentralorgan heißt **Graswurzelrevolution. Für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft (GWR)**.

„Graswurzelrevolution bezeichnet eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung, in der durch Macht von unten alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden sollen. [...] Wir streben an, daß Hierarchie und Kapitalismus durch eine selbstorganisierte, sozialistische Wirtschaftsordnung und der Staat durch eine föderalistische, basisdemokratische Gesellschaft ersetzt werden. [...] Unsere Ziele sollen [...] in unseren Kampf- und Organisationsformen vorweggenommen und zur Anwendung gebracht werden. Um Herrschafts- und Gewaltstrukturen zurückzudrängen und zu zerstören, setzen wir gewaltfreie Aktionsformen ein.“ (GWR 292, Oktober)

„direkte Aktion“

Die **FAU-IAA**, die in fast allen Bundesländern mit Gruppen und Kontaktadressen vertreten ist, versteht sich als anarchistische Organisation mit gewerkschaftlichem Anspruch: Der „Widerstand“ soll von Beschäftigten ausgehen. Als sozialrevolutionäre Bewegung will sie mit Mitteln der „direkten Aktion“, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks und Sabotage, eine „herrschaftsfreie und auf Selbstverwaltung“ begründete Gesellschaft erreichen. Die zweimonatlich erscheinende **Direkte Aktion** ist ihre wichtigste Publikation.

Aktivisten beider Strömungen engagierten sich zusammen mit anderen Linksextremisten bei Protesten gegen die „Agenda 2010“, gegen die Globalisierung und bei „antirassistischen“ und „antifaschistischen“ Veranstaltungen. In Hessen beteiligten sie sich unter dem Motto „Unsere Agenda heißt Widerstand – Kapitalismus abschaffen“ an Demonstrationen zum 1. Mai, dem aus ihrer Sicht „Tag der Ausgebeuteten und Unterdrückten“. Auch auf dem 27. Bundeskongress der Bundeskoordination Internationalismus (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden) in Kassel vom 20. bis 23. Mai traten Anarchisten in Erscheinung. Im Rahmen dieses Kongresses fand am 22. Mai ein „politischer Spaziergang“ unter der Bezeichnung „Kassel umsonst“ statt. In der Kasseler Innenstadt wurden von der spanischen Anarchistengruppe „Yomango“ (dt.: ich klaue) Kleidungsstücke vorgestellt, die sich besonders geeignet zur „Aneignung von Waren“ erwiesen haben sollen. Die Aktivitäten, bei denen auch rund 100 Personen ein Museum „umsonst“ besuchten, erreichten ihren Höhepunkt mit einer Aktion, bei der einige Aktivisten in ein Bekleidungsgeschäft eindrangten. Sie entwendeten dort mehrere Kleidungsstücke und verteilten sie anschließend an vor-



beigehende Passanten. Mehrere linksextremistische Publikationen berichteten ausführlich und positiv über die Gruppe „Yomango“ und über die Aktionen in Kassel.

Am 23. Juni begann vor dem Landgericht Gießen die Berufungsverhandlung gegen zwei Aktivisten der **Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen**. Diese wurde am 24. Juni ausgesetzt, da das Verfahren wegen zahlreicher Anträge der Verteidigung am ersten Sitzungstag in der vorgesehenen Zeit nicht hätte durchgeführt werden können. Die beiden Aktivisten waren am 15. Dezember 2003 vom Amtsgericht Gießen wegen vorsätzlicher Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Beleidigung zu einer neunmonatigen Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt worden. Ihnen wird vorgeworfen, in den Jahren 2002 und 2003 im Rahmen des von ihnen propagierten „Kreativen Widerstandes“ in Reiskirchen und anderen Orten durch neun selbständige Handlungen Sachbeschädigungen und weitere Straftaten begangen zu haben. Die neue Berufungshauptverhandlung ist ab dem 10. März 2005 terminiert.

*Projektwerkstatt
Reiskirchen-Saasen*

Nutzung von Kommunikationsmedien

Das Internet wird von Linksextremisten zur Kommunikation, Mobilisierung und Informationsverbreitung genutzt. Die Zahl der deutschsprachigen Homepages mit linksextremistischen Inhalten beläuft sich auf etwa 1.350. In Hessen sind mehr als 100 von Linksextremisten genutzte Seiten online. Die Tendenz ist steigend. Die „antifaschistischen“ Aktionsgruppen stellen das größte linksextremistische Potenzial im Internet dar und zielen darauf ab, den „antifaschistischen Widerstand“ zu organisieren.

*mehr als
100 Seiten online*

Insgesamt ist eine zunehmende Vernetzung linksextremistischer Organisationen, Parteien und Gruppen festzustellen. Linksextremisten stellen häufig Themen und Ereignisse auf sogenannten Kampagnenseiten ein. Hier wird gezielt zu Demonstrationen oder Aktionen aufgerufen und agitiert. So hatte z.B. die **autonome antifa (f)** auf ihrer Homepage einen ausführlichen Text „redefine resistance“ eingestellt und gleichzeitig zu einer Demonstration am 30. Oktober aufgerufen. Im Anschluss an die Aktion war die Seite nur noch vorübergehend erreichbar, inzwischen wurde sie aus dem Netz genommen.

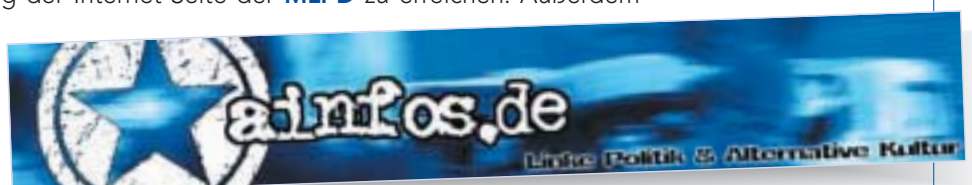
Kampagnenseiten

Die linksextremistischen Parteien präsentierten sich im Internet auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene. Die Homepage des **DKP**-Landesverbandes Hessen informierte aktuell und verwies direkt zu den dreizehn Bezirksverbänden und auf das Internet-Portal der **DKP**.

Die Seiten der **PDS** Hessen haben in ihrer Linkliste neben den zehn Kreisverbänden u.a. auch ihre parteinahe Jugendorganisation **[solid]**, sowie das Forum der Rosa-Luxemburg-Stiftung eingestellt. Die Funktionäre der **PDS** präsentierten sich mit eigenen Internet-Auftritten, die unter jeweiliger Verlinkung wieder auf die Hauptseite der **PDS** führen.

*linksextremistische
Parteien im Netz*

Die **MLPD** bot über kostenpflichtige Downloads ihre politischen Grundsätze und das Parteiprogramm an und warb mit ihren Slogans für den „echten Sozialismus“. Sowohl der Jugendverband **Rebell** als auch der parteinahe Frauenverband **Courage** waren über eine Verknüpfung der Internet-Seite der **MLPD** zu erreichen. Außerdem wurde ein moderiertes Diskussionsforum mit Beiträgen über den weiteren Weg der Gewerkschaften angeboten.



Linksextremistische Straftaten *

	2004**	2003	2002
Gewalttaten			
Tötung			
Hessen	0	0	0
Bund	0	0	0
Versuchte Tötung			
Hessen	0	0	0
Bund	0	1	0
Körperverletzungen			
Hessen	5	8	13
Bund	226	192	152
Brandstiftungen/Sprengstoffdelikte			
Hessen	0	3	4
Bund	31	36	35
Landfriedensbruch			
Hessen	3	2	5
Bund	144	118	124
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr			
Hessen	1	4	5
Bund	19	29	16
Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstandsdelikte			
Hessen	9	11	1
Bund	101	107	58
Andere Straftaten (insbesondere Sachbeschädigungen und Nötigung/Bedrohung)			
Hessen	31	73	9
Bund	919	976	752
Gesamt			
Hessen	49	101	37
Bund	1.440	1.459	1.137

* Die Zahlen entstammen der Statistik politisch motivierte Kriminalität (PMK) des Bundeskriminalamtes sowie des Hessischen Landeskriminalamtes. Anzumerken ist, dass dort nicht jede politisch motivierte Straftat als extremistisch bewertet wird.

* * Die Angaben für 2004 sind nur vorläufig.

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Das LfV ist seit dem 8. Mai 2002 gesetzlich mit der Beobachtung von Bestrebungen und Tätigkeiten der **Organisierten Kriminalität (OK)** beauftragt. Dieser Auftrag ist die Grundlage für ein langfristiges Konzept des hessischen Verfassungsschutzes, dessen Erfolg auch von einer gemeinsamen Struktur aller Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland abhängt.

Seit 1994 beobachtet das LfV Bayern die **OK**. Neben dem LfV Hessen sind die Landesbehörden für Verfassungsschutz im Saarland, in Thüringen und in Sachsen zwischenzeitlich mit der Beobachtung dieses Phänomens beauftragt. Die enge, gemeinsame Fallbearbeitung sowie Technik- und Observationsunterstützung sind mittlerweile Routine. Ein konsequenter und rascher Datenaustausch im Verbund der Verfassungsschutzämter ermöglicht eine effiziente Bearbeitung der **OK**.

Zusammenarbeit der Behörden

Die kriminellen bzw. kriminell verfassungsfeindlichen Strukturen der **OK** zudem machen eine enge Zusammenarbeit des LfV mit der Polizei sowie den Staatsanwaltschaften erforderlich. Entsprechende Vereinbarungen wurden in Hessen inzwischen getroffen.

Nach der in § 2 Absatz 3 Buchstabe d des Gesetzes über das LfV aufgeführten Definition handelt es sich bei dem Beobachtungsfeld **OK** um die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig tätig werden

Definition

- ➔ unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
- ➔ unter Verwendung von Gewalt oder durch entsprechende Drohung oder
- ➔ unter Einflussnahme auf Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft.

Die Beobachtung der **OK** erfolgt dabei im Vorfeld unterhalb der Schwelle ausschließlich krimineller Handlungen, und unterscheidet sich somit von der Bearbeitungsnotwendigkeit dieses Themenbereiches durch die Strafverfolgungsbehörden Polizei, Bundesgrenzschutz, Zoll und Staatsanwaltschaft, die dem Legalitätsprinzip verpflichtet sind.

Dies führte zu einer Vielzahl von Verdachtsansätzen, die sehr schnell in ein mehr oder weniger großes Netzwerk gleichgelagerter, beobachtungswürdiger Sachverhaltskomplexe führen können.

Der vor Beginn der **OK**-Bearbeitung vermutete nachrichtendienstliche Ansatz hat sich ebenfalls weiter verfestigt. In den Staaten des ehemaligen kommunistischen Machtbereiches und auch der GUS-Staaten bestehen eine Vielzahl von Strukturen der **OK**. Sie konnten und können sich teilweise unter Mitwirkung der dortigen Nachrichtendienste entwickeln. Insbesondere deren ehemalige Mitarbeiter haben Wissen, Erfahrung und Methodik zur Verfügung gestellt.

Nachrichtendienstliche Einflüsse

Neben Spionageaspekten werden zunehmend Vorgänge mit ausländerextremistischen Ansätzen in die Bearbeitung genommen, neuerdings verbunden auch mit Aspekten des islamistischen Terrorismus. Hierbei handelt es sich um ein Arbeitsfeld, das zwar strukturelle Ähnlichkeiten und Vorgehensweisen beinhaltet, aber dennoch gegensätzlich ist. **Organisierte Kriminalität** ist in der Regel ideologiefrei und verfolgt überwiegend wirtschaftliche Ziele. Die Bearbeitung des islamistischen Terrorismus hat absolute Priorität auch in den Verfassungsschutzbehörden. Durch das konkret existie-

rende Überschneidungspotential mit den langfristig angelegten Beobachtungsfeldern der **OK** kommt diesem Aufgabenbereich bei notwendiger ganzheitlicher Betrachtung dauerhaft eine enorme Bedeutung zu.

Schwerpunkte

In der Einzelfallbearbeitung des LfV tauchen immer wieder die Deliktkomplexe Rauschgift – mehrere Vorgänge wurden an die Polizeibehörden abgegeben, der bestätigende **OK**-Bezug ist noch offen –, Schleusungskriminalität, illegale Waffenbeschaffung und Falschgeldhinweise auf. Allen Vorgängen gemein ist der enge Bezug zum milieugeprägten Nachtleben.

Dabei ist es in den letzten Monaten gelungen, Themenbereiche aufzuarbeiten, die erste Einblicke auch in Sachverhalte zulassen, die von ethnischen Minderheiten getragen, wenn nicht dominiert werden.

Weitere Arbeitsfelder stellen dar:

- ➔ Rocker-Organisationen mit extremistischer Verbindung
- ➔ türkische Gruppierungen und Extremismus
- ➔ italienische Mafiaansätze
- ➔ Ethnien des Balkans und deren Einfluss auf die **OK** in Hessen
- ➔ illegale Geldströme in Hessen und **OK**-Bezug zum Extremismus, insbesondere islamistische Bezüge mit nachrichtendienstlichen Vorläufen

Mittelfristig bergen die mit der EU-Erweiterung verbundenen Veränderungen beträchtliche Risiken für die Innere Sicherheit. Durch die Erweiterung ist für die Sicherheitsbehörden eine neue Lage eingetreten, die sich als günstig für die **OK**-Gruppierungen erweisen kann. Allerdings konnte im abgelaufenen Jahr die insbesondere von den Medien behauptete Zunahme von **OK**-Aktivitäten an der deutsch-polnischen Grenze nicht bestätigt werden.

Der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden im In- und Ausland kommt eine besondere Bedeutung zu. So konnte das LfV aufgrund der Information eines befreundeten Dienstes einen Fall von Rauschgiftkriminalität bis zur Abgabe an die Polizei aufhellen.

SPIONAGEABWEHR

Deutschland bleibt auf Grund seiner wirtschaftlichen und politischen Stellung bevorzugtes Aufklärungsziel fremder Nachrichtendienste. Auch Partnerstaaten setzen zur Durchsetzung nationaler Interessen Nachrichtendienste ein. Noch heute werden Strukturen und Methoden bekannt, wie sie schon während der Zeit der ehemaligen DDR genutzt wurden.

*Zielobjekt
Deutschland*

Das Handeln von Nachrichtendiensten ist jedoch oft nicht zweifelsfrei erkennbar. Gesundes Misstrauen im privaten und geschäftlichen Bereich bietet den besten Schutz vor nachrichtendienstlichen Aktivitäten.

Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas

Die Situation im Nahen und Mittleren Osten war weiterhin instabil. Sie war gekennzeichnet durch antiwestliche Terroranschläge, islamistische Bestrebungen und den Versuch, im Irak durch Terror den Aufbau eines funktionierenden Staatswesens zu verhindern. Islamistische Bestrebungen und nationale Oppositionen stellten die zu meist autoritär bzw. diktatorisch regierten Staaten vor unterschiedliche Herausforderungen. Sie reagierten mit verstärkter Überwachung und Unterdrückung der jeweiligen Regimegegner.

Die Ausforschung der in Deutschland lebenden Oppositionellen und ihrer Organisationen wurde fortgesetzt. Bevorzugt erfolgte die Ansprache durch Nachrichtendienste bei einem Aufenthalt im Heimatland und unter Hinweis auf mögliche Restriktionen wurde der Betroffene zur Mitarbeit aufgefordert. In Deutschland wurden Botschaften und Konsulate genutzt, um unter diplomatischer Abdeckung auf Oppositionelle einzuwirken.

*Opposition im
Ausland bleibt
Ausforschungs-
objekt*

Bekannt wurde der Sachverhalt eines Irakers, dessen Aktivitäten für das alte Regime bis in die 70er Jahre zurückreichten.

Nachrichtendienste der Russischen Föderation

Die russischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste stehen im besonderen Interesse des russischen Präsidenten Putin, der bis Ende der 90er Jahre selbst Leiter des Inlandsnachrichtendienstes FSB gewesen war. Er begann 2003 mit einer umfassenden Umstrukturierung der russischen Geheimdienste, aus der der FSB gestärkt hervorging.

Der FSB stand auch im Mittelpunkt eines nicht in allen Einzelheiten bekanntgewordenen Präsidentenerlasses vom 11. Juli. Sein Leiter erhielt den Status eines Ministers im Kabinettsrang und wurde mit erweiterten Vollmachten versehen. Zusätzliche Umorganisationen sollen die Arbeit des Dienstes noch effektiver gestalten. Der FSB könnte zu einem mächtigen Nachrichtendienst im In- und Ausland nach Art des ehemaligen KGB werden. Spekulationen in russischen Medien über die Zusammenlegung des FSB mit dem zivilen Auslandsnachrichtendienst SWR wurden offiziell dementiert, halten sich jedoch weiterhin hartnäckig. Der militärische Geheimdienst GRU, der ebenfalls in der Auslandsaufklärung agiert, war bisher noch nicht von Umstrukturierungen betroffen.

Stärkung des FSB

Neben den allgemeinen Aufklärungszielen Politik, Wirtschaft/Wissenschaft und Militär stehen die deutsche Politik, die Europäische Union und die NATO im besonderen Interesse russischer Geheimdienstaktivitäten. Wachsende Wirtschaftsbeziehungen und der Wegfall ideologischer Vorbehalte gegen Russland begünstigen die Methode der offenen Gesprächsabschöpfung russischer Nachrichtendienste, auf konspiratives Vorgehen wird gleichwohl nach wie vor nicht verzichtet.

Proliferation

Die Weiterverbreitung (Proliferation) von Massenvernichtungswaffen zu verhindern, ist weiterhin Ziel internationaler Bemühungen. Insbesondere Atomwaffen sind für solche Staaten von Interesse, die überzeugt sind, hierdurch außenpolitische Bedrohungen abwehren oder politische Forderungen durchsetzen zu können. Beispiele hierfür sind Indien, Pakistan und Nordkorea. Unklar ist bisher die Haltung des Iran, der im Verdacht steht, ein ziviles Atomprogramm auch militärisch nutzen zu wollen.

Ermittlungserfolg
bei Atom-
schmuggelring

Internationale Ermittlungen gegen den Atomschmuggelring des pakistanischen Atomwissenschaftlers Khan führten in Deutschland, der Schweiz und Südafrika zu mehreren Festnahmen. Ingenieure, Wissenschaftler und Firmeninhaber stehen im Verdacht der Weitergabe von Atomtechnologie an Iran, Libyen und Nordkorea. In diesem Zusammenhang wurden in Hessen ein Geschäftsmann aus Weilburg (Landkreis Limburg-Weilburg) und ein Schweizer Staatsbürger festgenommen.

Interessierte Staaten versuchen, auch unter Zuhilfenahme krimineller Strukturen sowie durch geheimdienstlich gesteuerte Handelsfirmen und Einzelpersonen, ihren Bedarf an proliferationsrelevanten Produkten zu decken oder ein bestehendes Embargo für militärisch nutzbare Güter zu umgehen.

Im Dezember wurde ein Deutscher iranischer Abstammung aus Geisenheim (Rheingau-Taunus-Kreis) festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, die Lieferung von militärischen Gütern in ein unter Embargo stehendes Land versucht zu haben.

Geschäftskontakte zu hiesigen Firmen werden meist verschleiert sowie durch Zwischenhändler und über Drittländer abgewickelt. Geschäftsbeziehungen in Krisenländer erfordern daher hohe Sensibilität. Zulieferungen zu Proliferationsprogrammen und Embargoverstöße können bei Firmen zu Reputationsverlust, finanziellen Einbußen oder strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Hilfestellung des
LfV Hessen bei
nachrichtendienst-
licher Verstrickung

Wirkungsvolle Spionageabwehr ist nur durch die Aufmerksamkeit Betroffener und dem vertrauensvollen Kontakt zu den Sicherheitsbehörden möglich. Die mangelnde Bereitschaft der Betroffenen, sich hiesigen Sicherheitsbehörden anzuvertrauen, erschwert die Aufklärungsarbeit der Spionageabwehr.

Das LfV Hessen bietet, auch bei bestehender nachrichtendienstlicher Verstrickung, seine Hilfe an.

Hintergrundinformationen zum Thema bietet die Broschüre des Verfassungsschutzes „Proliferation – das geht uns an!“

GEHEIM- UND WIRTSCHAFTSSCHUTZ

Vertrauliche, geheimzuhaltende Informationen fallen sowohl auf dem Gebiet des staatlichen wie auch des wirtschaftlichen Handelns an. Unterliegen diese schutzbedürftigen Informationen dem staatlichen Geheimschutz, werden sie durch umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen geschützt. In gleicher Weise sind auch firmeninterne, vertrauliche Informationen vor einer Ausspähung zu schützen. Hierbei kommt dem Thema Wirtschaftsspionage besondere Bedeutung zu. Unter Wirtschaftsspionage wird im Gegensatz zur Konkurrenzspionage nur die staatlich gelenkte oder gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausspähung der Wirtschaft verstanden.

Wirtschafts-
spionage

Dagegen umfasst die Konkurrenzspionage das Bemühen einzelner Wirtschaftsunternehmen, auf verdecktem Wege Informationen über Entwicklungen, Planungen und Produkte anderer Konkurrenten im In- oder Ausland zu erlangen.

Es ist nach wie vor davon auszugehen, dass hessische Wirtschaftsunternehmen für zahlreiche fremde Nachrichtendienste ein bevorzugtes Aufklärungsziel darstellen. Hierbei kommt dem Rhein-Main-Gebiet als wirtschaftlichem Mittelpunkt ein besonders hoher Stellenwert zu. Ziele von besonderem Interesse sind die Industriezweige Rüstungstechnik, Computertechnologie, Luftfahrt, Biotechnologie und Chemie.

Geheimschutz

Es wird zwischen personellen und materiellen Geheimschutz unterschieden.

Der personelle Geheimschutz soll gewährleisten, dass nur vertrauenswürdige Personen Kenntnis von geheimhaltungsbedürftigen Vorgängen (Verschlussachen) erhalten. Hierzu werden sie einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen, an der das LfV ge-

mäß § 2 Abs. 5 des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz mitwirkt.

Aufgabe des materiellen Geheimschutzes ist es, den Umgang mit Verschlussachen von ihrer Herstellung über ihre Aufbewahrung bis zu ihrer Vernichtung zu regeln. Grundlage ist die Verschlussachenanweisung für das Land Hessen und die hierzu ergangenen Vorschriften. Die Informations- und Kommunikationstechnologie stellt eine neue Herausforderung für den Geheimschutz dar. Der Schutz von IT-Landschaften mit ihren sensiblen Daten wird immer wichtiger.

Staatlicher
Geheimschutz





Das LfV unterstützt die Behörden und Unternehmen, die mit staatlichen Verschlusssachen umgehen müssen, bei der Bewältigung dieser Sicherheitsaufgaben. So war das LfV an der Vorbereitung der 28. Arbeitstagung der Sicherheitsbevollmächtigten maßgeblich beteiligt. Auf der Tagung standen Themen wie die Novellierung des Geheimschutzhandbuchs für die Wirtschaft im Vordergrund.

Wirtschaftsschutz

Wirtschaftsunternehmen stehen in hartem Konkurrenzkampf. In dieser Situation kann jede vertrauliche Information, die von einer konkurrierenden Firma beschafft werden kann, einen Wettbewerbsvorteil bedeuten. Dem Wirtschaftsschutz kommt daher eine besondere Bedeutung zu, mit seiner Hilfe und den entsprechenden Maßnahmen sollen Wirtschaftsunternehmen vor Ausspähung geschützt werden.

Das strategische Potenzial eines Unternehmens ist sein Know-how. Es sichert den Wettbewerbsvorsprung am Markt und ist für den zukünftigen Erfolg des Unternehmens von großer Bedeutung. Der Verlust geistigen Eigentums kann daher eine existenzielle Bedrohung darstellen. Aber solche „Schätze“ wecken Begehrlichkeiten. Dabei wird sich verschiedener Methoden bedient, die von professionellen Analysen über den Diebstahl von Daten, Plänen und Produkten bis hin zur kompletten Firmenübernahme reichen. Unverkennbar ist, dass der Einbruch in Datensysteme auf den verschiedensten Wegen eine wichtige Rolle spielt.

Diesen Herausforderungen können Unternehmen nur gerecht werden, wenn sie über professionell gestaltete Abwehrmaßnahmen verfügen und ihre Mitarbeiter von der Notwendigkeit der Sicherheitsmaßnahmen überzeugen. Ein Schutzkonzept muss sowohl auf die tatsächlichen Gefährdungssituationen als auch auf die Belange der Nutzer zugeschnitten sein. Hierbei ist es wesentlich, dass dieser Informationsschutz zur Managementaufgabe gemacht wird. Nur wenn hier Kompetenz und Verantwortungsbereitschaft gezeigt werden, kann von den Mitarbeitern aller betrieblichen Ebenen auch die erforderliche Akzeptanz und das entsprechende Risikobewusstsein erwartet werden. Ein schwach ausgeprägtes Sicherheitsbewusstsein wirkt sich immer nachteilig aus.

Vermutete oder gar erkannte Ausforschungsversuche sollten den zuständigen Behörden immer mitgeteilt werden. Nur wenn den Sicherheitsbehörden solche Sachverhalte bekannt werden, können diese entsprechende Sicherheitsanalysen vornehmen. Für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit steht das LfV jederzeit zur Verfügung. Die Interessen des Unternehmens bleiben in jedem Fall gewahrt, da das LfV der Verschwiegenheitspflicht unterliegt.



ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Öffentlichkeit ist ein wichtiges Regulativ für staatliche Entscheidungsprozesse. Von daher hat sie ein Recht darauf, soweit wie möglich über das Handeln aller staatlichen Organe informiert zu werden. Gerade der Verfassungsschutz, dessen Tun schon von der Sache her in der Öffentlichkeit hinterfragt wird, darf und will sich dem nicht verschließen.

*Ziel der
Öffentlichkeits-
arbeit*

Öffentlichkeitsarbeit bedeutet auch die Diskussion mit Vertretern aus Politik, Medien und mit politisch interessierten Gruppen. Sie bedeutet ferner die Darstellung des Verfassungsschutzes gegenüber den Bürgern, z.B. durch Informationsbroschüren, dem Verfassungsschutzbericht und der Homepage im Internet.

Ein wichtiger Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit ist die Herausgabe des jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichts. Der Jahresbericht kann von der Homepage des LfV (www.verfassungsschutz-hessen.de) herunter geladen oder auf Anfrage angefordert werden.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit nahm das LfV an Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen teil. Schwerpunkt der Veranstaltungen war neben dem terroristischen Islamismus der Rechtsextremismus. In mehreren hessischen Gemeinden wird der Rechtsextremismus vielfach als Bedrohung wahrgenommen. Erscheinungsformen darzustellen, Hintergründe zu analysieren und auf Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit Extremisten einzugehen, stand im Mittelpunkt dieser Veranstaltungen. Hervorzuheben sind 2 Podiumsdiskussionen in Gladenbach und Kirtorf, an denen sich das LfV beteiligt hatte.

*Verfassungsschutz-
bericht*

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass ein starkes Interesse der Öffentlichkeit an der Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus besteht. Vor diesem Hintergrund nimmt das LfV Hessen jährlich mit einem Informationsstand am Hestag teil. Neben der Präsentation von Broschüren und Informationsmaterial haben dort alle Interessierten die Möglichkeit, mit Mitarbeitern des LfV zu diskutieren.



ÖFFENTLICHKEITSARBEIT



Ein weiterer Baustein für den Dialog mit der Öffentlichkeit ist das jährlich stattfindende Herbstgespräch. Am 4. November diskutierten neben dem Hessischen Minister des Innern und für Sport weitere kompetente Gesprächspartner die Thematik der „Vernetzung oder Zentralisierung“ der Sicherheitsbehörden. Mehr als 200 Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen verfolgten die Diskussion zu der Frage: „Braucht Deutschland eine neue Sicherheitsarchitektur?“



Auf der Internet-Seite des LfV können unter dem Link „Aktuell“ Hintergrundberichte u.a. zu den Themen: „Multikultureller Dialog oder Mission“, „Islamismus und Mehrheitsgesellschaft“ sowie „Kampf um die Köpfe – Intellektualisierungsversuche im Rechtsextremismus“ aufgerufen werden.

Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz

**vom 19. Dezember 1990 (GVBl. I S. 753)
geändert durch Art. 3 Nr. 4 DatenschutzG**

**ÄndG vom 05.11.1998 (GVBl. I S. 421) und Art. 1
ÄndG vom 30.04.2002 (GVBl. I S. 82)**

ERSTER TEIL

Aufgaben und Befugnisse

§ 1 Organisation

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz untersteht als obere Landesbehörde dem Ministerium des Innern. Es darf mit Polizeidienststellen organisatorisch nicht verbunden werden.

(2) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen in Hessen nur im Einvernehmen, das Bundesamt für Verfassungsschutz nur im Benehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden.

§ 2 Aufgaben

(1) Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist es, den zuständigen Stellen zu ermöglichen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder zu treffen. Das Landesamt für Verfassungsschutz dient auch dem Schutz vor organisierter Kriminalität.

(2) Zur Erfüllung dieser Aufgaben beobachtet das Landesamt für Verfassungsschutz

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,

3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,

4. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 Abs. 2 des Grundgesetzes), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), gerichtet sind,

5. Bestrebungen und Tätigkeiten der organisierten Kriminalität im Geltungsbereich des Grundgesetzes.

Es sammelt zu diesem Zweck Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen, über solche Bestrebungen oder Tätigkeiten und wertet sie aus.

(3) Im Sinne dieses Gesetzes sind

- a) Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen;
- b) Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, den Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;
- c) Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der in Abs. 4 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen,
- d) organisierte Kriminalität die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig tätig werden
 - unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
 - unter Anwendung von Gewalt oder durch entsprechende Drohung oder
 - unter Einflussnahme auf Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft.

Für einen Personenzusammenschluss handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen nachdrücklich unterstützt. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder auf Grund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(4) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Gesetzes zählen:

- a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,

- b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
- f) der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und,
- g) die im Grundgesetz und in der Verfassung des Landes Hessen konkretisierten Menschenrechte.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt auf Ersuchen der zuständigen öffentlichen Stellen mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder beschäftigt werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen, die im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftig sind, gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(6) Das Landesamt für Verfassungsschutz ist zuständig für Sicherheitsüberprüfungen nach §2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Artikel 10-Gesetz vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254).

(7) Das Landesamt für Verfassungsschutz ist auch zuständig für die Zusammenarbeit Hessens mit dem Bund und den anderen Ländern in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

§ 3 Befugnisse

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 die erforderlichen Informationen erheben und weiterverarbeiten, soweit nicht der Zweite Teil dieses Gesetzes besondere Bestimmungen für personenbezogene Daten enthält. Zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 2 dürfen unbeschadet des § 4 Abs. 1 personenbezogene Daten von Personen, bei denen keine tatsächlichen Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie selbst Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 2 Abs. 2 nachgehen (Unbeteiligte), nur erhoben, verarbeitet oder genutzt werden, wenn

1. dies für die Erforschung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vorübergehend erforderlich ist,
2. die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre und
3. überwiegende schutzwürdige Belange der betroffenen Personen nicht entgegenstehen.

Daten Unbeteiligter dürfen auch erhoben werden, wenn sie mit zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Informationen untrennbar verbunden sind. Daten, die für das Verständnis der zu speichernden Informationen nicht erforderlich sind, sind unverzüglich zu löschen. Dies gilt nicht, wenn die Löschung nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall dürfen die Daten nicht verwertet werden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf mit nachrichtendienstlichen Mitteln, insbesondere durch den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen und die Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen Informationen verdeckt erheben. Die nachrichtendienstlichen Mittel sind in einer vom Ministerium des Innern zu erlassenden Dienstvorschrift zu benennen, die auch die Zuständigkeit für die Anordnung solcher Informationsbeschaffungen regelt. Die Dienstvorschrift ist der Parlamentarischen Kontrollkommission zu übersenden. Die Behörden des Landes sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz technische Hilfe für Tarnungsmaßnahmen zu leisten.

(3) Besteht die Sicherheitsüberprüfung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 5 Nr. 1 oder 2 lediglich in der Auswertung des bei Behörden oder der Beschäftigungsstelle bereits vorhandenen Wissens, ist es erforderlich und ausreichend, dass die betroffene Person von der Einleitung der Überprüfung Kenntnis hat. Im übrigen ist die Zustimmung erforderlich, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. In die Sicherheitsüberprüfung dürfen mit ihrer Zustimmung der Ehegatte, Verlobte oder die Person, die mit der betroffenen Person in eheähnlicher Gemeinschaft lebt, mit einbezogen werden.

(4) Sind für die Erfüllung der Aufgaben verschiedene Maßnahmen geeignet, so hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige auszuwählen, die die davon betroffene Person voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme hat zu unterbleiben, wenn sie einen Nachteil herbeiführt, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

(5) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Polizeibehörden auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

(6) Zur Erfüllung von Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Art. 73 Nr. 10 Buchst. b und c des Grundgesetzes stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz die Befugnisse zu, die es zur Erfüllung der entsprechenden Aufgaben nach diesem Landesgesetz hat.

ZWEITER TEIL

Verarbeitung personenbezogener Daten

§ 4 Erhebung

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten aus allgemein zugänglichen Quellen erheben, um zu prüfen, ob tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vorliegen.

(2) Liegen bei der betroffenen Person tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vor oder wird das Landesamt für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 5 oder § 3 Abs. 1 Satz 2 tätig, darf es Auskünfte bei öffentlichen Stellen oder Dritten einholen, wenn die Daten nicht aus allgemein zugänglichen Quellen oder nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine die betroffene Person stärker belastende Maßnahme erhoben werden können. Würde durch die Erhebung nach Satz 1 der Zweck der Maßnahme gefährdet oder die betroffene Person unverhältnismäßig beeinträchtigt, darf das Landesamt für Verfassungsschutz Akten und Register öffentlicher Stellen einsehen.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz muss Ersuchen auf Auskunft oder Einsicht nicht begründen, soweit dies dem Schutz der betroffenen Person dient oder eine Begründung den Zweck der Maßnahme gefährden würde. Es hat die Ersuchen aktenkundig zu machen. Über die Einsichtnahme nach Abs. 2 Satz 2 hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck, die ersuchte Behörde und die Aktenfundstelle hervorgehen; der Nachweis ist gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr seiner Erstellung folgt, zu vernichten.

(4) Zur Beantwortung von Übermittlungsersuchen nach § 11 Abs. 1 Nr. 4 darf das Landesamt für Verfassungsschutz personenbezogene Daten nur erheben, soweit das zur Überprüfung dort bereits vorliegender Informationen erforderlich ist.

(5) Werden Daten bei der betroffenen Person oder bei Dritten außerhalb des öffentlichen Bereichs offen erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. Die Befragten sind auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben und bei einer Sicherheitsüberprüfung nach § 2 Abs. 5 Nr. 1 oder 2 auf eine dienst-, arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Mitwirkungspflicht hinzuweisen.

(6) Ein Ersuchen des Landesamts für Verfassungsschutz um Übermittlung personenbezogener Daten darf nur diejenigen personenbezogenen Daten enthalten, die für die Erteilung der Auskunft unerlässlich sind. Schutzwürdige Interessen des Betroffenen dürfen nur in vermeidbarem Umfang beeinträchtigt werden.

(7) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 2 unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes bei Personen und Unternehmen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen, sowie bei denjenigen, die an der Erbringung dieser Dienstleistungen mitwirken, unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften und Postfächern und sonstigen Umständen des Postverkehrs einholen.

(8) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 2 unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes bei Personen und Unternehmen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste und Teledienste erbringen oder daran mitwirken, unentgeltlich Auskünfte über Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten einholen. Die Auskunft kann auch in Bezug auf die zukünftige Nutzung von Telediensten verlangt werden.

Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten sind

1. Berechtigungskennungen, Karten-Nummern, Standortkennung sowie Rufnummer oder Kennung des anrufenden und angerufenen Anschlusses oder der Endeinrichtung,
2. Beginn und Ende der Verbindung nach Datum und Uhrzeit,
3. Angaben über die Art der vom Kunden in Anspruch genommenen Telekommunikations- und Teledienst-Dienste,
4. Endpunkte festgeschalteter Verbindungen, ihr Beginn und ihr Ende nach Datum und Uhrzeit.

(9) Auskünfte nach den Abs. 7 und 8 dürfen nur auf Antrag eingeholt werden. Der Antrag ist durch den Leiter des Landesamts für Verfassungsschutz oder seinen Vertreter schriftlich zu stellen und zu begründen. Über den Antrag entscheidet das für den Verfassungsschutz zuständige Ministerium. Es unterrichtet unverzüglich die G-10-Kommission (§ 2 Abs. 1 des Hessischen Ausführungsgesetz zum Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz) über die beschiedenen Anträge vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzug kann das Ministerium den Vollzug der Entscheidung auch bereits vor Unterrichtung der Kommission anordnen. Die G-10-Kommission prüft von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden die Zulässigkeit und Notwendigkeit der Einholung von Auskünften. § 15 Abs. 5 des Artikel 10-Gesetzes ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass die Kontrollbefugnis der Kommission sich auf die gesamte Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der nach den Abs. 7 und 8 erlangten personenbezogenen Daten erstreckt. Entscheidungen über Auskünfte, die die G-10-Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, hat das Ministerium unverzüglich aufzuheben. Für die Verarbeitung der nach den Abs. 7 und 8 erhobenen Daten ist § 4 des Artikels 10-Gesetzes entsprechend anzuwenden. Das Auskunftersuchen und die übermittelten Daten dürfen dem Betroffenen oder Dritten vom Auskunftgeber

nicht mitgeteilt werden. § 12 Abs. 1 und 3 des Artikel 10-Gesetzes findet entsprechende Anwendung.

(10) Das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Art. 10 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe der Abs. 7 bis 9 eingeschränkt.

(11) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall

- bei Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Konten, Konteninhabern und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und zu Geldbewegungen und Geldanlagen
- bei Luftfahrtunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften und zur Inanspruchnahme von Transportdienstleistungen und sonstigen Umständen des Luftverkehrs einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 2 erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die in § 2 Abs. 2 genannten Schutzgüter vorliegen. Abs. 9 gilt entsprechend.

(12) Das für den Verfassungsschutz zuständige Ministerium unterrichtet im Abstand von höchstens sechs Monaten die Parlamentarische Kontrollkommission (§ 20) und das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes über die Durchführung der Abs. 7, 8 und 11; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen nach den Abs. 7, 8 und 11 zu geben.

§ 5 Erhebung mit nachrichtendienstlichen Mitteln

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten mit nachrichtendienstlichen Mitteln erheben, wenn

1. bei der betroffenen Person tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vorliegen und anzunehmen ist, dass auf diese Weise zusätzliche Erkenntnisse erlangt werden können, oder
2. tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass auf diese Weise die zur Erforschung von Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 erforderlichen Quellen gewonnen werden können oder
3. dies dem Schutz der Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände oder Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

(2) Der verdeckte Einsatz besonderer technischer Mittel zur Informationsgewinnung ist im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes nur zulässig, wenn

1. die Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis nach § 1 Abs. 1 und § 3 Abs. 1 Artikel 10-Gesetz vorliegen oder
 2. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht vorliegen, dass jemand Bestrebungen nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 oder 3 durch Planung oder Begehung von Straftaten nach §§ 129, 130 oder 131 des Strafgesetzbuches verfolgt oder
 3. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 durch die Planung oder Begehung von Straftaten nach § 100a der Strafprozessordnung, §§ 261, 263 bis 265, 265b, 266, 267 bis 273, 331 bis 334 des Strafgesetzbuches verfolgt und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Die Maßnahme darf sich nur gegen den Verdächtigen oder gegen Personen richten, von denen aufgrund von Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für den Verdächtigen bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder dass der Verdächtige sich in ihrer Wohnung aufhält.
- (3) Die Anordnung des Einsatzes besonderer technischer Mittel nach Abs. 2 Satz 1 trifft der Richter. Bei Gefahr im Verzug kann der Leiter des Landesamts für Verfassungsschutz einen Einsatz nach Abs. 2 Satz 1 anordnen; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen. Die Anordnungen sind auf längstens vier Wochen zu befristen; Verlängerungen um jeweils nicht mehr als vier weitere Wochen sind auf Antrag zulässig, soweit die Voraussetzungen der Anordnung fortbestehen.
- (4) Die Anordnung wird unter der Aufsicht eines Beschäftigten des Landesamts für Verfassungsschutz vollzogen, der die Befähigung zum Richteramt hat. Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor oder ist der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Informationsgewinnung nicht mehr erforderlich, ist die Maßnahme unverzüglich zu beenden.
- (5) Erkenntnisse und Unterlagen, die durch Maßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 gewonnen wurden, dürfen zur Verfolgung und Erforschung der dort genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten sowie nach Maßgabe des § 4 Abs. 4 bis 6 Artikel 10-Gesetz verwendet werden. Für die Speicherung und Löschung der durch Maßnahmen nach den Abs. 2 und 6 erlangten personenbezogenen Daten sowie die Entscheidung über die nachträgliche Information der von Maßnahmen nach Abs. 2 Betroffenen gelten § 4 Abs. 1 und § 12 Artikel 10-Gesetz entsprechend.
- (6) Der verdeckte Einsatz besonderer technischer Mittel im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes ist auch dann zulässig, wenn es zum Schutz der dort für den Verfassungsschutz tätigen Personen erforderlich erscheint und vom Leiter des Landesamts für Verfassungsschutz angeordnet ist. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Kenntnisse zum Zweck der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr ist nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme

richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(7) Zuständiges Gericht zur Entscheidung nach Abs. 2 und 6 ist das Amtsgericht am Sitz des Landesamts für Verfassungsschutz. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend.

(8) Die Erhebung nach Abs. 1 und 2 ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, die betroffene Person weniger beeinträchtigende Weise möglich ist. Die Anwendung des nachrichtendienstlichen Mittels darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich ergibt, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann. In den Fällen des Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 dürfen nachrichtendienstliche Mittel nicht gezielt gegen Unbeteiligte eingesetzt werden; im Übrigen gilt § 3 Abs. 1 Satz 3 bis 5.

(9) Die Landesregierung unterrichtet den Landtag jährlich über die nach Abs. 2 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Abs. 6 angeordneten Maßnahmen. Die Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus.

§ 6 Speicherung

(1) Umfang und Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind auf das für die Aufgabenerfüllung des Landesamtes für Verfassungsschutz erforderliche Maß zu beschränken.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Daten über Minderjährige, die das 14. Lebensjahr nicht vollendet haben, in zu ihrer Person geführten Akten nur speichern, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Minderjährige eine der in § 3 des Artikel 10-Gesetzes genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. In Dateien ist eine Speicherung von Daten Minderjähriger, die das 14. Lebensjahr nicht vollendet haben, nicht zulässig.

(3) In Dateien oder zu ihrer Person geführten Akten gespeicherte Daten über Minderjährige sind nach zwei Jahren auf die Erforderlichkeit der Speicherung zu überprüfen und spätestens nach fünf Jahren zu löschen, es sei denn, dass nach Eintritt der Volljährigkeit weitere Erkenntnisse angefallen sind, die eine Fortdauer der Speicherung rechtfertigen.

(4) Personenbezogene Daten, die erhoben worden sind, um zu prüfen, ob Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vorliegen, dürfen in Dateien erst

gespeichert werden, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte für derartige Bestrebungen oder Tätigkeiten ergeben haben. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen auch keine Akten angelegt werden, die zur Person geführt werden.

(5) Zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 5 dürfen in automatisierten Dateien nur personenbezogene Daten über die Personen gespeichert werden, die der Sicherheitsüberprüfung unterliegen oder in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen werden.

(6) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft bei der Einzelfallbearbeitung und im übrigen nach von ihm festgesetzten angemessenen Fristen, spätestens jedoch nach fünf Jahren, ob gespeicherte personenbezogene Daten zur Aufgabenerfüllung noch erforderlich sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 sind spätestens 10 Jahre, über Bestrebungen nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 und 5 sind spätestens 15 Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten gespeicherten relevanten Information zu löschen, es sei denn, der Behördenleiter oder sein Vertreter trifft im Einzelfall ausnahmsweise eine andere Entscheidung. Soweit Daten automatisiert verarbeitet oder Akten automatisiert erschlossen werden, ist auf den Ablauf der Fristen nach Satz 1 und 2 hinzuweisen.

§ 7 Zweckbindung

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten nur zum Zwecke des Verfassungsschutzes im Sinne des § 2 übermitteln.

(2) Zu anderen Zwecken dürfen personenbezogene Daten nach Maßgabe von § 11 Abs. 1 Nr. 2 oder 3 sowie § 13 Satz 1 Nr. 2 übermittelt werden.

(3) Personenbezogene Daten dürfen auch zur Ausübung von Aufsichts- und Kontrollbefugnissen sowie zu Ausbildungs- und Prüfungszwecken übermittelt und in dem dafür erforderlichen Umfang verwendet werden.

§ 8 Übermittlung von Daten an das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Die Behörden des Landes dürfen von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, die die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamts für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 2 oder entsprechender Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Artikel 73 Nr. 10 Buchst. b und c des Grundgesetzes erforderlich ist. Das gleiche gilt für die Gemeinden, Gemeindeverbände und die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

(2) Die in Abs. 1 genannten Stellen sind zur Übermittlung verpflichtet, wenn im Einzelfall ein Ersuchen des Landesamts für Verfassungsschutz nach § 4 Abs. 2 vorliegt. Es dürfen nur die Daten übermittelt werden, die bei der ersuchten Behörde bekannt sind oder aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können. Unter den Voraussetzungen des Abs. 1 Satz 1 haben die Staatsanwaltschaften des Landes auch ohne Ersuchen Anklageschriften und Urteile an das Landesamt für Verfassungsschutz zu übermitteln, die Polizeibehörden vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis auch sonstige personenbezogene Daten. Vorschriften des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung, nach denen personenbezogene Daten nicht für andere als die dort genannten Zwecke verwendet werden dürfen, stehen einer Übermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz nicht entgegen.

(3) Die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Maßnahme nach § 100a der Strafprozessordnung bekannt geworden sind, ist nach den Vorschriften der Abs. 1 und 2 nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass jemand eine der in § 3 Artikel 10-Gesetz genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Auf die dem Landesamt nach Satz 1 übermittelten Kenntnisse und Unterlagen finden § 4 Abs. 1 und 4 bis 6 Artikel 10-Gesetz entsprechende Anwendung.

(4) Hält die ersuchte Stelle das Verlangen nach Auskunft oder Einsichtnahme nach § 4 Abs. 2 nicht für rechtmäßig, so teilt sie dies dem Landesamt für Verfassungsschutz mit. Besteht dieses auf dem Verlangen nach Auskunft oder Einsichtnahme, so entscheidet die für die ersuchte Stelle zuständige oberste Aufsichtsbehörde, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft, ob die übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, sind die Unterlagen unverzüglich zu vernichten. Die Vernichtung unterbleibt, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand erfolgen kann; in diesem Fall unterliegen die personenbezogenen Daten einem Verwertungsverbot.

§ 9 Übermittlung an übergeordnete Behörden, Veröffentlichung

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die Ministerien und die Staatskanzlei über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2, die für ihren Zuständigkeitsbereich von Bedeutung sind. Dabei dürfen auch personenbezogene Daten übermittelt werden.

(2) Das Ministerium des Innern darf die ihm übermittelten personenbezogenen Daten zum Zweck der Aufklärung der Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 öffentlich bekanntgeben, wenn die Bekanntgabe für das Verständnis des Zusammenhangs oder der Darstellung von Organisationen erforderlich ist und die Interessen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person überwiegen.

(3) Die Unterrichtung nach Abs. 1 dient auch der Aufklärung der Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2, die mindestens einmal jährlich in einem zusammenfassenden Bericht erfolgt.

§ 10 Übermittlung an die Strafverfolgungsbehörden in Staatsschutzangelegenheiten

Das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt den Staatsanwaltschaften und den Polizeibehörden des Landes die ihm bekanntgewordenen personenbezogenen Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung zur Verhütung oder Verfolgung von Staatsschutzdelikten erforderlich ist. Delikte nach Satz 1 sind in den §§ 74a und 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannten Straftaten sowie sonstige Straftaten, bei denen auf Grund ihrer Zielsetzung, des Motivs des Tatverdächtigen oder dessen Verbindung zu einer Organisation tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die in Artikel 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind.

§ 11 Übermittlung innerhalb des öffentlichen Bereichs

(1) Die Übermittlung ist über die §§ 9 und 10 hinaus zulässig an

1. Behörden, die ein Ersuchen nach § 2 Abs. 5 Nr. 1 oder 2 an das Landesamt für Verfassungsschutz gerichtet haben;
2. Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden zur Verfolgung der in § 100a der Strafprozessordnung genannten oder sonstiger Straftaten im Rahmen der organisierten Kriminalität;
3. Polizei- und Ordnungsbehörden, wenn dies zu ihrer Aufgabenerfüllung erforderlich ist und die Übermittlung der Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr oder zur Verhütung der in Nr. 2 genannten Straftaten sowie von Verbrechen, für deren Vorbereitung konkrete Hinweise vorliegen, dient;
4. andere öffentliche Stellen, wenn diese die personenbezogenen Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung benötigen.

In den Fällen des Satz 1 Nr. 3 ist das Landesamt für Verfassungsschutz zur Übermittlung verpflichtet. In den Fällen des Satz 1 Nr. 2 ist das Landesamt für Verfassungsschutz unter Beachtung von § 15 zur Übermittlung verpflichtet, sobald sich nach den dort vorliegenden Erkenntnissen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für das Vorliegen einer verfolgbaren Straftat des § 152 Abs. 2 der Strafprozessordnung ergeben.

(2) Hält das Landesamt für Verfassungsschutz das Ersuchen des Empfängers nicht für rechtmäßig, so teilt es ihm dies mit. Besteht der Empfänger auf der Erfüllung des Ersuchens, so entscheidet das Ministerium des Innern.

(3) Der Empfänger darf die ihm übermittelten personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dessen Erfüllung sie ihm übermittelt wurden.

§ 12 Übermittlung an Stationierungstreitkräfte

Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an Dienststellen der Stationierungstreitkräfte übermitteln, soweit die Bundesrepublik Deutschland dazu im Rahmen von Artikel 3 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikpaktes über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte vom 3. August 1959 (BGBl. 1961 II S. 1183) verpflichtet ist.

§ 13 Übermittlung an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes

Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- oder zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung

1. zur Erfüllung seiner Aufgaben oder
2. zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers

erforderlich ist. Die Übermittlung hat zu unterbleiben, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Belange der betroffenen Person entgegenstehen. Die Übermittlung ist nur im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zulässig. Sie ist aktenkundig zu machen. Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, dass die übermittelten personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden, und das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

§ 14 Übermittlung an Personen und Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs

Personenbezogene Daten dürfen an Personen oder Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs nicht übermittelt werden, es sei denn, dass dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder zur Gewährleistung der Sicherheit von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen nach § 2 Abs. 5 Nr. 2 erforderlich ist und das Ministerium des Innern im Einzelfall seine Zustimmung erteilt hat. Das Landesamt für Verfassungsschutz führt über die Auskunft nach Satz 1 einen Nachweis, aus dem der Zweck der Übermittlung, die Aktenfundstelle und der Empfänger hervorgehen; die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr seiner Erstellung folgt, zu vernichten. Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur für den Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden. Der Empfänger ist auf die Verwendungsbeschränkung und darauf hinzuweisen, dass das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten. Die Sätze 1 bis 4 finden keine Anwendung, wenn personenbezogene Daten zum Zwecke von Datenerhebungen nach § 4 übermittelt werden.

§ 15 Übermittlungsverbote

Die Übermittlung nach den Vorschriften dieses Teils hat zu unterbleiben, wenn

1. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, dass unter Berücksichtigung der Art der personenbezogenen Daten und ihrer Erhebung die schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegen,
2. überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern.

§ 16 Minderjährigenschutz

(1) Personenbezogene Daten über das Verhalten Minderjähriger dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelt werden, solange die Voraussetzungen der Speicherung nach § 6 Abs. 2 und 3 erfüllt sind. Liegen diese Voraussetzungen nicht mehr vor, bleibt eine Übermittlung nur zulässig, wenn sie zur Abwehr einer erheblichen Gefahr oder zur Verfolgung einer Straftat von erheblicher Bedeutung erforderlich ist.

(2) Personenbezogene Daten über das Verhalten Minderjähriger, die das 16. Lebensjahr nicht vollendet haben, dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden.

§ 17 Nachberichtspflicht

Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung nach den Vorschriften dieses Gesetzes als unvollständig oder unrichtig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen, wenn dies zu einer anderen Bewertung der Daten führen könnte oder zur Wahrung schutzwürdiger Interessen der betroffenen Person erforderlich ist.

§ 18 Auskunft

(1) Der betroffenen Person ist vom Landesamt für Verfassungsschutz auf Antrag gebührenfrei Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten sowie den Zweck und die Rechtsgrundlage der Verarbeitung zu erteilen.

(2) Abs. 1 gilt nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das Auskunftsrecht der betroffenen Person gegenüber dem öffentlichen Interesse an der Geheimhaltung der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz oder einem überwiegenden Geheimhaltungsinteresse Dritter zurücktreten muss. Ein Geheimhaltungsinteresse liegt dann vor, wenn

1. eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
2. durch die Auskunftserteilung Quellen gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamtes für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
4. die Daten oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten geheimgehalten werden müssen.

Die Entscheidung trifft der Behördenleiter oder ein von ihm besonders beauftragter Mitarbeiter.

(3) Die Auskunftspflichtung erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen.

(4) Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung, soweit dadurch der Zweck der Auskunftsverweigerung gefährdet würde. Die Gründe der Auskunftsverweigerung sind aktenkundig zu machen. Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, ist die betroffene Person auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, dass sie sich an den Hessischen Datenschutzbeauftragten wenden kann. Mitteilungen des Hessischen Datenschutzbeauftragten dürfen keine Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand des Landesamtes für Verfassungsschutz zulassen, sofern es nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

§ 19 Geltung des Hessischen Datenschutzgesetzes

(1) Das Hessische Datenschutzgesetz bleibt unberührt, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Die Vorschriften des Hessischen Datenschutzgesetzes über das Recht des Betroffenen auf Gegenvorstellung auf Grund eines schutzwürdigen besonderen persönlichen Interesses und über die Beteiligung der datenverarbeitenden Stelle an gemeinsamen Verfahren finden keine Anwendung. Personenbezogene Daten sind nicht zu löschen, sondern nur zu sperren, wenn

1. Grund zu der Annahme besteht, dass schutzwürdige Belange der betroffenen Person beeinträchtigt würden,
2. die Daten zur Behebung einer bestehenden Beweisnot unerlässlich sind oder
3. die Verwendung der Daten, die zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu anonymisieren sind, zu wissenschaftlichen Zwecken erforderlich ist.

(2) In dem Verfahrensverzeichnis über automatisierte personenbezogene Textdateien ist die Zugriffsberechtigung auf Personen zu beschränken, die unmittelbar mit Arbeiten in dem Gebiet betraut sind, dem die Textdateien zugeordnet sind; Auszüge aus Textdateien dürfen nicht ohne die dazugehörenden erläuternden Unterlagen übermittelt werden.

DRITTER TEIL

Parlamentarische Kontrolle

§ 20 Parlamentarische Kontrolle

- (1) Die Landesregierung unterliegt hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz der parlamentarischen Kontrolle. Sie wird von der Parlamentarischen Kontrollkommission ausgeübt.
- (2) Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus fünf Mitgliedern, die zu Beginn jeder Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt werden. Die Kontrollkommission wählt einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (3) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus, so verliert es die Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Kontrollkommission ausscheidet.
- (4) Im übrigen bleiben die Rechte des Landtags unberührt.

§ 21 Geheimhaltung

Die Beratungen der Parlamentarische Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarische Kontrollkommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden.

§ 22 Befugnisse der Parlamentarischen Kontrollkommission

- (1) Die Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. Die Landesregierung berichtet zu einem konkreten Thema aus dem Aufgabenbereich des Landesamtes für Verfassungsschutz, sofern die Parlamentarische Kontrollkommission dies wünscht.
- (2) Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes der Quellen durch die politische Verantwortung der Landesregierung bestimmt.

(3) Jedes Mitglied kann die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission verlangen. Diese hat den Anspruch auf entsprechende Unterrichtung durch die Landesregierung.

(4) Die Parlamentarische Kontrollkommission kann im Einzelfall beschließen, dass ihr Akteneinsicht zu gewähren ist.

Vierter Teil

Schlussvorschrift

§ 23 Einschränkung von Grundrechten

Aufgrund dieses Gesetzes kann das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 des Grundgesetzes) eingeschränkt werden.

§ 24 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Der Dritte Teil tritt am 5. April 1991 in Kraft.

§ 25 Außer-Kraft-Treten

Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2007 außer Kraft.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AAI	Ansar Al-Islam	EL	Partei der Europäischen Linken
ABM	Aktionsbündnis Mittelhessen	EMUG	Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgesellschaft e.V.
ADHF	Föderation für demokratische Rechte in Deutschland	EU	Europäische Union
ADHK	Konföderation für demokratische Rechte in Europa	FAU-IAA	Freie ArbeiterInnen Union – Internationale Arbeiter Union
AGIF	Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e.V.	FESK	Bewaffnete Einheiten der Armen und Unterdrückten
AKP	Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei	FIS	Islamische Heilsfront
AMGT	Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.	FP	Tugendpartei
AMS	Assoziation Marxistischer StudentInnen	FSB	Föderaler Sicherheitsdienst, russischer Abwehr- und Sicherheitsdienst „Federalnaya Sluschba Bezopastnosti“
API	Arbeiterkommunistische Partei Irans	GFP	Gesellschaft für Freie Publizistik e.V.
ATIF	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.	GI	Al-Gama'a al-Islamiyya
ATIK	Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa	GIA	Bewaffnete Islamische Gruppe
BdV	Bund der Vertriebenen	GRU	Militärischer russischer Auslandsnachrichtendienst „Glawnoje Raswedijwatelnoje Uprawlenije“
BK	Babbar Khalsa International	GSPC	Salafitische Gruppe für die Mission und den Kampf
BMI	Bundesministerium des Innern	GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten
BuFriRa	Bundesausschuss Friedensratschlag	GWR	Graswurzelrevolution. Für eine gewaltfreie herrschaftslose Gesellschaft
CDK	Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa	HAMAS	Islamische Widerstandsbewegung
DABK	ehem. Ostanatolisches Gebietskomitee [jetzt: Maoistische kommunistische Partei (MKP)]	HKL	Hauptkampflinie
DBI	Deutsche Bürgerinitiative	HKO	Volksbefreiungsarmee
DHKC	Revolutionäre Volksbefreiungsfront	HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.
DHKP-C	Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front	HPG	Volksverteidigungseinheiten
DJu	Deutsche Jugend	HSK	Kurdischer Roter Halbmond
DKP	Deutsche Kommunistische Partei	HuT	Hizb ut-Tahrir al-Islami
DP	Deutsche Partei	IFIR	Internationale Föderation der iranischen Flüchtlings- und Immigrantenräte e.V.
DS	Deutsche Stimme	IGD	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.
DVU	Deutsche Volksunion	IGMG	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.

IRH	Islamische Religionsgemeinschaft Hessen	PSG	Partei für Soziale Gleichheit
ISYF	International Sikh Youth Federation	REP	Die Republikaner
IZ	Islamisches Zentrum	RF	Rote Fahne
IZM	Islamisches Zentrum München	RJ	Republikanische Jugend
JN	Junge Nationaldemokraten	RP	Wohlfahrtspartei
KADEK	Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans	SAV	Sozialistische Alternative
KARSAZ	Kurdischer Arbeitgeberverband e.V.	SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
KDS	Kampfbund Deutscher Sozialisten	SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
KGB	Komitee für Staatssicherheit (früherer sowjetischer Nachrichtendienst)	SI	Solidarität International
KON-KURD	Konföderation kurdischer Vereine in Europa	[solid]	die Sozialistische Jugend Hessen
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	SP	Glückseligkeitspartei
KPF	Kommunistische Plattform der PDS	SWR	Zivile russische Auslandsaufklärung „Sluschba Wjneschnej Raswedki“
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam	TAYAD	Solidaritätsverein mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei
LuK	Lernen und Kämpfen	TECAC	Bewegung der freien Jugend Kurdistans
MB	Muslimbruderschaft	THKP/-C-Devrimci Sol	Türkische Volksbefreiungspartei/-Front – Revolutionäre Linke
MEK	Volksmoudjahedin Iran-Organisation	TIKKO	Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee
MKP	Maoistische Kommunistische Partei	TJ	Tabligh-i Jamaat
MLKP	Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei	TKP/ML	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands	UELAM	Union für die in europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V.
MSC28	Motorsportclub 28	UMSO	Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V.
NHB	Nationaler Hochschulbund	UZ	Unsere Zeit
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	WASG	Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit
NWRI	Nationaler Widerstandsrat Iran	wi	– widerstand international –
NZ	National Zeitung	YDK	Kurdische Demokratische Volksunion
OK	Organisierte Kriminalität	YEK-KOM	Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.
PAJK	Freiheitspartei der Frauen Kurdistans	YHK	Union der Juristen Kurdistans
PDP	Patriotisch-Demokratische-Partei	YXK	Union der StudentInnen aus Kurdistan e.V.
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus	ZMD	Zentralrat der Muslime in Deutschland
PIJ	Palästinensischer Islamischer Jihad		
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans		
PMK	Politisch motivierte Kriminalität		

REGISTER

A

- Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland **53, 65, 66**
- Agitator **69**
- Aktionsbündnis gegen Abschiebung Rhein-Main
..... **88, 110**
- Aktionsbündnis Mittelhessen (ABM)
..... **52, 53, 70, 73, 74, 75, 78, 79**
- Aktionsbüro Rhein-Neckar ... **52, 53, 73, 74, 75, 76, 82**
- Aktionsgruppe Bergstraße **53, 82, 83**
- Al-Qaida **11, 12, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 48**
- Al-Qaradawi, Scheich Yusuf **27**
- Al-Afghani, Abu Dudjan **18**
- Al-Aqsa e.V. **29**
- Al-Djazira **16, 20, 27**
- Al-Gama'a al-Islamiyya (GI) **13, 27**
- Al-Quds-Tag **31**
- Al-Tawhid **21, 22**
- Anadoluda Vakit **12, 35, 36**
- Anarchisten **86, 88, 89, 112, 113**
- Ansar Al-Islam (AAI) **11, 12, 21, 22**
- Anti-Atom-Bewegung
Siehe: Linksextremisten in der Anti-Atom-Bewegung
- Antifa Bad Homburg **88, 105**
- Antifaschismus
..... **87, 88, 97, 101, 104, 105, 106, 107, 108, 110, 112**
- Antifaschistische Aktion Weschnitztal **88, 107**
- Antifaschistische Initiative Heidelberg **107**
- Anti-Globalisierungsbewegung **Siehe:**
Linksextremistische Einflussnahme auf die Globalisie-
rungsgegner und den Protest gegen Sozialabbau
- Antirassismus **110, 111, 112**
- Apfel, Holger **55**
- Arbeiterkommunistische Partei Iran (API) **13, 46**
- Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) **12, 13, 42, 43**
- Aryan Rebels **69, 70**

- Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) . **88, 94**
- Ates, Mehmet **31**
- Attac (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungs-
schutzbehörden) **97**
- Autonome **86, 87**
..... **88, 89, 100, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111**
- autonome antifa (f) **88, 105, 109, 113**
- Autonome Antifa Kassel **88, 105**
- Autonome Nationalisten **53**
- Aydar, Zübeyir **42**

B

- Babbar Khalsa International (BK) **13, 48**
- Barika-i-Hakikat **37**
- Bartz, Gertrud **64**
- Beklenen Asr-i Saadet **37**
- Beltz, Michael **93**
- Berserker Kirtorf **52, 53, 66, 68, 69, 72, 75**
- Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) . **13, 16, 26, 29, 30**
- Bewaffnete Einheiten der Armen und Unterdrückten
(FESK) **41**
- Bewegung der freien Jugend Kurdistan (TECAK)
[ehem. Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK)]
..... **13, 43**
- Bin Laden, Usama **16, 19, 20**
- Bisky, Lothar **90, 91**
- Blood & Honour **70, 71, 72**
- Brehl, Thomas **77, 78**
- Bundesausschuss Friedensratschlag (BuFriRa)
..... **88, 98, 99, 100, 101, 102**

C

- Clemens, Björn **62**
- Committee for a Workers' International/London .. **97**
- Courage **88, 96, 113**

D

Der Islam als Alternative (D.I.A.)	37
Deutsche Bürgerinitiative (DBI)	52, 53, 73
Deutsche Jugend (DJu)	53, 63
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	86, 87, 88, 93, 94, 95, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 113
Deutsche Partei - Die Freiheitlichen (DP)	52, 53, 55, 57, 61, 62, 63, 64, 65, 66
Deutsche Stimme (DS)	55, 56, 57, 63, 80, 81
Deutsche Stimme Verlag	55, 59, 62, 80
Deutsche Volksunion (DVU)	51, 52, 53, 55, 56, 58, 61, 62, 63, 64, 65, 77, 79, 80
Deutschland-Post	63
Die Deutsche Stimme von Ehringshausen	55
Direkte Aktion	112
Djihad	15, 16, 18, 27, 28
DKP-Landesverband Hessen	94
Döring, Osman	31
Dresdensia-Rugia	53, 81

E

Eigenfeld, Ulrich	58
El-Motassadeq, Mounir	21
El-Zayat, Ibrahim	27, 28
En Nahda	13, 27
Engel, Stefan	96
Erbakan, Prof. Necmettin	31, 32, 34
Erdogan, Recep Tayyip	31
Europäische Moscheebau- und Unterstützungs- gemeinschaft e.V. (EMUG)	13, 27, 31
Europawahl	91, 92, 93, 94, 98

F

Fladung, Peter	63
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF)	13, 39, 40
Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e.V. (AGIF)	13, 39, 41
Föderation für demokratische Rechte in Europa (ADHF)	13, 40, 39
Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM)	13, 43
Frankfurter Kurier	90
Freie ArbeiterInnen Union – Internationale Arbeiter Assoziation	88, 112
Freie Kameradschaften	55, 62
Freie Kräfte	75, 79
Freie Nationalisten	73, 78, 79
Freie Nationalisten Rhein-Main	52, 53, 66, 67, 69, 70, 72, 74, 75
Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan (KADEK)	42
Freiheitspartei der Frauen Kurdistan (PAJK)	13, 43
Freisler, Roland	71
Frey, Dr. Gerhard	58, 64, 65
Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt	88, 99, 101

G

Galileo	96
Gansel, Jürgen	81
Garde 18	69
Der Gegenangriff	77, 78
Gegenschlag	53, 66, 68, 69, 71
Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP)	32
Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP)	53, 80
Glückseligkeitspartei (SP)	31
Graswurzelbewegung	88, 112

Graswurzelrevolution. Für eine gewaltfreie,
herrschaftslose Gesellschaft (GWR) **112**
Groß-Gerauer Kreisreport **60, 61**
Gümüsoglu, Ibrahim **33**

H

Hauptkampflinie **53, 66, 68, 69, 71**
Heise, Thorsten **56, 57, 58**
Heß, Rudolf **74, 78, 79**
hessen links **90**
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene
und deren Angehörige e.V. (HNG) **53, 73, 78, 81**
Hitler, Adolf **57, 71, 72, 74, 78, 79, 83, 84**
Hizb Allah **13, 30, 31**
Hizb ut-Tahrir (HuT) **12, 22, 23, 24**
Hoch, Haymo **60, 62**
Hussein, Saddam **46**

I

Initiative gegen Abschiebung **88, 110**
Interim **103, 105**
International Sikh Youth Federation (ISYF) **13, 48**
International Socialist/London **97**
Internationale Föderation der iranischen
Flüchtlings- und Immigrantenräte e.V. (IFIR) **13, 47**
Internationale Islamische Kampffront gegen
Juden und Kreuzritter **17**
Internationales Komitee der Vierten Internationale **97**
IQRA TV **28, 30**
Islamische Avantgarden **27**
Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.
(IGD) **13, 27, 28, 32, 48**
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.
(IGMG) **12, 13, 27, 31, 32, 33, 34, 35, 48**

Islamische Heilsfront (FIS) **13, 26, 27, 29, 30**
Islamische Religionsgemeinschaft Hessen
(IRH) **12, 25, 26**
Islamische Widerstandsbewegung
(HAMAS) **13, 27, 28, 29**
Islamische Zentren (IZ) **27**
Islamisches Zentrum (IZ) Aachen **28**
Islamisches Zentrum München (IZM) **27**
Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e.V. ... **32**

J

Junge Landsmannschaft Ostpreußen **81**
Junge Nationaldemokraten (JN) **53, 55, 58, 79, 81**

K

Kafi, Dr. Abdel Omar **28**
Kalifatsstaat **13, 37, 38**
Kameradschaft Bergstraße **53, 70, 73, 75, 76, 82**
Kameradschaft Waldhessen **53, 79**
Kampfbund Deutscher Sozialisten
(KDS) **53, 73, 75, 77, 78**
Kaplan, Metin **37, 38**
Kappel, Dr. Heiner **52, 63, 64**
Karahan, Yavuz Celik **31**
Khaled, Amr **28**
Khomeini, Ayatollah **31**
Klartext **55**
Köhler, Bertram **68, 69**
Kommando Freisler **53, 66, 71, 72**
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) **93**
Kommunistische Plattform der PDS (KPF) **89, 90**
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei
in Europa (ATIK) **13, 39, 40**

Konföderation für demokratische Rechte
in Europa (ADHK) **13, 39, 40**
Konföderation kurdischer Vereine in Europa
(KON-KURD) **13, 43**
Koordination der kurdischen demokratischen
Gesellschaft in Europa (CDK) [ehemals: Kurdische
Demokratische Volksunion (YDK)] **43**
Kopftuch **25**
Kosiek, Dr. Rolf **80**
Krebs, Dr. Pierre **80**
Kurdische Demokratische Volksunion (YDK)
[jetzt Koordination der kurdischen demokratischen
Gesellschaft in Europa (CDK)] **43**
Kurdischer Arbeitgeberverband e.V.
(KARSAZ) **13, 43, 44**
Kurdischer Roter Halbmond e.V. (HSK) **43**
Kurdistan-Report **42**

L

Landser **57, 71, 74**
Lernen und Kämpfen **96**
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) **13, 47**
Linksextremisten in der Anti-Atom-Bewegung . . . **111**
Linksextremistische Einflussnahme auf die
Friedensbewegung **98, 99**
Linksextremistische Einflussnahme auf die Global-
isierungsgegner und den Protest gegen Sozialabbau
. . . **87, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 99, 100, 101, 102, 104, 112**
Linksruck **88, 92, 94, 97, 102**

M

Mann, Manuel **69, 74, 75, 76, 106, 107**
Maoisten **86, 96**
Maoistische Kommunistische Partei (MKP) [ehem.
Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK)] **13, 40**
Mars Ultor 2004 **80**

Marxisten-Leninisten **89, 91, 96, 97**
Marxistisches Forum der PDS **90**
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei
(MLKP) **12, 13, 41**
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
(MLPD) **86, 87, 88, 92, 94, 96, 100, 101, 113**
MEDYA-TV (jetzt ROJ-TV) **42**
militante gruppe **105**
Milli Gazete **33, 34**
Milli Görüs & Perspektive **31**
Montagsdemonstrationen **92, 96, 101**
Motorsportclub 28 (MSC 28) **53, 66, 67, 70, 72**
Mudjahedin **11, 12, 16, 18, 19, 21**
Murder Squad **72**
Muslimbruderschaft (MB) **13, 23, 26, 27, 30**
Mzoudi, Abdelghani **21, 22**

N

Nachrichten der HNG **78**
Nachrichtendienste **117, 118**
Nasrallah, Scheich Hassan **30**
Nation & Europa **55, 81**
National Zeitung-Deutsche Wochenzeitung (NZ) **56, 64**
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) . . .
. **51, 52, 53, 55, 56, 57, 58,**
59, 61, 62, 63, 64, 65, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 83
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) **53, 55**
Nationale Kameradschaft Frankfurt **53**
Nationaler Freundeskreis Wetterau **53, 79**
Nationaler Widerstand **76**
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) **13, 46**
Nationales Bündnis Dresden **61**
Naumann, Peter **55, 70, 75, 78**
Neonazis **51, 52, 53, 56, 57, 58, 61, 62, 67,**
69, 70, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 81, 82, 83, 87, 106, 107
Neues Deutschland **90**

O

Öcalan, Abdullah	42, 43, 44
Öcalan, Osman	45
Organisierte Kriminalität	115, 116
Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK) [jetzt: Maoistische Kommunistische Partei (MKP)]	13, 40
Ostermarsch	99
Özgur Politika	42, 44

P

Palästinensischer Islamischer Jihad (PIJ)	13, 27
Partei der Europäischen Linken (EL)	91, 94
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 94, 97, 98, 99, 100, 101, 107, 113
Partei für Soziale Gleichheit (PSG)	88, 97, 98
Partizan	40
PDS-Jugend	88, 90, 92
PDS-Landesverband Hessen	92
peoples global action	88, 110
Der Pfeil	55
Politische Berichte	90
Position	95
Projektwerkstatt Reiskirchen Saasen	87, 88, 113
Proliferation	118

R

Rachezug	53, 66, 69, 71
Radjavi, Maryan	46
Radjavi, Massoud	46
Rebell	88, 96, 113
Der Rebell	55
Rennicke, Frank	62
Der Republikaner	60
Die Republikaner (REP)	51, 52, 53, 55, 57, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 77, 83

Republikanische Jugend (RJ)	53, 60
Resistanbul 2004	38
Revolutionäre Linke (Devrimci Sol)	13, 39
Revolutionäre Volksbefreiungsfront (DHKC)	39
Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)	12, 13, 39, 40
Rieger, Jürgen	79, 81
Rochow, Stefan	58, 81
Roeder, Manfred	52, 61, 73, 76, 77
ROJ-TV	42, 44
Rote Fahne	96
Rotfuchse	88; 96

S

Salafitische Gruppe für die Mission und den Kampf (GSPC)	13, 26, 29, 30
Sanders, Tina	95
Schlierer, Dr. Rolf	52, 60, 62
Schmidt, Hans	55, 58
Schönhuber, Franz	63
Schwab, Jürgen	57, 80
Schwarze Division Germania	52, 53, 73, 75, 76
Semtex	70
Serxwebun	42
Skinheads	52, 53, 55, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 76, 77, 78, 79, 82, 83
[solid] – die Sozialistische Jugend Hessen	88, 90, 92, 113
Solidarität International (SI)	88, 97
Solidaritätsverein mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei (TAYAD)	13, 38, 40
Sozialistische Alternative (SAV)	87, 88, 97, 100
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	88, 95
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)	90
Spionageabwehr	117, 118
Stehr, Heinz	93

Stimme der Revolte	53, 79
Störkraft	71
Störtebeker-Netz	62
Stuka	71
swing – autonomes Rhein-Main-Info	103

T

Tabligh-i Jamaat (TJ)	12, 24, 25
Taliban	12, 16
Tegethoff, Ralph	56, 57
Thule-Seminar	53, 80
Tonstörung	69, 71
Trotzkisten	86, 89, 97
Tugendpartei (FP)	31, 32
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)	13, 40
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten, Partizan (TKP/ML)	13, 40, 41
Türkische Volksbefreiungspartei/-Front (THKP-C), Revolutionäre Linke, Devrimci Sol	13, 39

U

Ucüncü, Oguz	28
Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK) [jetzt: Bewegung der freien Jugend Kurdistans (TECAK)]	13, 43
Union der Juristen Kurdistans (YHK)	43
Union der StudentInnen aus Kurdistan (YXK) ...	13, 43
Union für die in europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V. (UELAM)	13, 28
Union Muslimischer Studentenorganisationen in Deutschland e.V. (UMSO)	13, 28
Unsere Zeit (UZ)	93

V

Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT)	31
Voigt, Udo	55, 56, 57, 58, 59, 64, 66, 79
Volk und Staat	57
Volksbefreiungsarmee (HKO)	13, 40
Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL)	12, 13, 42, 43, 44, 45, 49
Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)	13, 46
Volkstreues Komitee für gute Ratschläge	53
Volksverteidigungseinheiten (HPG)	44, 45

W

Wahl zum Europäischen Parlament ..	Siehe: Europawahl
Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden)	96
Die Wahrheit	78
Wetterleuchten	78
- widerstand international -	88, 97
Wilken, Ulrich	90
Wohlfahrtspartei (RP)	31
Worch, Christian	73, 74, 75, 78, 79
Wulff, Thomas	56, 57, 78, 79

Y

Yassin, Scheich Ahmad	28, 29
Yeni Akit GmbH	12, 35, 36
Yomango	112, 113

Z

Zeit für Protest!	60
Zutt, Alfred	81
Zutt, Doris	58, 59, 75

IMPRESSUM

Herausgeber: Hessisches Ministerium des Innern
und für Sport
Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden

Internet-Abruf: www.verfassungsschutz-hessen.de

Gestaltung: Studio Zerzawy AGD
65329 Hohenstein

Druck: Central-Druck
Trost GmbH & Co. KG
63150 Heusenstamm

Gedruckt auf 100% Recycling-Papier